DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

...ittwoch, 6. Juli 1983 - D ★★★

Nr. 154 - 27.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

...Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 ...tige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) ...1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung ...burg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kanzlerreise: Andropow hat eine Einladung Kohls in die Bundesrepublik angenommen. Er äußerte in anderthalbstündigem Vier-Augen-Gespräch auch Interesse an Treffen mit Reagan. „In der Sache hart" waren die Gespräche über die Mittelstreckenraketen; Differenzen blieben.

Reagan kandidiert: Präsident Reagan bewirbt sich 1984 wieder, und George Bush kandidiert für die Vizepräsidentschaft, gab Bush bekannt.

Papst in die UdSSR? Der Vatikan bemüht sich um eine Papst-Reise nach Litauen im März 1984, meldet die „International Herald Tribune". Vatikanische und Moskauer Offizielle hätten nicht dementiert. Im Vatikan ist allerdings von „Spekulation" die Rede.

Beitragssenkung: Angekündigt von Barmer Ersatzkasse, nach Angestellten-Krankenkasse (DAK) und Hamburg-Münchner.

Sozialhilfe: Sozialminister Geißler fordert höhere Steigerungsrate als die von Stoltenberg vorgeschlagenen 1,5 Prozent zum 1. Juli, will aber auch Großeltern und Enkel zur gegenseitigen Unterhaltspflicht heranziehen und Mietbeihilfen eingrenzen.

KGB: Mutter und Bruder durften den schwerkranken Dissidenten Anatoli Schtscharanskij nicht im Gefängnis Tschistopol besuchen, trotz schriftlicher Genehmigung. Der Häftling hat seit 17 Monaten keinen Besuch empfangen dürfen.

Nahost: Engere Zusammenarbeit Ägypten–Irak. – Shultz nach Gesprächen in Beirut auf dem Weg nach Damaskus. – Frankreichs Außenminister Cheysson in Damaskus, angeblich, um im PLO-Streit zu vermitteln. – Syriens Präsident Assad bekräftigt Unnachgiebigkeit gegen Vertrag Israel–Libanon.

Blüm: Der Arbeitsminister hat in Ankara türkischen Wünschen widersprochen, die Rückkehrhilfen für Gastarbeiter auszusetzen. Blüm will heute auch der jugoslawischen Regierung die deutsche Ausländerpolitik erläutern.

Heute: Sondersitzung des nordrhein-westfälischen Landtags über Krefelder Krawalle beim Bush-Besuch. – Das Europa-Parlament befaßt sich mit dem „DDR"-Zwangsumtausch. – Europäisch-japanische Konsultationen über Handelsaustausch gehen weiter.

ZITAT DES TAGES



❞ Die Reise des Papstes hat den von uns eingeschlagenen Weg bestärkt, der vom Gewissen vorgeschrieben wurde. ❞

Der im Untergrund lebende „Solidarnosc"-Führer von Warschau, Zbigniew Bujak, im Untergrundblatt „Tygodnik Masowsze"

FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Wuppermann: Die Leverkusener Stahlfirma geht zu Krupp (Verkauf von 45 Prozent der Anteile) und nicht zu Klöckner.

Arbed-Saarstahl: Saar-Landtag bewilligt seinen Subventions-Anteil von 90 Millionen unter strengen Auflagen.

Waffen: EG will Japan zum Waffenkauf in Europa auffordern zum Abbau des Handelsbilanzüberschusses, meldet Tokioter Zeitung „Nihon Keizai".

Dritte Welt: Einfuhren 1982 gegen Vorjahr um 11,6 Prozent auf 379,2 Milliarden Dollar gefallen, Exporte um 5,9 Prozent auf 304 Milliarden gefallen. – Industriestaaten: Produktion im ersten Quartal 1983 gestiegen (IWF-Studien).

Lohnerhöhung: 3,2 Prozent mehr in der Bekleidungsindustrie.

Importschranken: US-Steel-Vorsitzender Roderick fordert wegen „unfairer Praktiken" strengere Maßnahmen gegen Lieferungen aus EG, Japan u. a.

Lehrstellen: Noch 6000 freie Lehrstellen in den Bauberufen, teilt Bauminister Oscar Schneider mit.

Börse: Nach freundlichem Beginn kam es, weil Anschlußaufträge ausblieben, bei schwankenden Kursen zu Glattstellungen. Der Rentenmarkt gab weiter nach. WELT-Aktienindex 143,2 (142,3). Dollarmittelkurs 2,5670 (2,5530) Mark. Goldpreis pro Feinunze 413,75 (416,00) Dollar.

KULTUR

„Landeskinder-Klausel": Lehramtsbewerbern darf in Nordrhein-Westfalen nicht die Aufnahme in den Staatsdienst verweigert werden, weil sie ihr erstes Examen in einem anderen Bundesland abgelegt haben (OVG Münster).

Psychiatrie: Bulgarien ist nach der UdSSR und der CSSR aus dem Weltverband für Psychiatrie ausgetreten. Im Verband sind wiederholt Folterungen von politischen Häftlingen in UdSSR-Anstalten kritisiert worden.

SPORT

Fußball: In seiner Wohnung bei Zürich erlag der 64 Jahre alte Fußball-Trainer Hennes Weisweiler einem Herzinfarkt. Weisweiler, mehrmals deutscher Meister, war zuletzt bei Grasshoppers Zürich.

Leichtathletik: In Stockholm feierte der deutsche 800-m-Läufer Willi Wülbeck mit dem dritten Platz (1:44,98 Minuten) ein internationales Comeback. Ulrike Meyfarth gewann den Hochsprung mit 1,98 m.

AUS ALLER WELT

Absturz: Ein nordkoreanisches Flugzeug ist in Guinea (Westafrika) abgestürzt. Zweitägige Staatstrauer wegen der „schrecklichen Katastrophe", aber keine Angaben über Todesopfer.

Israel: Nach zweijähriger Baisse Touristen-Aufschwung mit 95 400 Ausländern im Juni gegenüber 70 200 im Juni 1982.

Todesstrafe: In den Todeszellen der USA befinden sich 1050 Verurteilte – die bisher höchste Zahl.

Zugunglück: Bei einem Zusammenstoß in Blankenfelde (Kreis Zossen, „DDR") gab es vier Tote, neun Schwer- und 31 Leichtverletzte.

Weltausstellung: Findet 1989 nicht in Frankreich statt, wegen zu hoher Kosten.

Wetter: Im Norden und Osten bleibt es hochsommerlich um die 30 Grad; im Westen und Süden zunehmende Gewitterneigung, aber nur leichte Abkühlung.

Außerdem heute in der WELT:

Kohl und Andropow rücken sich keinen Millimeter näher

Raketenfrage im Mittelpunkt der Gespräche / Neue Drohungen Moskaus

F. H. NEUMANN/DW. **Moskau**

Die unterschiedlichen Standpunkte der NATO und des Warschauer Pakts in der Raketenrüstung wurden bei der ersten Begegnung zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem sowjetischen Staats- und Parteichef Jurij Andropow nicht überbrückt, obwohl die Unterredung im Kreml als „nicht scharfmacherisch, sondern konstruktiv" geschildert wurde. Übereinstimmung ergab sich in der Grundeinschätzung, daß sich ein atomarer Konflikt nicht begrenzen läßt. Der Erklärung des Bundeskanzlers, daß bei den Genfer Verhandlungen noch Zeit genug für eine befriedigende Vereinbarung bleibe, wurde von Andropow – so die Darstellung von Regierungssprecher Peter Boenisch – nicht widersprochen.

Der Kreml-Führer, der dem Kanzler ausdrücklich sein Bedauern bekundete, daß die ursprünglich für Montag vorgesehene Begegnung hatte verschoben werden müssen, zeigte sich an einem Gipfeltreffen mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan grundsätzlich interessiert; von Kohl war ein solches Treffen mehrmals befürwortet worden. Die Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland nahm der Kreml-Führer, wie es hieß, „bereitwillig" an.

Über den Gesundheitszustand Andropows wurde unter anderem bekannt, daß der 69jährige Schwierigkeiten beim Gehen habe. Andropow sei aber intellektuell keineswegs angeschlagen, er habe während der gesamten eineinhalbstündigen Unterredung nicht einmal in seine Notizen geschaut.

Der Bundeskanzler hat sich lebhaft darum bemüht, dem sowjetischen Partei- und Staatschef den Friedenswillen der Deutschen klarzumachen. Die Deutschen hätten aus der Geschichte gelernt und seien weder raketensüchtig noch Selbstmörder, zitierte Staatssekretär Boenisch den Kanzler. Kohl hat

SEITE 2:
Das Skalpell gleitet ab
von HERBERT KREMP
Weitere Beiträge Seiten 4 u. 5.

Andropow aber auch daran erinnert, daß es nicht nur eine atomare, sondern auch eine konventionelle Überrüstung gebe. Das Thema der britischen und französischen Raketen – deren Einbeziehung in die Genfer Verhandlungen wird vom Kreml seit längerem gefordert – nahm nach Angaben Boenischs einen „überraschend breiten Raum" ein. Kohl habe auch den Friedenswillen der Regierungen in London und Paris herausgestellt.

In dem Gespräch mit Andropow verwies Kohl außerdem darauf, daß die Bundesrepublik Deutschland ein verläßlicher und berechenbarer Partner der Sowjetunion sei und an einer langfristigen Weiterentwicklung der Beziehungen interessiert sei.

Ähnlich äußerte sich Bundesaußenminister Genscher gegenüber seinem sowjetischen Amtskollegen. Ein deutscher Sprecher sagte, Gromyko habe darauf „sehr positiv" reagiert. Der bisherige Verlauf der Gespräche wurde von deutscher Seite „unter den bestehenden Verhältnissen" als zufriedenstellend bewertet.

Staats- und Parteichef Andropow drohte, eine Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik Deutschland würde eine Verschlechterung der bilateralen Beziehungen zur Folge haben. Zudem würde in diesem Fall die militärische Bedrohung der Bundesrepublik erhöht, zitierte die offizielle sowjetische Nachrichtenagentur Tass den Kreml-Führer. Andropow habe betont, es wäre ein „tiefer und gefährlicher Irrtum" an sowjetische Konzessionen im Falle einer Stationierung neuer Raketen zu glauben. Wenn neue Euroraketen aufgestellt werden, werde die Sowjetunion nicht nachgeben und ihre Verteidigung nicht schwächen. Im Gegenteil, sie werde „wirksame und notwendige Gegenmaßnahmen ergreifen, die die Sicherheit der UdSSR und ihrer Verbündeten sichern" zitierte Tass. Die Deutschen würdem sich dann nur durch dichte „Raketenzäune" sehen können.

Regierungssprecher Boenisch sagte, Andropow habe keine konkreten Einzelheiten über mögliche sowjetische Schritte nach einer Verwirklichung des Nachrüstungsbeschlusses genannt. Westliche politische Beobachter rechnen jedoch damit, daß die Sowjetunion in diesem Fall Kurzstreckenraketen in der „DDR" stationieren wird.

Bundesaußenminister Genscher warf der Sowjetunion in seinem Gespräch mit Andrej Gromyko – so eine Mitteilung seines Sprechers Theodor Paschke – vor, mit ihrem Verlangen nach Einbeziehung der britischen und französischen Waf-

● Fortsetzung Seite 4

DER KOMMENTAR

Erstklassig

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Helmut Kohl hat es von Andropow persönlich vernommen, daß die Sowjetunion den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland erstrangige Bedeutung zumesse. Heißt das, Moskau schätze die Beziehungen zu Bonn als gleichrangig mit denen zu Washington ein, wenn nicht sogar als vorrangig? Das mag mit zwei wichtigen Einschränkungen gelten: Andropows Bewertung sagt eher etwas über den Tiefstand im sowjetisch-amerikanischen Verhältnis aus als über die Vorzüglichkeit des sowjetisch-deutschen Umgangs; und weil das so ist, gilt die Bonn bezeugte Wertschätzung allenfalls in der gegenwärtigen internationalen Konstellation – und die kann sich schnell ändern.

Die diplomatische Vorbereitung dieser Reise nach Moskau läßt deutlich erkennen, daß der Kreml-Chef dem deutschen Bundeskanzler mit seiner Benotung keine Neuigkeit mitgeteilt hat. Als Gast und Gastgeber sich gestern gegenübersaßen, da wußte Andropow: Dieser Mann aus Bonn verhandelt im vollen Einverständnis des Weltwirtschaftsgipfels von Williamsburg, des NATO-Rats, des Stuttgarter EG-Gipfels und mit der brieflich erklärten Rückendeckung des amerikanischen Präsidenten.

Diese starke Position erlaubte es dem Kanzler, die Bedeutung seines Besuches und seiner Mission bescheiden darzustellen. Was er im Angesicht Andropows tat, verdient jedoch das Prädikat „erstklassig": Kohl vertrat kraftvoll die deutschen Interessen und mit ihnen uneingeschränkt die amerikanischen, weil die Interessen der Bundesrepublik und der USA, soweit es Europa betrifft, übereinstimmen. Die sowjetischen Gesprächspartner zollten dieser Haltung mit dem Angebot Respekt, die Beziehungen zu Bonn ohne Schaden für die jeweiligen befreundeten Staaten auszubauen.

Das soll doch wohl heißen, daß auch trotz aller „Komplizierungen" (Andropow) im Fall einer Nachrüstung der NATO sich unsere Erde – wie in Moskau gesagt wurde – weiterdrehen wird. Mit dem Hinweis, daß nicht die „Friedensbewegung", sondern seine überzeugende Wählermehrheit vom 6. März die deutsche Bevölkerung repräsentiere, sorgte Kohl für gebotene Klarheit.

Der Tag der Nachrüstung, sollte er kommen, wird nicht der letzte Tag deutsch-sowjetischer Beziehungen sein. Gleichwohl wird Moskau nicht darauf verzichten, die „Friedensbewegung" als verlorenen Haufen in die Gefechte dieses Herbstes zu schicken. Solange die Sowjetunion sich derart in die Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland einmischt, können die Beziehungen zwischen Bonn und Moskau schwerlich in „einer neuen und besseren Qualität" begründet werden, wie Kohl der Sowjetführung angeboten hat.

Solschenizyn: Westen hat nachgegeben

SAD, **London**

Vor den inneren Schwächen des Westens hat der Literaturnobelpreisträger Alexander Solschenizyn gewarnt. Sie lägen derart auf der Hand, daß die Sowjets es überhaupt nicht nötig hätten, einen Nuklearkrieg zu beginnen, um dem Kommunismus zum Siege zu verhelfen, erklärte der 64jährige Schriftsteller in einem Interview mit dem britischen Publizisten Malcolm Muggeridge für die BBC.

Solschenizyn: „Der Westen hat in der Frage des nuklearen Gleichgewichts nachgegeben. Er hat auch jede Initiative in der Frage eines Gleichgewichts konventioneller Streitkräfte verloren und ist zudem gegen die Gefahr der Subversion von innen nicht gefeit. Damit hat die kommunistische Führung diverse Möglichkeiten, auch ohne es auf eine nukleare Konfrontation ankommen zu lassen."

Der 1974 von Moskau ausgebürgerte Schriftsteller äußerte sich dankbar über die Arbeitsmöglichkeiten, die er jetzt in seinem amerikanischen Wohnort in Vermont hat. „Mein Leben besteht jetzt vom frühen Morgen bis spät in die Nacht aus Arbeit an meiner Schriftstellerei. Ich habe wirklich das Gefühl, endlich das zu tun, wofür ich geboren wurde." Solschenizyn fügte hinzu: „Aber all das wird von dem Licht der Hoffnung überstrahlt, eines Tages in mein Land heimkehren zu können."

Als Zeichen der Hoffnung für die Welt nannte Solschenizyn in dem Interview den christlichen Glauben. Die Vernichtung des Glaubens sei dem Kommunismus nicht gelungen, im Gegenteil, der Glaube erstarke jetzt wieder.

Blüm gibt Wünschen Ankaras nicht nach

Rückkehrförderung wird nicht erhöht / Kritik der Türkei

dpa/rtr/DW. **Ankara**

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm will prüfen, ob die von türkischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland erworbenen Rentenansprüche auf die türkische Sozialversicherung übertragen werden können. Entsprechende Wünsche sind Blüm bei seinen zweitägigen Gesprächen mit hohen Regierungsvertretern in Ankara vorgetragen worden.

Wie der Minister gestern vor dem Weiterflug nach Belgrad vor der Presse mitteilte, soll außerdem versucht werden, ob türkische Arbeitnehmer ihre Wohnungsbaudarlehen in die Türkei mitnehmen können. Die Gastarbeiter könnten dann mit ihren in der Bundesrepublik abgeschlossenen Bausparverträgen in ihrer Heimat Häuser finanzieren und sich von der türkischen Rentenversicherung eine Altersversorgung auszahlen lassen.

Eine klare Absage erteilte Blüm dagegen dem Wunsch seiner Gesprächspartner, die im Juni vom Kabinett beschlossene Rückkehrhilfe aufzustocken oder den Kreis der Anspruchsberechtigten zu erweitern. Bonn hatte vorgeschlagen, für ausländische Arbeitnehmer, die zwischen Oktober 1983 und Juli 1984 ihren Arbeitsplatz verlieren, Rückkehrhilfen in Höhe von 10 500 Mark und 1500 Mark für jedes Kind zu zahlen. Diese Maßnahmen waren bei den Gesprächen Blüms von dem türkischen Arbeitsminister Turhan Esener mit den Worten kritisiert worden, man könne Gastarbeiter nicht wie „Reservearbeiter, die man gebraucht, wenn man will, und wegwirft, sobald Schwierigkeiten auftauchen", betrachten. Der Abfindungsbetrag mache nicht einmal die Hälfte des Betrages aus, den ein Arbeitsloser im Jahr die Arbeitslosenversicherung koste, fügte die türkische Seite hinzu. Der deutsche Minister erklärte darauf, daß die Bundesrepublik Deutschland wohl das einzige Land sei, in dem Gastarbeiter für eine Rückkehr in die Heimat noch eine Entschädigung erhielten. Eine weitere Erhöhung der Entschädigungsbeträge sei aber nicht möglich, weil die dafür benötigten finanziellen Mittel bei der angespannten Finanzlage Bonns nicht zur Verfügung gestellt werden könnten.

Trotz der anhaltenden Meinungsverschiedenheiten wertete Blüm seine Gespräche mit Staatspräsident Kenan Evren, Regierungschef Bülend Ulusu, vier Ministern sowie Vertretern der Arbeitgeber und des einzigen noch zugelassenen Gewerkschaftsverbands als erfolgreich. Der türkischen Regierung sei deutlich gemacht worden, daß die Rückkehrhilfe auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhe und daß es eine Zwangsausweisung türkischer Arbeitnehmer nie geben werde. Die Rückkehrförderung sei lediglich ein zusätzliches Angebot.

Blüm, der von Experten seines Ministeriums sowie Vertretern der Kirchen, der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Arbeiterwohlfahrt begleitet wurde, hatte nach Informationen aus seiner Umgebung in allen Gesprächen die Frage der Menschenrechte und der freien gewerkschaftlichen Betätigung in der Türkei angesprochen. Die Türkei sei als Mitglied der NATO auch Mitglied einer Wertegemeinschaft.

Stahl: Rau fordert Kohl zum Eingreifen auf

DW. **Essen**

Wegen der sich verschärfenden Krise der Stahlindustrie hat der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) Bundeskanzler Helmut Kohl aufgefordert, sich persönlich dieses Problems anzunehmen.

Während eines Besuches bei der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" in Essen erklärte Rau, Kohl solle „alle an der Stahlkrise beteiligten Gruppen an einen Tisch rufen". Ziel dieser Stahlrunde müsse es sein, endlich ein „einvernehmliches Konzept" zur Sanierung der Stahlindustrie zu entwickeln.

Daß einzelne Stahlstandorte ganz aufgegeben und die Betriebe der Stahlindustrie in der Rheinschiene konzentriert werden könnten, bezeichnete Rau als „nicht denkbar". Nordrhein-Westfalen liege daran, „daß die vorhandenen Stahlstandorte gehalten werden". Rau: „Der Stahlverbund des westlichen und östlichen Reviers ist immer eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine industriepolitisch vertretbare Lösung."

Die Stahlfrage gehe inzwischen „über die Ebene von Abteilungsleitung, Staatssekretären und einzelnen Ressorts hinaus", wie Rau betonte. „Es ist höchste Zeit, daß ein gesamtpolitisches Konzept entwickelt wird, das Nordrhein-Westfalen, Bremen und Niedersachsen einbezieht. Die Unternehmen sind offenbar nicht mehr imstande, sich auf ein Konzept zu einigen", meinte Rau. Der Kanzler müsse daher die Stahlfrage „zu seiner Sache" machen. „Dann wird er schnell erkennen, daß der Kurs von Wirtschaftsminister Lambsdorff der Verantwortung bisher nicht erkennbar gerecht geworden ist."

Seite 2: Rettungsaktionen

Geißler: Durch Einsparungen zu mehr Sozialhilfe

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Wegen der Kostenexplosion bei der Sozialhilfe, die jährlich 16,2 Milliarden Mark kostet, will sich der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Heiner Geißler (CDU), für mehr familiäre Selbsthilfe einsetzen.

In Bonn erklärte Geißler gestern vor der Presse, künftig sollten nicht nur Eltern ihren Kindern (und umgekehrt) Unterhalt zahlen, sondern beispielsweise auch Großeltern ihren Enkeln.

In der nächsten Kabinettssitzung will Geißler außerdem vorschlagen, daß die Mietleistungen der Sozialhilfe gekürzt werden. Ein Alleinstehender könne nicht länger davon ausgehen, daß der Staat die Kosten seiner Vier- bis Fünf-Zimmer-Wohnung trage. Ferner soll der Nachlaß eines Sozialhilfeempfängers jetzt für die Sozialhilfeleistungen der vergangenen zehn statt wie bisher fünf Jahre vor seinem Tod in Anspruch genommen werden.

Geißler möchte mit diesen Kürzungen erreichen, daß die seiner Ansicht nach unvertretbar niedrigen Sozialhilferegelsätze (11,50 pro Tag beziehungsweise 345 Mark monatlich) insgesamt erhöht werden können.

Die für den 1. Juli 1984 vorgesehene Anhebung von 1,5 Prozent sei so knapp bemessen, daß der Kreis der Empfänger, die mit dem Geld nicht auskämen und gegen Monatsende von den Sozialämtern zusätzlich Geld erhielten, nur größer werde, argumentierte der Minister. Das alte „Bedarfsmengenschema" (zum Beispiel ein halbes Stück Seife, 16 Eier im Monat) gewährleiste in vielen Fällen kein menschenwürdiges Leben mehr.

Im PLO-Streit setzt Moskau auf Assad

Aber völlige Kontrolle durch Syrien unerwünscht / Kein Nachfolger für Arafat in Sicht

PETER M. RANKE, **Beirut**

Die Sowjetpolitik ist nach Einschätzung westlicher Diplomaten an der Erhaltung der PLO in der arabischen Welt interessiert, nicht aber unbedingt an einer unveränderten Machtstellung Yassir Arafats. Vorrang habe für Moskau, daß in Syrien Präsident Hafiz Assad und die linke Baath-Partei an der Macht blieben, denn Syrien sei zur Zeit der einzige einflußreiche Verbündete der Sowjets in Nahost.

Nach Auffassung westlicher Diplomaten in Beirut würde Moskau PLO-Chef Arafat fallenlassen, wenn das den syrischen Absichten entspräche. Es müßte aber ein Nachfolger gefunden werden, der im Westen die gleiche Popularität wie Arafat besitzt. Eine solche Figur ist bisher weder in Arafats Stellvertreter Abu Jihad noch unter den Rebellen in der Fatah in Sicht. Daher hat das sowjetische Fernsehen jetzt erstmals Damaskus und die PLO zu einem „demokratischen Dialog" gemahnt.

Vom Ausmaß der syrischen Unterstützung für die Rebellen in der PLO und von der syrischen Ablehnung Arafats sind die Sowjets offenbar überrascht worden. Eine völlige Kontrolle Syriens über die PLO scheint Moskau nicht erwünscht zu sein, wie die Vermittlungsbemühungen der zwei treuen Moskau-Anhänger und Marxisten Habasch (Volksfront) und Hawatmeh (Volksdemokratische Front) in Damaskus zeigen. Dabei sieht Moskau jedoch ebenso wie Damaskus eine Notwendigkeit, die Politik Arafats zu revidieren und den syrischen Einfluß auf die PLO zu stärken:

– So mißtrauen die Sowjets führenden PLO-Politikern wegen deren Verständigungsbemühungen mit König Hussein und amerikanischen Friedensplänen.

– Die syrischen Besorgnisse, daß ein heimliches Bündnis zwschen Arafats Fatah und den von Jordanien unterstützten Moslem-Brüdern der Herrschaft des Alawiten-Clans der Assads in Damaskus gefährlich werden könnte, werden von den Sowjets geteilt.

– Auch die syrische Forderung, die PLO-Guerrillas stärker kontrollieren zu müssen, weil sie Syrien zu einem unerwünschten Zeitpunkt in einen Krieg mit Israel verwikkeln könnten, findet in Moskau wegen der Stationierung sowjetischer Truppen in Syrien Verständnis.

– Nicht eine selbständige, sondern eine enger an Syrien gebundene PLO kann dem sowjetischen Ziel in Nahost dienlich sein, solange Damaskus und Moskau die gleichen Interessen haben. Nach sowjetischer Auffassung können nur die Syrer einen gelenkten Übergang von der alten und erfolglosen Generation in der PLO-Führung auf jüngere und aktivere Kräfte bewirken, die nicht so kompromittiert sind wie Anhänger Arafats.

– Wichtige Aufschlüsse, welche Rolle die Sowjets einer künftig wieder mehr auf terroristische Gewalttaten und Kleinkrieg ausgerichteten radikalen PLO und auch Syriens zumessen, gehen aus den Kommuniqués hervor, die nach den Besuchen des libanesischen KP-Chefs George Hawi in Moskau und Hanoi veröffentlicht wurden. In ihnen wird auch die Forderung nach einem Abzug der Friedenstruppe aus Beirut an die USA und ihre NATO-Alliierten erhoben. Dadurch soll der Weg für die Rückkehr der PLO freigemacht werden, denn Moskau fürchtet ein proamerikanisches Libanon und einen US-Stützpunkt Beirut. Amerikanische Befürchtungen, daß sich Guerrilla-Angriffe der PLO bald nicht mehr nur gegen israelische Truppen, sondern auch gegen US-Truppen richten könnten, scheinen daher berechtigt. Für diesen Zweck könnten Syrien und Moskau eine „reformierte" PLO gut gebrauchen.

In Santiago verhandeln Gewerkschaft und Regierung

Wiedereinstellung entlassener Kupferarbeiter gefordert

AP/DW. **Santiago**

Erstmals seit Beginn der regierungsfeindlichen Demonstrationen und Streiks im Juni ist es in Chile wieder zu einem Gespräch zwischen führenden Vertretern der Kupferarbeiter-Gewerkschaft und der Regierung gekommen. Die Gewerkschaftsseite bezeichnete den Verlauf der 90 Minuten dauernden Unterredung mit Innenminister Enrique Montero in Santiago anschließend als „sehr befriedigend".

Ihr geht es vor allem um die Freilassung des kurz nach Beginn der Protestkundgebung am 15. Juni verhafteten Gewerkschaftsvorsitzenden Rudolfo Seguels und die Wiedereinstellung von 700 nach Beteiligung an Streiks entlassenen Arbeitern. Es war vor allem Seguels Verhaftung, die danach illegale Proteststreiks in Chiles staatlicher Kupferindustrie und einen inzwischen wieder abgebrochenen Generalstreik auslöste, an dem sich auch der chilenische Fuhrunternehmerverband beteiligt hatte.

Nach dem Abbruch des Streiks hat die Militärregierung eingewilligt, ein paritätisch von Gewerkschaft und Regierung besetztes Gremium zur Analyse der Probleme des Landes zu bilden. Das „Nationale Arbeiterkommando" (CNT), das zum Generalstreik aufgerufen hatte, erklärte sich entsprechend den Vorschlägen der chilenischen Bischöfe ebenfalls zur Aufnahme eines Dialogs mit der Regierung bereit.

Während des nun aufgenommenen Gesprächs sagte Innenminister Montero der sechsköpfigen Delegation eine Prüfung ihrer Forderung und Beratungen darüber mit seinen Rechtsberatern vor einer Fortsetzung der Gespräche zu. Der amtierende Gewerkschaftschef Hugo Estivales, der während des Generalstreiks kurzfristig verhaftet worden war, nannte das bisherige Ausbleiben eines derartigen Dialogs mit der Regierung als Ursache dafür, daß sich seine Organisation an die Spitze des Protests gegen Staatschef Augusto Pinochet gestellt hatte.

Die gewerkschaftlichen Anliegen bei den am Montag begonnenen Verhandlungen beschränkten sich aber offenbar ausschließlich auf den arbeitsrechtlichen Bereich und klammern die im Juni erhobenen Forderungen nach Rückkehr zur Demokratie im Lande aus.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Athens EG-Programm

Von Ulrich Lüke

Griechenland, das jüngste Mitglied der Europäischen Gemeinschaft, hat in den zweieinhalb Jahren seit seinem Beitritt vor allem durch Extratouren von sich reden gemacht. Referendum über einen EG-Austritt, Forderung nach einem Sonderstatus, abweichende Erklärungen in der politischen Zusammenarbeit, das sind nur einige Stichworte.

Gestern in Straßburg hat sich ein anderes Griechenland präsentiert. Der griechische Außenminister Yannis Charalambopoulus, seit sechs Tagen Präsident des EG-Ministerrates, stellte seine Regierung als durch und durch europäische vor. Kein Wort von irgendwelchen griechischen Sonderinteressen.

Der rote Faden der griechischen Präsidentschaft ist dennoch ein anderer als jener des vorangegangenen deutschen Vorsitzes. Wo Bonn dem Sparen die Priorität gab – auch was Europa angeht –, will Athen nun das genaue Gegenteil, nämlich vor allem mehr Geld in die Gemeinschaftskasse leiten; Geld, das den ärmeren, den südlichen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zugute kommen soll. Solidarität in der EG – das ist das Stichwort aus Athen. Verwirklichung dieser Solidarität – das hieße mehr Geld für die landwirtschaftlichen Mittelmeerprodukte, mehr Geld für neue Politiken, die den Süden stützen können.

Wie Athen da noch sparen will, blieb den Europa-Abgeordneten gestern ein Rätsel. Dennoch halten sich die griechischen Europa-Repräsentanten normal strikt an die Paketformeln, die der Stuttgarter Gipfel beschlossen hat. Was nur belegte, daß Helmut Kohl gut beraten war, dieses Paket zu schnüren. Die Antrittsrede der griechischen Präsidentschaft hat gezeigt, daß jede Regierung in der Tat ein *spezielles* Interesse an einer Verabschiedung des Gesamtpaketes hat.

Befürchtungen, daß auf dem Athener Gipfel im Dezember dennoch die konkreten Lösungen nicht gefunden werden können, bleiben natürlich berechtigt. Aber die Griechen haben mit ihrem Straßburger Auftritt zumindest die ursprüngliche Sorge zerstreut, daß sie der Gemeinschaft mit kleinlichen nationalen Anliegen auf die Nerven gehen würden.

Hobby-Strategen

Von Cay Graf Brockdorff

Zwei Herren vom Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik in München, die Professoren Hans-Peter Dürr und Albrecht von Müller, haben eine Schrift zur Nachrüstung vorgelegt, um deren stabilitätsgefährdende Wirkung darzulegen. Da bei uns jeder über jedes schreiben kann, ist das soweit völlig in Ordnung. Die Autoren aber berufen sich zusätzlich auf die Wissenschaft, und darum muß ihnen entgegengetreten werden.

Das ist auch deshalb nötig, weil in unserem Land Wissenschaftler, insbesondere Physiker, eine Vorliebe für die Beschäftigung mit der Atomstrategie entwickelt haben und den Unterton gestatten, wenn nicht sogar fördern, sie verstünden hiervon besonders viel. Dabei würde jeder die Vorstellung für absurd halten, das Wissen um die Herstellung chirurgischer Instrumente verleihe Kompetenz in der Medizin.

Die Schrift der Physiker ist eine Kettenreaktion von Sach- und Denkfehlern. Ein Beispiel: „Die SS 20 ist zur Zerstörung gehärteter Ziele nicht geeignet." Das Gegenteil ist leider richtig.

Falsche Tatsachen führen zu unhaltbaren Thesen. Den kapitalsten Denkfehler begehen die Autoren, indem sie einer populären, jedoch gefährlichen Denkschule anhängen: Sie sind eigentlich schon mitten im Krieg.

Daß die NATO einer Strategie der Kriegsverhinderung folgt, haben sie nicht erkannt, sie nehmen es jedenfalls in ihrer Schrift nicht zur Kenntnis. Kriegsverhinderung ist das bewegende Motiv hinter dem Nachrüstungsplan. Man will das Instrumentarium einer Strategie sichtbar machen, die dem Angreifer unkalkulierbare Risiken zeigt. Deshalb will man auf dem Land stationieren und nicht – wie die Autoren wünschen – auf See: Dort würde das Risiko aus dem Bewußtsein verschwinden.

Man wird beim Lesen der Schrift traurig. Und man fragt sich als Laie besorgt, ob es in der Astrophysik auch so kunterbunt durcheinandergeht.

Vogels Timing

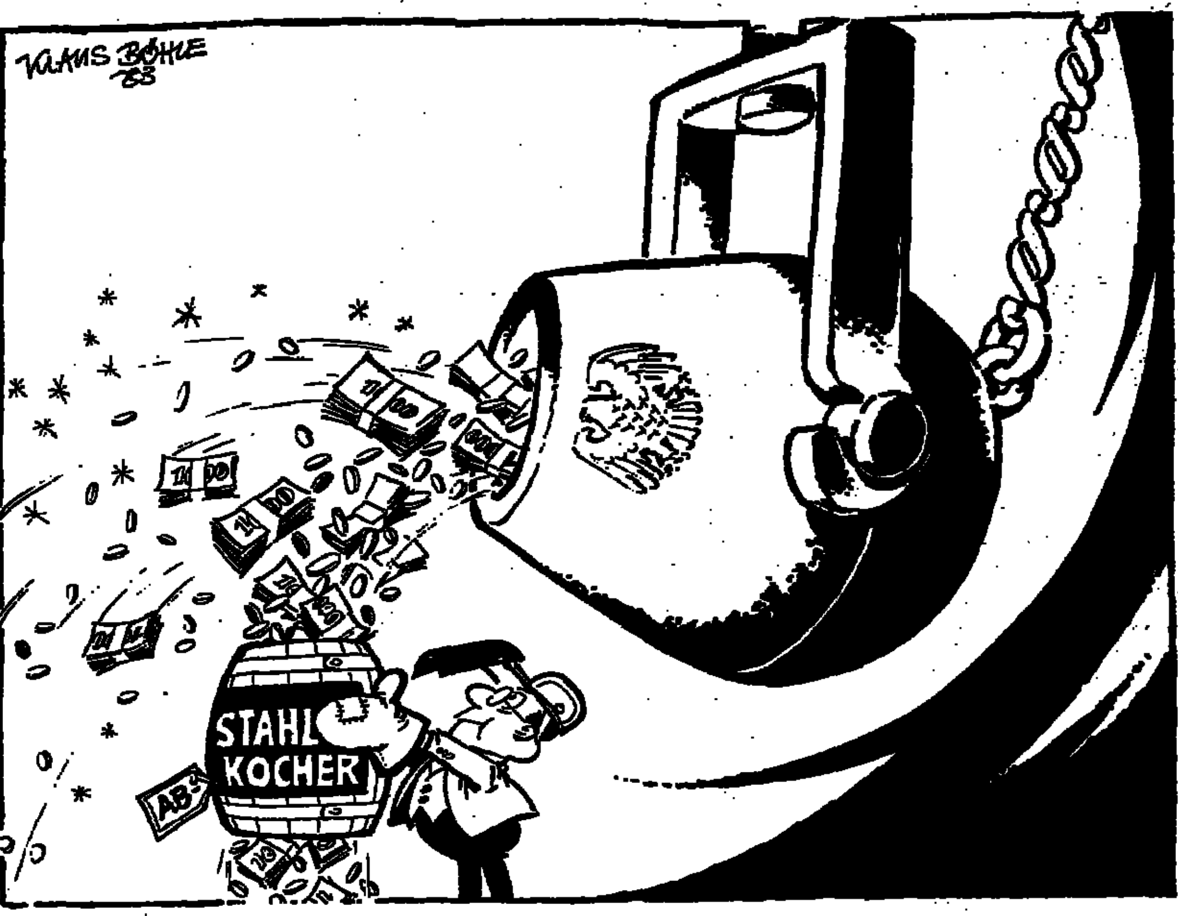
Von Günther Bading

Jeder hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern. Auch Hans-Jochen Vogel. Und wenn er der Meinung ist, daß sich seine Partei ein – groß geschriebenes – NEIN zur Stationierung von Mittelstrecken-Raketen in der Bundesrepublik Deutschland vorbehalten müsse, dann darf er das zweifellos seinen Abgeordnetenkollegen und der darob gar nicht erstaunten deutschen Öffentlichkeit kundtun.

Wie jede lapidare Feststellung zieht auch diese natürlich ein – ebenfalls groß geschriebenes – ABER nach sich: Mußte die neuerliche Ablehnung der gemeinsamen Position des freien Westens ausgerechnet an jenem Tag unters Volk gebracht werden, an dem der Bundeskanzler in Moskau schwierige Gespräche mit dem starken Mann des Kreml, Andropow, aufnimmt?

Als ein Mann, der das erste Regierungsamt im Staate angestrebt hat – und der überdies bei seinen Besuchen in Washington und Moskau wohl selber einen Hauch von jener weltpolitischen Verantwortung gespürt hat, die das Raketenthema einem Politiker aufbürdet –, muß Vogel wissen, daß er mit dieser Nein-Sagerei Wasser auf die Mühlen der Kremlherren gießt. Nicht viel Wasser, freilich, denn so bedeutend wie zur Zeit Helmut Schmidts ist die SPD ja nicht mehr. Aber genug, um dem Kanzler den ohnehin glatten Boden noch etwas schlüpfriger zu machen. Denn: An Hinweisen auf die „Friedenskräfte" hierzulande wird es in Moskau nicht fehlen.

Neues hat er im übrigen nicht zu bieten, der Vogel-Hans, der es vom Münchner Oberbürgermeister und Erzfeind der partei-eigenen Linken zum Bundesgenossen der bunt und grün und rot zusammengewürfelten „Friedensbewegung" gebracht hat. Die Bilanz der Oppositionsfraktion in seinem Brief liest sich dünn. Wenn Politik Bohren dicker Bretter heißt, dann scheint er in den ersten Monaten am Zigarrenkistendeckel geübt zu haben.



Flüssig oder überflüssig?

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Das Skalpell gleitet ab

Von Herbert Kremp

Der szenische Ablauf des Kanzlerbesuches in Moskau brachte das wahrscheinlich wichtigste Ergebnis zutage: Die Sowjetunion ist infolge der sichtlich schweren Erkrankung ihres ersten, mit der breitesten Macht ausgestatteten Mannes nur begrenzt handlungsbereit. Sie steht in der Starre eines Übergangs.

Der Begriff muß genau definiert werden, um nicht mißverständlich zu wirken: Volle Handlungsbereitschaft in der Politik schließt die (scheinbaren) Gegensätze Bewegungsfähigkeit und Richtungsstabilität ein. Ihr Fehlen, allein schon der Mangel, schließt angesichts der tief ineinander verschränkten Machtstruktur kommunistischer Systeme *Kompromißfähigkeit* – eine Form berechneter Beweglichkeit – aus. Da die Männer hinter Andropow jetzt gezwungen sind, einander dauernd zu beobachten und sich dabei möglichst bedeckt zu halten, beharren sie jedenfalls in der Außen- und Sicherheitspolitik auf den eingenommenen Positionen. Bewegungslos zu verharren ist im latenten Nachfolgekampf das sicherste. Das ist der Befund von Moskau.

Den Sowjets ihrerseits liegt jetzt aber auch ein Befund von Bonn vor. Helmut Kohl ist unter den Bundeskanzlern, von denen man sich in Moskau in den letzten anderthalb Jahrzehnten ein Bild machen konnte, eine neue, eine ungewohnte Erscheinung. Er repräsentiert die westlich orientierte Richtungsstabilität der Bundesrepublik Deutschland auf unmißverständliche Weise. Verglichen mit ihm wirkten die Amtsvorgänger wie vom Boden oder aus der Verankerung gelöst. Sie spielten Bewegungsfähigkeit zwischen „beiden Supermächten" vor, was die Sowjetunion zeitweilig zu dem Glauben gelangen ließ, aus dem Spiel, dem natürlich noch verbalen, könne tatsächlich Ernst werden. Entschlossen nahmen sie das Spiel in ihren Dienst.

Insofern bedeutet ein deutscher Kanzler, der mit allem Ernst die westliche Position vertritt, für die Chefs in Moskau ein kritisches Erlebnis. Denn er verkörpert geradezu das Scheitern der Hoffnung, zum strategischen Schnitt zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten ansetzen zu können. Das Skalpell gleitet ab. Nach dem ersten Austausch der Meinungen wissen die Sowjets nun, daß die Stationierung moderner amerikanischer Gegenwaffen in der Bundesrepublik und in anderen Teilen Westeuropas beginnen wird, wenn im Rest des Jahres in Genf kein Verhandlungsergebnis erzielt werden kann. Die von der Mehrheit unterstützte Bundesregierung lasse sich davon nicht abbringen, erklärt der Bundeskanzler.

Wer die Antwort Tichonows abklopft, stößt auf Hohlstellen. Die Möglichkeiten einer Vereinbarung in Genf seien noch nicht erschöpft, heißt es in der Rede des Politbüros, die beim Bankett vorgetragen wurde. Im Falle der Nachrüstung werde es jedoch zu einer „jähen Verschlechterung der Lage in Europa und in der Welt" kommen. Der militärischen Bedrohung von deutschem Boden aus werde Moskau „Sofortmaßnahmen" folgen lassen, womit weitere Vorrüstungen mit modernisierten Versionen der schon in Überzahl und Übermacht stationierten SS-20-Raketen gemeint sein dürften.

Was die „Sofortmaßnahmen" angeht, werden die Sowjets gegenüber dem Gast nicht konkret. Sie rühren auch nicht an das Gerüst der bestehenden Verträge. Die Drohgebärde bleibt im wesentlichen auf den Rüstungssektor beschränkt. Sie hält sich im Rahmen des bekannten Rituals. Der Ton soll dort, wo er als „hart" bezeichnet werden kann, in die innenpolitische deutsche Szene im Rücken des Bundeskanzlers einwirken. Er ist für die Angsthaber in der Bundesrepublik und deren Klientel zwischen Gewalt und Gewaltlosigkeit bestimmt. Hoffnung für die eigene, die sowjetische Sache, klingt jedoch nicht auf. Eher das Nebengeräusch der Resignation, daß nach dem Stand der Dinge die westliche Nachrüstung nun wohl doch nicht zu verhindern sei.

Nach der Rückkehr Kohls werden sich daher alle Blicke auf Genf richten. Angesichts der glaubwürdig bekundeten Entschlossenheit der Bundesregierung stehen die Sowjets dort vor der Alternative, einzulenken oder die westliche Nachrüstung zu riskieren. Die substantielle Frage der Verhandlungen ist damit herausgearbeitet. Es ist nicht gelungen, die Deutschen gegen die Amerikaner umzudrehen. Es wird nicht gelingen, das Monopol der sowjetischen Hegemonialwaffen gegenüber Westeuropa zu erhalten. Unter dem Gesichtspunkt diplomatischer Vernunft müßte die sowjetische Führung also zu dem Ergebnis kommen, daß sie ihren militärpolitischen Vorteil nur noch durch eine quantitativ und qualitativ erhebliche Reduktion des eigenen Raketen-Potentials halten kann. Aber eine solche Diplomatie setzt gerade jene Beweglichkeit voraus, über die Moskau unter seinen politischen Umständen nicht verfügt.

Die Sowjets haben gegenüber Westeuropa eine riesige Raketen-Streitmacht stationiert. Ihr politischer Zweck, den Westen auseinanderzutreiben, mag verfehlt sein. In der Sowjetunion selbst, im Kreml und seinen Fraktionen, stellt sie jedoch ein Symbol der Stärke dar, eine Art welthistorischen Fortschritts, an den dort niemand Hand anzulegen wagt, gerade eine im Übergang begriffene Führung nicht. Ein Riß in der Rationalität tritt zutage. Denn die westliche Nachrüstung, die mit einem Scheitern in Genf beginnen wird, neutralisiert nach der politischen auch die militärische Funktion der sowjetischen Waffen. Der große Aufwand, so werden Andropows Nachfolger einmal errechnen, war also umsonst.



Repräsentant der Bonner Richtungsstabilität: Bundeskanzler Kohl während seiner Unterredungen mit Sowjetaußenminister Gromyko und Ministerpräsident Tichonow (rechts) FOTO: AP

IM GESPRÄCH Abu Mussa

Nummer 17 schoß ihn ins Bein

Von Peter M. Ranke

Triumphierend und lachend sagte „Oberst" Abu Mussa: „Wir sind die Sieger." Das war, als er vorige Woche den betonierten Gefechtsstand des geflüchteten Arafat-Freundes Abu Dschihad (Khalil Wazir) in der Bekaa-Ebene übernahm. Abu Mussa (56) oder „Vater Moses" gilt als militärischer Anführer der Meuterei gegen PLO-Chef Arafat, als der Mann des ersten erfolgreichen Militärputsches unter Palästinensern.

Als junger Mann war Zayed Mussa, wie er wirklich heißt, 1949 vor den Israelis nach Jordanien geflüchtet und Berufsoffizier in der jordanischen Armee geworden. Dort fühlte er sich als Palästinenser gegenüber den Beduinen-Offizieren benachteiligt und ging als Hauptmann 1970 während des „schwarzen September" zu den PLO-Guerrillas unter Arafat über. Während Arafat am 25. September 1970 in Frauenkleidern aus Amman floh, teilte Abu Mussa mit zehntausend anderen das Exil in Syrien und dann in Libanon.

Weil er damals zum Deserteur wurde, kann Abu Mussa niemals nach Jordanien zurückkehren. Daher verstärkte sich seine oppositionelle Haltung gegenüber Arafat, als der PLO-Chef im vorigen Jahr wieder gute Beziehungen zu König Hussein herstellte und in diesem Frühjahr in Amman über den amerikanischen Friedensvorstoß verhandelte.

Als er im Winter 1982 in Südlibanon wieder Arafats militärische Führungskünste kritisierte und es zu Handgreiflichkeiten zu kommen drohte, schoß Arafats Leibwächter Nr. 17 Abu Mussa ins Bein. Zur Operation mußte der Guerrilla-Chef nach Prag geflogen werden, aber seitdem hinkt er und benutzt einen Gehstock. Während der Einschließung West-Beiruts im vorigen Sommer durch die Israelis befehligte Abu Mussa die Operationszentrale der PLO und ging dann nach Ost-Libanon und Syrien.

Im vorigen Oktober sollte und wollte Abu Mussa als ehemaliger Offizier Nachfolger von „Brigadier" Saad Sayel oder Abu Walid werden, nachdem dieser als Arafat-Mann in einen syrischen Hinterhalt geraten und in der Bekaa-Ebene erschossen worden war. Doch Arafat ernannte einen anderen, und



Meuterer gegen Arafat: Mussa FO[illegible]

Abu Mussa entschloß sich en[illegible] tig Anfang Mai zur Meuterei, [illegible] dem Arafat wiederum [illegible] Freund und angeblichen N[illegible] könner, Ghazi Attalah oder Hadschem, zum Kommandeu[illegible] PLO- und Fatah-Guerrillas i[illegible] Bekaa gemacht hatte.

Seitdem verlangt Abu Mus[illegible] die PLO und die Fatah eine k[illegible] tive Führung, die Fortsetzung [illegible] Kampfes gegen Israel mit T[illegible] oder Krieg und die Absage [illegible] Absprachen mit Jordanien. A[illegible] ner der höchsten Militärchefs [illegible] de er gewissermaßen auf mil[illegible] schem, nicht politischem Weg [illegible] Anführer der Meuterei gegen [illegible] fat. Daß er dabei von den Sy[illegible] unterstützt wurde, erkennt er [illegible] kend an, auch wenn er sich [illegible] gert, als Werkzeug der syris[illegible] Militärs und des Geheimdie[illegible] bezeichnet zu werden. Ob er [illegible] oder nicht: Abu Mussa steht i[illegible] syrischen Ecke und ist mit se[illegible] Nachschub von Damaskus ab[illegible] gig.

Abu Mussa hat während de[illegible] ten Wochen zwar Kontakte z[illegible] rischen Führung unterhalten [illegible] nicht zur sowjetischen Botsch[illegible] Damaskus. Dafür sorgte der p[illegible] sche und ideologische Kopf [illegible] Meuterer: Abu Saleh alias [illegible] Saleh. Sein Büro befindet si[illegible] den Räumen der „Gesells[illegible] für sowjetisch-palästinens[illegible] Freundschaft" in Damaskus. Abu Saleh unterhält gute B[illegible] hungen zu Sowjetbotschafter [illegible] dimir Juchin.

DIE MEINUNG DER ANDERE[illegible]

SUD-OUEST

Die in Bordeaux herausgegebene Zeitung schreibt über die Machtverhältnisse in der Sowjetführung:

Wegen der hohen Bedeutung Andropows hat seine Krankheit beachtliche politische Auswirkungen. Wahrscheinlich erklärt sie seine Teil-Niederlage bei der letzten Sitzung des Präsidiums des Obersten Sowjet. ... Der Status quo der Breschnew-Zeit bleibt bestehen. Vielleicht deshalb, weil die sowjetische Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen Lage nicht reformierbar ist. Wenn dies so wäre, würde der nach der Nominierung des ehemaligen KGB-Chefs beendet geglaubte Kampf um die Macht wieder heftig entbrennen. Ein Charakteristikum dieser Art des Gegeneinander ist es, eine Art von Lähmung der Entscheidungen auszulösen. Und deshalb gibt es wenig Chancen, *daß die sowjetische Position* zu den Raketen in Europa nachgiebiger wird.

Frankfurter Rundschau

Zum deutsch-deutschen Verhältnis merkt das Blatt an:

So entkrampft wie in diesen Wochen war das Klima zwischen beiden deutschen Staaten noch nie, seit in Bonn die Regierung gewechselt hat. Das überrascht schon deshalb, weil in der Vergangenheit in Zeiten, die auf eine Besuchsabsage folgten – wie jetzt nach der Absage des Honecker-Besuches in der Bundesrepublik –, immer Verhärtungen eintraten. Die drastische Erhöhung der Pflichtumtauschsätze beispielsweise wurde nur sechs Wochen nach der Absage eines Schmidt-Besuches in der DDR verkündet. Daß es diesmal anders ist, hat mehrere Gründe: Die Zunahme der internationalen *Spannungen in den letzten Monaten* hat der DDR-Führung wohl zu Bewußtsein gebracht, daß eine von ihr gewollte Konfrontation mit der Bundesrepublik letztlich den[illegible] nen Interessen mehr schade[illegible] nützen könnte. Sie hat sich j[illegible] falls bemüht, nicht zusät[illegible] Reizpunkte aufkommen zu l[illegible] Zum anderen scheint man i[illegible] Berlin nicht sicher zu sein, w[illegible] politische Generallinie die So[illegible] union gegenüber dem Westen [illegible] vor allem der Bundesrepubli[illegible] längere Sicht betreiben wir[illegible] Chance, daß es jetzt bei der F[illegible] konferenz von Helsinki in M[illegible] doch noch zum Einverneh[illegible] kommen kann, wird Staats- [illegible] Parteichef Erich Honecker ei[illegible] weis sein, daß er mit seiner P[illegible] gegenüber Bonn gut beraten [illegible]

HONGKONG STANDA[illegible]

Die Zeitung stellt – am Beispiel Af[illegible] stans – der Aggressivität des Oste[illegible] Heuchelei des Westens gegenüber:

Afghanistan ist die sowjet[illegible] Spielart von Vietnam, in de[illegible] Supermacht in einen Krieg [illegible] wickelt ist, den es mit Waffen [illegible] nicht gewinnen kann. Je bru[illegible] die Unterdrückung, desto [illegible] schlossener werden die afg[illegible] schen Mudschaheddins, die [illegible] Krieg als Kampf für das Land [illegible] Allah und für die nationale W[illegible] verstehen ... Der amerikan[illegible] Außenminister George Shultz [illegible] die afghanischen Flüchtlinge [illegible] besucht, die sich in der gottve[illegible] senen dürren Gegend entlang [illegible] pakistanischen Grenze hinzi[illegible] Er wetterte gegen sowjetische [illegible] taten und lobte die Rebellen. [illegible] bei aller Rhetorik und bei [illegible] Platitüden über den Kampf fü[illegible] Freiheit wußten beide, Shultz [illegible] die Afghanen, daß die einzige [illegible] sung nur eine Verhandlungslö[illegible] sein kann – ähnlich der des Pa[illegible] Vertrages, mit dem die amerik[illegible] *sche Verstrickung in Indochi*[illegible] endet wurde. Die afghanische [illegible] se hat sehr viel über die Wes[illegible] *internationaler Politik geleh*[illegible] Sowjets sind aggressiv, und [illegible] westlichen Länder legen oft [illegible] chelei an den Tag.

Arbed-Saarstahl: Sechs Rettungsaktionen und kein Ende

Auch im Wirtschaftsleben gilt, daß schmerzhafte Amputationen das Leben retten können / Von Peter Gillies

Wer Massenentlassungen (bei Arbed-Saarstahl) zustimmt, treibt das Saarland in den Ruin, warnte der SPD-Oppositionsführer Läpple. Der Umkehrschluß ist freilich zwingender: Wer Massenentlassungen verweigert, treibt das Land in die Pleite. So bietet die erste Variante einen Funken Hoffnung, die zweite nicht.

Der wankende Stahlriese an der Saar liefert den Beweis dafür, wie schwer sich ordnungspolitische Versäumnisse rächen; daß es nahezu unmöglich ist, sich den Tentakeln einer ausufernden Subventionspolitik zu entwinden. Gleichzeitig ist das Drama ein Härtetest für die Beteiligten: für das Land, für den Bund, für die Unternehmensführung und die Branche, nicht zuletzt für die (paritätisch mitbestimmende) Gewerkschaft sowie den Steuerzahler.

Seit 1978 wurden sechs Rettungsaktionen gestartet, jede entpuppte sich als eine enttäuschte Hoffnung. Das Unternehmen hat bereits knapp drei Milliarden Mark von Bund und Land erhalten. Das entspricht etwa der Hälfte der gesamten Entwicklungshilfe, die die Bundesrepublik in diesem Jahr leistet. Wenn der saarländische Ministerpräsident Zeyer jetzt davor warnt, die Arbed nicht zu einem Dauersubventionsempfänger werden zu lassen, so ist zu entgegnen: Sie ist es bereits.

Vor wenigen Tagen hat sich der Bund zähneknirschend zu einer weiteren Hilfe von zusammen 180 Millionen durchgerungen. Bis 1985 seien jedoch nochmals 600 Millionen Mark nötig, wie im Landtag zu hören war. Aus Bonn gab es den warnenden Hinweis, dies sei „die letzte Chance", ja sogar „die allerletzte".

Mit (noch) 18 000 Arbeitsplätzen ist das Stahlunternehmen einer der größten Arbeitgeber des kleinen Landes. Bonn erwartet, daß die bis Ende 1985 geplanten Entlassungen von 4000 bis 4500 Menschen um ein Jahr vorgezogen wird. Die Unternehmensleitung muß noch darlegen, ob dies ein gangbarer Weg zur Rettung eines gesunden Kerns ist.

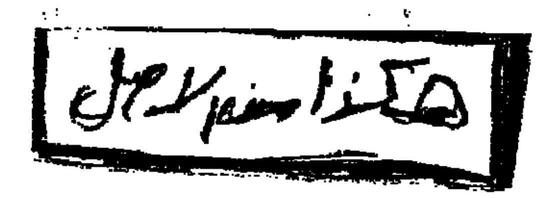
Maximallösungen scheiden aus. Weder wollen Bund und Land das gesamte Unternehmen in einen unkontrollierten Konkurs trudeln lassen, noch ist es realistisch, auf den 18 000 Arbeitsplätzen zu beharren. Diese Politik läuft vielmehr auf den sicheren Untergang hinaus, was SPD und Gewerkschaften wissen sollten. Der paritätischen Mitbestimmung stellt das Drama kein gutes Zeugnis aus. Die vorletzte Rettungsaktion, die eigentlich die letzte sein sollte, erbrachte nach schwerem Ringen die Stundung des halben Weihnachtsgeldes.

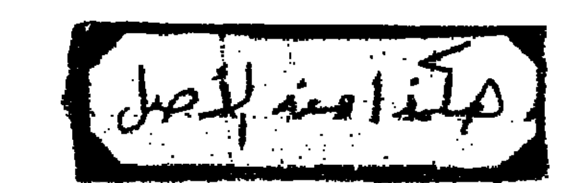
Die Tarifpolitik bleibt weiter gefordert, *denn wenn eine Lohnkürzung* Rettung bringen könnte, würden sich wohl auch die Arbeitnehmer dieser Logik nicht verschließen. Ein Arbeitsplatz mit 90 Prozent des Lohnes ist allemal besser als gar kein Arbeitsplatz, wobei nicht verkannt werden soll, daß die IG Metall daran schwer zu kauen hätte.

Auch paritätisch besetzte Aufsichtsräte sind offenbar keine Gewähr dafür, daß man die großen Probleme zu lösen vermag, wenn sie noch ganz klein sind. Vielmehr hat das Beharren auf Besitzständen dazu geführt, daß genau diese jetzt gefährdet sind. Nicht verschwiegen sei auch, daß die Konzernmutter in Luxemburg ihren Sanierungsbeitrag noch nicht erbracht hat. Das Unternehmen steht in der Pflicht, die ganze Wahrheit der trüben Bilanz auf den Tisch zu legen, statt sie dem Geldgeber – dem Steuerzahler also – in homöopathischen Dosen zu verabreichen.

Seit *gut* acht Jahren *währt* die Stahlkrise. Sie ist ein europäischer Sündenfall, in dem auch die Bundesregierung keineswegs als marktwirtschaftlicher Gralshü[illegible] abschneidet. Wenn in Ländern [illegible] Italien beispielsweise kaum [illegible] lassungen vorgenommen wer[illegible] der Staat aber mehr als die ges[illegible] ten Personalkosten zuschie[illegible] dann müssen alle Schrumpfu[illegible] zepte Stückwerk bleiben. *So* [illegible] kann auch das leistungsfähig[illegible] Unternehmen nicht modernis[illegible] ren, wie der subventionieren[illegible] Staat zuschießt.

Auch eine Verstaatlichung zi[illegible] dem Faß keinen Boden ein. [illegible] wäre eine gefährliche Schein[illegible] sung. So bleibt am traurigen En[illegible] keine Wahl: Es wird Massenentla[illegible] sungen geben, damit es kein[illegible] Konkurs gibt. Sich an unverme[illegible] lich schrumpfende Monostrukt[illegible] ren zu klammern, kann ganze R[illegible] gionen an den Bettelstab bringe[illegible] Das wird im Saarland wie in Nord[illegible] hein-Westfalen deutlich. Auch i[illegible] Wirtschaftsleben gilt, daß schmer[illegible] hafte Amputationen das Leben re[illegible] ten können.





Das Ende des Lin Biao – Anklage gegen den Lebensstil der chinesischen Funktionäre?

Der Fall erinnert an den Römer Catilina, der 63 v. Chr. mit der Ermordung des Konsuls Cicero zum Staatsstreich ansetzen wollte: General Lin Biao, der 1971 in China nach der Macht griff, erscheint durch ein Buch im neuen Licht. Wahrheit oder Fälschung?

Von HERBERT KREMP

Mao Zedong *leitete* die Feier damit ein, daß er eine Flasche kaiserlichen Weins öffnete, der sich noch in einem aus der Ming-Dynastie stammenden Porzellangefäß befand, das vor 482 Jahren verschlossen worden war. Dann zündete er Räucherstäbchen an.

Es wurden ausgesuchte Speisen gereicht – Seegurken und andere Delikatessen wie Wild und Meerestiere, die erst am selben Tag gefangen und erbeutet und mit dem Flugzeug hergebracht worden waren. Mao Zedong nahm seine Eßstäbchen und legte Lin Biao die köstlich zubereiteten Sehnen eines Tigers auf den Teller, der erst kürzlich in der Mandschurei geschossen worden war. Lin Biao erwiderte die Geste. Die Atmosphäre war während des ganzen Banketts besonders herzlich.

Später hat Wang Dongxing (Maos Sicherheitschef) über diesen Abend gesagt: „Ich hatte zunächst angenommen, das letzte zu Ehren von Lin Biao gegebene Essen würde eine sehr steife Angelegenheit sein. Es zeigte sich aber, daß es nicht notwendig gewesen wäre, alle diese Vorsichtsmaßnahmen zu treffen. Natürlich waren unsere Gefühle sehr gemischt, aber es gelang uns, sie unter der Firnis vollkommener Gelassenheit zu verbergen."

Mit der Schilderung dieses Abendmahls erreicht eine der raffiniertesten Verschwörungen der Gegenwartsgeschichte ihren Höhepunkt: Der mit allen Mitteln des verdeckten Spiels ausgetragene Machtkampf zwischen Chinas Führer Mao Zedong (1893–1976) und seinem engsten, zum „Nachfolger" erklärten Verteidigungsminister Lin Biao, dem „unbesieglichen General" des Revolutionskrieges in China.

Lin verlor den Kampf. Denn der Pseudonym-Autor des Polit-Thrillers, Yao Ming-le, dessen Manuskript der New Yorker Verleger Alfred A. Knopf in acht Ländern auf den Markt warf – hier bei Bertelsmann –, *setzt* Lin Biaos Ende *genau zwei Stunden nach dem* Bankett an: Um 23 Uhr hörte man in der ganzen Villa das Krachen von Detonationen, und Mao sagte zu seinem Premierminister Zhou Enlai: „Was die Schuldfrage betrifft, so ist es gleichgültig, was man sagt. Mich kümmert das einen Dreck." Zwei 60-mm-Panzerabwehrraketen hatten, *aus 15,7 Meter* Entfernung auf den abfahrenden Wagen gefeuert, dem Leben Lins und seiner Frau Ye Qun ein Ende gemacht.

Was der Autor als dokumentarisch belegte Version über die Ermordung des Rivalen verbreitet, erregt chinesische Offizielle in einem Maße, daß sie „Die Verschwörung – Staatsstreich und Ermordung des Lin Biao" postwendend als „Fälschung im Stile der Hitler-Tagebücher" bezeichneten.

Ausgeschlossen ist das keineswegs. Der authentisch aufgeputzte, zweifellos von einem Kenner der Personen, Orte, politischen Zusammenhänge und der Lebensart kommunistischer „high society" im modernen China geschriebene Bericht riecht nach dem Gegner Taiwan, der die Intrigen und Strategeme der Machtauseinandersetzung nicht weniger gut beherrscht als die Herren des Festlandes.

Desavouiert werden in dem Buch nicht eigentlich Mao, der die Herrschaft behalten wollte, und Lin, diese vollständig catilinarische Existenz, der sie im Streich zu ergreifen suchte – desavouiert wird die kommunistische Elite und ihre unkontrollierte, aller Öffentlichkeit entzogene Verfügungsgewalt über Mittel und Menschen, die Accessoires ihrer unbegrenzten Macht, das Leben hoher Funktionäre in Wohlstand und Wollust, die Clan-Wirtschaft und der rücksichtslose Umgang mit Leben und Gut des Volkes, dessen Wohlfahrt angeblich das höchste Ziel der herrschenden Minderheit und ihrer *Revolutions-Inszenierung ist.* Da bereitet Enthüllung schon Ärger.

Was an der Geschichte aus China fasziniert, ist die stilsichere Collage der Details, von denen einige mit Sicherheit zutreffen. Denn tatsächlich plante der ehrgeizige Lin Biao 1971, als Mao auf dem Wege der Geheimdiplomatie die Annäherung an Washington vorbereitete, den Staatsstreich. Wie Henry Kissinger in seinen Memoiren (I) unnachahmlich schilderte, suchten die Amerikaner am Ende ihres Vietnam-Engagements eine asiatische Kompensation für den Rückzug, während Mao Zedong seinerseits daran interessiert war, die westliche Karte gegen die Sowjetunion auszuspielen. Im Juli 1971 gab die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua die Einladung Präsident Nixons nach Peking bekannt.

Lin Biao paßte nicht in das neue Konzept, weder von der Person noch von der Linie her. Deshalb wurde er gar nicht erst gefragt. Mehr noch: Der General seinerseits, der das Mißtrauen Maos auf sich lasten fühlte, verfolgte in der Außenpolitik das genau entgegengesetzte Ziel. Er wollte mit der Sowjetunion ein neues Bündnis schließen, ein anti-westliches, mit allen radikalen weltpolitischen Konsequenzen. Im Kreis der Vertrauten bezeichnete er Maos Hin*wendung zu den Kapitalisten als* „lakaienhaft", als eine „Verletzung der Ehre der glorreichen Volksbefreiungsarmee".

Für den Staatsstreich war die Außenpolitik jedoch nur ein Anlaß, nicht der eigentliche Grund. Auch die Kulturrevolution, in deren Verlauf seit 1966 einhundert Millionen Chinesen verfolgt worden waren, regte den General nicht sonderlich auf. Denn von ihr hatten Lin und seine Armee nur profitiert. Als nämlich die jugendlichen Roten Garden, zuerst von der Armee unterstützt, im Auftrage Maos den verkrusteten kommunistischen Parteiapparat zerschlagen und das Land an den Rand des Chaos gebracht hatten, beauftragte der Vorsitzende seinen Verteidigungsminister, die Revolution gewaltsam zu beenden. Das tat Lin Biao mit Hingabe und besetzte bei dieser Gelegenheit alle wichtigen Funktionen im Lande mit den Männern seiner Armee-Seilschaft. Die Macht *kam* aus den Gewehr*läufen: Lin Biao war jetzt* nicht nur der offiziell designierte Nachfolger Maos, sondern faktisch der mächtigste Mann Chinas.

Es liegt auf der Hand, daß sich daraus Spannungen mit dem Vorsitzenden Mao ergeben mußten. Der alte Mann wußte, daß er einen Fehler *machte*, als er Lin die Ordnung wiederherstellen ließ. Aber er hatte keine andere Wahl. Im Herbst 1970 unternahm er daher auf der ZK-Sitzung in Lushan einen Überraschungsangriff nach Guerrilla-Art auf den „Nachfolger". Als Lin in einer Rede Mao als „Genie" bezeichnete – eine übliche Formel im chinesischen Personenkult –, nannte der Vorsitzende in seiner Antwort jeden, „der mich Genie heißt, einen Hohlkopf und Verräter". Damit war die Front herge*stellt* und der Kampf eröffnet. Walstatt wurde die neue Amerika-Politik Maos und seines Premiers Zhou Enlai.

Lin war blaß und zart, und seine schmächtige Gestalt war die eines Gelehrten. Das täuschte. Denn in Wirklichkeit hatte er „eine Hand wie rotglühendes Eisen" (Stalin).

Das Dokument 1577, in dem Lin seinen Staatsstreich-Plan zusammenfaßte, wies den Feldherrn aus:

Da Mao nicht einfach aus dem Kaiserpalast gesprengt werden kann, muß er unter allgemein verwirrenden Umständen aus dem Wege geräumt werden. Das geeignete Mittel ist ein begrenzter Krieg mit der Sowjetunion, dessen innenpolitische Zielsetzung Breschnew vorher signalisiert werden soll. Am 25. September (1971) werden chinesische Truppen aus der Inneren Mongolei und der Mandschurei die Sowjetunion angreifen. Innerhalb von fünf bis sechs Tagen wird sich der Konflikt auf das Fünf- bis Sechsfache des ursprünglichen Umfangs ausweiten. Infolge massiver sowjetischer Gegenstöße erstreckt sich der Krieg wenig später auf die Mandschurei und Nordchina.

Mao und sein engster Kreis müssen sich dann in das unterirdische Kommando-Zentrum des Zentralkomitees im „Berg mit dem Jadeturm" am Stadtrand von Peking begeben. Dann sitzt der Fuchs im Loch. Felddivisionen der Lin treu ergebenen 38. und 40. Armee riegeln den Berg ab. Ein Stoßtrupp aus der Streitmacht von Lins Sohn, Lin Liguo, dringt durch den einzigen noch offenen Tunnel in den Berg mit dem Jadeturm ein und tötet Mao und die anderen dort versammelten Führer.



Lin Biao (links) plante einen Staatsstreich, doch Mao Zedong gewann den Machtkampf. Lin verlor dabei sein Leben. FOTO: DPA

Danach bietet Lin den Sowjets Waffenstillstand und Frieden an. Das Ende Maos wird dabei als der einzige Tribut bezeichnet, den China zu erbringen gedenke. Ein Freundschaftspakt, die Erneuerung des Vertrages von 1950, wird eine neue sowjetisch-chinesische Ära einleiten, wobei, wie Lin immer wieder fein anmerkte, es ja völlig offen sei, was er, der neue Führer Chinas, dann aus dieser Ära mache.

Das war der Plan, aber es gab Voraussetzungen, die ihn zum Leben bringen mußten. Denn nichts haßte der General und Stratege Lin Biao mehr als die Zufälligkeit der Schlacht: „Wir dürfen einen Krieg nur beginnen, wenn wir des Sieges sicher sind", schärfte er seinen Verschworenen ein, die seiner Fortüne vertrauten. Aber ist Sieg wirklich berechenbar?

Der erste Grund für das Scheitern Lins bestand wohl in der unvergleichlich höheren Intelligenz, im unvergleichlich schärferen Instinkt seiner Feinde Mao Zedong und Zhou Enlai. Das verhielt sich wie Cicero zu Catilina. *Als der General plante,* war er schon umstellt. Der erpreßte Mittelsmann, den Lin für seine geheime Verständigung mit den Sowjets benutzte, wurde identifiziert und auf seinen Wegen beobachtet. Für Zhou Enlai war es klar wie ein Schriftzeichen, warum er zwischen den Sowjets und dem chinesischen Militär-Hauptquartier pendelte. Breschnew und der KGB-Chef Andropow antworteten nicht. Lin entschloß sich, diesen Teil des Planes aufzugeben. Der *Mittelsmann und seine Kontakt*leute aus dem Generalstab stürzten mit einem Hubschrauber ab.

Der zweite Grund für das Scheitern ergab sich aus dem Ehrgeiz, den Lins Sohn, Lin Liguo, entwickelte, ein Playboy aus der neuen Oberschicht, der die jungen Frauen, die man ihm zuführte, bei den „notwendigen ärztlichen Untersuchungen" aus einem Nebenraum zu inspizieren pflegte. Das wäre noch angegangen, aber Lin Liguo blieb nicht dabei. Er bewunderte, er beneidete den Vater – ein guter chinesischer Zug –, er wollte an dessen Macht teilhaben und begann daher aus eigenem Kopf zu handeln, als er nach der Lushan-Attacke Mao Zedongs die Rolle des Vaters gefährdet sah.

Da die Waffen ihn genauso interessierten wie die Frauen, ließ er sich ein militärisches Sonderkommando geben, eine eigene, nur für ihn geschaffene Einheit der Luftwaffe, die er nach dem Beispiel eines japanischen Kriegsfilms die „Vereinigte Flotte" nannte: Eine Aufsammlung von besessenen Ledernacken, Legionärstypen, Sprengmeistern und Technikern, alle bedingungslos loyal und für jedes Verbrechen dem Führer Lin Liguo, dem Sohn des großen Vaters, ergeben. Und mit dieser Bande schmiedete Lin Liguo das „Projekt 571", den Plan, Mao Zedong mit seinem Reisezug zwischen dem landschaftsschönen Hangshou und Shanghai oder zwischen Shanghai und Peking in die Luft zu sprengen.

Lin Liguo lebt nicht mehr. Aber sein Attentatsversuch, von dem der Vater rechtzeitig erfuhr, um ihn zu verbieten, spielte in dem Pekinger Prozeß gegen die Viererbande um Maos Frau Jiang Ching und die in der langen Haft gekrümmte Generals-Seilschaft des Vaters Lin 1980/81 eine spektakuläre Rolle. Der Versuch, den unter schwersten Waffenschutz reisenden Mao Zedong mit Raketen, Flammenwerfern und Maschinenwaffen zu töten, blieb nicht unentdeckt. Wieder war es der Premier Zhou Enlai, der Wind von der Sache bekam und den Ring um Lin Biao und sein Lager enger zog.

Der dritte Grund des Scheiterns: Verrat in der Familie Lin. Man lebte dort auf großem Fuße. Die Möbel und Spezereien kamen aus Hongkong, die Wäsche aus Frankreich, die Pornographie aus Tokio. Die Affären der Tochter „Dou-Dou" wurden geduldet, die Liebhaber verschwanden einer nach *dem anderen auf geheimnisvolle* Weise, oder sie verunglückten irgendwo. Bis einer, ein junger Arzt aus Lin Biaos „Medizinischer Abteilung", übrigblieb und die Heirat beschlossen wurde.

Durch die Risse des Lebenswandels drangen die Leute Mao Zedongs in den inneren Ring der Lins vor. Der Bräutigam der Dou-Dou wurde bei der geheimdienstlichen Untersuchung, die vor Prominenten-Hochzeiten in China üblich ist, mit der Vergangenheit seines Vaters erpreßt und umgedreht. Er wiederum drehte Dou-Dou gegen den Vater Lin um, der seinem Sohn natürlich den Vorzug und die Vorliebe gegeben hatte vor der Tochter. Und am Ende des Tunnels stand wieder der weltmännisch strahlende Premier Zhou Enlai, der nun, aus den gebündelten Zeugnissen des Verrats dem großen Vorsitzenden den Endbericht über die Verschwörung des Generals Lin Biao überstellen konnte. Ganz eng zog sich die Schlinge nun um Lin Biao, das Urteil über sein Leben war schon gesprochen, es ging nur noch um die Weise der Erledigung.

Daß am 12. September 1971 ein Henkersmahl stattfand und nach höflicher Zeremonie die Panzerraketen in den Wagen des erleichtert abfahrenden Generals einschlugen, wird in der offiziellen chinesischen Version über den Fall be*stritten. Nein, sagt Peking,* es sei anders gewesen: Nachdem die Attentats- und die Konspirationspläne gegen Mao Zedong aufgedeckt worden seien, habe Lin Biao versucht, in einem Flugzeug nach Sowjetrußland zu entkommen. Die Maschine sei nicht voll betankt gewesen und über der Mongolischen Volksrepublik abgestürzt. Eine chinesische Delegation habe die Absturzstelle mit sowjetischer Erlaubnis aufgesucht, die Leichen seien an Ort und Stelle begraben worden, das Wrack des Flugzeugs wurde photographiert.

Das letztere stimmt. Die Photos existieren. Eine Maschine vom Typ „Trident", versehen mit der Num*mer 256*, ist in der Nähe von Öndörhaan in der Äußeren Mongolei abgestürzt. Aber wer befand sich an Bord? Waren Lin, seine Frau und der Sohn Lin Liguo in der Maschine? Natürlich ließ sich diese Version, als sie ein halbes Jahr nach Lin Biaos Tod den Chinesen eröffnet wurde – so prozessionsartig langsam unterrichten die Mandarine über Staatsaffären –, leichter an das Volk und an den Rest der Welt bringen als ein chinesisches „letztes Abendmahl" (Zhou Enlai). Wir werden nicht erfahren, wie der General wirklich ums Leben kam. Was ist daran auch schon so wichtig?

Lin kam um, das ist alles. Die Verschwörung scheiterte. Es bleibt keine Frage mehr, bis vielleicht auf eine: Daß Mao Zedong ironisch genug war, dem zum Tode Verurteilten ausgerechnet auf dem „Berg mit dem Jadeturm" – der nach der Konspiration ihm zur Falle werden sollte – die letzte Tigersehne auf den Teller zu legen, ist sehr gut möglich. So war seine Lebensart. Daß der General Lin, der am Tage seines Todes, am 12. September, die gesamte Militärstruktur des Landes noch beherrschte, aufgeregt und ohne Schuß in einem Flugzeug gen Sowjetunion geflüchtet sein soll, erscheint sehr unwahrscheinlich. Lin Biao war ein bedeutender Feldherr. Er war ein Soldat. Soldaten verabschieden sich anders.

Aus Asche und Lava wuchs die neue Insel Heimaey

Asche und Lava sind noch nicht überall verschwunden, aber das Leben ist auf die isländische Insel Heimaey zurückgekehrt. Vor zehn Jahren war dort der Vulkan Eldfjell ausgebrochen.

Von R. GATERMANN

Am Sonntag wurde auf der kleinen Insel Heimaey, zehn Kilometer vor der Südküste Islands, gefeiert. Nicht laut und überschwenglich, sondern still und in Ehrfurcht vor den Gewalten der Natur. An diesem Tag war es genau zehn Jahre her, daß der gewaltige Vulkan Eldfjell (Feuerberg) nach mehr als fünf Monaten aufhörte, Feuer, Asche und Lava in die Luft zu schleudern.

Die Bilanz, die damals Mitte 1973 Bürgermeister Magnus Magnusson, die evakuierten Bewohner und die Rettungsmannschaften ziehen konnten, nachdem die Rauchsäule über dem Eldfjell in sich zusammengesunken war und sich die letzte Tonne Asche auf die Insel niedergelegt hatte, war deprimierend. Keines der 1340 Häuser war ohne Schaden davongekommen, 420 wurden völlig von Lava und Asche verschluckt, weitere 400 schwer beschädigt. Vom Erdboden verschwunden war unter anderem auch eine große Fischfabrik.

Heute, zehn Jahre später, hat sich die Insel weitgehend vom Schatten der Katastrophe befreit. Sie kann eine positive Bilanz ziehen. Jedes Haus, von dem zumindest das Dach noch zu sehen war und für reparaturwürdig befunden wurde, ist ausgegraben worden. Insgesamt wurden zwei Millionen Tonnen Asche bewegt. Das Leben auf der Insel pulsiert wieder.

Die Häuser scheinen noch farbenfreudiger angemalt worden zu sein, an großen Giebelwänden sieht man Gemälde, entweder aus der Inselgeschichte oder vom Eldfjell-Ausbruch. Die erste Straße unter den Kratern ist wieder befahrbar, allerdings auf einem drei Meter höheren Niveau. Unter ihr liegen etliche Häuser begraben. An anderer Stelle wird neu gebaut, im Schatten der Vulkane. Mehrere Quadratkilometer Asche wurden mit Grasmatten bedeckt, trotz allem, die Trennlinie zwischen dem alten Land und den Lavafeldern ist deutlich *erkennbar. Zwei* Quadratkilometer landwirtschaftliche Nutzfläche wurden für immer begraben, weitere zwei Quadratkilometer waren für mehrere Jahre unbrauchbar, aber andererseits wuchs Heimaey um 2,5 Quadratkilometer. Die Magma, die aus etwa 20 Kilometer Tiefe herausgeschleudert wurde, hob nicht nur an verschiedenen Stellen das Landniveau um etwa 70 Meter, die höchste Erhebung im neuen Basaltland beträgt 90 Meter, sie füllte zudem Meerestiefen bis zu 60 Meter auf.

Ein Basaltwall machte den Hafen sicherer

Im Juni 1973 drohte der Vulkan das Schicksal der Insel zu besiegeln. Die Lava war auf dem Weg, die lebenswichtige Hafeneinfahrt zu versperren. Mit vier Fisch- und zwei Fischmehlfabriken gehörte Heimaey zu den Fischereizentren Islands. In einem einmaligen Großeinsatz, mit Wasserkanonen, wurde ein verzweifelter Kampf geführt. In jeder Sekunde ergoß sich eine Tonne Wasser auf den glühenden Feind. Es lohnte sich. Die Insulaner sagen heute: „Bis 1973 hatte Heimaey einen der schönsten Häfen Europas. Jetzt haben wir den schönsten der Welt und den sichersten." Selbst Nordstürme mit Windstärke 8 können den hinter der hohen Basaltwallwand liegenden Kuttern nichts mehr anhaben. Einst war die Einfahrt etwa einen Kilometer breit, jetzt sind es nur noch knapp 200 Meter.

Und noch etwas bescherte die Katastrophe der Insel: sehr preisgünstige Fernwärme. Selbst ein gutes Stück vom Eldfjell entfernt *ist die Lava 30 Meter unter* der Oberfläche noch flüssig. Nach etlichen Experimenten – wegen dieser einmaligen Situation konnte man auf keine in anderen Ländern gesammelten Erfahrungen zurückgreifen – fand man schließlich ein System, die Wärme zu nutzen. Paul Zophoniasson, von Anbeginn mit diesem Projekt befaßt, beschreibt das Verfahren so: „Wir gruben große Löcher und preßten Wasser hinein. Dann legten wir dicke Steine dazu. Mit Hilfe von Wärmewechslern gewinnen wir 80gradiges Wasser. Und das zu einem Preis, der um etwa 40 Prozent unter dem des Öls liegt." Auch die Vulkanasche nutzen die Insulaner: zur Verlängerung der Landepiste, zum Bau neuer Straßen und zum Auffüllen eines Neubaugeländes.

Der Vulkan lockt die Touristen

Gebaut wurde auch ein hochklassiges Hotel, um den Anforderungen des stark wachsenden Tourismus gerecht zu werden, auch er eine deutliche Folge des Eldfjell-Ausbruches. Vielleicht verspüren viele Besucher noch den Hauch des Schicksals, wenn sie vor den wenigen noch sichtbaren Häusern stehen, deren Dächer und Wände unter der Last der Lava eingebrochen sind oder ihnen der Fremdenführer sagt, sie befinden sich drei Meter über einem früheren Haus, oder wenn sie vor dem Eingang zum Friedhof stehen und sich an das eindrucksvolle, in aller Welt veröffentlichte Bild erinnern mit der Jesus-Figur, die bereits bis zu den Schultern mit Asche eingedeckt war, und im Hintergrund der feuerspeiende Berg.

Der Gesamtschaden dieser Katastrophe ist nie genau berechnet worden, wahrscheinlich ist dies auch gar nicht möglich. Sicher ist nur eines, wohlhabender ist durch sie niemand geworden. Im Gegenteil: Viele Einwohner, die bis zum Sommer 1973 ein schuldenfreies Leben führten, mußten zum Wiederaufbau ihrer Häuser Kredite aufnehmen. Doch trotz der vereinzelt zu hörenden Kritik an der zu langsamen Hilfe der Regierung stellt Paul Zophoniasson fest: „Die Beseitigung der Schäden verlief besser als erwartet."

Ob er dennoch oft an den 23. Januar 1973 und die folgenden Monate denke? „Eigentlich führen wir schon seit einigen Jahren wieder ein ziemlich normales Leben. Aber ganz vergessen können wir das natürlich nicht. Einmal bekamen wir dadurch die Fernwärme und eine bessere Hafeneinfahrt. Zum anderen aber ..." Und er zeigt hinauf zum Krater. Klettert man zu ihm hinauf, sollte man nicht allzu lange auf einer Stelle verweilen, schnell spürt man die Wärme durch die Schuhsohlen dringen. Vereinzelt steigt noch Dampf aus dem nackten Gestein, hin und wieder stößt man auf gelbe rauchende Flecken, sie riechen nach verfaulten Eiern, Schwefel. Aber vom Kraterrand hat man auch einen herrlichen Blick über die gut 1300 Häuser der Insel, schaut man dagegen nach rechts, sieht man nichts als grauen Basalt, dazwischen die kleinen Schornsteine der Fernwärmewerke und im Hintergrund das Meer. Heimaey und ihre 4700 Bewohner leben mit dem, was ihnen die Natur beschert hat.

Der zweite Tag in Moskau: Kohl und Genscher für Fortsetzung des KSZE-Prozesses – Aussiedlung erörtert

Zum Kreml-Chef ging der Kanzler zu Fuß

m. s./DW. Moskau

Der zweite Tag in Moskau begann für den Kanzler mit einem Besuch der katholischen Kirche St. Louis. Das Gotteshaus in der Lubjanka-Straße, gleich hinter dem Hauptquartier des berüchtigten Geheimdienstes KGB, besuchten Kohl und seine Frau Hannelore ohne Journalisten. Die Kirche war im vergangenen Jahrhundert für die französische Gemeinde in Moskau gebaut worden. Im Volksmund wird sie heute „polnische Kirche" genannt. Sie hat einen litauischen Priester.

Zu Jurij Andropow in den Kreml ging der Kanzler zu Fuß. Nach einem Spaziergang über den Roten Platz schritt Kohl zusammen mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher um 9.30 Uhr (MEZ) an der Basilius-Kathedrale vorbei durch das Spaski-Tor zum Termin mit dem ersten Mann der Sowjetunion. Andropow empfing den Gast in seinem Arbeitszimmer hinter den *hohen Kreml-Mauern.*

Wenige Meter weiter traf Genscher im Gebäude des Ministerrats mit seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko zusammen. Gromyko erwartete Genscher in seinem Büro, wo er mit dem sowjetischen Botschafter in Bonn, Wladimir Semjonow, plauderte. Lässig präsentierte sich Gromyko, an seinem Schreibtisch mit acht Telefonen *sitzend*, den wartenden Journalisten.

Der Bundeskanzler nutzte den Aufenthalt in Moskau auch zu einer Geste besonderer Art. Er besuchte den kleinen, abgeschirmten Friedhof Lublino im Osten der Hauptstadt, auf dem 600 Deutsche beigesetzt sind. Sie sind als Kriegsgefangene gestorben. An dem einfachen Steinobelisk legte der Kanzler einen Kranz mit gelben Nelken und Gerbera nieder.

Die sowjetischen Behörden hatten eigens für diese Visite den Friedhof in Ordnung gebracht und die Grabumrandungen frisch gestrichen. Normalerweise ist er auch für Angehörige der deutschen Botschaft nicht zugängig.

Die Existenz des Friedhofs ist erst seit fünf oder sechs Jahren im Westen bekannt. In der Nähe war nach dem Ende der Kämpfe um Moskau vermutlich ein Kriegsgefangenenlager. Einzelne Namensschilder deuten darauf hin, daß hier Deutsche ruhen, die erst im Sepetember 1949 gestorben sind.

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" hat die am Montag abend von Kohl im Kreml gehaltene Rede gestern nur in zensierter Form veröffentlicht, *während die* Ansprache des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolai Tichonow im Wortlaut abgedruckt wurde. Sechs Passagen der Kanzlerrede wurden in der „Prawda" gekürzt wiedergegeben oder ganz ausgelassen. Bemerkungen Kohls, die im Widerspruch zu sowjetischen Positionen stehen – etwa in Fragen des nuklearen Gleichgewichts – wurden mit dem Zusatz „Kohl behauptete" versehen.

In dem Bericht mit dem Titel „H. Kohls Rede" wurde kein Hinweis darauf gegeben, daß der abge*druckte Redetext nicht vollständig* ist. Die „Prawda" ließ über die Hälfte der ausführlichen Erklärungen Kohls über das Problem der Mittelstreckenwaffen in Europa aus. So fehlte in der sowjetischen Parteizeitung Kohls Erklärung, daß die Sowjetunion bei den landgestützten Raketen bereits 1978 das Übergewicht erlangt habe. Daß Kohl den sowjetischen Vorwurf, die USA verhandelten in Genf nicht ernsthaft, zurückwies, wurde ebenfalls verschwiegen.

Die „Prawda" ließ auch die Erklärung Kohls aus, daß die andauernde sowjetische Intervention in Afghanistan Anlaß zu ernsthaften internationalen Spannungen sei und schrieb statt dessen, daß Kohl „seine Interpretation" der Lage ausgedrückt habe. In dem Bericht fehlte Kohls Appell für einen nationalen Konsens in Polen im Anschluß an die Polenreise des Papstes sowie Kohls Bekräftigung des Rechtes des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung.

Ausgelassen wurde in der „Prawda" auch der Aufruf des Bundeskanzlers an die sowjetische Regierung, Sowjetbürgern deutscher Herkunft die Ausreise in den Westen zu erlauben.

Derart massive Kürzungen bei der Veröffentlichung von Reden ausländischer Staatsgäste gelten in der Sowjetunion üblicherweise als Anzeichen für das tiefe Mißfallen, auf das die Äußerungen bei der sowjetischen Führung gestoßen *sind.*

Keinen Millimeter näher

● Fortsetzung von Seite 1

fensysteme die Genfer Verhandlungen zu blockieren. Zudem widersprach der Bundesaußenminister energisch der sowjetischen Kritik an der amerikanischen Verhandlungsführung. *Der Vorwurf*, sich unbeweglich gezeigt zu haben, treffe nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch die Bundesregierung, denn sie habe gemeinsam mit dem Verbündeten der USA die Genfer Verhandlungen strukturiert. Der Bundesaußenminister wandte sich auch gegen die Kritik Gromykos, aus der Bundesrepublik Deutschland seien wieder „revanchistische Töne zu hören".

Im Gespräch der beiden Außenminister wurde außerdem der Stand der Madrider KSZE-Folgekonferenz sowie das Thema Fami*lienzusammenführung* erörtert. Genschers Besorgnis über die rückläufige Zahl deutscher Aussiedler aus der Sowjetunion beantwortete Gromyko mit der Zusage, daß die Angelegenheit abermals wohlwollend geprüft werde. Zuvor hatte Gromyko den Rückgang auf „natürliche Gründe" zurückgeführt.

Ebenso wie der Bundeskanzler sprach sich Genscher für die Fortsetzung des KSZE-Prozesses aus; beide fanden dabei die Zustimmung ihrer sowjetischen Gesprächspartner. Als das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zum Warschauer Pakt zur Sprache kam, würdigte der Bundesaußenminister insbesondere die durch den Grundlagenvertrag mit Ost-Berlin erreichte „Stabilität" der deutsch-deutschen Beziehungen. Internationale Probleme wirkten sich darauf nicht mehr unmittelbar aus.

Am Vormittag hatten Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher sowohl am Ehrenmal für den Unbekannten Soldaten im Kreml-Garten als auch auf dem deutschen Soldatenfriedhof im Vorort Lublino Kränze niedergelegt. Im Anschluß daran verbrachte Kohl einige Minuten auf dem Roten Platz, wo er sich auch mit Schülern aus der „DDR" und deutschen Amerika-Auswanderern unterhielt. Gegen die Fotografen, die ihn dabei umringten, gingen sowjetische Polizeiangehörige so massiv vor, daß die Begleitung des Bun*deskanzlers eingriff.*

Kohl: USA verhandeln ernsthaft

DW. Moskau

Bundeskanzler Kohl sagte in seiner Tischrede am Montagabend im Kreml *unter anderem:*

Unsere beiden Staaten gehören verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Systemen an. Die Bundesrepublik Deutschland ist Teil des Atlantischen Bündnisses, Mitglied der Europäischen Gemeinschaft; sie ist den Vereinigten Staaten von Amerika und unseren Partnern in Europa freundschaftlich verbunden. Unsere auf gemeinsame Überzeugungen fest gegründete Verankerung im Westen ist eine Realität, ein Erfordernis unserer Sicherheit; sie ist aber auch Teil unserer Berechenbarkeit und unserer Glaubwürdigkeit. Sie ist Grundlage unserer Dialogbereitschaft und unseres Verständigungswillens mit den Regierungen der Sowjetunion und den übrigen Staaten des Warschauer Paktes und ihren Bürgern.

Angesichts des Ausmaßes der zu bewältigenden Probleme haben die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und in der Sowjetunion bei allen Unterschieden in den politischen Auffassungen und bei ihrer Zugehörigkeit zu gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen einen gemeinsamen Ausgangspunkt: die Sorge um die Sicherung des Friedens und um die Überwindung der Spannungen und ihrer Ursachen …

Wir wollen eine realistische Politik. Ihr Kern ist der Gewaltverzicht. Sie ist geprägt vom Geist guter Nachbarschaft in den gegenseitigen Beziehungen. Sie versucht, den vereinbarten Modus vivendi konstruktiv zu nutzen und auszufüllen.

Wir gehen davon aus, daß eine solche Politik langfristig auch zur Lösung der ungeklärten Probleme beitragen wird, die ganz Deutschland betreffen. Wir halten am Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes und an der Einheit unserer Nation fest. Wir resignieren nicht. Uns ist durch unsere Verfassung aufgetragen, „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit vollendet".

Wir denken in historischen *Dimensionen.* Wir wissen, daß diese Aufgabe nur im Rahmen einer europäischen Friedensordnung zu verwirklichen ist. Wir wollen zu ihr beitragen.

Unser Zusammentreffen findet in einer schwierigen internationalen Gesamtlage statt. Konflikte und Spannungen, Ambitionen der Mächte und Vernachlässigung des universalen Gebots der Mäßigung gefährden den Frieden und die Stabilität in vielen Teilen der Welt.

Wir sind uns über die Ursachen der Konflikte und über die Wege ihrer Lösung in wichtigen Bereichen nicht einig. Dies ist der Fall bei der andauernden Intervention sowjetischer Streitkräfte in Afghanistan, durch die die internationalen Beziehungen in starkem Maße gestört bleiben …

Außerdem bietet die Lage in Indochina, im Nahen Osten und in verschiedenen Regionen Afrikas und anderer Kontinente Anlaß zur Sorge.

> „Wir wollen eine realistische Politik. Ihr Kern ist der Gewaltverzicht. Sie ist geprägt vom Geist guter Nachbarschaft *in den gegenseitigen Beziehungen. Sie versucht,* den vereinbarten Modus vivendi konstruktiv zu nutzen und auszufüllen. Wir gehen davon aus, daß eine solche Politik langfristig auch zur Lösung der ungeklärten Probleme beitragen wird, die ganz Deutschland betreffen."

Nicht nur wir, sondern auch alle unsere Verbündeten wollen eine substantielle Verbesserung der Ost-West-Beziehungen. Der Dialog zwischen Ost und West, den wir heute zwischen der Bundesrepu*blik Deutschland und der Sowjet*union praktizieren, ist hierzu ein wichtiges Mittel. Ich setze mich für ein baldiges Gipfeltreffen zwischen Ihrem Generalsekretär und dem amerikanischen Präsidenten ein …

Zu Polen kennt die Sowjetunion unsere Haltung und die unserer Bündnispartner. Wir haben mit diesen gemeinsam die Hoffnung, daß die Reise von Papst Johannes Paul II., der auf Einladung der polnischen Regierung seine Heimat besucht hat, dazu beitragen wird, in Polen jenen nationalen Konsens herbeizuführen, den dieses Land braucht, um aus der gegenwärtigen Krise herauszufinden …

Für uns bleibt Gewaltverzicht ein Kernstück unserer Friedenspolitik. *Er ist in der Charta der* Vereinten Nationen verankert und wurde in der Schlußakte von Helsinki bekräftigt. Er ist tragendes Element unserer Verträge mit unseren Nachbarn *im Osten.*

Wir haben den Vorschlag der Prager Erklärung, auf die der Warschauer-Pakt-Gipfel in Moskau erneut Bezug genommen hat, mit Interesse zur Kenntnis genommen. Eine erneute, verbindliche Bekräftigung des Gewaltverbotes kann zur Verbesserung der internationalen Lage beitragen, wenn dadurch Gewaltandrohung konkret verhindert wird, Gewaltanwendung dort, wo sie andauert, beendet wird.

Wir sehen das historisch begründete Sicherheitsinteresse der Sowjetunion. Wir erwarten aber auch unsererseits Verständnis für unsere Sicherheitsbedürfnisse.

Die Situation bei den landgestützten nuklearen Mittelstrecken*waffen ist besonders ernst* … Trotz der schon 1978 bestehenden Überlegenheit der Sowjetunion bei den landgestützten Mittelstreckenraketen ist im Westen bisher keine einzige amerikanische Rakete dieser Art stationiert worden.

Der Westen strebt nicht nach Überlegenheit, wie ihm in der ge*meinsamen Erklärung des War*schauer-Pakt-Gipfels in Moskau vom 29. Juni unterstellt wird. Auch wenn sich das Atlantische Bündnis bei Ausbleiben eines konkreten Verhandlungsergebnisses zur Stationierung veranlaßt sehen würde, bliebe die Zahl der amerikanischen Systeme weit hinter der Zahl der von sowjetischer Seite bereits stationierten Mittelstreckenraketen und Gefechtsköpfe zurück.

Der Westen hat der Sowjetunion das bisher breiteste Angebot operativer Vorschläge für Rüstungskontrolle und Abrüstung vorgelegt. *Darin* kommt der klare Wille zur Verständigung und *zum* Interessenausgleich mit dem Osten zum Ausdruck.

Alle Vorschläge sind aus der tiefen Sorge um die Erhaltung des Friedens entstanden. Sie verdienen kein Mißtrauen, sondern nüchterne Prüfung. Sie halten nüchterner Prüfung stand. Sie sollen und können zu Vereinbarungen führen, die beiden Seiten dienen und Frieden sichern.

Wir teilen nicht die Auffas[sung,] daß die Genfer Verhandlungen [bis]her völlig erfolglos verlaufen [sind.] Die wichtigsten Substanzfra[gen] sind klar definiert worden. Bei [ent]sprechenden politischen Entsc[hei]dungen und der erforderli[chen] Kompromißbereitschaft k[ann] noch in diesem Jahr ein Verh[and]lungsergebnis erreicht werden.

Ich begrüße es ausdrücklich, [daß] der Warschauer-Pakt-Gipfel i[n sei]ner Erklärung vom 29. Juni [die] Situation ebenso einschätzt [und] bereit ist, noch in diesem Ja[hr ein] Ergebnis zu erzielen. Ich hoff[e, daß] das hierin zum Ausdruck kom[men]de Bekenntnis des Warsch[auer] Pakts zu Abrüstung und Rüst[ungs]kontrolle in Genf und auch in [den] anderen Verhandlungsforen [wirk]sam werden wird.

Ich akzeptiere nicht den [Vor]wurf, daß die USA nicht ernst[haft] verhandeln. Ich weiß aus zah[lrei]chen Gesprächen mit dem am[eri]kanischen Präsidenten, daß e[r be]strebt ist, alle Verhandlungs[mög]lichkeiten auszuschöpfen.

Wir erkennen an, daß auch [die] Sowjetunion in Genf mit Ernst [ver]handelt. Ihr Ziel, die westliche [Sta]tionierung zu verhindern und [die] *Monopolstellung im Mittel[stre]ckenbereich zu erhalten*, wird [dem] Prinzip der Gleichheit nicht [ge]recht. Das bleibt ein schwer[wie]gendes Hindernis in den Verh[and]lungen.

Wir stehen zu beiden Teilen [des] Doppelbeschlusses. Wir setzen [uns] dafür ein, daß alle Verhandlu[ngs]möglichkeiten ausgeschöpft [wer]den. Wir wollen Frieden scha[ffen] mit immer weniger Waffen.

Ich appelliere an die Sowjet[uni]on, ein ausgewogenes Verh[and]lungsergebnis möglich zu ma[chen.] Ich stimme mit der sowjetis[chen] Regierung darin überein, da[ß es] hierzu nicht zu spät ist.

Ich möchte aber an dieser [Stelle] ebenso deutlich sagen: Wenn [sich] in diesem Jahr ein konkretes [Ver]handlungsergebnis noch nicht [er]zielen läßt, dann wird ent[spre]chend der im Bündnis eingeg[ange]nen Verpflichtungen die Stati[onie]rung wie geplant beginnen. D[as] läßt sich die von der Mehrhe[it des] deutschen Volkes unters[tützte] Bundesregierung nicht abbri[ngen.] Das Bündnis wird auch da[nn be]reit sein, die Verhandlungen [fort]zusetzen.

Tichonow: Unakzeptable Forderunge[n]

DW. Moskau

Die Rede von Ministerpräsident Tichonow:

Wir begrüßen Ihren Besuch, Herr Kanzler. Er gibt uns Gelegenheit, den politischen Dialog fortzusetzen.

Seit der Unterzeichnung des historischen Moskauer Vertrags ist nicht wenig getan worden, um das Vertrauen zwischen unseren Völkern zu festigen und gegenseitig vorteilhafte wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische, kulturel*le und andere Beziehungen* zu entwickeln. Abkommen sind geschlossen worden, deren Gültigkeit über unser Jahrhundert hinausreicht. Die UdSSR und die Bundesrepublik Deutschland *sind* mehr als einmal auf internationaler Ebene gemeinsam im Interesse der Festigung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit vorgegangen.

Kurzum, wir haben es verstanden, trotz des bleibenden Schmerzes über die Vergangenheit – ich meine den Zweiten Weltkrieg – Erfahrungen mit positiver Entwicklung der Beziehungen zu sammeln. Es kommt meines Erachtens darauf an, diese Erfahrungen nicht nur zu bewahren, sondern auch zu mehren.

Die Haltung der Sowjetunion zur Bundesrepublik Deutschland, zu deren Volk und Regierung ist vom Wunsch geprägt, allseitige Zusammenarbeit zu entwickeln. Wir tragen selbstverständlich dem Umstand Rechnung, daß die Bundesrepublik ein loyales Mitglied des Nordatlantikblocks ist. Es ist nicht unsere Absicht, einen Keil zwischen die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten oder andere ihrer Verbündeten zu treiben. Was uns trennt, sind Weltanschauungen, doch wir sind dagegen, daß Unterschiede in den Ideologien *Unversöhnlichkeit in den* zwischenstaatlichen Beziehungen hervorbringen. Wir halten es für wichtig, nach Wegen zum Einvernehmen zwischen Ländern zu suchen, die verzchiedenen sozialen Systemen angehören. Das ist, wenn Sie so wollen, ein Imperativ unseres nuklearen Zeitalters.

Nach unserer Überzeugung kann kein einziger europäischer Staat gleichgültig gegenüber den Geschicken unseres Kontinents sein. Daher gibt es manches, was Europäer in diesem Zusammenhang miteinander besprechen sollten. *Wir treten dafür ein, daß* unsere Länder sowohl in Wirtschaft und Kultur als auch in den Fragen der Sicherheit nicht Gegner, sondern Partner sind.

Wir haben heute Verhandlungen aufgenommen. Schon jetzt kann man sagen, daß sie inhaltsreich sind und die Möglichkeit bestätigen, gegenseitig vorteilhafte Beziehungen in verschiedenen Bereichen zu unterhalten.

Für nützlich halte ich auch die geführten Gespräche über internationale Probleme, wenn auch unsere Ansichten über einige von ihnen, darunter auch große, unterschiedlich sind. Ich hoffe, Herr Bundeskanzler, Sie werden nichts dagegen einzuwenden haben, wenn ich etwas ausführlicher auf unsere Ansichten eingehe.

Die internationale Lage ist sehr unruhig *geworden* – das wird *heute* von allen erkannt. Besonders besorgniserregend ist, daß Anhänger der Politik der Stärke darauf aus sind, Europa in einen Raum maximaler militärisch-politischer Spannungen zu verwandeln.

Während die Sowjetunion bei den Genfer Verhandlungen ihr Möglichstes tut, um eine gerechte *und gegenseitig annehmbare* Übereinkunft über die Reduzierung der Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa herbeizuführen und wiederholt der anderen Seite einen *großen Schritt entgegengekom*men ist, geben sich die USA nur den Anschein, als führten sie Verhandlungen. Sie stellen eindeutig inakzeptable Forderungen nach einer einseitigen Abrüstung der UdSSR und bereiten mittlerweile die Stationierung neuer amerikanischer Raketen in der Bundesrepublik und in einer Reihe anderer Länder Westeuropas vor.

> „Was uns trennt sind Weltanschauungen, doch wir sind dagegen, daß Unterschiede in den Ideologien Unversöhnlichkeit in den zwischenstaatlichen Beziehungen hervorbringen."

Indessen wird die Realisierung dieses Planes unvermeidlich zu einer jähen Verschlechterung der Lage in Europa und in der ganzen *Welt führen. Das muß man sich vor* Augen halten.

Das annähernde militärische Kräftegleichgewicht von West und Ost in Europa, auf dessen Basis der Frieden auf dem Kontinent lange Jahre fortbestehen – und zwar nicht schlecht fortbestehen – konnte und sich gutnachbarliche Beziehungen zwischen europäischen Ländern entwickelten, wäre radikal verändert. Die Gefahr ist um so offensichtlicher, als es dabei um die Stationierung amerikanischer Erstschlagwaffen geht, während in Washington der Gedanke *an die* Möglichkeit und geradezu Rechtmäßigkeit eines „begrenzten", und zwar allem Anschein nach auf Europa begrenzten, Kernwaffenkrieges propagiert wird.

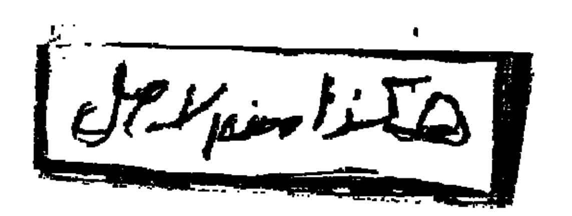
Und schließlich hieße es, daß erstmals in der Nachkriegsgeschichte von deutschem Boden militärische Bedrohung für das Sowjetvolk ausgehen würde. Was dies für uns bedeuten würde, bedarf keiner Erläuterung.

Wir werden auf all das selbstver*ständlich nicht mit Zugeständnis*sen bei den Genfer Verhandlungen antworten, wie einige Politiker im Westen zuweilen behaupten. Wir und unsere Verbündeten werden darauf mit zusätzlichen Sc[hutz]maßnahmen zur Festigung un[serer] Sicherheit antworten und ein [Ge]gengewicht für das neue Mi[litär]potential der NATO schaffen. [Als] Endergebnis wird das Gleic[hge]wicht wiederhergestellt wer[den,] doch auf einem höheren, für [den] Frieden gefährlicheren Niv[eau.] Und die Verantwortung dafür [wird] sich auf die Autoren und Aus[füh]renden der jetzigen NATO-Pl[äne] legen.

Wäre es denn nicht besser, [die] Reduzierung der nuklearen A[rse]nale beider Seiten zu vereinba[ren,] statt sie aufzustocken? Eine M[ög]lichkeit hierzu ist in Genf [...] gegeben – und wir fordern auf [...] zu nutzen, solange es noch nich[t zu] spät ist. Wir sind für volle Gle[ich]heit beider militärpolitisc[hen] Gruppierungen in Europa [hin]sichtlich der Raketen, Flugze[uge] und Sprengköpfe. Dabei auf m[ög]lichst niedrigem Niveau. W[enn] man davon ausgeht, so ist [eine] Übereinkunft meines Eracht[ens] durchaus möglich. Und wir [for]dern *die NATO-Länder, darun[ter]* selbstverständlich auch die B[un]desrepublik Deutschland, auf, [da]zu beizutragen, daß die Mögl[ich]keit einer solchen Übereinku[nft] *nicht versäumt* wird. *Die Län[der]* des Warschauer Vertrages hab[en] eine Vielzahl von konkreten, [zur] Entspannung führenden Vorsch[lä]gen unterbreitet. Unsere gemein[sa]me Bereitschaft, eine praktisc[he] Diskussion über die Idee ei[nes] Vertrages über den gegenseitig[en] Verzicht auf Anwendung von [Ge]walt und die Aufrechterhaltu[ng] friedlicher Beziehungen zwisch[en] *den Teilnehmern beider Grupp[ie]*rungen zu beginnen, wurde jün[gst] in der Moskauer Erklärung bekr[äf]tigt. Die NATO schweigt sich al[ler]schon ein halbes Jahr aus, obw[ohl] durch *einen solchen Vertrag* n[ie]mand zu Schaden kommen u[nd] der Frieden in Europa und in d[er] ganzen Welt stabiler sein würde.

Wenn politischer Wille vorh[an]den ist, wenn die legitimen *Inter[es]*sen des anderen respektiert w[er]den, kann man übereinkomm[en.] Das jüngste Zeugnis hierfür s[ind] gute Nachrichten aus Madrid, [wo] sich die *Perspektive* eines pos[iti]ven und baldigen Abschlusses d[es] Treffens abzeichnet. Ich möch[te] glauben, daß das Beispiel Madri[ds] Wien als ein Anreiz *dienen* wi[rd.] Ich meine die Verhandlungen üb[er] die Reduzierung der *Streitkrä[fte]* und Rüstungen in Mitteleuro[pa,] wo die jüngsten Vorschläge d[er] sozialistischen Länder es ermög[li]chen, mit der fruchtlosen Disk[us]sion Schluß zu machen und ei[ne] gegenseitig akzeptable Lösung [zu] finden.

Europa war die Wiege der E[nt]spannung. Und von *allen europ[äi]*schen Staaten – großen, mittelg[ro]ßen und kleinen – hängen die G[e]schicke des positiven Prozesses a[b,] der vor acht Jahren in Helsin[ki] eingeleitet worden war. *Wir gla[u]*ben, daß der weitere Vormars[ch] auf diesem Wege den Europä[ern] und der ganzen Menschheit z[um] Nutzen gereichen wird."



Der zweite Tag in Moskau: Begegnung des Kanzlers mit Andropow demonstrativ nachgeholt

Der kranke Mann im Kreml kann keine Kontinuität verbürgen

Von MANFRED SCHELL

Bundeskanzler Helmut Kohl wird sich selbstkritisch die Frage stellen, welchen politischen Stellenwert sein Besuch in der sowjetischen Hauptstadt haben kann. Jurij Andropow, Kohls Hauptgesprächspartner, ist ein kranker Mann. Gestern, als er im Kreml dem Kanzler gegenübertrat und ihn mit Freundlichkeit begrüßte („Es war mein innigster Wunsch, gestern dabei zu sein. Leider ging es nicht."), konnte man es sehen: Andropow leidet an Bewegungsstörungen in der linken Hand, und das Gehen fällt dem 69jährigen schwer.

Es ist sicherlich kein Fehlurteil, wenn man Andropow als einen Mann des Übergangs betrachtet und dementsprechend das, was er politisch äußert, gewichtet. In der sowjetischen Hauptstadt gab es, nachdem Außenminister Andrej Gromyko, ebenfalls Politbüromitglied, das Fernbleiben des Kremlchefs am ersten Besuchstag Kohls mit „persönlichen Gründen" entschuldigt hatte, vielerlei Spekulationen. Die sowjetischen Kollegen von den staatlich gelenkten Medien ergingen sich, um von ihrem Unwissen abzulenken, in Vermutungen. Sie reichten bis zu der Version, Andropows Frau könnte vielleicht gestorben sein. Die amtliche Nachrichtenagentur Tass brachte keine *auch noch* so spärliche Nachricht.

Die Tatsache, daß Andropow so kurzfristig entschuldigt wurde, hat weltweites Gewicht. Im Umkehrschluß heißt dies nämlich, daß seine Krankheit – man spricht von schweren Nieren- und Zuckerleiden – so fortgeschritten ist, daß er mit den modernsten Hilfsmitteln der Medizin für ein Stundenprogramm nicht stabilisiert werden konnte. Bei seinem Amtsvorgänger Leonid Breschnew ist dies über eine verhältnismäßig lange Strecke hinweg gelungen.

Die sowjetische Führung ist sich natürlich bewußt, mit der weltweit publizierten Entschuldigung vor der internationalen Öffentlichkeit den Beweis dafür geliefert zu haben, daß an der Spitze ihres Imperiums ein kranker Mann steht. Zweifel an Andropows intellektuellen Fähigkeiten sind offenbar unberechtigt, sonst hätte Gromyko die Absage am Montag nicht mit der Hoffnung verknüpft, daß es doch noch zu Begegnungen zwischen Bundeskanzler Kohl und dem sowjetischen Staats- und Parteichef *kommen werde. Dieses* Treffen wurde gestern demonstrativ nachgeholt.

Fragen über einen potentiellen Nachfolger Andropows lösen allenfalls Spekulationen aus. Dies entspricht auch den Gepflogenheiten in solchen Fällen. In der Phase des Übergangs wird den Politbüromitgliedern besonders viel Behutsamkeit abverlangt. Handeln kann in solchen Situationen Argwohn auslösen und damit der eigentlichen Karriere, die zwischen den Interessen der Partei und den Trägern der Macht austariert sein muß, Schaden zufügen. Der Partei- und Staatsapparat versteckt sich hinter Andropow.

Die Reise des Bundeskanzlers fällt in diese Zeit. Kohl mag dies bedauern, aber ändern kann er daran nichts. Er hat auf die Absage Andropows am ersten Tag mit der Noblesse eines Staatsmannes reagiert. Kohl hat die Gründe respektiert und ansonsten geschwiegen. Diese Haltung ist für die Öffentlichkeit bestimmt. Intern macht sich Kohl sicherlich ernsthafte Gedanken. Er weiß natürlich, daß in Zeitabschnitten, in denen in Moskau *die Machtverhältnisse* unentschieden sind, der Spielraum aller Politbüromitglieder sehr gering ist. Dies muß zwangsläufig Einfluß auf seine Gespräche haben, und zwar in mehrfacher Hinsicht.

Kohl kann sein Ziel, in intensiven persönlichen Gesprächen mit Andropow langfristige Perspektiven vor allem der sowjetischen Außenpolitik auszuloten, nicht uneingeschränkt erreichen. Denn selbst wenn Andropow mit der ihm noch eigenen Autorität des Amtes Festlegungen trifft, dürften sie aufgrund seines Krankheitsbildes vor*läufigen Charakter haben. Die* sowjetische Politik bleibt somit, gerade was die Auswirkungen der Stationierung im Herbst ausmachen können, vage. Der Kanzler kann somit nur ein allgemeines Bild über die augenblickliche Denkrichtung der sowjetischen Führung gewinnen. Dies sollte aber nicht gering eingestuft werden. Immerhin ist Kohl der erste Regierungschef eines NATO-Landes, zumal eines Stationierungslandes, der diese Gesprächsmöglichkeiten in Moskau hat. Die Vereinigten Staaten und der Westen insgesamt werden davon profitieren.

Der vom Kanzler seit langem unterstützte und auch in Moskau wiederholte Vorschlag für ein „gut vorbereitetes Treffen" zwischen Andropow und dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan freilich hat durch die jüngsten Ereignisse in Moskau an Zugkraft eingebüßt. Wie soll ein kranker Parteichef in einem Gipfeltreffen mit dem immer noch vitalen amerikanischen Präsidenten bestehen können? Die Sowjets dürften *kaum bereit sein, ein solches Risiko* einzugehen.

Die Aussagen, die vor allem der sowjetische Ministerpräsident Tichonow zu den Verhandlungsaussichten in Genf gemacht hat, klangen nicht so abweisend wie andere sowjetische Stimmen. Tichonow machte sich ausdrücklich die Einschätzung Kohls zu eigen, daß es für eine Verständigung in Genf noch nicht zu spät ist. Natürlich fehlten nicht die üblichen Drohungen, die Nachrüstung könne den Frieden gefährden, ebensowenig wie die Versicherung, der Sowjetunion gehe es ausschließlich um Gleichgewicht und Stabilität. Ob *daraus schon „Bewegung" in Rich*tung eines Zwischenergebnisses in Genf folgt, ist vorerst nicht abzuschätzen. Die Bundesregierung hat in einer Analyse des Kommuniqués des jüngsten Treffens des Warschauer Paktes eine Chance ausgemacht. Bewegt hat sich Moskau allerdings bei den KSZE-Folgeverhandlungen in Madrid in Richtung des spanischen Vermittlungsvorschlags. Eine Europäische Sicherheitskonferenz in Stockholm ist somit nicht mehr ausgeschlossen.

Kohl ist in Moskau seiner Ankündigung treu geblieben, in der sicherheitspolitischen Position, *vor allem in der Konsequenz zur* eventuellen Nachrüstung, keinen Millimeter preiszugeben. Über jeden Zweifel erhaben hat er die Nachrüstung im Herbst angekündigt, falls eine akzeptable Einigung in Genf ausbleibt. Die sowjetischen Gastgeber waren über diese feste Haltung ihres Gastes nicht überrascht. Sie haben ihn und sein gutes, ja freundschaftliches Verhältnis zu den USA und Präsident Reagan genau registriert. Sicherlich auch vor diesem Hintergrund hat Tichonow die Formulierung verwendet, man müsse „Zusammenarbeit im gegenseitigen Interesse finden, ohne den jeweiligen *Freunden Schaden zuzufügen*".

Der Kanzler hat in Moskau auch die anhaltende sowjetische Besetzung Afghanistans verurteilt und sich nicht gescheut, den Papst und Polen zu nennen. Als deutscher Patriot hat er auch in Moskau das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen bekräftigt und an das Verfassungsgebot zur Wiedervereinigung erinnert. Diese Rede Kohls, die natürlich nicht nur für die aufmerksamen sowjetischen Gastgeber bestimmt war, sondern auch für die Verbündeten und ebenso für die deutsche Innenpolitik, ist unangreifbar. Dem entschiedenen Ton in diesen Kernfragen der Nation und deren Einbindung in den Westen stand das moderat formulierte Angebot Kohls zur wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit gegenüber. Der Kanzler, das wurde in Moskau offensichtlich, möchte – über den Herbst hinweg – eine Art „Schadensbegrenzung" für das bilaterale deutsch-sowjetische Verhältnis erreichen.

Ob dies gelingt, ist fraglich. Aber die Interessenlage der Sowjetunion könnte diesen Bestrebungen Bonns durchaus entgegenkommen. Zum einen dürfte Moskau daran gelegen sein, auch bei einer „Vereisung" im Falle der Nachrüstung einen intakten Gesprächsstrang in den Westen zu haben. Bonn wäre dazu der einzige Partner, von direkten Kontakten mit der Großmacht USA einmal abgesehen. Das Verhältnis zu Großbritannien und zu dem sozialistisch regierten Frankreich ist auf dem Tiefpunkt. Moskau hat dies dem französischen Außenminister Cheysson bei dessen Besuch ziemlich brutal zu verstehen gegeben. Ungebrochen dürfte auch der Wunsch der Sowjetunion bleiben, weiterhin Wirtschaftskooperation mit der Bundesrepublik Deutschland zu betreiben. Hier erwirtschaftet die Sowjetunion gewaltige Überschüsse (1982: rund 1,2 Milliarden Mark).

Die Bundesregierung hat auf diesem Feld Signale des guten Willens gesetzt. Sie hat das Kooperationsabkommen bis 1993 verlängert und in Williamsburg eine drastische Drosselung des Osthandels verhindert. Die politische Absicherung für den Milliardenkredit für Ost-Berlin gehört ebenfalls in diese Kategorie des Bemühens, ein Stück Zusammenarbeit zu retten.

Bei seiner Tischrede im Kreml erinnerte Kohl an die „Tradition", die „Konrad Adenauer bei seinem Besuch in Moskau im September 1955 begründet hat". Er schlug damit bewußt den Bogen weit zurück: Die Besuche der Kanzler Brandt und Schmidt erwähnte er nicht. Die Adenauer-Reise haben die Sowjets nicht vergessen. Der erste Kanzler suchte damals zwar vergeblich einen Schlüssel zur Wiedervereinigung in Moskau, aber er erreichte – auf der Basis mündlicher Zusagen – die Freilassung von 10 000 deutschen Kriegsgefangenen. Die Sowjets, Chruschtschow und Bulganin, haben damals Wort gehalten. Umstrittener waren die zwei Besuche, die Willy Brandt der Sowjetunion im August 1970 und im September 1971 abstattete. Bei der ersten Visite wurde der deutsch-sowjetische Vertrag unterschrieben. Damals erklärte Brandt in einer aus Moskau übertragenen Fernsehansprache: „Mit diesem Vertrag geht nichts verloren, was nicht längst verspielt worden war."

Genau dies aber wurde in Deutschland nicht akzeptiert. Adenauer hatte Rechtspositionen halten können, die von Brandt später preisgegeben wurden. Überstürzt, von besonderen Gesten Leonid Breschnews begleitet, war der zweite Besuch Brandts vorbereitet worden. Die Bilder von damals sind noch in Erinnerung: Gemeinsame Ausflüge und Bootsfahrten, das Treffen zwischen Brandt und Breschnew in Oreanda auf der Krim. Dann kam im Juni 1980, ein halbes Jahr nach dem NATO-Doppelbeschluß, Helmut Schmidt nach Moskau. Schmidt hielt im Kreml der sowjetischen Führung die These von der „Unteilbarkeit" des Friedens und der Sicherheit entgegen. Das Klima war äußerst frostig.

Inzwischen ist Helmut Kohl Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Die Sowjets kennen seine Standfestigkeit, sie richten sich realistischerweise darauf ein, daß sie es auf längere Zeit mit ihm zu tun haben werden. Wie bei Adenauer im Jahre 1955, so spielen diesmal wiederum humanitäre Fragen eine besondere Rolle. Es geht um die Rußland-Deutschen. 100 000 von ihnen wollen ausreisen. Die Sowjetunion überzieht diejenigen, die Anträge stellen, mit Schikanen. Diese Deutschen mit sowjetischem Paß, vertrieben aus ihren alten Siedlungen an der Wolga und am Schwarzen Meer, gehören in besonderer Weise zu den Verlierern des Zweiten Weltkrieges: Seit 1941 leben sie in den asiatischen Sowjetrepubliken, elementare Rechte werden ihnen vorenthalten. In den vergangenen Wochen sind mehr als zehn von ihnen, die zum Protest vor die deutsche Botschaft in Moskau gekommen waren, verhaftet worden. Die sowjetische Führung hat Kohl die Zusicherung gegeben, sie lege den Aussiedlerwilligen keine „künstlichen Hindernisse" in den Weg. Das Thema bleibt also auf der Tagesordnung.

Die sonnigen Tage von Oreanda sind längst vorbei. Brandt ist seit fast zehn Jahren nicht mehr im Amt. Leonid Breschnew ist tot. Helmut Kohl ist ein Pragmatiker, er kennt die Bedeutung des Nachbarn Sowjetunion, der bei allem unbestreitbaren weltpolitischen Gewicht zugleich für das Schicksal der Menschen im anderen Teil Deutschlands verantwortlich ist.



Andropow: „Es war mein innigster Wunsch dabei zu sein. Leider ging es nicht." FOTO: AP

Das Datsun-Projekt droht an einem vorlauten Minister zu scheitern

Von WILM HERLYN

Die Nissan-Manager zuckten erst einmal mit den Schultern. Dann flüchteten sie sich in Ausreden. Nein, sie wüßten nichts von den Plänen des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Professor Reimut Jochimsen, bei einem Arbeitsbesuch auch ihren Vizepräsidenten Uchiyama in Tokio aufzusuchen. Sie kennen auch nicht die Absicht Jochimsens, Uchiyama davon zu überzeugen, daß es für ein neues Fertigungswerk keinen besseren Platz gäbe als an Rhein und Ruhr.

Diese Unkenntnis war schon erstaunlich. Immerhin sind die Manager der Nissan-Auslieferungszentrale schon seit Jahren in Neuss ansässig und sozusagen die Botschafter und Kundschafter ihres Werkes auf deutschem Boden.

Am Mittag hatte das NRW-Wirtschaftsministerium eine Pressemitteilung herausgegeben, die unter der Nummer 360/6/83 verkündete: „Im Mittelpunkt des Gesprächs (von Jochimsen, d. Red.) mit Vizepräsident Uchiyama von der Nissan AG steht die Standortplanung für die von dem japanischen Automobilkonzern geplante europäische Fertigungsstätte. Ursprünglich hatte sich die Nissan AG bekanntlich für Großbritannien entschieden, mittlerweile aber von diesem Standort wieder Abschied genommen."

Auf diese Formulierung stürzten sich hochgestimmt vor allem Dortmunds Stadtväter. Ihnen sitzt noch heute in den Knochen, daß sie vor zwei Jahrzehnten das Angebot Opels abgelehnt hatten, dort ein Werk zu bauen. Zu stolz hatte man damals auf Kohle und Stahl und ein bißchen Bier gebaut und anderen Wirtschaftszweigen hoffärtig die Tür gewiesen. Lachender Dritter war – und ist – Bochum, das die Opel-Werke mit offenen Armen empfing.

Sechsspaltige Schlagzeilen

Dortmunds Wirtschaftsförderungsdezernent Ulrich Dorstewitz griff freudig zu und animierte die Lokalpresse zu sechsspaltigen Schlagzeilen: „Die Initiative Jochimsens liegt genau auf unserem Kurs." Und er konnte auch schon gleich zwei geeignete Gelände für ein Dortmunder Nissan-Werk, Auto-Marke Datsun, nachweisen. Dortmund = Datsun / D = D hieß schon hochgestimmt die Gleichung.



Hätte besser geschwiegen: NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen
FOTO: JUPP DARCHINGER

In der Tat käme der Stadt eine „Blutzufuhr" gelegen. Mit 14,9 Prozent Arbeitslosen liegt Dortmund mit an der Spitze im Revier. Es hat große – kaum lösbare – Sorgen mit der dahinsiechenden Stahlindustrie wie mit den ständig sinkenden Quoten im Bergbau. Gerade jetzt erst mußte Oberbürgermeister Günter Samtlebe (SPD) einen Brandbrief nach Düsseldorf und Bonn schicken: „Mit großem Erschrecken und äußerster Besorgnis erfahren wir von Überlegungen der Ruhrkohle, Anpassungsmaßnahmen zur Reduzierung der Kohleförderung über Zechenstillegungen vorzunehmen." Er sorge sich vor allem um 6000 Arbeitsplätze auf der Zeche „Gneisenau", die „*bei solchen Überlegungen mit der* Lüner Zeche Viktoria genannt wird." Samtlebe weist auch darauf hin, daß sich nicht nur die Arbeitslosenquote drastisch erhöbe, sondern auch auf Zulieferbetriebe wie auf Kaufkraft und Einzelhandel schlimm auswirken würde.

In diese schrillen Alarmsirenen hinein schienen die Siegesposaunen aus Düsseldorf das rechte Lied für die angeschlagene Industriestadt zu spielen. Durch die Aufbauphase nach dem Krieg ohnehin verführt und gewohnt, in großen Zahlen zu denken (Jochimsen: „Auch das Revier muß einsehen, daß der Umschwung nur durch viele Arbeitsplätze in vielen Industrien zu bewältigen ist – denn wir haben zwar eine große Produktivität, aber die Produktpalette ist zu klein"), entstanden in der Phantasie der Dortmunder schon riesige Nissan-Werkshallen mit ungezählten Arbeitsplätzen. Denn die Trümpfe in Jochimsens Hand für den drittgrößten Automobil-Hersteller der Welt, ließen einen Standort England überhaupt nicht mehr diskutabel erscheinen – zumindest nach Ansicht der Dortmunder. Denn neben dem geeigneten Ansiedlungsgelände entsteht bei Hoesch eine neue Durchlaufglühe für besonders qualifiziertes Autoblech und der Arbeitsmarkt bietet genügend Reserven für einen Großbetrieb.

Fernöstliche Gelassenheit

Jochimsens Pressemitteilung hatte einen Haken: Nissan verhandelt immer noch in London und hat keineswegs Abstand vom Standort Großbritannien genommen.

„*Dennoch*" *erklären nun* Nissan-Manager ein wenig rätselhaft, „Chancen gibt's immer". Das Rätsel ist so groß nicht, wenn man weiß, daß Nissan gerade sein Management ausgewechselt hat und Uchiyama – nicht nur weil er längere Zeit in Deutschland war – große Möglichkeiten für Produktion und Absatz auf dem deutschen Markt sieht. Allerdings rät er wie seine Vertreter in Neuss von „Aufgeregtheiten" ab und empfiehlt mehr fernöstliche Gelassenheit.

Darauf nun hofft und baut Jochimsen. Er weiß jetzt zwar, daß Nissan vor Erwägung irgendwelcher neuer Auslandsprojekte England erst einmal unter Dach und Fach bringen will, lockt aber weiter mit günstigen Bedingungen in Nordrhein-Westfalen. Er möchte am liebsten japanische Direktinvestitionen, wenn sie gleichzeitig auch Arbeitsplätze schaffen und erntete jetzt in Tokio japanisches Interesse. Den Vorwurf der Söhne Nippons, er hätte selbst über seine Gespräche mit Uchiyama schweigen und lieber in Ruhe verhandeln sollen, muß Jochimsen sich allerdings gefallen lassen. Er wird auch die Enttäuschung der Dortmunder ertragen müssen. Wie auch die wenig zimperliche Reaktion der Opposition. CDU-Fraktionschef Bernhard Worms: „Herr Jochimsen dilettiert vor sich hin und betreibt „Wirtschaftsverhinderung statt Wirtschaftsförderung."

Roman Herzog geht nach Karlsruhe

XING-HU KUO, Stuttgart

Baden-Württembergs Innenminister Professor Roman Herzog (CDU) wird als Vizepräsident des Bundesverfassungsgericht (BVG) nach Karlsruhe gehen. Darauf haben sich in Bonn nach WELT-Informationen die zuständigen Parteienvertreter im Richterwahlausschuß des Bundestages geeinigt. Herzog wird die Stelle des bisherigen BVG-Vizepräsidenten Wolfgang Zeidler (SPD) einnehmen, der als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden jetzigen Präsidenten Ernst Benda (CDU) vorgesehen ist.

Nach den in Stuttgart vorliegenden Informationen wird Herzog, einer der bekanntesten Verfassungsjuristen der Bundesrepublik, voraussichtlich Ende dieses Jahres sein Amt antreten. Herzog gilt auch als möglicher Präsident des Bundesverfassungsgerichts, wenn Zeidler 1987 dieses Amt aus Altersgründen aufgibt.

Da in Baden-Württemberg im März 1984 Landtagswahl ist, wird in Stuttgart nicht damit gerechnet, daß das Amt des Innenministers für nur wenige Monate neu besetzt wird. Vielmehr wird aller Wahrscheinlichkeit nach ein anderer Minister kommissarisch das freiwerdende Amt mitverwalten. Dr. Heinz Eyrich wird in der Zwischenzeit das Amt Herzogs übernehmen.

Herzog, der auch wichtige Funktionen in der Evangelischen Kirche Deutschlands ausübt, geriet in den letzten Monaten wegen seiner Tätigkeit als Innenminister Baden-Württembergs (seit 1980) unter heftigen Beschuß der SPD. Sowohl die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) in Nordrhein-Westfalen als auch der baden-württembergische SPD-Fraktions- und Landesvorsitzende Ulrich Lang hatten – entgegen der bisherigen diskreten Praxis bei solchen Besetzungen in Karlsruhe – in öffentlichen Erklärungen gegen die damals noch beschlossenen Pläne in Sachen Herzog quergeschossen.

Vor allem die Einführung von Demonstrationsgebühren bei bestimmten Polizeieinsätzen und die geplante Einführung von Gummigeschossen in der baden-württembergischen Polizei haben die SPD-Politiker veranlaßt zu erklären, Herzog sei zur Übernahme dieser höchsten Richterämter „absolut ungeeignet".



In 118 Lager, Gefängnisse und Verbannungsorte wurden 590 000 Balten deportiert. Alle auf der Karte eingetragenen Orte wurden nach intensiven Zeugenbefragungen ermittelt und vom Lettischen Roten Kreuz (Hauptsitz in München) beurkundet.

Die baltischen Völker klagen an

Eine Dokumentation über Deportationen von 1941 bis heute / Planmäßige Russifizierung

INGO URBAN, Bonn

Vor 42 Jahren begannen die Sowjets mit den ersten Massendeportationen von Esten, Letten und Litauern aus ihrer angestammten Heimat vorwiegend nach Sibirien. Mit der gewaltsamen Besetzung der drei baltischen Staaten am 17. Juni 1940, die durch den immer noch nicht widerrufenen Stalin-Hitler-Pakt mit ermöglicht wurde, hat die Sowjetunion im Baltikum mit einer gezielten Politik die Unterdrückung der Völker in diesem Raum eingeleitet.

Die nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen vorbereiteten Massendeportationen lassen sich in drei Etappen einteilen:

1. Am 13./14. Juni 1941 wurden zirka 60 000 Menschen aller Gesellschaftskreise und jeden Alters – vom Säugling bis zum Greis – deportiert.
2. Nach der zweiten Besetzung der baltischen Staaten wurden in den Jahren zwischen 1944 und 1948 rund 200 000 Menschen verschleppt.
3. Im März 1949 wurde von den Sowjets mit der sogenannten Liquidierung der freien Bauern begonnen. Mehr als 330 000 Menschen wurden nach Sibirien verbracht.

Die Gesamtzahl der Verschleppten beträgt rund 590 000 (180 000 Esten, 260 000 Litauer und 150 000 Letten). Die Mehrzahl von ihnen ist in den sibirischen und kasachischen Lagern und Verbannungsorten umgekommen. Nur ein kleiner Teil ist in den späten 50er und Anfang der 60er Jahre zurückgekehrt. Ein großer Teil mußte in Sibirien bleiben.

Der „Weltbund Freier Letten" und der „Lettische Nationalfond in Skandinavien" hat eine Dokumentation mit dem Titel „These Names accuse" („Diese Namen klagen an") herausgegeben. Das Werk enthält die namentliche Darstellung von rund 150 000 tragischen Einzelschicksalen der Deportation.

Parallel zu den Deportationen begannen die Sowjets gemäß der Dokumentation auch das Bevölkerungsvakuum mit Russen und anderen Slawen sowie durch eine bis heute andauernde gelenkte Zuwanderung anderer Völker zu füllen. Diese Russifizierung bedroht die Existenz der Völker in den baltischen Staaten schon in naher Zukunft. Die Volkszählungen von 1979 zeigen den ständig wachsenden Anteil der meist slawischen Einwanderer:

Betrug der estnische Bevölkerungsanteil 1934 bei einer Gesamtbevölkerung von 1 061 000 noch 92,5 Prozent, so sind es 1979 nur noch 67,7 Prozent bei einer Gesamtbevölkerung von 1 465 000.

Die Entwicklung in Lettland ist noch gravierender. 1935 waren bei einer Gesamtbevölkerung von 1 950 000 Menschen 75,5 Prozent Letten. 1979 sind es nur noch 53,7 Prozent bei 2 503 000 Einwohnern.

Litauen zeigt folgende Entwicklung: Von 83,7 Prozent Litauern im Jahre 1929 bei 2 171 000 Einwohnern sank der Anteil des litauischen Volkes auf 80,1 Prozent bei einem Anstieg der Gesamtbevölkerung auf 3 392 000.

Mit dieser Entwicklung ging einher eine wirtschaftliche Ausbeutung, Einführung der russischen Amtssprache, verstärkte Anwendung der russischen Sprache im Unterricht (vom Kindergarten bis zu Universität), überwiegend russische Fernsehprogramme, Verleumdung der historischen Kulturgüter sowie Verfälschung der Geschichte.

Zwei Schicksale der vielen hunderttausend Verschleppten und Umgekommenen seien hier stellvertretend aufgezeichnet. Unter der Registrationsnummer 9350/2 auf Seite 437 der Dokumentation „Namen klagen an" verbirgt sich das Schicksal der Familie Upite. Am 14. Juni 1941 wird in den Morgenstunden die 14jährige Ruta Upite mit ihrer Schwester Dzidra (12) und der Schwester Mai[ja] sowie der Mutter Alide (39) [nach] Sibirien verschleppt. Monat[e] dauert es, bis das Mädche[n mit] ihrer Mutter und den Geschw[istern] in Viehwagen über Dünabur[g – Ve]likije Luki, Rschev – Mosk[au –] Schtscherbakov – Jaroslav – [...]ov – Gorkij – Kirov – Molo[tov –] Swertlovsk – Tschelabinsk – [Kur]gan – Petropavlovsk – Omsk [– No]vosibirsk am vorläufigen E[nde] ihres Leidensweges angelan[gt]. Nach fünf Jahren Verbannung [kehrt] Ruta, mit 19 Jahren unterdess[en an] einer schweren Tuberkulose [lei]dend, nach Lettland zurück. Doch bereits drei Jahre späte[r wird] sie mit Beginn der dritten D[epor]tationswelle erneut nach Si[birien] verschleppt.

Trotz Krankheit überlebt s[ie die] nächsten sieben Leidensjahr[e. Mit] 29 Jahren kehrt die junge [Frau] 1956 aus der Verbannung z[urück,] ohne jemals dazu verurteilt w[orden] zu sein. Ein Jahr nach ihrer [Rück]kehr stirbt sie 1957 an den F[olgen] der Tuberkulose.

Auf Seite 37 der Dokumen[tation] ist unter der Nummer 16 54 2[...] Schicksal der 1881 gebo[renen] Emilja Benjamina verze[ichnet.] Tochter eines einfachen Ei[...]ners. Durch Fleiß und Un[terneh]mungsgeist arbeitete sie s[ich zu] einer liberalen Verlegerin de[r größ]ten Tageszeitung des Balti[kums] „Jaunakas Zinas" (Neueste [Nach]richten) hoch. In der Nacht v[om 13.] zum 14. Juni 1941 wird sie [eben]falls verschleppt und stirbt [in der] Verbannung an Hunger.



Die Geschwister Upite zwei Jahre vor der Deportation nach Sibirien, links nach rechts: Ruta, Dzidra und Maija. FOTO

Angola sperrt weite Gebiete für Ausländer

KLAUS JONAS, Bonn

Im Buschkrieg in Angola hat die prowestliche Unabhängigkeitsbewegung nach eigenen Angaben die strategisch wichtige Ortschaft Cangumbe an der Benguela-Eisenbahn in der Provinz Moxico erobert. Bei den Gefechten um Cangumbe, etwa 100 Kilometer westlich der Provinzhauptstadt Luso, seien 57 Soldaten des marxistischen MPLA-Regimes und fünf Kämpfer der Unita gefallen.

Die Infrastruktur der Stadt sowie die Anlagen der Benguela-Eisenbahn, die den angolanischen Hafen Lobito mit Zaire und Sambia verbindet, seien zerstört worden, teilte die Unita gestern mit. Nach der Einnahme von Cangonga am 11. Februar, von Muhango am 20. April und der *jetzt gemeldeten* Eroberung von Cangumbe sei das etwa 170 Kilometer lange Teilstück der Benguela-Eisenbahn vom Cuanza-Fluß bis zur Provinzhauptstadt Luso nicht mehr benutzbar. Die Benguela-Bahn stellt in Verbindung mit der Beira-Bahn im Osten die einzige transkontinentale Schienenverbindung in Afrika dar. Die Unita hat geschworen, daß *der 1346 Kilometer lange Abschnitt* der Bahn über das zentralangolanische Hochland so lange Ziel von Angriffen sein wird, wie die schätzungsweise 30 000 kubanischen Truppen im Land bleiben.

Wie die von Südafrika gestützte Unita weiter mitteilte, hat die marxistische Regierung in Luanda ein Gesetz in Kraft gesetzt, das es Ausländern verbietet, in der Region südlich des 10. Breitengrads zu wohnen oder zu reisen. Das für Ausländer jetzt gesperrte Gebiet stellt etwa zwei Drittel der gesamten Fläche des Landes dar. Nach Auffassung der Unita demonstriert das jüngste Gesetz das wirkliche Ausmaß des Bürgerkriegs, der bereits den größten Teil des Landes erfaßt habe und sich weiterhin *schnell ausbreite.*

„Katastrophales" Erziehungswesen in Afghanistan

AFP, Islamabad

Das Erziehungswesen Afghanistans befindet sich nach Ansicht des ehemaligen Rektors der Universität Kabul seit der kommunistischen Machtübernahme in einem katastrophalen Zustand. Wie Mohammed Haider, der zu Wochenbeginn nach Pakistan geflohen ist, berichtete, seien vor ihm bereits 80 Prozent aller Professoren an der Kabuler Universität seit April 1978 ins Ausland geflüchtet.

Der 54jährige Hochschullehrer kritisierte, daß viele Diplome und Hochschulabschlüsse ohne jede Prüfung vergeben würden. Voraussetzung sei nur, daß die Studenten mindestens drei Monate im Jahr bei den Regierungstruppen gegen die Rebellen gekämpft haben. 90 Prozent der Studenten seien Mädchen und Frauen, da die Männer entweder für die Regierungstruppen eingezogen wurden oder sich in den Untergrund und ins Exil abgesetzt hätten.

Nach Schätzung Haiders sollen zudem 6000 junge Afghanen in der Sowjetunion oder in Osteuropa studieren. Sie seien allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur afghanischen KP ausgewählt worden. Ebenfalls verbrachten Kinder aus Afghanistan einige Monate in sowjetischen Ferienlagern.

Auch andere Ausbildungsstätten seien in Afghanistan kaum noch funktionsfähig. Als Beispiele führte Haider die zweitgrößte Universität Afghanistans in Dschellalabad an, die ihren Lehrbetrieb inzwischen völlig eingestellt habe. Auch die Gymnasien in Herat und Kandahar können keinen normalen Unterricht mehr gewährleisten.

Über die Arbeitsbedingungen der Kabuler Universität berichtete der ehemalige Rektor aus seiner eigenen Erfahrung. Für seine Vorlesung über Volkswirtschaft hätten ihm nur zwei Lehrbücher zur Verfügung gestanden.

„Rude Pravo" greift Sacharow an

AFP, [...]

Mit scharfen Angriffen auf [den] russischen Friedensnobelprei[strä]ger Andrej Sacharow versucht [die] Prager Führung, Regimekrit[iker] im eigenen Land einzuschüch[tern] und ein verschärftes Vorgehen [der] Behörden gegen sie zu motivie[ren.] Die Parteizeitung „Rude Pra[vo"] veröffentlichte gestern eine A[ttac]ke gegen Sacharow, nachdem [...] bereits am Vortag die Vorwürfe [der] sowjetischen Regierungszei[tung] „Iswestija" gegen den nach G[orki] Verbannten abgedruckt hatte. [In] dem Kommentar wirft die t[sche]choslowakische Parteizeitung [Sa]charow vor, alles zu hassen, [was] sowjetisch und sozialistisch [sei.] Sacharow sei so weit, daß er [das] Atomfeuer gegen die friedl[ichen] Menschen herbeiwünscht, in [deren] Mitte er gelebt hat und noch [...] lebt". Er sei das „Idol" der „[soge]nannten Charta-Anhänger" ge[wor]den.

„Rude Pravo" geht auf die [Ver]suche der „Charta 77" ein, an [der] jüngst in Prag abgehaltenen [offi]ziellen „Friedensversamml[ung] teilzunehmen. Die Geheimpo[lizei] hatte die Regimekritiker daran [ge]hindert und das Filmmaterial [von] westlichen Journalisten beschl[ag]nahmt, die ein Treffen zwisch[en] den „nicht offiziellen" tschecho[slo]wakischen Pazifisten und we[stli]chen Tagungsteilnehmern gef[ilmt] hatten. Höhnisch fragt „Rude Pr[a]vo", wer denn der Chef dieser Pa[zi]fisten sei. „Vielleicht Sacharow[?] Der Mann, der nicht zögern wü[rde,] einen *Atomkrieg gegen sein* [Hei]matland zu entfesseln?"

DIE WELT (usps 603-590) is published [daily] except sundays and holidays. The annual [subscrip]tion price for the U. S. A. is US-Dollar [...] per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mai[l]ing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, [Inc.,] 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs [NJ] 07632.



Hennes Weisweiler starb im Alter von 64 Jahren nach einem Herzinfarkt

Deutscher Fußball verlor einen seiner unbequemsten, aber größten Trainer

FRANK QUEDNAU, Bonn

In einer dieser Fragebogen-Spielereien, die das Schlüsselloch freigeben sollen zum Blick auf die Prominenten dieser Zeit, hat er die Frage: Wie möchten Sie sterben? mit einem Wort abgetan: „Schnell." Hennes Weisweiler ist gestern im Alter von 64 Jahren in der Schweiz, in Birmensdorf bei Zürich, gestorben. „Plötzlich und unerwartet" – das sind auch hier die Worthülsen, die einen Herzinfarkt bei einem erklären sollen, von dem alle Welt glaubte, er strotze vor frischer Gesundheit und denke gar nicht daran, sich aufs Altenteil zurückzuziehen.

Weisweiler, diesem Arbeitsfanatiker, ist dieser Rückzug schon vorgeworfen worden, als er im März letzten Jahres in die Schweiz ging. Welch blühender Unsinn – er wurde mit Grasshoppers Zürich Meister und Pokalsieger.

Hennes Weisweiler ist tot. Und noch einmal beginnt die verwirrte Suche nach pflegeleichten Stempeln, die allen möglichen seiner Kollegen aufgedrückt werden können, niemals aber ihm, diesem Kerl von einem Mann. Weder „Sprücheklopfer" noch „Peitschenknaller", „Fußball-Professor" auch nicht. Er hat sich allen Klischees in einer Sparte entzogen, die für viele nur noch Show ist. Manchmal wirkte er auf all die Schulterklopfer, die um ihn herum waren, als habe er sich in ein Exil begeben, das in ihm selbst liegt: abweisend, unduldsam, aufbrausend, grübelnd. Doch das war bei ihm stets auch diese Unteilbarkeit der Verantwortung, diese Verknüpfung persönlichen Ehrgeizes („Ich kann nicht verlieren, eine Niederlage ist eine ernste Sache") mit den Aufgaben jedes einzelnen seiner Spieler.

Was dabei herauskam, gab Richtungen an, war Entwicklung des Fußballs – und so oft Fortschritt durch Veränderung, daß er mit Sepp Herberger auf eine Stufe gestellt werden muß, der an der Sporthochschule Köln sein Lehrer war, bis Weisweiler selbst Trainer ausbildete.

Ungeduld zählte Weisweiler zu seinen größten Fehlern – und begab sich damit selbst in Widersprüche. Denn Tatkraft, Risikobereitschaft hielt er für seine besten Eigenschaften. Sind sie möglich, ohne ungeduldig zu sein, ungeduldig, selbst noch im Rentenalter? Das Ergebnis seiner Ungeduld ist ihm oft so ausgelegt worden, als suche er Streit mit den Stars, um sich selbst zu profilieren.

Er raufte mit Günter Netzer und wurde mit Mönchengladbach dreimal deutscher Meister, einmal Pokal- und UEFA-Cup-Sieger. Er legte sich in Barcelona mit Johan Cruyff an und ging, als er die Intrigen des Holländers durchschaut hatte. Er stritt beim 1. FC Köln mit Wolfgang Overath und Heinz Flohe und wurde wohl gerade deshalb mit diesem Klub Meister und Pokalsieger. Er rüffelte bei Cosmos New York den Italiener Giorgio Chinaglia und gewann auch hier den Titel. Elf Jahre lang prägte er in Mönchengladbach die wohl schönste Zeit des deutschen Vereinsfußballs, hauptsächlich in der schwungvoll-stürmischen Auseinandersetzung seiner Mannschaft mit den nüchternen, zweckmäßigen Bayern aus München.

Er war der beharrliche Dickkopf, der polternd und grantig jeden einzelnen Spieler dazu trieb, seine ganz speziellen Fähigkeiten zu entwickeln, um alle zusammen dann wie ein Feinmechaniker zu einer Mannschaft zusammenzubasteln. „De Buur" (Bauer) wurde er im Dialekt seiner rheinischen Heimat genannt. Doch in einem seiner vielen Lehrbücher über den Fußball steht zum Beispiel ein solcher Satz: „Behutsam und mit feinem Sinn horcht der Trainer in jeden einzelnen Spieler."

Es gibt viele, die nicht bemerkt haben, daß das eher Weisweiler war, als das oft zitierte Bild vom mürrischen, bärbeißigen Polterkopf, der beim Skat, auf einer Hinterbacke sitzend, leicht eine Batterie kölsches Bier austrinke. Er hatte Humor, konnte so herzerfrischend lachen und sah trotzdem meist so aus, als habe er Mühe, seine Gesichtsfalten zur freundlichen Miene zu sortieren.

Hennes Weisweiler, der Ungeduldige, schrieb in der letzten Zeit täglich an einem Buch über Persönlichkeiten des deutschen Fußballs. Er war lange Jahre WELT-Mitarbeiter mit Fachkolumnen, die immer wieder nur eines beschrieben: die Möglichkeiten, erfolgreich und dennoch schön Fußball zu spielen.

Was bleibt, ist dies: Hennes Weisweiler war einer der wenigen Experten des internationalen Fußballs, der Praxis und Theorie gleichermaßen beherrschte. Und er war in seinen Gedanken stets jünger als seine Schüler. Der deutsche Fußball hat einen seiner Größten verloren.

Hennes Weisweiler wird am Samstag in Lechenich bei Köln, seinem Geburtsort, beigesetzt. Er hinterläßt seine Frau Gisela, mit der er drei Jahre lang verheiratet war, und seinen erst zwei Jahre alten, in New York geborenen Sohn John.

UNIVERSIADE

Schmidt auf Platz drei

sid, Edmonton

Die Schwimmer sorgen bei der 12. Sommer-Universiade in Edmonton (Kanada) auch weiterhin für die Glanzpunkte. Am vierten Tag der Wettkämpfe stellte der Sowjetrusse Sergej Jabolotnow über 200 m Rücken in 2:00,42 Minuten einen neuen Europarekord auf. Er verbesserte damit die bisherige Bestmarke seines Landsmannes Wladimir Schemetow vom Februar dieses Jahres um 23 Hundertstelsekunden.



Die erste Medaille für den Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverband (ADH) gewann der in den USA bei Don Gambril trainierende Bonner Andreas Schmidt. Im Finale über 100 m Freistil belegte er hinter Sergej Smirjagin (UdSSR) und dem Amerikaner Thomas Jäger in 51,60 Sekunden den dritten Platz. Den Vorlauf hatte Schmidt in 51,57 Sekunden gewonnen.

Herausragende Athletin bei den Schwimm-Wettkämpfen war die Sowjetrussin Irina Laritschewa. Nach ihren Erfolgen über 100 und 200 m Freistil sicherte sie sich über 400 m Freistil und mit der 4 x 100-m-Freistil-Staffel der UdSSR ihre Goldmedaillen Nummer drei und vier.

Über 400 m Freistil verpaßte die Holländerin Annelies Kraus aus Gladbeck auf dem vierten Platz nur knapp eine Medaille.

Erfolgreich endete für die deutschen Volleyballspieler der dritte Vorrundenspieltag. Die Herren-Auswahl setzte sich gegen Ägypten mit 3:0 (15:9, 15:13, 15:8) durch. Mit demselben Ergebnis besiegte die Damen-Mannschaft die Vertretung des WM-Dritten USA.

SPORT-NACHRICHTEN

Gomez: Ein Jahr Pause

Roubaix (sid) – Frankreichs Profi-Straßenmeister Marc Gomez zog sich bei einem Sturz während der dritten Tour-Etappe einen Oberschenkelbruch zu. Gomez wird ein Jahr lang pausieren müssen.

Keine gemeinsame Staffel

Berlin (sid) – Zwei Berliner Staffeln starten in die neue Saison der Box-Bundesliga: Boxring Berlin und die Neuköllner Sportfreunde. Eine gemeinsame Staffel aufzustellen, wurde verworfen.

Von Hannover nach Schalke

Hannover (dpa) – Mittelfeldspieler Bernd Dierßen (23) wechselt von Hannover 96 zu Schalke 04. Die Ablösesumme beträgt 450 000 Mark.

Classen vor Hussing

München (sid) – In der jüngsten Rangliste des Deutschen Amateur-Boxverbandes (DABV) ist im Superschwergewicht Thomas Classen (Ringfrei Mülheim) die Nummer eins vor Peter Hussing (Bayer Leverkusen).

Wird Weller operiert?

München (sid) – Nach dem Unentschieden gegen Europameister Lucio Cusma (Italien) droht dem Pforzheimer Boxprofi René Weller eine Operation. Weller hatte sich beim Kampf gegen den Italiener ein Loch im Trommelfell des rechten Ohres zugezogen.

Ein Däne in Gelb

Roubaix (dpa) – Zum ersten Mal trägt mit Kim Andersen ein dänischer Radprofi bei der 70. Tour de France das Gelbe Trikot des Spitzenreiters. Der Belgier Rudy Matthys hatte die dritte Etappe von Valenciennes nach Roubaix gewonnen.

Calvin Smith in Berlin

Berlin (dpa) – Der neue Weltrekordler über 100 Meter, Calvin Smith (USA), wird am 17. August beim ISTAF in Berlin starten. Trainer Max Clark bestätigte die Zusage.

Olympia im Ruhrgebiet?

Dortmund (sid) – Die nächsten Olympischen Sommerspiele sollten im Ruhrgebiet stattfinden. Das meinte Hermann Heinemann, der Vorsitzende des Sportbeirats der SPD. Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU) hatte sich für Frankfurt als Austragungsort eingesetzt.

ZAHLEN

LEICHTATHLETIK

Sportfest in Stockholm: Männer: 100 m: 1. Lattany (USA) 10,21. – 800 m: 1. Druppers (Holland) 1:44,75, 2. Cruz (Brasilien) 1:44,95, 3. Wülbeck 1:44,98, 4. Ferner (beide Deutschland) 1:45,19, 5. Elliott (England) 1:45,55, 6. Aouita (Marokko) 1:46,33. – 1500 m: 1. Spivey (USA) 3:36,94. – 5000 m: 1. Leitao (Portugal) 13:24,62, 2. Herle (Deutschland) 13:25,73. – 3000 m Hindernis: 1. Marsh (USA) 8:17,39 (Jahres-Weltbestzeit), ... 5. Schwarze (Deutschland) 8:20,13. – Hochsprung: 1. Sjöberg (Schweden) 2,28 m, ... 4. Mögenburg 2,15, 5. Frommeyer (beide Deutschland) 2,15. – Frauen: Hochsprung: 1. Meyfarth (Deutschland) 1,98, 2. Ritter (USA) 1,91.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1. Rang 800 834,70, 2: 62 287,10, 3: 6049,40, 4: 108,20, 5: 9,10. – **Toto:** Elferwette: Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 248 224,95, 2: 17 730,30, 3: 819,20. – „6 aus 45": Klasse 1: 562 223,70, 2: 187 407,90, 3: 4687,10, 4: 98,20, 5: 9,60. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 193, 2: 15,50. – Rennen B: Klasse 1: 481,40, 2: 213,10. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 224 592,20.

(Ohne Gewähr).

Wülbeck und der Lauf aus der Krise

Gedanken und Gefühle hätten keinen irrlichternden Tanz mehr vollführt. Ihm sei gewesen, als lichteten sich Nebel um eine Bergkuppe. So beschrieb Willi Wülbeck sein Innenleben während des 800-m-Laufes bei den Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften in Bremen, als er gegen Europameister Hans-Peter Ferner gewann. Am Montagabend schlug Wülbeck in Stockholm seinen Kontrahenten erneut. Dritter war Wülbeck dabei geworden, und er hatte eine Zeit von 1:44,98 Minuten erreicht. Zur Erklärung: Wer die beiden Stadionrunden unter 1:45 Minuten laufen kann, gehört in der 800-Meter-Zunft zur Weltspitze.

Wülbeck, dem Grübler, dem Skeptiker, war das freilich wieder Anlaß zur harschen Selbstkritik: „Wenn ich nicht eine komplette Kurve in der zweiten Bahn gelaufen wäre, hätte ich erstens gewonnen und zweitens meinen deutschen Rekord verbessert." Der steht seit dem 15. August 1979 bei 1:44,65 Minuten.

Nun sollte niemand im Verband auf die Idee kommen, Wülbeck die eigenen Zitate unter die Nase zu reiben, um dann triumphierend festzustellen, im Grunde fehle es ihm noch immer an Selbstvertrauen. Denn es waren im vergangenen Jahr Spitzenfunktionäre und Bundestrainer, die dem sensiblen Läufer aus Oberhausen das letzte Quentchen an innerer Widerstandskraft aus der Seele leierten. Wülbeck, damals schon 30mal im deutschen Nationaltrikot gestartet, kam nicht recht in Fahrt, so sehr er sich auch mühte. Woran es denn nun eigentlich liege, begehrte alle Welt zu wissen.

Wülbeck, der Eigenbrötler, der Nachdenkliche, schwieg beharrlich. Seinen wenigen engen Freunden vertraute er an, das Problem habe mit der Rennerei nichts zu tun und sei sehr persön-

STAND ● PUNKT

licher Natur. „Aber so ging und so geht es Millionen Menschen, da muß jeder Mann einmal durch."

Als deutscher Rekordläufer, als jemand, der in ungezählten Länderkämpfen die Kastanien aus dem Feuer geholt hatte, hoffte er auf Kredit beim Verband, denn seine Karriere schien damals – im Sommer 1982 – in der Tat hochgradig gefährdet. Er bat um Beurlaubung für den Länderkampf in den USA, weil er fünf Tage lang Prüfungen für sein Lehrerexamen zu absolvieren hatte. Das war Wochen vor dem Start, doch der Bundestrainer behauptete, Wülbeck habe erst einen Tag vor der Abreise abgesagt und ihn im Stich gelassen.

Dazu kam das Rennen Ende August in Koblenz. Wülbeck hatte zuvor in Berlin den renommierten Amerikaner James Robinson geschlagen und in Köln den großen John Walker aus Neuseeland. Jetzt habe er die Fahrkarte zu den Europameisterschaften nach Athen sicher, glaubte er und wollte in Koblenz ein eher gemütliches Rennen über 1500 Meter wagen.

Doch Wülbeck hatte die Rechnung ohne den Verband gemacht. Kurz vor dem Rennen redeten Bundestrainer Paul Schmidt, Sportwart Otto Klappert und Leistungssport-Referent Horst Blattgerste auf ihn ein. Sie drängten Wülbeck, sie setzten ihn unter Druck: Jetzt oder nie habe er gefälligst einen superschnellen 800-m-Lauf zu präsentieren – ansonsten ... Wülbeck präsentierte ihn in 1:45,34 Minuten.

In Athen, bei den Europameisterschaften, wurde er im Endlauf Letzter. Der 28jährige schien bar jeglicher Energie. Einschlafstörungen setzten ihm zu – monatelang.

Persönlich hatte er eine tiefe Krise durchlitten, rüde war man mit ihm, einem der Besten und Zuverlässigsten, im Verband umgesprungen – würde sich Wülbeck wieder erholen?

Von der Trainingsleistung und von der Erfahrung her könne er in diesem Sommer allemal seine Bestleistungen brechen, sagt sein 70jähriger Trainer Hans Raff. Doch dafür gibt es keine Garantie, auch nicht nach dem Sturmlauf von Stockholm. Denn der Mensch Willi Wülbeck muß erst noch den Läufer Willi Wülbeck akzeptieren und umgekehrt. Dieser Prozeß dauert an.

KLAUS BLUME

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Unverständlich

„In der Welt von Jalta eingerichtet?"; GEISTIGE WELT vom 25. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Recht kritisiert Botho Kirsch scharf die von den Propheten der „Entspannung" betriebene Politik, die sowjetische Hegemonie über Osteuropa anzuerkennen.

Völlig unverständlich ist aber, daß Kirsch gleichzeitig Stalins „Angebot" von 1952, einem wiedervereinigten Deutschland „bewaffnete Neutralität" zu gewähren, als „verpaßte Gelegenheit" deutscher Politik bezeichnet.

Kirsch schreibt zutreffend, daß Moskau versucht, die Bundesrepublik „in das unsichere Vorfeld eines neutralisierten Zwischeneuropa zu locken". Hat Stalin denn 1952 mit seinem Vorstoß nicht das gleiche Ziel verfolgt?

Den alten Anti-Adenauer-Mythos von der „verpaßten" Wiedervereinigung sollte man nicht erneut aufleben lassen. Der Irrglaube, der Kreml habe jemals „im Interesse Deutschlands" ein „bürgerliches und kein kommunistisches Deutschland" gewollt, könnte nämlich nur allzu leicht zu Illusionen und Abenteuern verleiten.

Mit freundlichen Grüßen
Ulrich Höver,
Mülheim

Nicht vergessen

Hiermit möchte ich, auch im Namen meiner Mitarbeiter, aufrichtigen Dank aussprechen für das Interview, welches einer Ihrer Journalisten mit Mihajlo Mihajlov, dem bekannten Regimekritiker Jugoslawiens machte, und welches Sie dann am 27. Juni in der WELT auf der Kulturseite veröffentlichten.

Mihajlo Mihajlov verdient es, nicht vergessen zu werden, denn er hat während seiner Haftzeiten viel durchgemacht und ist auch heute noch unermüdlich für seine Landsleute tätig. Es wäre sehr zu wünschen, daß auch seine Bücher gelesen werden. Leider sind bisher nur der „Moskauer Sommer" und die „Russischen Themen" in Deutsch erschienen. Um die Übersetzung und Veröffentlichung seiner anderen, ebenso wertvollen Bücher bemühen wir uns – hoffentlich mit Erfolg, damit er nicht vergessen wird.

Rhea Schlickum,
Aktion Mihajlo Mihajlov,
Hamburg 62

Übersehen?

„Der Ahnungslose"; WELT vom 27. Juni

Liebe Damen und Herren,

die Reden der „Friedensfreunde" hatten also ein „beklagenswertes niedriges Niveau", wofür die „Bildungskatastrophe" verantwortlich gemacht wird. Der Autor des Kommentars scheint bei dieser Behauptung einiges übersehen zu haben:

● General a. D. Gert Bastian, einer der Hauptredner, ist wohl kaum in den 70er Jahren zur Schule gegangen.

● Entweder war das Niveau doch nicht so niedrig, oder aber die Bundeswehr hatte jahrelang einem Dummkopf die Leitung einer Panzerdivision übertragen.

Die Nachrichtenagentur Reuter meldete am 21. Juni 1983: „Der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Admiral Robert Falls, hält es für möglich, das Atomwaffenpotential der NATO insbesondere bei den nuklearen Gefechtsfeldwaffen ohne Beeinträchtigung der Abschreckung einseitig zu verringern. Der Kanadier sagte in Brüssel, wenn die Rüstungskontrollverhandlungen ohne Ergebnisse blieben, könnten einseitige Schritte zur Rüstungsverminderung notwendig werden."

Karlo Heppner,
Wiesbaden

Wort des Tages

„Die Welt gehört dem, der in ihr mit Heiterkeit nach hohen Zielen wandert."

Ralph Waldo Emerson, amerik. Philosoph und Dichter (1803–1882)

Personalien

ERNENNUNG

Tadeusz Olechowski, Polens neuer Botschafter in Bonn, hat am Dienstag Bundespräsident **Karl Carstens** sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Bundespräsident Carstens sagte bei dieser Gelegenheit: „Wir verfolgen mit Aufmerksamkeit die Entwicklung in Polen, in der Hoffnung, daß es den Weg zu nationaler Versöhnung und wirtschaftlicher Gesundung findet." Carstens fügte hinzu: „Mein Land, das Sie aus ihrer langjährigen Tätigkeit im diplomatischen Dienst kennen, leidet noch immer unter seiner Teilung. Unsere Politik hält deshalb daran fest, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiederfindet." Botschafter Olechowski, seit 1980 Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und früherer Minister für Außenhandel, hatte Polen unter anderem als Botschafter in Kairo und zweimal als Botschafter in Paris vertreten. Bei der Zeremonie in der Villa Hammerschmidt in Bonn, im Hause des Bundespräsidenten, waren auch der Staatssekretär im Präsidialamt, **Hans Neusel**, und Dr. **Alois Mertes**, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, zugegen. Die polnische Botschaft, die ihren Dienstsitz in Köln hat, war seit mehr als einem Jahr ohne Botschafter gewesen. Geschäftsträger war bis gestern der Gesandte **Witold Sedziwy**.

LANDESREGIERUNG

Wilfried Hasselmann, Stellvertreter von Niedersachsens Ministerpräsident **Ernst Albrecht** und derzeit „amtierender Ministerpräsident" sowie Minister für Bundesangelegenheiten in Bonn, hat gestern in der Rathsapotheke in Hannover sechs Münzen „Ein Herz für Polen" erstanden. Die Münzen werden von der „Christlichen Polen-Hilfe e. V." vertrieben. Ihr Erlös soll polnischen Altenheimen und Sozialkrankenhäusern zugute kommen. Die Christliche Polen-Hilfe arbeitet eng mit dem polnischen Ärzteverband zusammen. Die Münzen im Wert von fünf DM sind in der ganzen Bundesrepublik erhältlich, vor allem auch in Apotheken. Die alte Rathsapotheke in Hannover gehörte dem inzwischen verstorbenen niedersächsischen Ministerpräsidenten **Georg Diederichs**.

JUBILÄUM

Max Schmeling, 1930 Boxweltmeister in Schwergewicht, und die frühere Filmschauspielerin **Anny Ondra** feiern heute Goldhochzeit. Das Paar lebt jetzt in Hollenstedt bei Hamburg. Geheiratet haben sie am 6. Juli 1933 auf dem Standesamt von Berlin-Charlottenburg. Seine frühere Wohnungsnachbarin Anny Ondra hat übrigens der Schwergewichtler unter den Boxern zur Ehe bekehren können, nachdem er ihr jeden Morgen einen Blumenstrauß auf den blauen Cadillac legte, den Anny Ondra besaß.

*

Dr. **Hermann Gantenberg**, einer der bekanntesten Jugendseelsorger im Zweiten Weltkrieg und in der Zeit des Wiederaufbaus nach dem Krieg, feierte in Büchlberg bei Passau sein 50. Priesterjubiläum. Der aus der Diözese Mainz stammende Priester, der 1933 in Passau geweiht wurde, war 1938 Diözesanjugendseelsorger im Bistum Passau geworden. Nach dem Krieg war er in der Zentrale der Katholischen Jugend in Altenberg tätig und wurde dann Pfarrer in Büchlberg. Zehn Jahre war er Studentenpfarrer an der Universität Gießen. Seit 1969 ist Dr. Gantenberg, heute 77 Jahre alt, Akademikerseelsorger in der Diözese

GEBURTSTAG

Die Schriftstellerin **Ilse Reicke**, die sich mit dem Romanschriftsteller **Hans von Hülsen** verheiratete, wurde am 4. Juli 90 Jahre alt. Die Tochter des früheren Berliner Bürgermeisters **Georg Reicke** war von 1919 bis 1921 Chefredakteur der ersten deutschen Frauen-Tageszeitung „Neue Frauenzeitung". Als Vertreterin der deutschen Frauenbünde nahm sie in den zwanziger Jahren an großen Frauenkongressen in Washington, Paris und 1929 in Berlin teil.

Spranger greift SPD und Gewerkschaften an

Er sieht beide im Lager der „Friedensbewegung“

WERNER KAHL, Bonn

Das Bild der Protestbewegung gegen die Nachrüstung der NATO hat sich in den vergangenen vier Wochen nach Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesinnenminister, Carl-Dieter Spranger (CSU), „nicht unerheblich verschoben“. Für die Veränderungen waren nach Ansicht Sprangers vor allem zwei Ereignisse im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und in der SPD ausschlaggebend.

Der Bundeshauptausschuß des DGB hatte am 8. Juni zwar einen – von dem SPD-Politiker Oskar Lafontaine geforderten – Generalstreik abgelehnt; den Mitgliedern des DGB wurde jedoch zugleich die Teilnahme an den geplanten drei Großveranstaltungen am 22. Oktober empfohlen, sofern der Koordinierungsausschuß für den „Widerstandsherbst“ bis dahin klärt, daß Gewalt in jeder Form ausgeschlossen werden kann.

Am 22. Juni beschloß der SPD-Vorstand, die Partei betrachte „die Friedenbewegung“ als „Bundesgenossen“. Parteimitgliedern wurde die Teilnahme an „friedlichen Aktionen“ freigestellt. Wie sich ein Mitglied bei „Regelverletzungen“ während einer Protestaktion verhalten soll, will der Vorstand jedoch den Genossen überlassen.

Die Bundesregierung begrüßte die einstimmige Zurückweisung der „politisch maßlosen und auch von ihren Vorreitern als vorerst unrealistisch angesehenen Generalstreikforderung“ durch den DGB-Hauptausschuß. Das „fortschrittliche Bündnis“ innerhalb der Gewerkschaften, zu dem „DKP-Anhänger mit sonstigen marxistisch orientierten Verfechtern des Klassenkampfes“ gerechnet werden, habe es jedoch geschafft, wie Spranger betonte, den DGB von seiner selbständigen Position in Sachen Friede und Abrüstung weg zur „Integration“ in die vom Minimalkonsens der Ablehnung des NATO-Beschlusses bestimmte Protestbewegung zu bugsieren.

Bedenkliche „Privatsache“

Mit dem SPD-Vorstandsbeschluß zum Verhältnis zur Protestbewegung gibt es nach Ansicht Sprangers eine „neue Qualität“. „Die orthodoxen Kommunisten im Koordinierungsausschuß und bei den von ihr veranstalteten Aktionen sind nicht mehr nur Bündnispartner einzelner Sozialdemokraten oder von Gruppen innerhalb der SPD“, sagte der Staatssekretär. „Sie sind nun Bundesgenossen der SPD.“ Er nannte es „einen weiten Weg von Kurt Schumachers ‚rotlackierten Faschisten' bis zu der nur mit dem leichten Mantel des ‚Koordinierungsausschusses' bedeckten ‚Bundesgenossenschaft'.“

Es müsse große Sorge bereiten, äußerte Spranger zu den Vorfällen in Krefeld, daß der SPD-Vorsitzende Brandt nach seiner Entschuldigung bei dem amerikanischen Vizepräsidenten George Bush die „Regelverletzung“ beim Protest gegen die Nachrüstung, wie er es bezeichne, zur Privatsache erkläre.

Im Klartext bedeute der Begriff „Regelverletzung“, auch mit strafbaren Mitteln gegen demokratische Mehrheitsentscheidungen vorzugehen. Jo Leinen, BBU-Vorsitzender und SPD-Mitglied, habe im Koordinierungsausschuß für den „Widerstandsherbst“ dazu deutlich erklärt, in „gewaltfreie Aktionen“ werde niemand hineingeschickt, der nicht wisse, was ihm blühe. „Und alle, die so etwas machen, wissen ganz genau, was die Folgen sind, daß der Paragraph 240 zutrifft.“ (Paragraph 240 sieht für Nötigung durch Gewalt oder Drohung Geldstrafen oder Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren, im schweren Fall bis zu fünf Jahren vor.)

Zwei Aktionszeiträume

In der Planung für den Herbst zeichnen sich zwei Aktionszeiträume der Protestbewegung ab. Es handelt sich zunächst um die Phase der Ferien- und Reisezeit bis September mit „Friedenscamps“ und „Friedensmärschen“. An die UNO-Abrüstungswoche soll sich dann eine „Internationale Aktionswoche vom 15. bis 22. Oktober“ in der Bundesrepublik anschließen. In dieser Woche rufen die diversen Gruppen ihre Anhänger zu Demonstrationen, Mahnwachen, Blockaden und Schweigestunden auf.

Innerhalb der „Friedensbewegung“ werden gegenwärtig heftige Auseinandersetzungen um die Einflußnahme des besonders von autonomen Gruppen so bezeichneten „SPD/Kofaz/DKP-Flügels“ geführt. Kofaz bedeutet „Komitee für Abrüstung und Zusammenarbeit“. Die DKP mit ihren Vorfeldorganisationen bildet mit rund 100 000 Anhängern die größte geschlossene und aktivste Gruppierung innerhalb der „Friedensbewegung“.

Bei Aktionskonferenzen suchen die DKP und ihr organisiertes Umfeld Anschluß bei den großen christlichen Friedensorganisationen – „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“ (ASF) und „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ (AGDF), in jüngster Zeit verstärkt Kontakte zu Mitgliedern und einzelnen Gliederungen von SPD und Gewerkschaften.

Die Entwicklung der öffentlichen Meinung im Westen werten die Kommunisten nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden positiv. Das Ostberliner „Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW), das enge Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit unterhält, ermittelte einen zurückgehenden Anteil derjenigen Personen, die die Verantwortung für das Wettrüsten gleichermaßen den USA und der Sowjetunion anlasten. Zu den einflußreichen Organisationen, die die friedenspolitischen Vorstellungen der Sowjetunion vertreten, gehört als wichtigste der „Weltfriedensrat“, Wissenschaftler, Geistliche und Generale genießen in der Propaganda Priorität. „Wer glaubt schon“, so die kommunistische Zeitschrift „Probleme des Friedens“, „daß Pastoren und ... Bischöfe ‚Marionetten' der Sowjetunion sind.“

Bauberufe: 6000 freie Lehrstellen

dpa, Bonn

In Bauberufen sind nach jüngsten Erhebungen noch rund 6000 freie Lehrstellen vorhanden. Darauf verwies Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) auf einer Veranstaltung der Handwerkskammer in Nürnberg. Es sei wünschenswert, erklärte er, wenn sich wieder mehr Jugendliche auch für die Bauberufe interessieren würden, wo Aufstiegschancen und Verdienstmöglichkeiten relativ gut seien.

Der Minister nannte die Ausbildungsbereitschaft des Handwerks außerordentlich groß. Dies gelte im besonderen Maße für das Baugewerbe, das sich seit Jahren der Ausbildung eines qualifizierten Nachwuchses in Zusammenarbeit mit der IG Bau, Steine, Erden mit Sorgfalt widme.

Zur konjunkturellen Entwicklung in der Bauwirtschaft bemerkte der Minister, die Auftragseingänge im Wohnungsbau seien in den ersten vier Monaten dieses Jahres real und saisonbereinigt um 31,4 Prozent gestiegen. Er sei sicher, daß dies kein „Strohfeuer“ bleibe.

Flucht nach Hessen gelungen

DW. Kassel

Ein 20jähriger Soldat der „DDR“-Grenztruppe ist am Montag bei Hünfeld (Kreis Hersfeld-Rotenburg) in die Bundesrepublik Deutschland geflüchtet. Das gab das Bundesgrenzschutzkommando Mitte in Kassel gestern bekannt. Nach Mitteilung des BGS war der aus der Nähe von Eisenach stammende Mann als Pionier im Dienstrang eines Gefreiten bei der Grenzbrigade II der NVA in Geisa eingesetzt. Bei Erdarbeiten in unmittelbarer Nähe der innerdeutschen Grenze lenkte er als Fahrer einer Planierraupe diese bis an den Metallgitterzaun und hielt so plötzlich an, daß sein Mitfahrer – ein mit einer Maschinenpistole vom Typ Kalaschnikow ausgerüsteter Unteroffizier – an eine Panne glaubte. Der Gefreite bat den Unteroffizier, nach einem Motorschaden zu sehen, der allerdings vorgetäuscht war. Als dieser unter die Planierraupe gekrochen war, sprang der 20jährige über den Metallgitterzaun und erreichte ohne Schaden hessisches Gebiet.

Krawalle: Debatte um Schnoor hält an

W. K. Düsseldorf

Die Diskussionen um die Krawalle während des Besuchs von US-Vizepräsident George Bush in Krefeld gehen weiter. Bei der Gesamtbeurteilung der Vorgänge wird jetzt untersucht, inwieweit eine vermutete fehlerhafte persönliche Einschätzung der Lage durch den nordrhein-westfälischen Innenminister Herbert Schnoor (SPD), trotz ihm zugeleiteter alarmierender Informationen, zum Verzicht auf präventive weiträumige Kontrollen des Einsatzgebietes und der einreisenden Personen geführt hat. Zudem war ein Abteilungsleiter in besonderer Funktion nicht aus dem Urlaub zurückgerufen worden. Der Landespolizeiinspekteur durfte an dem Wochenende des Bush-Besuchs sogar von Düsseldorf an seinen künftigen Alterssitz, nach Bremen umziehen.

Athen setzt andere EG-Akzente

Griechenland will Sparpolitik ändern / Reichere Länder sollen mehr zahlen

ULRICH LÜKE, Straßburg

Die griechische Regierung, die am 1. Juli die Präsidentschaft im EG-Ministerrat übernommen hat, setzt deutlich andere Akzente als ihre Vorgängerin im Präsidentenstuhl, die deutsche Bundesregierung. Das wurde gestern im Straßburger Europa-Parlament deutlich, in dem der griechische Außenminister Yannis Charalambopoulos seine Antrittsrede als EG-Ratspräsident hielt.

„Wir können nicht von Einheit oder Union sprechen und gleichzeitig Maßnahmen unterstützen, die dazu führen, daß zwei oder drei Geschwindigkeiten bei der Entwicklung der Gemeinschaft eingeführt werden und daß zwischen Ländern erster, zweiter oder dritter Klasse unterschieden wird“, sagte Charalambopoulos und fügte hinzu: „Aus diesem Grunde wird der griechische Vorsitz der Bekämpfung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte und regionalen Unterschiede besondere Bedeutung beimessen.“

Diese zentrale Passage seiner Rede machte für die Straßburger Abgeordneten sofort den Unterschied zu der deutschen Ratspräsidentschaft klar. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte – auch auf dem Stuttgarter Gipfel – die Verwirklichung einer rigorosen Sparpolitik im EG-Haushalt zur Voraussetzung für die Lösung aller weiteren EG-Probleme gemacht: für die Entwicklung neuer Politiken, für die Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal und schließlich für die Erhöhung der EG-Einnahmen.

Von „Sparpolitik“ war in der Ansprache des griechischen Außenministers hingegen überhaupt nicht die Rede. Der Abbau des Ungleichgewichtes in der Gemeinschaft zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden erfordert vielmehr mehr Geld – auf allen Gebieten. Charalambopoulos ließ daran gestern in Straßburg keinen Zweifel. Er lobte die Verfahrensbeschlüsse von Stuttgart, setzte aber sofort hinzu: „Damit ein solches Unternehmen gelingt, müssen die eigenen Mittel selbstverständlich erhöht werden.“ Griechenland sympathisiert sogar mit dem Vorschlag der EG-Kommission, nach dem die reicheren EG-Staaten künftig noch stärker als die ärmeren an den Kosten der Gemeinschaft beteiligt werden sollen.

Mehr Solidarität in der Gemeinschaft, Abbau der Ungleichgewichte – das bedeute nach Ansicht der griechischen Ratspräsidentschaft im Agrarbereich eine Stärkung der kleineren landwirtschaftlichen Betriebe und der benachteiligten Gebiete sowie eine besondere Stützung der landwirtschaftlichen Produkte des Mittelmeerraums, gerade auch im Hinblick auf den geplanten Beitritt Spaniens und Portugals. „Besonderen Nachdruck“ will Athen auch auf die Reform des Regionalfonds legen. Dessen Mittel sollen auf die benachteiligten Gebiete konzentriert werden.

In der Debatte des Parlaments wurde der Auftritt des griechischen Außenministers überwiegend positiv gewertet. Einige Redner machten jedoch deutlich, daß das Parlament den EG-Haushalt 1984 ablehnen werde, wenn seine Bedingungen bis dahin nicht erfüllt worden seien. Die Straßburger Abgeordneten bestehen vor allem auf dem Junktim zwischen einem neuen Konzept für die EG-Finanzierung und einem weiteren „Beitragsrabatt“ für Großbritannien.

Im außenpolitischen Teil seiner Antrittsrede warb der Außenminister um Verständnis dafür, daß Griechenland nicht alle EG-Standpunkte zu internationalen Fragen übernommen habe. Er schränkte auch die künftigen Bemühungen seiner Präsidentschaft im Bereich der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) ein, denn es sei „nicht möglich, aber auch nicht wünschenswert, daß die Zehn in internationalen Angelegenheiten als monolithische Einheit auftreten“. Zu den internationalen Krisenherden auf der Welt nahm Charalambopoulos dann jedoch auf der Basis der EG-Beschlußlage der vergangenen Monate Stellung.

Seite 2: Athens EG-Programm

Neuer Streit in Frankreichs Opposition

Giscardisten entscheiden sich für Alleingang bei den Europa-Wahlen im Frühjahr

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die französische Opposition, auf stürmischem Vormarsch in allen Meinungsumfragen und Nachwahlen und täglich neu vom Heer der „Enttäuschten des Sozialismus“ profitierend, hat ein Eigentor geschossen: Gaullisten und Liberale konnten sich nicht auf eine gemeinsame Liste für die Europa-Wahlen des nächsten Jahres einigen.

Nach langen internen Kämpfen um die Aufstellung dieser Liste und die Person ihres Anführers entschied der Ehrenpräsident der Giscard-Partei UDF, der frühere Minister Jean Lecanuet, daß die Liberalen mit einer eigenen Liste in die Europa-Wahlen des kommenden Frühjahrs ziehen werden. Dies ist dem Image des bürgerlichen Lagers, das so viel auf seine Einheit pocht, um so abträglicher, als die sozialistisch-kommunistische Regierungsmehrheit in Paris sich nach einer Serie von Steuer- und Preiserhöhungen in ihrer bisher größten Vertrauenskrise befindet. An wen aber sollen die Bürger sich wenden, wenn sie keinen Mann erkennen können, der die Führung morgen übernehmen könnte.

Die französische Opposition leidet darunter, daß sich ihre zwei Führer trotz aller Wiederversöhnungsversuche nach wie vor erbittert als Rivalen gegenüberstehen: der Chef der Gaullisten, Jacques Chirac, und der Chef der übrigen Bürgerlichen, der einstige Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing. Zwischen ihnen schiebt sich Raymond Barre immer mehr in den Vordergrund, der letzte Premierminister der Giscard-Ära, dem gute Aussichten nachgesagt, eines Tages lachender Dritter im Streit der beiden Matadoren zu sein. Noch eine vierte Person hat sich in den vergangenen Wochen aus den Kulissen nach vorne geschoben und erhebt Anspruch darauf, mitgezählt zu werden: Simone Veil, bis 1982 erste Präsidentin des Straßburger Europa-Parlaments und vorher Lieblings-Ministerin des Präsidenten Giscard. Sie alle erheben Anspruch auf die Nachfolge Mitterrands, falls das sozialistische Experiment schiefgehen und die Bürgerlichen 1988 wieder die Macht übernehmen sollten.

Um ihre Geschlossenheit in einem „realen“ Fall unter Beweis stellen zu können, bot sich die im Frühjahr 1984 anstehende zweite Direktwahl zur Straßburger Europäischen Versammlung geradezu als Idealfall an. Bei der ersten Wahl 1979 waren Chiracs und Giscards Anhänger noch getrennt in die große Europa-Schlacht gezogen. Sie hatten der Versuchung, sich „zählen zu lassen“, nicht widerstehen können, zumal für Straßburg anders gewählt wird als für Paris, nämlich nach dem Verhältnis-Wahlrecht, welches den politischen Formationen ein genaues Bild ihrer Stärke liefert.

Diesmal aber strebte man nach einer Einheitsliste, an deren Spitze die populäre Simone Veil stehen sollte. Besonders Jacques Chirac unterstützte diesen Plan, denn der Bürgermeister von Paris befand sich nach seinem Triumph in den Kommunalwahlen vom vergangenen März für stark genug, um seinen Intimfeinden von der Konkurrenz ein paar Klappsessel auf „seiner“ Liste überlassen zu können. Auch mag er geglaubt haben, daß er auf diese Weise die Europa-Wahl in das Referendum umfunktionieren könne, das er vergeblich zur vorzeitigen Absetzung der Sozialisten verlangt hatte. In jedem Fall würde er, Chirac, dabei als der unanfechtbare Oppositionsführer dastehen.

Die Giscardisten haben diesen macchiavellistischen Winkelzug des Bürgermeisters von Paris erkannt. Jean Lecanuet, Giscards Strohmann auf dem Ehrensessel der Giscard-Partei UDF, entschied nach langen internen Beratungen und gegen den Widerstand mehrerer Parteispitzen, mit einer eigenen Liste an den Start zu gehen. Er läuft ein doppeltes Risiko: ein schwerer Image-Verlust der Gesamt-Opposition und die Möglichkeit, an zweiter Stelle hinter den Gaullisten zu landen – wobei dann der Sieger doch wieder Jacques Chirac heißen würde.

Gewerkschaft: „Heißen Herbst nicht herbeirede[n]“

dpa, Hann[over]

Die Gewerkschaft der Pol[izei] (GdP) hat davor gewarnt, ei[nen] „heißen Herbst“ um die NA[TO-] Nachrüstung herbeizureden. In [ei]nem Interview mit der „Neuen P[res]se“ in Hannover meinte der [Ge]werkschaftsvorsitzende Gü[nter] Schröder mit Blick auf die Fried[ens]bewegung: „Wir sprechen mit al[len], die mit uns sprechen wollen [und] sich von Gewalt distanzieren. [...] das tut die Friedensbewegu[ng.]“ „Panikmache“ habe der Demo[kra]tie noch nie genützt. Der Gew[erk]schafter betonte ferner, daß es die Polizei auch keine Last sei, Demonstranten ihren Verfassu[ngs]anspruch zu garantieren. Schw[er] sei es jedoch, aus den Millionen Demonstranten in einem Jahr herauszufiltern, die nicht dem[on]strieren, sondern demolieren [wol]len“. Schröder bekräftigte seine [Ab]sage an eine Verschärfung des [De]monstrationsstrafrechts. Er for[der]te die Polizeibeamten auf, bei Demonstrationen gegen die [Ra]tenstationierung Ruhe zu bew[ah]ren.

Vogel: Wir behalte[n] uns ein Nein vor

gba, B[onn]

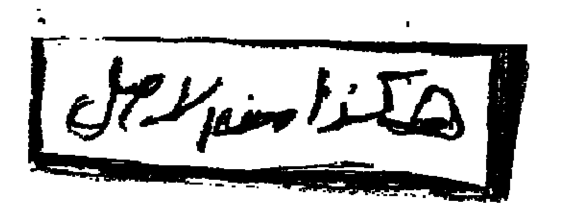
Der SPD-Fraktionsvorsitz[ende] Hans-Jochen Vogel hat ein Nein [der] Sozialdemokraten zum Nac[hrü]stungsteil des NATO-Dopp[elbe]schlusses als möglich bezeichn[et. In] einem Brief an alle sozialdemok[rati]schen Bundestagsabgeordnete[n, in] dem er eine Bilanz der Fraktior[sar]beit der ersten drei Monate nach [der] Bundestagswahl zog, schrieb [Vo]gel, seine Partei dränge „mit [...] Macht“ darauf, daß die Großmä[chte] ihrer Verantwortung für die Bee[ndi]gung des Wettrüstens gerecht [wer]den. Vogel: „Und wir behalten [uns] vor, in der Logik des Dopp[elbe]schlusses und unserer eigenen [Be]schlüsse zu diesem Thema Ende [des] Jahres zur Stationierung auch [...] zu sagen.“ In dem an „liebe Fr[eun]de“ adressierten Brief war das „Nein“ in Großbuchst[aben] geschrieben.

Unter den Stichworten Fried[ens]sicherung, aktive Beschäftig[ungs]politik, soziale Gerechtigkeit, [Ent]wicklung des Rechtsstaats und [der] parlamentarischen Demokratie [so]wie „Frieden mit der Natur“ [listete] Vogel die bisherigen Anträge [der] SPD-Fraktion als Erfolgsbilan[z ...]

Bonn steigert Afghanistan-Hilfe

dpa, [...]

Die Bundesregierung wird ihre humanitäre Hilfe für Afg[hani]stan-Flüchtlinge weiter stei[gern.] Das kündigte der Staatsminis[ter im] Auswärtigen Amt, Alois M[ertes] (CDU), gestern an. In einer sch[riftli]chen Antwort auf eine Frage [des] CDU-Abgeordneten Jürgen To[den]hofer erläuterte Mertes, daß [...] 1981 Nahrungsmittelhilfe in [...] von 6,97 Millionen Mark und [...] Höhe von 9,845 Mill. Mark gele[istet] habe. Darüber hinaus stelle [die] Bundesregierung in beiden Jah[ren] insgesamt 40 Millionen Mark [für] Flüchtlingsprojekte in Pakistan [zur] Verfügung.



Mittwoch, 6. Juli 1983 · Nr. 154

Preis für Markt

hdt. – Rund 200 Millionen Mark soll der US-Nahrungsmittelkonzern Beatrice Foods für den Erwerb der Mehrheitsbeteiligung an der Unternehmensgruppe Stute in Paderborn gezahlt haben. Ein stolzer Betrag, der etwa dem entspricht, was General Foods 1979 für die Übernahme von Kaffee Hag auf den Tisch blätterte.

Auf eine solche lange Tradition wie die Bremer Kaffeeröster können die Fruchtsaft-, Konfitüre- und Obstkonservenhersteller aus Ostwestfalen zwar nicht zurückblicken, aber sie haben sich als Newcomer in einem überbesetzten Markt einen beachtlichen Umsatzanteil sichern können, der eher über als unter 500 Millionen Mark liegt. Diese Leistung wird auch nicht durch die Tatsache geschmälert, daß bedeutende Umsatzanteile nur mit einem Kunden abgewickelt werden, mit dem Discounter Aldi.

Man mag es bedauern, daß nun wieder ein deutsches Familienunternehmen seine Entscheidungsfreiheit verloren hat und der Mitbestimmung von jenseits des großen Teiches ausgesetzt ist, aber die Ursachen für diesen Vorgang sind offensichtlich. Die deutsche Lebensmittelindustrie sieht sich heute einem stagnierenden Binnenmarkt gegenüber, auf dem namenlose weiße Artikel für zusätzlichen Druck sorgen. Wachstum ist hier nur noch durch Ausweitung der Exportanstrengungen möglich, aber dazu fehlt es in vielen Unternehmen sowohl an der Erfahrung als auch an den finanziellen Mitteln, um zuerst einmal in unbekannte Märkte zu investieren.

Hier kommt ein amerikanischer Partner, der auf dem Weltmarkt zu Hause ist, gerade recht. Das gilt besonders für Stute, mit seinem selbstbewußten Gründer und Geschäftsführer Ewald Stute oft als „Ein Mann – ein Kunde"-Unternehmen apostrophiert. Daß die Amerikaner damit gleichzeitig ihre Position auf dem deutschen Markt verbessern, ist im Preis inbegriffen.

„Gegenoffensive"

hg – Wie du mir, so ich dir – nach dieser kindlichen Devise ist der deutsche Sportfachhandel jetzt angetreten, die Kaffeeröster Tchibo und Eduscho zu ärgern. Grund: Tchibo verkauft preiswerte Tennisschläger, Eduscho bietet günstig Rucksäcke an. Also hält der Sportfachhandel in einer „bundesweiten konzertierten Gegenoffensive" billigen Kaffee feil. Ob das hilft? Wohl kaum. Die Kaffee-Herren werden ihre Geschäftspolitik deshalb nicht ändern – warum sollten sie auch? Es gibt ja kein Gesetz, das den Schuster zwingt, bei seinem Leisten zu bleiben. Natürlich ist ein Fachhandel gekniffen, wenn Außenseiter in „seinem" Revier wildern. Viele können ein Lied davon singen, und etliche haben schon vergeblich versucht, sich mit dem Verkauf von Billigkaffee zu rächen. So vor Jahresfrist 30 Fachhändler verschiedener Branchen in Bergisch Gladbach. Daß sie sich damit am Ende selbst lächerlich machten, liegt in der Natur der Sache, denn diese Art von Kraftmeierei hat Vorschulniveau: Wenn du mich haust, kommt mein großer Bruder und schmeißt mit Sand.

EG / Kommission konzentriert sich auf Forderung nach Stützung des Yen-Kurses

Defizit im Handel mit Japan wächst trotz Importerleichterungen weiter

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Das Defizit der EG im Handel mit Japan wächst trotz der zugesagten japanischen Export-Selbstbeschränkungen und der jüngsten Maßnahmen zur Erleichterung europäischer Einfuhren unaufhörlich weiter. Bei ihren halbjährlichen Konsultationen mit der japanischen Regierung, die gestern in Brüssel begonnen haben, konzentriert sich die EG-Kommission daher mehr als bisher auf die Forderung nach einer Stützung des Yen-Kurses.

Die dreitägigen Gespräche geben Gelegenheit zu einer ersten Bilanz der im Februar ausgehandelten Vereinbarungen zur Mäßigung des japanischen Exportdrucks. Die erhoffte Tendenzwende im bilateralen Handel ist jedoch bisher vor allem deswegen ausgeblieben, weil die Japaner von Monat zu Monat weniger Waren aus den EG-Ländern kaufen.

So sind die europäischen Exporte nach Japan von Januar bis Mai um 13,2 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum zurückgegangen und haben damit den Rückgang der japanischen Lieferungen (1,7 Prozent) mehr als kompensiert. Das Defizit der EG erhöhte sich in den ersten fünf Monaten erneut um 8,5 Prozent. Es erreichte nach japanischen Berechnungen bisher rund 4,4 Milliarden Dollar.

Als Grund für diese besorgniserregende Entwicklung sehen EG-Kreise u. a. eine starke Unterbewertung des Yen an. Dem halten die Japaner entgegen, daß sich der Wert des Yen gegenüber den europäischen Währungen in den vergangenen zwölf Monaten leicht verbessert habe und von einer Unterbewertung lediglich gegenüber dem Dollar gesprochen werden könne, was wiederum allein eine *Folge der extrem hohen Zinssätze* in den Vereinigten Staaten sei.

Japanische Diplomaten am Sitz der Gemeinschaft verweisen auch darauf, daß die von Tokio beschlossenen Erleichterungen bei den technischen Einfuhrverfahren sich nicht von einem Tag auf den anderen in höheren Importzahlen *niederschlagen könnten; sie führen* den Rückgang der Bezüge aus der EG ferner auf eine Reihe von Sonderfaktoren zurück. So habe der sinkende Goldpreis zu geringeren Goldkäufen als im Vorjahr geführt. Wegen der in Dänemark grassierenden Maul- und Klauenseuche habe sich Tokio gezwungen *gesehen, seine Grenze für europäische* Schinkenlieferungen zu sperren.

Die Gemeinschaft jedenfalls dringt angesichts der jüngsten Handelszahlen entschieden darauf, die Anstrengungen zur Erleichterung von Einfuhren aus der EG zu vergrößern und für eine schnelle Anwendung der bereits beschlossenen gesetzlichen Regelungen zu sorgen. Nach Meinung der EG geht Tokio nach wie vor bei der Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse zu langsam voran. Die Kommission verlangt z. B. zusätzliche Maßnahmen zur Erleichterung des Importes von landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen. Sie fordert außerdem, daß die japanische Regierung die Niederlassung europäischer Banken erleichtert und die Bestimmungen für Investitionen von Ausländern liberalisiert.

Unzufrieden sind einige EG-Staaten auch mit der Ausführung der *im Februar vereinbarten* Exportregelungen für eine Reihe von „sensiblen" Erzeugnissen. Die vorliegenden Statistiken zeigen, daß die Ausfuhren von Kraftfahrzeugen, Gabelstaplern, Werkzeugmaschinen und Fernsehröhren trotz der japanischen Zusagen im ersten Quartal 1983 noch stark angestie*gen sind. Die japanischen Exper*ten machen demgegenüber geltend, daß sich die Verpflichtung zur Exportmäßigung auf das gesamte laufende Jahr beziehe. Anhaltspunkte für die Erfüllung der Selbstbeschränkungsabreden ließen sich daher frühestens im Herbst finden.

Die Kommission will keineswegs in Zweifel stellen, daß die Japaner zu ihren Verpflichtungen stehen werden. Sie selbst fürchtet jedoch zunehmend, unter politischen Druck zu geraten, falls sich nicht bald Erfolge bei der Milderung des Ungleichgewichts im Warenaustausch ergeben. Bei Videogeräten – einem weiteren „neuralgischen" Erzeugnis – sind die japanischen Lieferungen im ersten Quartal um 5 Prozent zuückgegangen. Einige Mitgliedstaaten verlangen jedoch bereits, die Einfuhren von Videobauteilen wieder aufzustocken.

US-STAHLINDUSTRIE

Drastische Einbrüche bei Produktion und Absatz

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Als unzureichend hat der Vorsitzende des US-amerikanischen Eisen- und Stahlinstituts, David M. Roderick, das freiwillige Lieferbeschränkungsabkommen mit der EG bezeichnet. Die sich fortsetzenden unfairen Handelspraktiken seien ein Beweis dafür, daß der gesetzliche Importschutz nicht funktioniere, erklärte er im Jahresbericht des Verbandes. Roderick, der den *größten* US-Stahlkonzern, die United States Steel Corp., leitet, forderte die Reagan-Administration auf, strengere Maßnahmen zu ergreifen, die sich auch gegen Lieferungen aus Japan, Südkorea, Brasilien, Mexiko und anderen Ländern der Dritten Welt richten müßten.

Für Roderick war „1982 ein Jahr, das man ganz schnell vergessen muß". Nach seinen Angaben hat die amerikanische Stahlindustrie produktbedingte Verluste in Höhe von mehr als 2,8 Milliarden Dollar erwirtschaftet, stark gestiegen ist die Verschuldung. Gegenüber 1981 nahm das Verhältnis der Schulden zum Sachvermögen von 44 auf *84* Prozent zu – ein Rekord. Mit 582 Millionen Dollar – weniger als ein Prozent der Umsätze – fielen die Dividendenzahlungen auf den niedrigsten Stand seit vielen Jahren. Die Investitionen im Stahlbereich sanken von 2,4 auf 2,2 Milliarden Dollar, wobei in der US-Stahlindustrie rund sechs Milliarden Dollar als jährliche Untergrenze angesehen werden.

Laut Roderick sind die zusammengefaßten Umsätze der US-Stahlbranche im letzten Jahr um 34 Prozent auf 28,9 Milliarden Dollar gesunken. Einschließlich der Nichtstahl-Töchter erreichten die Gesamtverluste 3,2 Milliarden Dollar (1981: plus 2,6 Milliarden Dollar). Die Umsatzrendite sackte von 4,3 auf minus 6,1 Prozent.

Die Kapazitätsauslastung betrug im Jahresdurchschnitt weniger als 50 Prozent, der Rohstahlausstoß sank um 40 Prozent auf 74,6 Millionen Net Tons (67,1 Millionen metrische Tonnen). Dies war das niedrigste *Niveau seit 1946. Der* Absatz von Fertigstahl fiel um 30 Prozent auf 61,6 Millionen Tonnen. Folgt man Roderick, dann trifft die Hauptschuld die ausländische Konkurrenz, die 16,7 Millionen Tonnen Stahl nach Amerika exportierte (21,8 Prozent Marktanteil).

Insgesamt verkaufte die US-*Stahlbranche 1982 nur 54 (1981: 77)* Millionen Tonnen Kohlenstoffstahl, 6,7 (10,7) Millionen Tonnen Legierungsstahl, 0,9 (1,2) Millionen Tonnen rostfreien Stahl und 44 000 (67 777) Tonnen Werkzeugstahl.

Roderick appellierte an die Reagan-Administration, der US-Stahlindustrie zusätzliche steuerliche Investitionsanreize zu gewähren und die Umweltschutzkosten zu drücken. Sonst scheitere der vor einigen Jahren ausgearbeitete Modernisierungsplan. Roderick nannte auch das eigentliche Hauptproblem der US-Stahlunternehmen: Die durchschnittlichen Arbeitskosten schlugen 1982 mit 23,70 Dollar je Stunde zu Buch, Ende des Jahres erreichten sie bereits 26,29 Dollar. Damit liegen die US-Stahllöhne, einschließlich Nebenkosten, um mehr als 100 Prozent über dem Durchschnitt in der amerikanischen Verarbeitungsindustrie.

Endlich vom Tisch

Von HANNA GIESKES

Vas lange währt, wird endlich gut: Zwei Legislaturperioden uerten die Bemühungen von ⁾D und CDU/CSU zur Novellieng des Gesetzes gegen den un-ıteren Wettbewerb (UWG). ımtliche Entwürfe trafen in der irtschaft auf unverhohlene Ab-igung. Vor vierzehn Tagen lag r dritte Versuch der SPD dem ındestag zur ersten Lesung vor. ɔch Justizminister Hans A. Enlhard hat jetzt festgestellt, daß r eine Novellierung eigentlich ine Notwendigkeit bestehe. Mitn scheint der CDU/CSU-Entwurf m Tisch zu sein.

Kernpunkt dieser Vorlage war e sogenannte Erweiterung des aragraphen 1 um den „leistungsrechten Wettbewerb": Im derzeigen Gesetz kann auf Schadenertz oder Unterlassung in Anɔruch genommen werden, wer im ettbewerb „gegen die guten Sitn" verstößt. Diese Folgen sollten ıch dem Willen der damaligen pposition jedoch bereits den treffn, der sich nicht leistungsgerecht ɛrhält. Da aber nicht alles, was cht leistungsgerecht ist, auch eich gegen die guten Sitten verößt, ist diese „Erweiterung" in ahrheit eine Einengung, vor der ɔh *die Wirtschaft* zu Recht gerchtet hat.

Zu Recht deshalb, weil hier kurzstige wirtschaftspolitische Zieltzungen auf Dauer festgeschrie:n werden sollten: Im Hinterund stand die Vorstellung, auf ese Weise dem Problem „Lockɔgelangebote" im Handel beizuɔmmen. *Offenbar hat sich* aber ɛi der CDU/CSU mittlerweile die rkenntnis durchgesetzt, daß ein esetz, das Spielregeln für das Mitnander von Kaufleuten enthält, irtschaftspolitisch neutral sein uß.

m Mittelpunkt der diversen SPD-Entwürfe steht die angebliche ilflosigkeit des Verbrauchers: ɛm durch Werbung irregeführten unden soll ein Rücktrittsrecht ngeräumt werden, außerdem ein ıspruch auf Schadenersatz, ɛnn Werbung der Anlaß für den auf einer Ware war, die ihr Geld cht wert ist. Dieser Anspruch soll ı die Verbraucherverbände abɛtbar sein, *die ihn* dann gebünɪlt für alle, die sich geschädigt hlen, geltend machen können.

Abgesehen davon, daß hier der ɛrdacht naheliegt, dieser Schadeɛrsatzanspruch sei eigens zur Finzierung der Verbraucherverɪnde erfunden worden, abgesen auch davon, daß der Verbrau*er bereits durch das* Bürgerliche Gesetzbuch und das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen hinlänglich geschützt ist, treffen diese Regeln grundsätzlich den Falschen: den Handel nämlich, der die Werbung im Zweifel ja nicht gemacht hat.

Dieser Entwurf hat allerdings beim Gesetzgeber kaum Chancen. Was die SPD in der Regierung nicht zustande brachte, kann ihr in der Opposition erst recht nicht gelingen. So wird es wohl bis auf weiteres dabei bleiben, daß der Verbraucher die Risiken seines Verstandes und seines Geschmacks beim Kauf einer Ware selbst zu tragen hat.

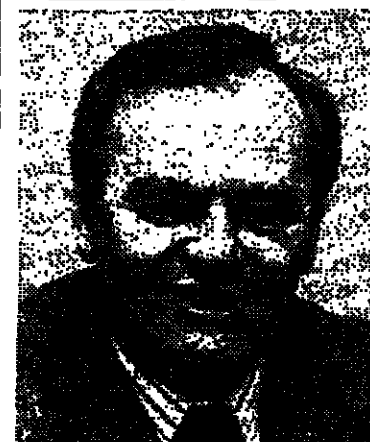
Die Wirtschaft wird es dankbar zur Kenntnis nehmen, auch wenn nun einige Wünsche offen bleiben, die durch eine Novellierung hätten erfüllt werden können. Vor zwei Wochen hatte beispielsweise der Präsident des Markenverbandes, Guido Sandler, den Wunsch nach einem Verbot der Mengenbegrenzung bei Sonderangeboten geäußert, wie etwa „Abgabe nur in haushaltsüblichen Mengen". Dann könne der Konkurrent, dessen Einstandspreis über dem Verkaufspreis des Lockvogelanbieters liege, sich dort billig eindecken, und jener verlöre die Lust an solchen Praktiken.

Dabei entstünden jedoch enorme Auslegungsschwierigkeiten, und außerdem scheint das Problem so dringlich nicht zu sein. Die Gesellschaft für Konsumforschung, Nürnberg, hat gerade herausgefunden, daß der Verbraucher die Mengenbeschränkung akzeptiert, ohne gleich, wie immer wieder behauptet wird, daraus den Schluß zu ziehen, daß der ganze Laden besonders billig sei.

Weiterhin offen bleiben Wünsche nach einer Verbesserung des Rechts der Aus- und Räumungsverkäufe. In der Tat wird hier viel Schindluder getrieben, aber eine striktere Anwendung der bestehenden Regeln würde schon manches verbessern. Schließlich bleibt auch das Problem „Gebührenvereine" ungelöst, doch eine Lösung scheint nicht dringlich. Die Wirtschaft akzeptiert nicht mehr jede Abmahnung, und die Gerichte sind nicht mehr bereit, jeden Verein anzuerkennen.

So wird das Gesetz aus dem Jahre 1909 wohl auch in Zukunft das sein, was es immer war: ein Katalog von Regeln für Kaufleute ohne systemfremde ordnungs- oder verbraucherpolitische Inhalte. Das sollte es auch bleiben, denn was sich so lange bewährt hat, kann wohl nicht ganz schlecht sein.

AUF EIN WORT



❝ Die augenblicklichen Zinssteigerungen sind nichts anderes als eine vorübergehende Verhärtung, ähnlich wie in der Zinssenkungsphase 1974/78. Mittelfristig werden die Zinsen zurückgehen. Dafür sprechen die immer noch rückläufigen Preissteigerungsraten und die schwache Konjunktur. Anlegern bietet der augenblickliche Zinsbukkel die Chance, sich noch einmal langfristig in relativ hohe Renditen einzukaufen. ❞

Erik Fintelmann, Geschäftsführer der Adig-Investment FOTO: DIE WELT

Arbed: Auflagen für Finanzhilfe

dpa/VWD, **Saarbrücken**

Bei der Arbed-Saarstahl GmbH, Völklingen, sind die Lohn- und Gehaltszahlungen für die rund 17 600 Beschäftigten in den nächsten drei Monaten sichergestellt. Nach der von der Bundesregierung beschlossenen erneuten Finanzspritze von 90 Millionen Mark bewilligte am Dienstag auch der Landtag des Saarlandes einstimmig eine zusätzliche Finanzhilfe von 90 Millionen Mark, jedoch mit strengen Auflagen. So soll ein Drittel der Finanzhilfe bis Anfang September gesperrt und erst ausgezahlt werden, wenn das Unternehmen nachweist, daß es „auf Dauer ohne Subventionen am Markt bestehen" kann.

IWF-UNTERSUCHUNG

Entwicklungsländer mußten Importe stark kürzen

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die Auswirkungen der weltweiten Rezession, der stark gesunkenen Rohstoffpreise und der Verschuldungskrise auf den Außenhandel der Entwicklungsländer (ohne Öl) hat der Internationale Währungsfonds (IWF) untersucht. Danach sind die Exporte der Dritten Welt im vergangenen Jahr, verglichen mit 1981, wertmäßig um 5,9 Prozent auf 304 Milliarden Dollar zurückgegangen. Es war das erste Minus seit 1975; im Jahr zuvor hatte die Zunahme noch 3,3 Prozent betragen. 1980 und 1979 waren die Ausfuhrerlöse um 28,2 und 30 Prozent gestiegen. Die stärksten Einbrüche wurden in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten mit 16,2 und 10,9 Prozent registriert.

Die Rechnung zahlten letztlich die Industriestaaten, weil die Entwicklungsländer ihre Einfuhren kappten, und zwar um 11,6 Prozent auf 379,2 Milliarden Dollar. Außer den verschlechterten Preisverhält*nissen im Güteraustausch* erwies sich der reduzierte Zufluß von Auslandskrediten als Kaufbarriere. Am kräftigsten gekürzt wurden die Importe in Süd- und Zentralamerika (24,4 Prozent). Die Schnitte in Chile und Mexiko fielen mit 44,5 und 39,5 Prozent am tiefsten aus.

Zuletzt waren die Einfuhren der ölimportierenden Entwicklungsländer 1958 gesunken. 1981 wuchsen sie um 7,2, 1980 um 31,4 und 1979 um 26,5 Prozent. Auch die Ölexportstaaten in der Dritten Welt mußten den Gürtel enger schnallen: Ihre Exporte schrumpften im vergangenen Jahr um 21,4 Prozent auf 214,7, ihre Einfuhren um 0,3 Prozent auf 152,4 Milliarden Dollar. Erheblich verändert hat sich die Zahlungsbilanzposition. Die Ölhabenichtse kürzten ihr Handelsdefizit von 105,5 auf 75,2 Milliarden Dollar, während sich der Überschuß der Öllieferanten von 120,5 auf 62,3 Milliarden Dollar verringerte.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Investitionen in Dritter Welt merklich gebremst

H. G. STÜWE, **Bonn**

Die schwierige Wirtschaftslage sowie wachsende Risiken in den Anlageländern haben im vergangenen Jahr die Bereitschaft deutscher Unternehmer zu Investitionen in der Dritten Welt merklich gebremst. Die bundeseigene Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern mbH (DEG), Köln, die Joint-Ventures zwischen deutschen und ausländischen Firmen unterstützt, registrierte 1982, daß zahlreiche Projekte von den deutschen Partnern aufgegeben oder verschoben wurden.

DEG-Geschäftsführer Leutfried Karenberg hob bei der Vorlage des Geschäftsberichtes für 1982 den „klaren Trend zu mittelständischen Partnern" hervor. Zwei Drittel der neuen Finanzierungszusagen seien für Projekte gegeben worden, deren deutsche Partner weniger als 200 Millionen Mark Jahresumsatz aufweisen. Mit einem Mittelstandsprogramm, das Sonderkonditionen bei Zins, Laufzeit und tilgungsfreie Jahre beinhaltet, will die DEG diese Entwicklung verstärken.

Im zwanzigsten Jahr ihres Bestehens verringerte sich das Neugeschäft der DEG von 151 auf 121 Millionen Mark. Davon entfielen etwa die Hälfte auf Darlehen und jeweils ein Viertel auf Beteiligungen und die Übernahme von Garantien. Zur Refinanzierung wurde 1982 erstmals in größerem Umfang (15 Millionen Mark) der Kapitalmarkt in Anspruch genommen.

Mit einem Finanzierungsvolumen von insgesamt 927 Millionen Mark konnte die DEG in 204 Projekten in 64 Ländern Investitionen von 9,5 Milliarden Mark mobilisieren. Jede von der DEG gegebene Mark führte so im Durchschnitt zu 10 Mark Gesamtinvestition.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

OECD: Neuverschuldung in Japan stark ausgeweitet

Paris (dpa/VWD) – Japanische Kreditnehmer haben ihre Neuverschuldung im ersten Halbjahr 1983 wesentlich ausgeweitet. Japan verzeichnete damit die zweitgrößte Neuverschuldung aller Länder hinter den USA. Während die USA, Frankreich und Kanada ihre Neuverschuldung nach jetzt veröffentlichten OECD-Finanzstatistiken in den ersten sechs Monaten drosselten, nahmen japanische Adressen 6,86 Milliarden Dollar (17,15 Milliarden Mark) neu auf gegenüber 6,22 Milliarden Dollar im gesamten Vorjahr. Die Bundesrepublik steht mit 1,81 Milliarden Dollar Neuverschuldung an 8. Stelle. Die OECD-Länder beanspruchten im ersten Halbjahr mit fast 50 Milliarden Dollar weiterhin den Löwenanteil der internationalen Neuverschuldung von insgesamt 77 Milliarden Dollar. Die Entwicklungsländer erhielten 15,7 Milliarden Dollar neue Kredite, die Ölexporteure vier Milliarden

Aktienumsätze verdreifacht

Düsseldorf (D.W.) – Im ersten Halbjahr 1983 haben sich die Aktienumsätze an der Rheinisch-Westfälischen Börse, Düsseldorf, gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum mehr als verdreifacht (14,4 gegen 4,5 Milliarden Mark), bei ausländischen Aktien war die Steigerung noch ausgeprägter (1,6 gegen 0,4 Milliarden Mark). Damit haben die Aktienumsätze an der Börse fast wieder die Höhe der Rentenumsätze erreicht. Da auch das Rentengeschäft an der Börse auf 16,8 nach 13,6 Milliarden Mark stieg, ist der Gesamtumsatz mit 32,9 gegen 18,5 Milliarden Mark um rund 78 Prozent höher als im ersten Halbjahr 1982.

Rumänien zahlt 1984 wieder

Frankfurt (dpa/VWD) – Rumänien will nach Angaben der Frankfurt Bukarest Bank AG, Frankfurt, ab 1984 wieder alle Fälligkeiten ihrer Auslandskredite „normal" bedienen, nachdem Ende Juni 1983 für die Fälligkeiten des laufenden Jahres ein Umschuldungsabkommen unterzeichnet worden war. Dies geht aus dem Geschäftsbericht 1982 des Instituts hervor. Rumäniens Umschuldungen blieben beim Geschäft der Frankfurt Bukarest Bank (an der die Rumänische Außenhandelsbank mit 52 Prozent, die DG-Bank mit 24 Prozent und die BHF-Bank mit 16 *Prozent* beteiligt sind) im vergangenen Jahr nicht ohne Auswirkungen. Die Bilanzsumme verringerte sich um 33,7 Prozent auf 261 Millionen Mark, das Geschäftsvolumen um 28,5 Prozent auf 403 Millionen Mark und das Kreditvolumen um 31 Prozent auf 353,4 Millionen Mark.

Commerzbank: Nur Gerüchte

Frankfurt (rtr) – Die Commerzbank und die Hongkong und Shanghai Banking Corp. haben gemeinsam dementiert, daß die Hongkong Bank Aktien der Commerzbank aufgekauft habe. In einer Erklärung, die von der Commerzbank am Dienstag veröffentlicht wurde, wiesen Michael Sandberg, Vorsitzender der Hongkong Bank, und Walter Seipp, Vorstandsvorsitzender der Commerzbank AG, Gerüchte über die Aufkäufe als „völlig unbegründet" zurück.

Jugoslawien garantiert Kredite

Belgrad (rtr) – Das mit einer Auslandsverschuldung von 20 Milliarden Dollar belastete Jugoslawien hat neue Gesetze verabschiedet, die dem Land die Inanspruchnahme von Mitteln aus einem internationalen Finanzpaket von vier Milliarden Dollar ermöglicht. Nach Mitteilung der jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjug bedeutet die neue Gesetzgebung, daß die jugoslawische Zentralregierung und die Zentralbank für sämtliche Kredite garantieren, die von einzelnen Banken und Firmen in Jugoslawien in Anspruch genommen werden.

CSSR-Auftrag für KWU

Offenbach (AP) – Einen Vertrag über die Lieferung einer Konditionierungsanlage für radioaktive Abfälle hat die Kraftwerk Union AG, Offenbach, mit der tschechoslowakischen Außenhandelsfirma Skodaexport abgeschlossen. Dies teilte das Unternehmen in Offenbach mit. Mit der Anlage sollen flüssige und feste Rückstände aus Kernkraftwerken und anderen nuklearen Anlagen gebunden werden.

ɔWJETUNION

ɔlexporte bringen labilen Veltmarkt in Gefahr

rtr, **London**

Die Ölexporte der Sowjetunion ·den Westen sind nach Angaben ·r Internationalen Energieagen-·r (IEA) in Paris inzwischen auf ·nd 1,6 Millionen Barrel täglich ·stiegen – ein bedeutender Anteil ·n Verkaufspotential der 13 Mit·leder der Organisation erdölex·rtierender Länder (Opec). Alar·iert von der sowjetischen Aktivi·t auf ihren traditionellen Absatz·ärkten, hat die Opec die Regie·ng in Moskau um eine Koopera·n bei Ölproduktion und ·eiskontrollen ersucht, um den ·eltmarkt zu stabilisieren. Doch ·e UdSSR bleibt nach Ansicht ·estlicher Beobachter bei ihrem ·exiblen Verfahren, die Ölpreise ·r die jeweilige Marktlage anzu·ssen.

Nebenwirkung dieser Gebaren, ·e auch auf Moskaus dringenden ·edarf an „harter" Währung ·hließen lassen, ist ein Rückgang der Ölmenge, die die Sowjetunion ihren Verbündeten im Ostblock zur Verfügung stellen kann. In den siebziger Jahren waren die Ostblockstaaten noch in gewissem Umfang vor den Auswirkungen der Ölpreissteigerungen geschützt gewesen. Aber bereits im letzten Dezember bekamen sie den Druck zu spüren, den die Öllieferungen der Sowjets an westliche Kunden verursachten.

Das Londoner Brokerhaus Grieveson Grant sagte kürzlich voraus, daß Moskau noch einige Jahre Öl zu den heutigen Preisen verkaufen werde, indem es soviel Öl wie möglich von den ölimportierenden kommunistischen „Satelliten-Staaten" in den Westen umleite und gleichzeitig versuche, selbst noch mehr Öl einzusparen. Noch vor mehreren Jahren hatte man befürchtet, *die Sowjetunion* werde versuchen, Zugang zu Ölvorkommen in der Golfregion zu erlangen.

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR WERTPAPIERSPAREN / Preise verliehen

Engagement für die Aktie belohnt

DW. **Frankfurt**

Einen Achtungserfolg attestierte der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, F. Wilhelm Christians, dem Bundesfinanzminister bei seiner Politik, mittelfristig eine Konsolidierung der öffentlichen Defizite zu erreichen. Christians vertrat die Auffassung, daß Stoltenbergs Politik dazu beitragen werde, Zinshektik an den Kapitalmärkten zu vermeiden und die Reputation der D-Mark im Ausland zu festigen. Trotz der bestehenden Zinsabhängigkeit von den USA werde damit die Hoffnung auf einen konjunkturgerechten Kapitalmarktzins in der Bundesrepublik größer, sagte der Bankier auf einer Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Wertpapiersparen (DWS) in Frankfurt anläßlich der erstmaligen Verleihung des mit 30 000 Mark dotierten DWS-Pressepreises.

Christians übergab den Preis an drei Wirtschaftsjournalisten, die *dafür geehrt wurden, daß sie die* Rolle der Aktie in der Marktwirtschaft besonders überzeugend in *ihrer Berichterstattung dargestellt* haben: Bernhard Blohm und Peter Martin (beide „Handelsblatt") und Claus Dertinger (DIE WELT). Christians würdigte vor allem die „engagierte und kontinuierliche Überzeugungsarbeit für die Aktie", die Dertinger geleistet habe, ohne dabei auf konstruktive Kritik gegenüber den Banken zu verzichten.

Claus Dertinger meinte namens der Preisträger: „Die beste Werbung für die Aktie sind steigende Kurse." Aus heutiger Sicht habe die Aktie eine gute Chance, bald wieder das zu werden, was sie einmal gewesen sei, und zwar sowohl als Finanzierungsmittel als auch als Anlagemedium.

Auch Christians, der zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Wertpapiersparen ist, geht davon aus, daß die Aktie eine zunehmende Bedeutung gewinnt, da immer mehr mittelständische Unternehmungen in Größenordnungen hin*eingewachsen seien, die es aus* Gründen der Eigenkapitalbeschaffung erforderlich machen, von der *Unternehmensform* der Familiengesellschaft in die Unternehmensform der Aktiengesellschaft hinüberzuwechseln.

Christians vertrat im übrigen die Auffassung, daß Bundeskanzler Kohl von seiner Moskau-Reise keine Großaufträge für die deutsche Industrie mitbringen werde. Überraschung löste Christians mit der Äußerung aus, die Inflationsrate der Bundesrepublik werde trotz der Mehrwertsteuererhöhung auch noch im Monat Juli eine Zwei vor dem Komma zeigen.

Grundsätzlich sei die Bundesregierung auf dem richtigen Wege, wenn sie vermögensteuerliche Entlastungen für gewerbliches Betriebsvermögen gewähre. Aber in dieser Richtung müßten noch weitere Schritte folgen. Um Kapitalfehlleitungen in Zukunft zu vermeiden, muß nach Meinung von Christians Schluß damit sein, „daß der Finanzanleger hierzulande mehr verdient als der Investor", der sein Geld für produktive Verwendungszwecke einsetzt.

GROSSBRITANNIEN

Privatisierung von Telecom

WILHELM FURLER, London

Die britische Regierung ist fest entschlossen, mit der Teilprivatisierung der staatlichen Telefongesellschaft British Telecom so rasch wie möglich voranzuschreiten. Das hat der neue Minister für Handel und Industrie, Cecil Parkinson, jetzt betont. Als Zeitpunkt für den Verkauf von 51 Prozent der Anteile an privaten Investoren ist demnach der Herbst 1984 vorgesehen.

Die Teilprivatisierung der Telefongesellschaft wird die bislang größte derartige Operation in Großbritannien. Groben Schätzungen zufolge dürfte der Verkauf zwischen drei und fünf Milliarden Pfund einbringen, zum heutigen Kurs umgerechnet zwischen 11,7 und 19,5 Milliarden Mark. Unklar ist bislang noch, wie die Verkaufsaktion der 51 Prozent von British Telecom, das im abgelaufenen Geschäftsjahr 1982/83 einen Gewinn in Höhe von rund 600 Millionen Pfund (2,34 Milliarden Mark) erzielt haben dürfte, über die Bühne gehen wird.

Fest steht nur, daß eine einzelne Aktien-Auflage nicht in Frage kommen kann, weil sie der Markt nicht verkraften würde. Auch ob es sich um einen vorher festgesetzten Kaufpreis für die Aktien, oder um ein Angebot im Tender-Verfahren handeln wird, ist noch offen. Die Regierung wünscht, daß sich so viele Kleinanleger wie nur möglich an der Aktien-Ausgabe beteiligen.

Bereits im nächsten Frühjahr wird ein neues Telekommunikations-Gesetz verabschiedet, das neben der Ausführung der Telecom-Privatisierung auch die Einrichtung einer Telekommunikations-Behörde (Oftel) vorsieht.

Oftel wird überwachen, daß British Telecom ebenso wie jede andere neue Telefon- und Kommunikationsgesellschaft die vertraglichen Bedingungen wie Aufrechterhaltung des Dienstes auch in den entlegendsten Gegenden oder Weiterbetrieb aller Telefonzellen, der Notrufe sowie Sonderdienste für Behinderte einhält.

ÖSTERREICH

Edelstahlwerke in der Krise

W. FREISLEBEN, Wien

Wenngleich ein detailliertes Programm erst im Herbst vorliegen wird, steht doch schon jetzt fest: Österreichs zweitgrößtes Unternehmen, gemessen an der Mitarbeiterzahl von 15 500, wird in den nächsten Jahren einen schmerzhaften Schrumpfungsprozeß durchmachen müssen. Denn die staatlichen Vereinigten Edelstahlwerke (VEW) sind nach anhaltenden Verlusten in Milliardenhöhe im bisherigen Umfang nicht mehr zu halten. Selbst der Staat ist kaum imstande, die nötigen Mittel für Verlustabdeckung und Investitionen aufzubringen.

Nachdem in den letzten Jahren vom Staat bereits nach und nach sechs Milliarden Schilling (rund 420 Millionen Mark) in die seit 1975 als Tochtergesellschaft im Stahlkonzern der VÖEST-Alpine (Österreichs größte Unternehmensgruppe) geführte VEW gesteckt wurden, sind weitere Milliarden nötig. Allein im letzten Jahr ergab sich wiederum ein Verlust von mehr als 2 Milliarden Schilling, der von dem Unternehmen ohne äußere Hilfe allein nicht mehr abgedeckt werden kann.

Experten sprechen davon, daß in den Standorten der verstaatlichten Industrie im Bundesland Steiermark zwischen 20 und 25 Milliarden Schilling fehlinvestiert worden seien, wovon der Großteil auf die VEW komme, ein anderer Teil aber sicherlich auch auf Standorte der Muttergesellschaft VÖEST-Alpine.

Letztere ist es auch, die das nun nötige Strukturprogramm im Alleingang erarbeitet. Dem Vernehmen ist die Ausgliederung einzelner Bereiche in Form von eigenen Gesellschaften vorgesehen, was insbesondere die Finalproduktionen betreffen soll, die schon fast die Hälfte des Umsatzes von 10 Milliarden Schilling ausmachen. Auch die Produktion von Edelstahl könnte, so argwöhnen die Belegschaftsvertreter, sukzessive zur VÖEST-Alpine verlagert werden. Für diesen Fall haben die Betriebsräte schärfsten Widerstand angekündigt.

PORSCHE / Bis zum Winter ausverkauft

Hohes Absatzplus in USA

WERNER NEITZEL, Weissach

Porsche hat sein ohnehin flottes Wachstumstempo noch beschleunigt. In den ersten neun Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1982/83 (31. 7.) verbuchte die Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG, Stuttgart-Zuffenhausen, einen Umsatzanstieg um 40 Prozent auf 1,57 Mrd. DM. Für das ganze Geschäftsjahr wird mit einem Umsatz von über 2,1 nach 1,49 Mrd. DM gerechnet.

Ausgeweitet wurde das Geschäft in allen Märkten, doch ragt der Erfolg in den USA heraus. Insgesamt stiegen die Fahrzeugverkäufe in den ersten neun Monaten um 34 Prozent auf über 33 000 Wagen. Allein in die USA wurden mit 13 450 Einheiten rund 50 Prozent mehr verkauft. Der Absatz im ganzen Geschäftsjahr 1982/83 dürfte auf über 45 000 (32 213) Wagen zunehmen, davon gehen allein etwa 22 000 in die USA. Wie Heinz Branitzki, stellvertretender Porsche-Vorstandsvorsitzender im Entwicklungszentrum des Unternehmens in Weissach, vor Journalisten ausführte, sei insbesondere der Typ 944 zu einem Schlager geworden. Sein Erfolg habe alle Händlererwartungen übertroffen, obwohl er im Preis etwa ein Drittel über dem ebenfalls bei Audi NSU in Neckarsulm in Lohnauftrag gebauten 924 liegt. Der Verkauf der beiden Vierzylinder (924 und 944) erhöhte sich in den ersten neun Monaten um über 50 Prozent auf fast 20 000 Wagen. Bei den Sechs- und Achtzylinder-Sportwagen (911 und 928) stieg der Absatz um 14 Prozent auf über 13 000 Wagen.

Zur Zeit werden in Neckarsulm arbeitstäglich 110 Wagen des Typs 944 und 22 des Typs 924 gebaut. Im Zuffenhausener Porsche-Werk sind es insgesamt 76 Fahrzeuge pro Tag (20 Einheiten des 928er und 56 Einheiten des 911er), die Gesamtzahl wird ab September auf 78 Fahrzeuge erhöht. Porsche sei praktisch bis zum kommenden Winter „ausverkauft".

Die Beschäftigtenzahl belief sich per Ende April auf 5845 Mitarbeiter (plus 9 Prozent), davon waren rund 1600 im Porsche-Entwicklungszentrum Weissach beschäftigt. Hier entwickelt Porsche auch für Kunden des Automobilbaus aus der ganzen Welt. Nach Arbeitsstunden gerechnet belief sich das Fremdentwicklungsvolumen im Geschäftsjahr 1981/82 auf rund 60 Mill. DM.

Für das laufende Geschäftsjahr wird ein Anstieg auf über 81 Mill. DM erwartet. Dies entspricht allerdings nicht dem jeweils in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung einfließenden Umsatz, da die Entwicklungsaufträge erst nach ihrem Abschluß abgerechnet werden.

Der Anteil der Weissacher Entwicklungsleistungen für fremde Auftraggeber beträgt gemessen an den gesamten Leistungen 35 Prozent. Von diesem Volumen entfallen etwa 15 bis 20 Prozent für Auftraggeber aus dem Ostblock. Ein wesentliches Projekt ist die Entwicklung eines neuen „Lada" für die Sowjetunion, das sich auf dem Wege in die Produktion befindet. Der Part der Fremdentwicklung, der auf militärische Projekte entfällt, liegt unter 10 Prozent. Die Zahl der Kunden beziffert Porsche-Entwicklungsleiter Horst Marchart auf 35 bis 40.

Der Stellenwert dieses Entwicklungszentrums wird auch in der Dynamik deutlich, mit der hier die Beschäftigtenzahl anstieg, nämlich innerhalb eines Jahres um 17 Prozent auf 1600 Forscher, Ingenieure, Konstrukteure und Techniker. In Etappen soll diese Zahl weiter hochgezogen werden, doch die Zahl 2000 nicht überschritten werden.

Zur Zeit läuft ein weiteres Investitionsprogramm, das für die nächsten beiden Jahre jeweils 75 Mill. DM vorsieht. Eingeplant ist dabei auch der Bau eines Windkanals mit einem Aufwand von rund 30 Mill. DM. Zu Beginn des laufenden Geschäftsjahres wurde nach Investitionen von 23 Mill. DM ein neues Meßzentrum für den Umweltschutz in Betrieb genommen, das bereits heute zu 40 Prozent für fremde Auftraggeber arbeitet.

SCHLESWAG

Tarife sollen stabil bleiben

J. BRECH, Rendsburg

Konjunkturelle Lichtblicke erkennt der schleswig-holsteinische Stromverteiler Schleswag AG, Rendsburg. Nach Angaben des Vorstandsmitglieds Reinhard Bartsch ist vor allem der Bedarf der Industriekunden gestiegen. Per Ende April lag er um 5,9 Prozent über dem des Vorjahres. Unverkennbar sei auch die Besserung in der Bauwirtschaft. Im ersten Halbjahr habe sich die Zahl der Anträge für Neuanschlüsse um 12,6 Prozent erhöht. Insgesamt verkaufte die Schleswag in den ersten 5 Monaten dieses Jahres 1,3 Prozent mehr Strom und 4,8 Prozent mehr Gas. Nachdem die Tarife zum 1. Januar dieses Jahres um durchschnittlich 4,7 Prozent angehoben worden sind, kündigt Bartsch 1983/84 Stabilität an. Dämpfenden Einfluß auf die Preisentwicklung werde die Inbetriebnahme der beiden Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel haben.

Die Entwicklung im Geschäftsjahr 1982 bezeichnet Bartsch als zufriedenstellend. Bei einem Anstieg des Stromabsatzes um 1,6 Prozent auf 6,7 Mrd. kWh und des Gasverkaufs um 5,5 Prozent auf 5,6 Mrd. kWh weist die Schleswag einen um 14,7 Prozent höheren Umsatz von 1,45 Mrd. DM aus. Demgegenüber sank der Jahresüberschuß um 5,6 Prozent auf 23,5 Mill. DM. Und der Gewinn pro Aktie von 33,92 auf 30,08 DM je 100-DM-Aktie. In die Rücklagen wandern 4 (8) Mill. DM, der Rest wird in Form von unverändert 13 Prozent Dividende ausgeschüttet. Das Aktienkapital, das zu 55 Prozent von der Preussen-Elektra und zu 45 Prozent vom Land und den 11 Landkreisen gehalten wird, ist inzwischen aus Gesellschaftsmitteln um 20 auf 150 Mill. DM erhöht worden.

Rekordhöhe haben nach Angaben des Vorstandsmitglieds Manfred Brohmeyer die Investitionen erreicht. Schleswag setzte 214 Mill. DM ein. Rund 55 Mill. DM entfielen davon auf die Gasversorgung.

BEK / Beitragssatz soll 1984 sinken

Weniger Leistungsausgabe[n]

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Barmer Ersatzkase (BEK), mit 4,40 (4,33) Mill. Mitgliedern führende deutsche Angestellten-Krankekasse, wird ihrer Vertreterversammlung im Herbst „mit Sicherheit eine Senkung des Beitragssatzes zum 1. Januar 1984 empfehlen können". Bis zum Herbst weiß man nach den Worten des Vorsitzenden der BEK-Geschäftsführung, Heinz Reistenbach, ob und welche Belastungen der Gesetzgeber den gesetzlichen Krankenkassen auferlegt. Vor der Vertreterversammlung in Passau äußerte er sich zuversichtlich hinsichtlich der weiteren Kostenentwicklung und der Chancen zur Beitragssatzsenkung nach Jahren der Stabilität.

Erstmals seit mehr als 25 Jahren weist die BEK für 1982 einen Rückgang der Leistungsausgaben pro Mitglied um 2 (1981: plus 6,2) Prozent auf 2544 DM aus. Nach erheblichen Defiziten in den letzten drei Jahren schließt die Jahresrechnung mit einem Überschuß von knapp 486 Mill. DM ab. Die reinen Versicherungsleistungen hatten von 11,14 auf 11,09 Mrd. DM abgenommen, das waren 94,6 Prozent der Beitragseinnahmen.

Mit dem Überschuß werden die Reserven der Kasse nach den langen Verlustjahren wieder aufgefüllt, obwohl der Betriebsmittelstand mit 428 Mill. DM gering und die Rücklagen mit 517 (502) Mill. DM innerhalb des gesetzlich bestimmten Rahmens einer halben Monatsausgabe (rund 500 Mill. DM) liegen.

Trotz des positiven Geschäftsabschlusses ist Reistenbach, was die Nachhaltigkeit der günstigen Kostenentwicklung angeht, [...] Zwar wurden im 1. Quarta[l] [...] Mitglied gegenüber dem V[...] bei einem Gesamtleistung[s...] gang um 1,6 Prozent 3,9 [...] mehr an Beiträgen eingeno[mmen] [...] auf der anderen Seite ver[...] terte sich „die vollkommen [...] reichende Finanzierung" de[r] [...] kenversicherung der [...] durch Verschiebung der Ren[ten...] passung und Globalkürzun[g] [...] 1,2 Mrd. DM für die gesamte [...] Krankenversicherung.

Bei den Ausgaben sind [...] BEK im 1. Quartal 1983 bei [...] noraren je Mitglied Zunahm[e] [...] 1,8 Prozent zu verzeichnen. [...] Zahnärzten wird die Hono[rar...] hung im Jahresdurchschn[itt] [...] Prozent betragen. Bei zahn[...] schen Leistungen ist ein de[...] Rückwärtstrend zu beob[achten] [...] Im Krankenhaussektor gib[t] [...] doch ein Plus von 3,2 Proz[ent] [...] Arzneimittelsektor von 4[...] zent. Reistenbach würdig[t] [...] zwar die gewachsene Zu[...] tung bei Ärzten und Patien[ten] [...] jedoch zu bedenken, daß „m[...] ein Prozentpunkt der BEK-[...] mittelausgabe durch An[...] der Rezeptgebühr eingesp[art] [...] der Preisentwicklung jedoc[h] [...] der aufgefressen wird".

Die größte Ausgabenste[igerung] [...] wies 1982 der Krankenhaus[...] mit 2,91 nach 2,7 Mrd. DM a[...] waren je Mitglied 5,9 Prozent [...] die ärztliche Behandlung (1[...] 688 Mill. DM) mit 1,6 Prozen[t] [...] rend es bei Zahnersatz nac[h] [...] *Rekordjahr 1981 mit 1,06* na[...] Mrd. DM zum erwarteten Ei[...] um 15,7 Prozent je Mitglied.

Ausschüttung kräftig erhöht

JB. Hamburg

Die Deutsche Immobilien Fonds AG, Hamburg, hat die Ausschüttung auf die Anteile des von ihr aufgelegten Difa Fonds Nr. 1 von 6,20 auf 7 DM erhöht. In ihrem Rechenschaftsbericht schreibt die Fondsverwaltung, daß damit der sehr guten Ertragsentwicklung Rechnung getragen wurde. Der Wert der Fondsanteile stieg auf 12,90 DM, was einer Rendite von 8,2 Prozent entspricht.

Als Jahresüberschuß weist der Fonds 54,5 Mill. DM (plus 24,6 Prozent) aus. Darin sind 11,1 Mill. DM (i. V. 24,6 Mill. DM) Veräußerungsgewinne aus Liegenschaften enthalten. Um diese substanzbezogenen Gewinne bereinigt, ergibt sich für das Berichtsjahr ein Ertragszuwachs von 30 Prozent je Fondsanteil.

Die Erträge aus Liegenschaften erhöhten sich um 5,5 Prozent auf 37,3 Mill. DM. Sie stammten zu 88 Prozent aus der Vermietung gewerblicher Flächen und zu 12 Prozent aus Wohnflächen. Der Vermietungsstand habe sich mit fast 99 Prozent auf hohem Niveau gehalten, heißt es.

Das Grundvermögen, das 75 (79) Grundstücke umfaßt, erreichte 513 Mill. DM. Beträchtlich erhöht hat sich das Liquiditätsvolumen. Es stieg von 118 auf 264 Mill. DM und bestand überwiegend in Form festverzinslicher Wertpapiere.

Das gesamte Fondsvermögen per Ende März betrug 763 Mill. DM und ist durch weiteren Mittelzufluß und Ertragsanreicherung inzwischen auf 885 Mill. DM gestiegen. Anleger, die vorübergehend in die hochverzinslichen Geldanlagen gegangen waren, hätten die sachwertgesicherte Immobilienanlage wiederentdeckt, so die Fondsverwaltung.

Irion kooperiert mit Balkancar

WERNER NEITZEL, St[uttgart]

Die auf dem Sektor der [...] stapler tätige Irion-Firmen[gruppe] [...] Stuttgart, hat mit dem wel[...] Hersteller von Frontgabels[taplern] [...] der bulgarischen Firma Ba[lkancar] [...] einen Kooperationsvertra[g] [...] schlossen, der u. a. dazu be[...] soll, Irion wieder aus der Ver[...] ne zu steuern. Zusammenge[arbeitet] [...] wird auf dem Gebiet des Ve[...]

Zu diesem Zweck stand [...] Neugründung die Irion Ve[...] GmbH (Stammkapital 4 Mi[ll...] an der die Albert Irion Na[chf.] [...] Stuttgart, und die Balkan[car...] ex, Sofia, zu jeweils 50 [...] beteiligt sind. *Balkancar* ([...] schäftigte, 1,4 Mrd. DM Um[satz] [...] mit dieser Kooperation st[...] den deutschen Markt ein[...] Zugleich hat Irion die Her[stellung] [...] von Frontgabelstaplern aufg[...] und konzentriert sich auf d[ie Pro-] duktion von Spezial-Gabels[taplern] (vorwiegend Quer- und Vi[...] stapler). Für die Nutzung de[r] [...] dischen Vertriebswege und [...] bringung von Know-how [...] Grundstücken in die neue [...] schaft sind Irion Mittel zugef[...] die zur Bilanzaufbesserung [...] gen.

In 1982 war der Irion-Ums[atz] [...] 20 Prozent auf 65 Mill. DM zur[ückge-] gangen, wobei ein Verlust „[...] trächtlicher Höhe" entstand. Es wird aufgrund der nach w[ie vor] bestehenden Marktschwäche für 1983 ein Umsatz von 65 M[ill.] [...] anvisiert, doch hoffe man im [...] der Straffungsmaßnahmen u[nd] [...] Hilfe des neuen Konzepts a[uf ein] ausgeglichenes Ergebnis. I[...] mit Aufträgen bis zum Sept[ember] dieses Jahres ausgelastet. D[as Un-] ternehmen zählt derzeit ru[nd] [...] Beschäftigte.

Roth-Händle: Erfolg mit Feinschnitt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Badische Tabakmanufaktur Roth-Händle GmbH & Co. (BTM), Lahr/Schwarzwald, eine Reemtsma-Tochter, hat sich dem Gegenwind der Tabaksteuererhöhung vom Juni 1982 im vergangenen Jahr nicht entziehen können. Dennoch behauptete sie sich in der Umsatzentwicklung mit einem Plus von 0,6 Prozent auf knapp 1,3 Mrd. DM (einschließlich Tabaksteuer) relativ gut.

Beim Zigarettenabsatz hat das Unternehmen stärker als die Branche zurückstecken müssen. Während der Gesamtmarkt für Zigaretten in der Bundesrepublik um 14,1 Prozent schrumpfte, verringerte sich bei der BTM der Zigarettenabsatz um 19,8 Prozent auf 9,2 Mrd Stück. Dies deshalb, weil die bei BTM dominierenden filterlosen Zigaretten zugunsten der Selbstgedrehten stark unter Druck gerieten. Dadurch reduzierte sich der Marktanteil der BTM am gesamten Zigarettenmarkt auf 8,3 (8,8) Prozent. Teilweise aufgefangen werden konnten die Absatzeinbußen durch eine Steigerung des Exports um 52 Prozent auf 779 Mill. Zigaretten.

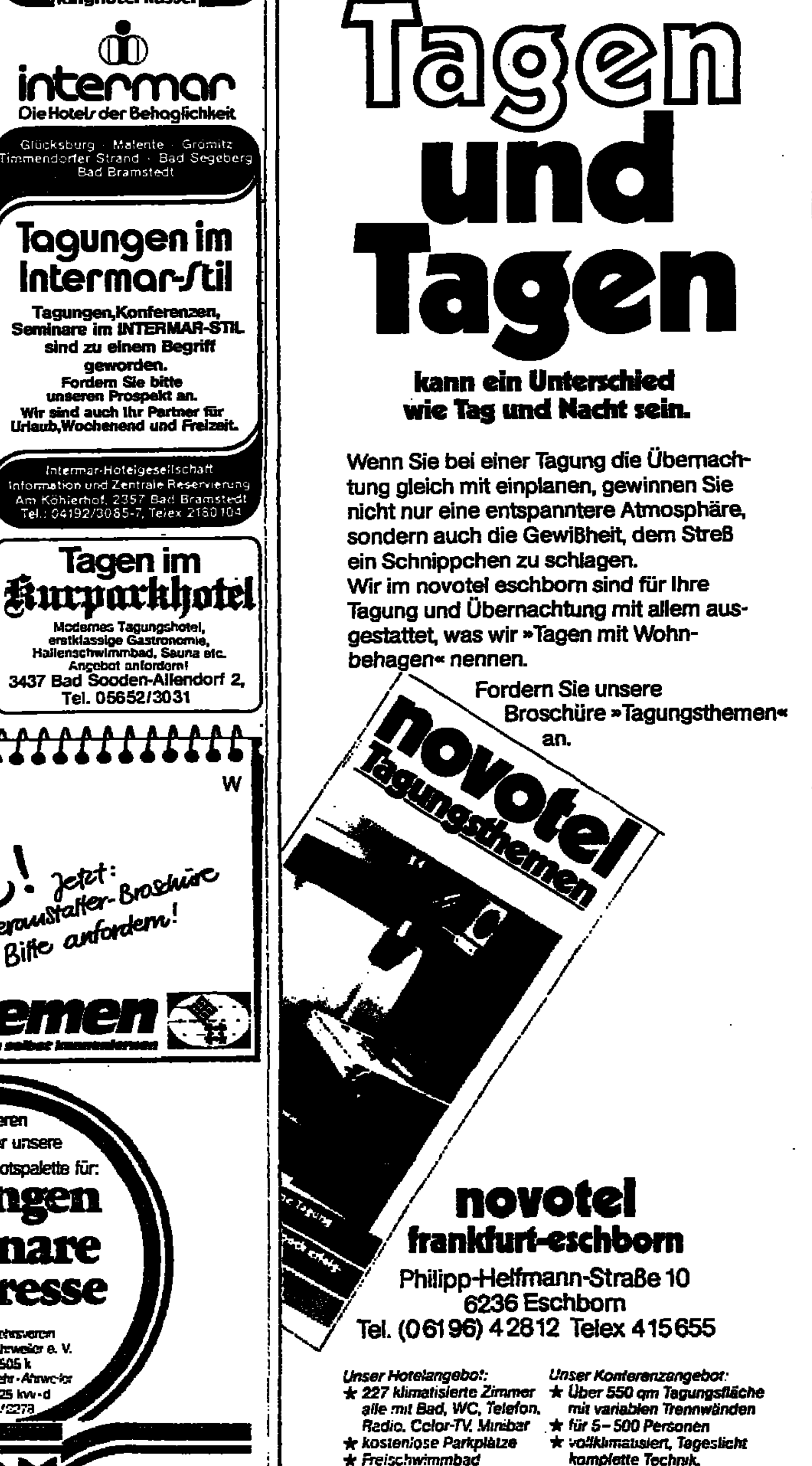
Mit einem lachenden Auge kann die BTM auf ihren Markterfolg beim Feinschnitt-Tabak verweisen. Während der Gesamtmarkt für Selbstdreher um 55,5 Prozent zunahm, steigerten die Lahrer ihren Feinschnitt-Absatz um 185 Prozent auf 1015 Tonnen. In diesem Markt verbesserte das Unternehmen seinen Marktanteil auf 5,6 (3,0) Prozent. Inzwischen liegt der Marktanteil (per Ende Mai) sogar bei 6,3 Prozent. Über ihre Ertragslage enthält sich die BTM einer Aussage. Investiert wurden 9,5 (13,2) Mill. DM bei unverändert 11,2 Mill. DM Abschreibungen. Beschäftigt werden 973 Mitarbeiter (minus 6,3 Prozent).

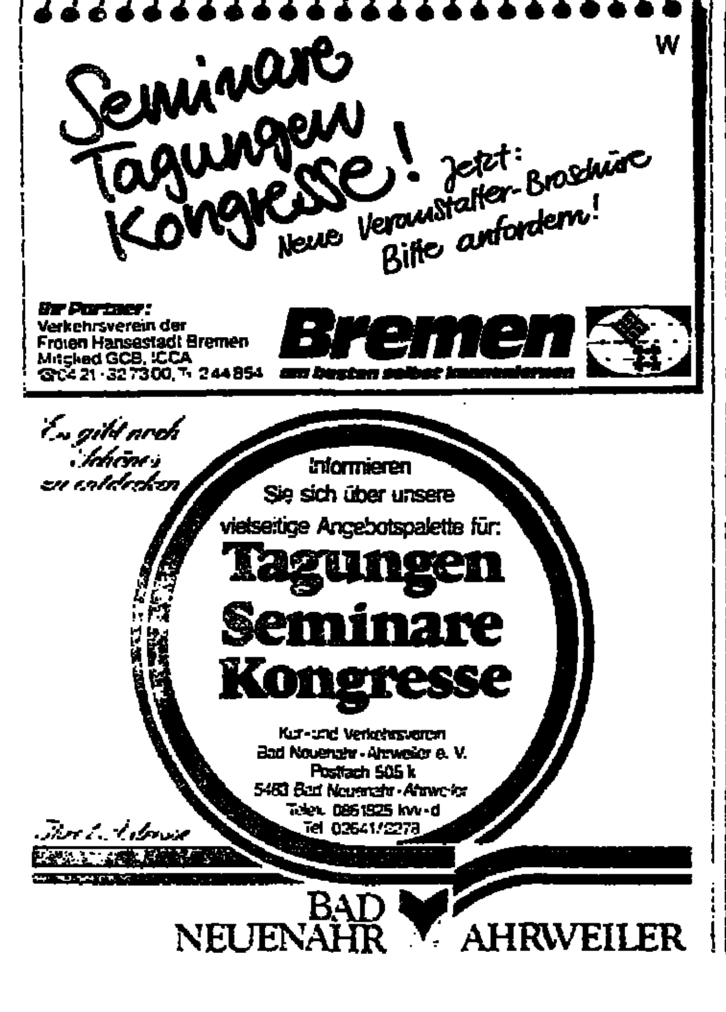
KONKURSE

Konkurs eröffnet: Düsseldorf: Nachl. d. Anton Paul Joseph Lappe, Kaufmann; **Hannover:** Interma Vertriebsges. Luftfracht- u. Touristenreisenvermitthmg mbH, Langenhagen 1; **Ibbenbüren:** Nachl. d. Arno Jankowiak; **Kehl:** Werner Kockenjos KG; **Ottweiler:** Leinenbach & Kirsch GmbH, Merchweiler; **Passau:** Nachl. d. Frank Johann, Schönberg; **Pforzheim:** Nachl. d. Lucia Maria Nietsch geb. Ziesel; **Wuppertal:** [...] mann Pusch, Inh. d. Gebr. Pusch [...]

Vergleich eröffnet: Flensburg: [...] ger Röper, Masseur, Bönstrup, Kurbadebetrieb Langballig bei [...] tergenesungswerk.

Vergleich beantragt: Au[...] Beier Bau GmbH & Co. KG; Ha[...] Tapeten Danzfuss GmbH.





REISEDEVISEN / Ein Vergleich der wichtigsten Länder und Zahlungsmittel

Urlauber profitieren von starker Ma[rk]

HERBERT KLAR, Bonn

Die deutschen Urlauber profitieren auch in diesem Sommer wieder von der relativ starken Position der D-Mark gegenüber den meisten anderen europäischen Währungen. Allerdings konnten die Höherbewertungen der D-Mark während der vergangenen 12 Monate gegenüber vielen Reiseländern die Preissteigerungen nicht überall ausgleichen. Nordamerika-Urlauber müssen wegen der starken Stellung des Dollar sogar tiefer in die Tasche greifen.

Die Kaufkraft der „Urlauber-Mark" ist nach wie vor in Jugoslawien und Portugal am höchsten, aber auch in Italien, Spanien, Schweden und Frankreich läßt sich noch relativ preiswert Urlaub machen. Etwa gleiche Kosten sind in den Niederlanden und Österreich anzusetzen. Zu den traditionell teuren Reiseländern gehören dagegen Dänemark und die Schweiz.

Das beliebteste Reisezahlungsmittel in Europa ist der Euroscheck. Ebenso wie in der Bundesrepublik kann der Euroscheck in 21 europäischen Ländern als direktes Zahlungsmittel verwendet werden. Die Beträge sind stets in der Landeswährung auszustellen. In 17 weiteren Ländern Europas und des Mittelmeerraumes kann mit dem Euroscheck Bargeld bei Kreditinstituten beschafft werden.

Für in fremder Währung ausgestellte Euroschecks berechnen die Kreditinstitute Gebühren in Höhe von 1,75 Prozent des Scheckbetrags (mindestens 2,50 Mark) bei Umrechnung und Einlösung in der Bundesrepublik.

Reiseschecks sind ein weltweit akzeptiertes Zahlungsmittel und werden in allen wichtigen Währungen angeboten. Sie müssen vor Urlaubsbeginn in der erforderlichen Höhe gekauft werden. Die Kreditkarte ist vor allem für Reisende interessant, die auch außerhalb der Urlaubszeit privat oder geschäftlich viel unterwegs sind.

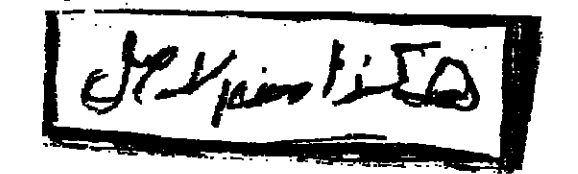
Auslandsreisende müssen noch besonders beachten, daß viele Länder die Einfuhr einheimischer Devisen beschränkt haben und dabei oft sogar die Stückelung der Banknoten vorgeschrieben ist. Nach Italien beispielsweise dürfen 200 000 Lire pro Person eingeführt werden (bis 50 000-Lire-Scheine), nach Jugoslawien 1500 Dinare (bis 100-Dinar-Scheine), nach Griechenland 3000 Drachmen (bis 500-Drachmen-Scheine) und nach Spanien 150 000 Peseten.

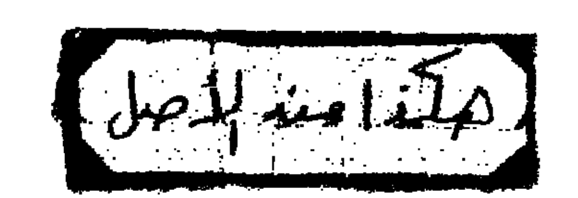
Die Einfuhr fremder Devisen (also D-Mark oder Dollar) ist meist unbeschränkt, in einigen Ländern wird jedoch die Anmeldung des eingeführten Betrags verlangt. Ähnliches gilt für die Ausfuhr fremder oder einheimischer Devisen. Aus Spanien dürfen beispielsweise 20 000 Peseten pro Person ausgeführt werden. In fremder Währung nur mehr als dem Gegenwert von 80 000 Peseten entspricht, wenn dies bei der Einreise [ange-] meldet wurde. Reiseschecks [wer-] den entsprechend der Währun[g be-] handelt, in der sie ausgestellt [...]

Um unliebsame Überraschu[ngen] zu vermeiden, ist es auf alle [Fälle] ratsam, sich rechtzeitig vor B[eginn] beginn über die Bestimmun[gen] des jeweiligen Gastlandes zu i[nfor-] mieren, insbesondere bei Rei[sen in] die sozialistischen Länder. [Die] nachstehende Übersicht zeig[t die] Kaufkraft-Unterschiede für [die] D-Mark in den wichtig[sten] Urlaubsländern.

Land	Kaufkraft Sommer 1983 D-Mark	Kaufkraft Sommer [...] D-M[ark]
Jugoslawien	1,35	[illegible]
Portugal	1,33	[illegible]
Italien	1,13	[illegible]
Schweden	1,13	[illegible]
Spanien	1,08	[illegible]
Frankreich	1,07	[illegible]
Niederlande	1,04	[illegible]
Österreich	0,99	[illegible]
USA	0,92	[illegible]
Großbritannien	0,92	[illegible]
Griechenland	0,90	[illegible]
Dänemark	0,83	[illegible]
Schweiz	0,74	[illegible]

Für die Mehrzahl der Länder bezieht sich [...] Schätzung auf die sogenannte Reisegeld[...] tät, wie sie vom Statistischen Bund[esamt] ermittelt wird. Dabei wird ein besond[erer] „Urlauber-Preisindex" angewendet, der [...] überwiegend auf Beherbergungs- und [...] kehrsdienste bezieht. Quellen: Comm[erz-] bank AG, Statistisches Bundesamt.





WUPPERMANN / Enttäuschung bei Klöckner

Entscheidung für Krupp

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Gesellschafter des Stahl-Mittelständlers Theodor Wuppermann GmbH, Leverkusen, haben das komplette Übernahmeangebot für Mill. DM Stammkapital durch die Klöckner-Werke AG, Duisburg, abgelehnt. Sie haben sich statt dessen entschieden, vorerst 45 Prozent der Anteile (mit Option auf weitere) an die Krupp Stahl AG, Bochum, abzugeben. Die Geschäftsführung des Unternehmens bleibt in den Händen der beiden bisherigen Familiengesellschafter G. Theodor Wuppermann und seines Schwagers *Hans-Georg Kirstein.*

Gegenüber dem Klöckner-Angebot auf volle Wuppermann-Übernahme, das auf 80 Mill. DM zu schätzen war, dürfte der Kaufpreis für die von Krupp übernommenen Anteile in der Größenordnung von Mill. DM liegen. Damit ist der ob der langen Ertragslosigkeit zum Verkauf entschlossene Teil der Wuppermann-Familiengesellschafter offensichtlich zufriedengestellt. Von einer Landesbürgschaft, die Krupp in Kauf-Konkurrenz zu Klöckner in Höhe von 36 Mill. DM beantragt hatte, ist in der offiziellen Bekanntgabe beider Firmen nicht die Rede.

Wuppermann und Krupp betonen, daß die bisher betriebene Kooperation (Krupp-Rohstahl für die Wuppermann-Stranggießanlage auf der Krupp-Hütte Rheinhausen) nun noch enger werde. Ihr Ziel sei, bei beiden Unternehmen möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern. Man werde nun auch im Warmbandbereich enger zusammenarbeiten und das Produktprogramm auf eine breitere Basis stellen. Auch die Mittelbandfertigung und die Bandstahl-Weiterverarbeitung *sollen in Leverkusen fortgeführt* und möglichst noch ausgebaut werden.

Enttäuscht zeigt sich Klöckner-Chef Gienow bei diesem Ausgang vor allem über das Verhalten der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Die habe mit massiver Intervention zugunsten Krupps gleich zweimal ordnungspolitisch sündhaft gehandelt. Erstens mit *dem Bürgschaftsangebot für die* Kaufsumme. Zweitens mit Bekundungen von „unerträglichen Konsequenzen" für NRW-Stahlarbeitsplätze aus dem Klöckner-Kaufangebot.

Klöckners Bedauern gilt natürlich auch der nun entschwundenen Chance, mit der Leverkusener Mittelbandquote (gut 40 000 Monatstonnen) die „Erdrosselungsquoten" für die Bremer Hütte wesentlich zu mildern, was Thyssen-Stahlchef Kriwet bereits als „intelligenteste Lösung" des Klöckner-Problems pries. Nun muß sich Klöckner für seine „Notwehr"-Quotenüberschreitungen von monatlich etwa 70 000 t spätestens bis zur nächsten EG-Quotenverlängerung (ab 1984) eine andere Lösung einfallen lassen. Gienow glaubt sie finden zu können – aber sie werde im Zweifel nicht so „sozial harmlos" ausfallen wie das, was die Landesregierung beim Wuppermann-Projekt zerschlagen habe.

NAMEN

Dr. **Fritz Grasmaier,** stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Landesbank Girozentrale, München, vollendet am 7. Juli das 60. Lebensjahr.

Fritz Wälter, Vorstandsmitglied der Thyssen Handelsunion AG übernimmt zum 1. Oktober die Funktion des Sprechers als Nachfolger von **Hans Hiltrop,** der in den Ruhestand tritt. Wälter wird außerdem zu diesem Zeitpunkt Vorstandsmitglied der Thyssen AG. Vom stellvertretenden zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Thyssen AG wurde Dr. **Heinz-Gerd Stein** ernannt.

Gerhard Elkmann, Aufsichtsratsvorsitzender der Textilwerke ...haus Aktiengesellschaft ist aus dem Gremium ausgeschieden und zum Ehrenvorsitzenden gewählt worden. Sein Nachfolger wird sein bisheriger Stellvertreter **Helmut ...bel. Rembert van Delden** wechselte vom Vorstand in den Aufsichtsrat, in dem er zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde.

Hans-Werner Kolb, Vorstandsvorsitzender der Buderus-Aktiengesellschaft, Wetzlar, schied aus dem Vorstand aus und wurde zum Aufsichtsrats-Vorsitzenden gewählt.

Ernst-Wilhelm Brück (43), Geschäftsführender Gesellschafter der Brück GmbH, Herborn-Wetzlar-Siegen und der Hans Tiggelbeck KG, Essen, ist zum Präsidenten und *Vorsitzenden des Verwaltungsrats* von Europa Möbel Deutschland gewählt worden. Der bisherige Präsident **Willi Krasemann,** wurde zum Ehrenpräsidenten ernannt.

Hans Schreiber, Vorstandsmitglied der Nordstern Versicherungen, Köln, hat für den ausgeschiedenen **Manfred Stoll** in den Vorständen den Geschäftsbereich Vertrieb und Marketing übernommen.

Reinhold Becker-Bergemann, Direktor der Villeroy & Boch Keramische Werke KG, Mettlach/Saar, wurde zum Vorsitzenden des Verbandes der Keramischen Fliesenindustrie e. V., Frankfurt, gewählt. Er ist Nachfolger von Dr. **Bernhard Holke.** Dr. **Theodor E. Carl** ist aus gesundheitlichen Gründen per 30. Juni 1983 aus der Geschäftsführung der J. M. Voith GmbH, Heidenheim, ausgeschieden.

DYNAMIT NOBEL / Sprengmittel-Sparte profitiert von Wehrtechnik-Aufträgen und besseren Preisen

Mit der Chemiekonjunktur steigt der Ertrag

J. GEHLHOFF, Troisdorf

Wenigstens eine erneute Organschafts-Verlustübernahme (1981 = 38,6 Mill. DM) blieb der Flick-Konzernmutter 1982 aus ihrer großen Chemietochter Dynamit Nobel AG (DN), Troisdorf, mit ihren 3,16 (3,18) Mrd. DM Weltumsatz erspart. Doch rund 16 Prozent (Garantie-) Rendite auf seinen kleinen Anteil von 1,9 Prozent an 140 Mill. DM Aktienkapital bezog allein der (Banken-) Minderheitsaktionär „Thesaurus" in Zürich. Die Konzernmutter erntete nichts. Sie kann sich nun aus den letzten fünf Jahren den Saldo aufmachen, daß insgesamt rund 14 Mrd. DM Umsatz ihrer Chemietochter statt Ertrag nur gut zwei Dutzend Mill. DM Verluste in die Konzernkasse brachten.

Der seit April 1982 amtierende neue Vorstandsvorsitzende Ernst Grosch freilich hält dem eine andere Rechnung entgegen: Seit 1965, als in der Bergbaukrise der Wachstumskurs der einst weitaus größten Sprengmittel-Sparte für immer aufhörte, habe man sich im Schoß des Flick-Konzerns, doch vorwiegend aus eigener Finanzkraft, um kräftigen Ausbau der Chemie- und Kunststoffaktivitäten bemüht. Und dies gewiß auch mit Erfolg (man denke nur an das bis heute traurige Schicksal der im Sprengmittel-Geschäft einst ähnlich großen Essener Wasag-Chemie).

Bessere Gewinnresultate solcher Bemühung prophezeit Grosch für *1983.* Von durchgreifender Konjunkturbesserung spüre man zwar noch nichts. Doch da diesmal das 1982 tiefe „Sommerloch" wohl ausbleibe, werde man nach 3 Prozent Inlandskonzern-Umsatzrückgang auf 1,4 Mrd. DM im ersten Halbjahr bis Jahresende wohl den 1982er Umsatz erreichen. Dazu Ertragsbesserung aus Rationalisierung, Abwerfen unrentabler Produktionen und Erlösbesserung beim langsamen Aufstieg aus dem Tal der Chemiekonjunktur.

Der neue DN-Chef macht dabei aus Stärken wie aus Schwächen des Unternehmens keinen Hehl: überproportional ertragsstark die Sprengmittel-Sparte, die dank wachsender Wehrtechnik-Aufträge und besserer Preise auch im ersten Halbjahr 1983 noch 4 Prozent Umsatzplus schaffte. Dickster Verlustbereich blieb 1982 in der Klemme zwischen hohen Äthylen-Vormaterialpreisen und weiter gesunkenen Produkterlösen die im Pachtbetrieb Merkenich bei Köln (Wacker-Chemie) mit 500 Leuten betriebene PVC-Kunststoffproduktion von 70 000 Jato für die eigene (und zumeist florierende) Verarbeitung mit nun 35 (30) Mill. DM Negativem.

Die schon seit gut einem Jahr versuchte Lösung des Problems *(neuer DN-Lieferant für die „in Europa* wohl größte" eigene PVC-Verarbeitung nebst entsprechender Abnahmeverpflichtung für das in den DN-Elektrolysen anfallende Chlor) wird offenbar noch durch den Wacker-Widerstand blockiert. Wacker will den bis 1992 laufenden Pachtvertrag dieser im eigenen Haus „vertragsgemäß kostendekkenden" PVC-Produktion natürlich so teuer wie nur möglich auflösen.

Große Ertragseinbußen hatte DN 1982 außerdem mit 40 Mill. DM aus jungen Auslandsaktivitäten zu verdauen. Drei Viertel davon stammten aus noch 150 (170) Mill. Dollar Umsatz der US-Tochter, die dies vor allem dem Mißgriff beim Kauf eines (nun stillgelegten) Deko-Folienbetriebes verdankte. Der Rest stammte aus (sinkenden) Anlaufverlusten der in der Silizium-Technik kräftig aufblühenden Italien-Tochter.

Für den Inlandskonzern verweist Grosch darauf, daß der 1982er Rückgang im Cash-flow nur auf unterschiedlichem „Berechnungseinfluß" von außerordentlichen Faktoren beruhe. Ertragsfortschritt hingegen zeige der nach Flick-Methode ermittelte „Bruttogewinn" aus laufendem Geschäft (vor Steuern und Abschreibungen) mit 118 (106) Mill. DM. So soll es *1983, bei Investitionen wie bisher,* weitergehen.

Diese Zuversicht gründet sich auch auf weitere Resultate aus dem bis 1982 erst zu einem Drittel realisierten Sparpotential von 1000 Arbeitsplätzen im Gemeinkostenbereich, das man sich vom Unternehmensberater Mac Kinsey ermitteln ließ. Hier wie bei dem Abbau „aussichtslos unrentabler" Produktionen mit derzeit noch knapp einem Zehntel Umsatzanteil will der Vorstand jedoch „ohne spektakuläre Entlassungen" vorgehen.

Dynamit Nobel [1]	1982	± %
Umsatz (Mill. DM)	2 812	– 0,1
dav. Chemikalien	1 121	– 6,8
Kunststoffe	791	+ 5,8
Sprengmittel	597	+11,1
Exportanteil (%)	12,5	(11,2)
Belegschaft [2]	14 402	– 3,0
Personalaufwand	712	– 1,9
Gesamtinvestitionen	113	– 5,0
Sachinvestitionen	102	+ 1,3
Cash-flow	110	–21,4
Jahresergebnis	12,0	(–17,8)

[1] Inlandskonzern; [2] Jahresdurchschnitt

BERLINER KINDL

Bierausstoß weiter gesteigert

tb, Berlin

Der Juni hat der Berliner Kindl Brauerei AG, Berlin, einen Strich durch die Rechnung gemacht. Der Absatz – bis Ende Mai noch zufriedenstellend – lag im ersten Halbjahr 1983 leicht unter den erwarteten Zahlen. Das teilte Vorstandsmitglied Jochen Sievers auf der Hauptversammlung der Brauerei in Berlin mit. Dennoch meint man, 1983 insgesamt im Plan zu liegen.

Im vergangenen Jahr hatte Kindl 918 423 Hektoliter Bier und alkoholfreie Getränke verkauft. Dabei nahm der Bierausstoß um 1,7 Prozent zu; der Absatz an alkoholfreien Getränken um 1,2 Prozent. Hauptabsatzgebiet ist nach wie vor Berlin, doch gewinnt der norddeutsche Raum zunehmend an Bedeutung.

Der Umsatz der mehrheitlich zur Oetker-Gruppe gehörenden Brauerei stieg 1982 um 5 Prozent auf 120,98 Mill. DM. Es wird ein Jahresüberschuß von 1,673 (1,462) Mill. DM ausgewiesen. Aus dem Bilanzgewinn von 1,677 Mill. DM zahlt das Unternehmen eine Dividende von 8 (7) Prozent auf 20,9 Mill. DM Grundkapital. Auch für 1983 wird eine gleichhohe Dividende in Aussicht gestellt.

JAGENBERG / Noch Auftragslücken

Erfolg mit Strukturplänen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die ab 1983 in der Düsseldorfer Jagenberg AG zusammengefaßte zivile Maschinenbaugruppe des Rheinmetall-Konzerns hat ihren Umsatz 1982 um 1,6 Prozent auf 903 Mill. DM gesteigert und erwartet für 1983 einen beschleunigten Anstieg um 4 Prozent auf 940 Mill. DM – vorausgesetzt, die in einigen Produktgruppen noch bestehenden „Auftragslücken" lassen sich bis Ende August schließen. Im Gleichschritt mit dem Umsatzanstieg will man durch weitere Reduzierung der „Strukturkosten" und effiziente „Personalkostenkontrolle" (die Gruppenbelegschaft wurde 1982 um ein Zehntel auf 5771 Mitarbeiter abgebaut) den Gewinn verbessern.

Durch Einbringung ihres Maschinenbaubereichs hat die Rheinmetall AG, Düsseldorf, das Jagenberg-Kapital um die Jahreswende 1982/83 auf 37,5 (25) Mill. DM und ihren Anteil daran auf 84 (76) Prozent erhöht. Auf das alte Aktienkapital zahlt Jagenberg für 1982 unverändert 6 DM Dividende und behält somit knapp die Hälfte von 5,7 (5,3) Mill. DM Jahresüberschuß im Unternehmen. Der Umsatz der alten Jagenberg-Gruppe (vor Rheinmetall-Einbringung) erhöhte sich auf 646 (518) Mill. DM.

Stabilisierende Säule des Ertrags war in dieser alten Gruppe die Tochter PKL mit 361 (272) Mill. DM Umsatz, die komplette Verpackungssysteme (Füllmaschinen und Kartonzuschnitte) für Milch und Fruchtsäfte liefert. Im Juni 1983 schloß PKL ein Joint Venture mit der „Archer"-Tochter des US-Konzerns Reynolds, um auf Basis eigener US-Produktion von Kartonzuschnitten (Betriebsbeginn Mitte 1984) das Geschäft mit aseptischen Verpackungssystemen auf dem *nordamerikanischen* Markt zu betreiben.

Die neue Jagenberg-Gruppe verzeichnete 1982 Sachinvestitionen von 35,9 Mill. DM bei 32,5 Mill. DM Abschreibungen. Ihr Auftragseingang erhöht sich um 17,3 Prozent auf 908 Mill. DM. Im ersten Halbjahr 1983 lag der Auftragseingang von „Jagenberg neu" mit 415 Mill. *DM* um *9,2* Prozent höher als vor Jahresfrist. Der konsolidierte Weltumsatz besserte sich um 7,6 Prozent auf 398 Mill. DM.

Die künftige Ertragskraft der Gruppe wird, wie Vorstandsvorsitzender Hans U. Brauner betont, nicht vom Mengenzuwachs bestimmt, sondern von der Verbesserung der Produktionsstrukturen. Dazu gehört die weitere Konzentration von Fabrikstandorten.

HERLITZ / Auch in Frankfurt notiert

Weiter auf Expansionskurs

P. WEERTZ, Berlin

Die Herlitz AG, Berlin, eines der größten Unternehmen für den Schul-, Schreib- und Bürobedarf in Europa, ist unverändert auf Expansionskurs. Eigentlich sei dies ungewollt, meinte Vorstandsvorsitzender Günter Herlitz. „Nach einer Umsatzverdoppelung in den beiden Vorjahren wollten wir zunächst kürzertreten", versicherte Herlitz in einem Rückblick. Trotz Turbulenzen und schwacher Konjunktur ist der Konzernumsatz *(Welt)* des Familienunternehmens jedoch 1982 um 21 Prozent auf 336 Mill. DM gewachsen.

Innerhalb eines Jahrzehnts ist damit der Umsatz von 38 auf 336 Mill. DM erhöht worden. Ein Ende dieser ungewöhnlichen Entwicklung sei überhaupt noch nicht abzusehen, orakelte Finanzvorstand Peter Herlitz.

Anstatt der Ruhepause gab es 1982 „viele zukunftsweisende Veränderungen": Zum erstenmal wurde die in Dallas/Texas ansässige einzige Produktionsgesellschaft außerhalb der Bundesrepublik in den Konsolidierungskreis des Konzerns aufgenommen. Sie steigerte ihren Umsatz auf 34 Mill. DM und arbeitet mit Gewinn. Gerade die USA *wertet Günther Herlitz als* „großen Zukunftsmarkt". Der Inlandsmarkt konnte durch ein verbessertes Warenvertriebssystem und das neue Versandzentrum noch mehr erschlossen werden.

Rückschläge gab es im Nahen Osten, denn die Ölländer strichen einen Teil ihrer Aufträge. Insgesamt beträgt der Auslandsanteil am Umsatz rund 30 Prozent. Der Umsatzausfall konnte aber durch höhere Inlandslieferungen ausgeglichen werden.

Mit der Ertragsentwicklung ist das Unternehmen nicht voll zufrieden, der Jahresüberschuß im Konzern hat sich aber mit 14,09 (7,3) Mill. DM nahezu verdoppelt. Der Hauptversammlung am 17. August schlägt der Vorstand wieder eine Dividende von 8 DM je 50-DM-Stammaktie und von 9 DM je Vorzugsaktie auf das Aktienkapital von 60 Mill. DM für 1982 vor. Offensichtlich hat das Unternehmen Erweiterungspläne in den nächsten Jahren, denn das Aktienkapital wird aus dem genehmigten Kapital um 20 auf 80 Mill. DM bei den Vorzugsaktien aufgestockt. Außerdem soll wieder genehmigtes Kapital von 20 Mill. DM beschlossen werden. Außer in Berlin und Düsseldorf werden die Aktien der Herlitz AG jetzt auch an der Wertpapierbörse *in Frankfurt neu eingeführt.*

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bundesbahn

		5. 7.	4. 7.
F 4 Abl. 57-	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,1G	100,1G
10 dgl. 73 II	11/83	101,35G	101,35
7½ dgl. 72	2/84	100,6	100,7
8 dgl. 72	9/84	101,7G	101,7
8¼ dgl. 76	9/84	101,85G	101,85
6 dgl. 78 III	11/84	99,25	99,25
6½ dgl. 79	2/85	99,2	99,2
8½ dgl. 73	2/85	102,1	102,1
7 dgl. 77	2/87	97,9	97,9G

Bankschuldverschreib.

	5. 7.	4. 7.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82	82G
6½ dgl. Pf 5	87	87
7 dgl. Pf 2	99,1G	99,1
F 7½ Bakola Pf 104	100,2T	100,2T
9 dgl. Pf 106	103,5G	103,5G
10 dgl. Pf 108	108,75G	108,75G
7 dgl. KS 132	95G	95G
8 dgl. KS 155	99G	99G
9 dgl. KS 169	102,3G	102,3G

Renten weiter abwärts

Am Rentenmarkt blieb die sonst zu großen Zinsterminen übliche verstärkte Anlagetätigkeit weiter aus. Ein Teil der freigewordenen Zins- und Tilgungsgelder der Kundschaft soll von den Banken über eigene Schuldverschreibungen aufgesogen worden sein. Öffentliche Anleihen gaben erneut bis zu 0,40 Prozentpunkte nach. Einzelne Emissionen lagen aber auch besser im Markt. DM-Auslandsanleihen konnten sich größtenteils behaupten. Der Emissionskalender für Juli wird wegen des geringen Volumens und einiger guter Adressen nicht als Belastung empfunden.

	5. 7.	4. 7.
M 5½ Bayer.Hyp. Pf 14	90,25G	90,25G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6½ dgl. Pf. 2	94,25G	94,25G
7 dgl. Pf 3	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 27	99,75bG	99,75bG
6½ dgl. KS 14	95,25G	95,25G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120G	120G
5½ dgl. Pf 11	127,5G	127,5G
6 dgl. Pf 34	77G	77G
6 dgl. KO Pf 50	99,75G	99,75G
...	[illegible]	[illegible]
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	73bG	73bG
5½ dgl. Pf 59	80G	80G
6 dgl. Pf 162	80G	80G
B 9 Dt.Pf.Wi. Bri. 482	103,75G	103,75G
Br 7½ Dt. Schiffsb. Pf 33	–	–
8 dgl. Pf 46	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	98,1	98,1
6¼ dgl. Pf 60	93,95G	93,95G
6½ dgl. Pf 74	97,5G	97,5G
6¼ dgl. Pf 76	95G	95G

	5. 7.	4. 7.
Br 6½ dgl. Pf 77	93G	93G
6 dgl. Pf 42	99,65G	99,65G
8½ dgl. Pf 47	101,75G	101,75G
F 5 Ffr. Hypobk. Pf 66	89,5G	89,5G
5½ dgl. Pf 63	78G	78G
6 dgl. Pf 79	79,5G	79,5G
6 dgl. Pf 130	90,45G	90,45G
6½ dgl. Pf 133	88,5G	88,6G
10 dgl. Pf 188	100,8G	100,9G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G
6 dgl. 14	88,5G	88,6G
...	[illegible]	[illegible]
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	110G	110G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	83,1G	83,1G
5½ dgl. Pf 43	83,15G	83,15G
6 dgl. Pf 56	78,8G	78,8G
7 dgl. Pf 61	88,35G	88,35G
8 dgl. Pf 70	100,15G	100,15G
9 dgl. Pf 68	102,5G	102,5G

	5. 7.	4. 7.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	98,25G	98,25G
7½ dgl. Pf 45	100,75G	100,75G
M 6 Südboden Pf 41	88G	88G
5½ dgl. Pf 57	78G	78G
6½ dgl. Pf 149	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 87	93,5bG	93,5G
7½ dgl. Pf 104	95,5G	95G
7 dgl. KS 49	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 61	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	99TB	98,5G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 186	100,25G	100,25G
...	[illegible]	[illegible]

Sonderinstitute

	5. 7.	4. 7.
...	[illegible]	[illegible]
D 7¾ LAG TS 76	100,7	100,7
8 dgl. TS 78	101,5G	101,5G
6½ dgl. TS 77	95,8	95,9
5½ dgl. 78	92,8	92,5
7 dgl. 79	97,5G	97,45

Industrieanleihen

	5. 7.	4. 7.
F 6 Badenwerk 64	99,3G	99,0G
6 dgl. 78	93,75	93,75
5 BASF 59	98,16T	98,15T
5 Bayernw. 59	97,5T	97,25T

	5. 7.	4. 7.
...	[illegible]	[illegible]
3¾ Sanyo Elec. 78	[illegible]	[illegible]
3¾ Seiyu Stores 78	95G	95G
6¼ Sekisui 76	146G	145G
3½ Stanley 78	111bG	107,5
6 Taiyo Yuden 82	118G	117
5 Texaco Int. 68	96	96
3½ Tok. Elec. 78	385G	385G
4¼ Tok. Sanyo 77	285G	290G
4 Tokyu Land 78	101,5	100T
3½ Trio Kenw. 78	107	107
6½ Uny Ltd. 79	132G	132G

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Anmerkungen: ... B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	5. 7.	4. 7.		5. 7.
...	[illegible]	[illegible]	...	[illegible]
F Kawasaki Steel	1,80G	1,80G	F US Steel	83,7
M Kloof Gold Min.	124	125G	M Vaal Reefs Expl.	317
F Komatsu	5,8	5,7	D Vaal-Stork	606G
D KLM	148,5	–	D Volvo A	140G
F Kubota	3,4G	3,5	D dgl. Nam B	140G
D Lafarge	92G	94G	F Warner Commun.	72,5
D Litton Ind.	180G	170	F Warner Lambert	78G
F Lone Star	78G	78,9	F Wells Fargo	95,5
D LTV	39,75	39,1	M Western Deep L.	154
M M.I.M. Hold.	19,5	19,35	M Western Mining	10
F Magnum Marelli	–	–	F West.-Utrecht H.	119
D Marubeni	3G	3G	D Xerox Corp.	120,5

FINANZANZEIGE

1982. Weiter auf gutem Kurs.

Für die DSL Bank war auch 1982 aufgrund der guten Zusammenarbeit mit ihren Geschäftspartnern wieder ein erfolgreiches Geschäftsjahr.

Um 2,7 Milliarden DM steigerte sich die Bilanzsumme auf 27,72 Milliarden DM. 3,93 Milliarden DM Kredite wurden neu zugesagt; das sind 11% mehr als 1981.

Geschäftsjahr 1982	Mio DM
Geschäftsvolumen	28.314
Bilanzsumme	27.718
Forderungen an Kunden – davon langfristig 13.500 Mio DM –	14.300
Forderungen an Kreditinstitute	3.855
Auftragskreditgeschäft (Treuhandkredite/Zweckvermögen)	8.206
Begebene Schuldverschreibungen	12.662
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.795
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gläubigern	1.594
Haftendes Eigenkapital (Stand 24. 6. 1983)	506

Die ungekürzte Bilanz wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Bank begab neue Schuldverschreibungen in Höhe von 6,55 Milliarden DM und nahm 350 Millionen DM mittel- und langfristige Darlehen auf.

DSL Bank Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank, Bonn/Berlin.

DSL Bank

Markt- und Kühlhallen Aktiengesellschaft Hamburg

Wir geben hierdurch unseren Aktionären bekannt, daß in der Hauptversammlung am 1. Juli 1983 beschlossen wurde, auf 20 300 Stück Inhaberaktien mit einem Nennwert von DM 1000,- eine Dividende von je DM 40,-, auf 25 029 Stück Inhaberaktien mit einem Nennwert von DM 100,- eine Dividende von je DM 4,- und auf die 150 Stück auf den Namen lautenden Vorzugsaktien mit einem Nennwert von DM 100,- die satzungsgemäße Dividende von je DM 6,- auszuschütten. Die Auszahlung erfolgt gegen Dividendenschein Nr. 36 ab 4 Juli 1983 unter Abzug von 25% Kapitalertragssteuer bei folgenden Zahlstellen:

Hamburg:	Gesellschaftskasse, Dresdner Bank AG,
München:	Bankhaus Merck, Finck & Co., Dresdner Bank AG, Bayerische Vereinsbank,
Berlin:	Bank für Handel & Industrie AG,
Frankfurt/Main:	Bankhaus Merck, Finck & Co., Dresdner Bank AG,
Düsseldorf:	Bankhaus Merck, Finck & Co., Dresdner Bank AG.

0139U Hamburg, den 1. Juli 1983

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 00 55, zu richten. Bei Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1983/84

Rechtswissenschaften
1. Semester

von	nach
1 Bonn	Köln
2 Frankfurt	Bonn
3 Frankfurt	Köln
4 Göttingen	Hamburg
5 Heidelberg	Bonn
6 Heidelberg	FU Berlin
7 Heidelberg	Göttingen
8 Heidelberg	Hannover
9 Heidelberg	Hamburg
10 Heidelberg	Köln
11 Heidelberg	Münster
12 Heidelberg	Osnabrück
13 Hamburg	Freiburg
14 Hamburg	Würzburg
15 Münster	Köln
16 Uni München	Bonn
17 Uni München	Frankfurt
18 Mainz	Göttingen
19 Mainz	Hamburg
20 Mainz	Osnabrück
21 Mainz	Würzburg
22 Passau	Bielefeld
23 Passau	Bonn
24 Passau	Bochum
25 Passau	FU Berlin
26 Passau	Göttingen
27 Passau	Hannover
28 Passau	Bremen
29 Passau	Hamburg
30 Passau	Köln
31 Passau	Kiel
32 Passau	Münster
33 Passau	Osnabrück
34 Regensburg	Bonn
35 Regensburg	Bochum
36 Regensburg	Göttingen
37 Regensburg	Köln
38 Regensburg	Münster
39 Tübingen	Augsburg
40 Tübingen	Bielefeld
41 Tübingen	Bonn
42 Tübingen	Bochum

Rechtswissenschaften
2. Semester

von	nach
1 Bielefeld	Hannover
2 Bielefeld	Heidelberg
3 Bielefeld	Münster
4 Bonn	Bochum
5 Bonn	Kiel
6 Bochum	Köln
7 FU Berlin	Bonn
8 FU Berlin	Münster
9 Erlangen	Bonn
10 Erlangen	Köln
11 Erlangen	Kiel
12 Erlangen	Münster
13 Gießen	Frankfurt
14 Heidelberg	Bochum
15 Heidelberg	Hamburg
16 Heidelberg	Kiel
17 Köln	Augsburg
18 Köln	Bielefeld
19 Köln	Bonn
20 Kiel	Göttingen
21 Kiel	Hamburg
22 Mannheim	Hannover
23 Mannheim	Hamburg
24 Mannheim	Osnabrück
25 Münster	Bonn
26 Münster	Köln
27 Uni München	Bonn
28 Uni München	Göttingen
29 Uni München	Kiel
30 Mainz	Bochum
31 Passau	Frankfurt
32 Passau	Köln
33 Regensburg	Göttingen
34 Regensburg	Hannover
35 Regensburg	Uni München
36 Regensburg	Osnabrück
37 Trier	Bonn
38 Trier	Köln
39 Tübingen	Bonn
40 Würzburg	Hamburg
41 Würzburg	Köln
42 Würzburg	Münster
43 Würzburg	Osnabrück

Rechtswissenschaften
3. Semester

von	nach
1 Bonn	Bochum
2 Bonn	Uni München
3 Hamburg	Uni München
4 Regensburg	Hannover
5 Regensburg	Bremen
6 Regensburg	[illegible]

Rechtswissenschaften
4. Semester

von	nach
1 Bayreuth	Kiel
2 Hamburg	Kiel
3 Uni München	Bonn
4 Uni München	Göttingen
5 Uni München	Hamburg
6 Uni München	Kiel
7 Mainz	Frankfurt
8 Mainz	Uni München
9 Würzburg	Frankfurt

Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1983

Warenpreise – Termine

…Fester schlossen die Gold-, Silber- und Kupferno…erungen am Freitag an der New Yorker Comex. …her wurden auch Kaffee und Kakao bewertet.

…treide und Getreideprodukte

…zen Chicago (c/bush)	1. 7.	30. 6.
…	339,50	344,00
…x	352,00	357,00
…	366,50	372,75
…zen Winnipeg (can. $/t) … cat Board cif	1. 7.	30. 6.
… Lawrence 1 CW	206,73	204,13
…ber Durum	235,26	233,61
…gen Winnipeg (can. $/t)		
…	geschl.	113,70
…	geschl.	119,20
…	geschl.	122,70
…er Winnipeg (can. $/t)		
…	geschl.	90,50
…	geschl.	90,00
…	–	–
…er Chicago (c/bush)	1. 7.	30. 6.
…	150,50	150,00
…	156,50	157,50
…	168,25	169,25
…s Chicago (c/bush)		
…	318,75	317,75
…pt.	298,50	297,25
…	274,50	275,25
…sle Winnipeg (can. $/t)	1. 7.	30. 6.
…	geschl.	95,60
…	geschl.	100,40
…	geschl.	103,60
…s, roh, New Orleans ($/cwt)	1. 7.	30. 6.
…	unerhältl.	unerhältl.
…pt	unerhältl.	unerhältl.
…	unerhältl.	unerhältl.
…	unerhältl.	unerhältl.
…s, geschält, New Orleans ($/cwt)		
…pt	unerhältl.	unerhältl.

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	1. 7.	30. 6
Terminkontr. Juli	126,90	124,50
Sept.	127,00	125,10
Dez.	125,60	125,10
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2127	2135
Sept.	2178	2195
Dez.	2240	2250
Umsatz	2665	5588
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	11,38	10,50
Sept.	11,60	11,30
Okt.	12,20	11,53
Jan.	12,58	12,20
März	12,81	12,50
Umsatz	7 581	10 526
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	1. 7.	30. 6.
	10,98	10,96
Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt Juli	4. 7.	1. 7.
Kontrakt Juli	1666–1671	1652–1654
Sept.	1652–1653	1634–1634
Nov	1636–1637	1616–1618
Umsatz	2739	2670
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1545–1547	1510–1513
Sept	1581–1582	1548–1549
Dez.	1604–1605	1573
Umsatz	2609	3685
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Aug.	180,00–180,25	176,80–176,95
Okt.	–	185,75–185,90
Dez.	190,00–192,75	189,25
März	201,10–201,35	–
Mai	203,00–205,00	201,50–202,20
Umsatz	796	3343

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	4. 7.	1. 7.
schw. Sarawak spez.	265,00	265,00
weißer Sarawak	375,00	375,00
weißer Muntok	375,00	375,00
Orangensaft New York (c/lb)	1. 7.	30. 6.
Juli	117,65	118,00
Sept.	115,65	114,85
Nov.	113,25	112,60
Jan.	107,25	107,10
März	106,95	106,50
Umsatz	250	300

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	1. 7.	30. 6.
Südstaaten fob Werk	27,00	27,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	20,00	20,50
Sojaöl Chicago (c/lb) Juli	19,36	19,42
Aug.	19,45	19,53
Sept.	19,63	19,65
Okt.	19,80	19,80
Dez.	20,05	20,03
Jan.	20,20	20,22
März	20,45	20,45
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	22,50	21,50
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	15,375	16,00
Choise white hog 4% fr. F.	13,75	13,75
Talg New York (c/lb) top white	15,25	15,25
fancy	14,75	14,75
bleichfähig	14,50	14,00
yellow max. 10% fr. F.	12,50	12,50
Schweine Chicago (c/lb) Juli	45,25	45,90
Aug.	43,75	40,75
Okt.	39,50	–
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Juli	58,85	60,70
Aug.	56,85	58,70
Febr.	55,00	–

Häute Chicago (c/lb)	1. 7.	30. 6.
Ochsen einh. schwere River Northern	55,00	55,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	–
Sojabohnen Chicago (c/bush) Juli	611,00	606,00
Aug.	616,50	613,75
Sept.	623,50	619,00
Nov.	638,25	628,25
Jan.	650,00	639,50
März	663,00	651,00
Mai	673,00	660,00
Sojaschrot Chicago ($/sht) Juli	176,30	177,00
Aug.	177,50	178,00
Sept.	179,70	179,50
Okt.	181,50	181,00
Dez.	186,50	185,20
Jan.	188,50	187,00
März	193,50	191,70
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	1. 7.	30. 6.
Juli	geschl.	293,50
Okt.	geschl.	303,00
Dez.	geschl.	309,40
Kokosöl New York (c/lb)	1. 7.	30. 6.
Westküste fob Werk	33,00	32,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	5. 7.	4. 7.
jegl. Herk. cif	575,00	575,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	440,00	440,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	395,00	395,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	123,50	123,50
Kopra Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	725,00	725,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	250,00	254,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	1. 7.	30. 6.
Juli	76,65	77 60
Okt.	76,70	77,48
Dez.	77,50	78 66
März	79,20	79,75
Mai	79,55	80 00
Juli	79 50	80 00
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis loco RSS-1	57,25	56,50
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	4. 7.	1. 7.
Aug.	451	441–454
Okt.	445–448	443–445
Dez.	440–445	442–446
Umsatz	19	17
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	4. 7.	1. 7.
Juli	geschl.	44,20
Okt.	geschl.	44,60
Dez.	geschl.	45,10
März	geschl.	45,50
Umsatz	0	0
Tendenz: nominell		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	4. 7.	1. 7.
Juli	560.0–562,0	560,0–561,0
Okt.	571,10–572,0	571,0–575,0
Dez.	583,0–584,0	583,0–584,0
Umsatz	73	116
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	4. 7.	1. 7.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	4. 7.	1. 7.
Juli	13 859	unerhältl.
Aug.	13 815	unerhältl.
Kautschuk London (p/kg)	4. 7.	1. 7.
Nr 1 RSS loco	76,50–78,00	77,00–78,50
Aug.	76,50–79,90	78,00–80,00
Sept.	78,00–79,90	77,20–78,00
Okt./Dez.	76,90–77,30	77,50–77,70
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	4. 7.	1. 7.
Nr. 1 RSS loco	252,00–253,00	253,00–254,00
Juli	253,00–254 00	254 00–255,00
August	256,50–257 50	257 50–258,50
Nr. 2 RSS Juli	250,50–251 50	251,50–252,50
Nr. 3 RSS Juli	247,00–248,00	248,00–249 00
Nr. 4 RSS Juli	241 00–242,00	242,00–243,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	4. 7.	1. 7.
BWC	414 00	414 00
BWD	350,00	350,00
BTC	390 00	390 00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 lt – 76 WD – (–), BTC – (–) BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	5. 7.	4. 7.
Blei: Basis London laufend. Monat	103,96–104,16	104,04–104,14
drittfolg. Monat	107,51–107,61	107 66–107,86
Zink: Basis London laufend. Monat	185,26–185,48	184,69–184,79
drittfolg. Monat	190,80–191,19	190 07–190,27
Produz.-Preis	200,54	199,45
Reinzinn 99,9%	3716–3753	3683–3720

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	5. 7.	4. 7.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	438,50–440,86	441,81–444,16
Blei in Kabeln	111,75–112 75	111 75–112,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	405,50–408,50	405,50–408,50
Vorzendraht	414,50	414 50

*Auf der Grundlage der Meldungen einer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	5. 7.	4. 7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	358–373	360–376
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	403–406	403–407
MS 63	406–409	408–411

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	4. 7.	1. 7.
	30,65	30 80

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	5. 7.	4. 7.
Leg. 225	359–351	359–361
Leg. 226	361–364	361–364
Leg. 231	329–401	389–401
Leg. 233	404–412	404–412

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	5. 7.	4. 7.
Platin (DM je g)	37 30	37,10
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	34 600	34 600
Rücknahmepr.	33 900	33 300
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	34 540	34 580
Rücknahmepr.	33 500	33 540
verarbeitet	36 250	36 290
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 210	34 320
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	963,20	971,70
Rücknahmepr.	929,50	937,70
Verarbeitet	1005,90	1014,80

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	5. 7.	4. 7.
10 30	413,75	416,00
15 00	410,75	416,00
Zürich mittags	413,30–413,80	415,75–415,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	103 100	103 300
Silber (p/Feinunze) London Kasse	750,30	760,60
3 Monate	768,50	779,10
6 Monate	784,60	797,60
12 Monate	820,30	834 50
Platin (£-Feinunze) London	4. 7.	1. 7.
fr. Markt	278,60	276,10
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	92,30	91,40

New Yorker Preise	1. 7.	30. 6.
Gold H & H Ankauf	415 25	416 00
Silber H & H Ankauf	1162 00	1160,00
Platin fr. Händlerpr.	geschl.	415 00–420 00
Produz.-Preis	geschl.	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	140 00–142 00	139,00–141,00
Produz.-Preis	140 00	135 00–140,00
Silber (c/Feinunze) Juli	1177 00	1154 00
Aug	1137 00	1167,00
Sept.	1193 00	1172 00
Dez.	1222 00	1202 00
Jan	1235,20	1215,70
März	1255,50	1236 00
Mai	1276 00	1256,50
Umsatz	–	25 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	1. 7.	30. 6.
Juli	75 85	75 00
Aug	76 55	75 60
Sept	77 15	76,30
Dez	79 30	78,20
Jan	79,35	78,85
März	81,00	80 10
Mai	82 30	81,25
Umsatz	5000	–

Londoner Metallbörse

	5. 7.	4. 7.
Aluminium (£/t) Kasse	965 50–967 50	970,50–971 50
3 Monate	992,50–993 50	997 00–998,00
Blei (£/t) Kasse	264 00–264 50	265 25–265,50
3 Monate	273 00–273 25	274,75–275 00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1101 0–1101 5	1115,5–1116,5
3 Monate	1112 0–1112,5	1126,5–1127,0
abends Kasse	–	1113 0–1114,0
3 Monate	–	1125,0–1125 5
(Kupfer-Standard) Kasse	1065,0–1067,0	1083 0–1084 0
3 Monate	1083 0–1084 0	1096,0–1097 0
Zink (£/t) Kasse	470,50–471,00	472,50–473,50
3 Monate	484,50–485 00	486,50–487,00
Zinn (£/t) Kasse	8855–8860	8815–8820
3 Monate	8915–8920	8730–8765
Quecksilber ($/Fl.)	–	285–300
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	82–85

Tiefbewegt geben wir davon Kenntnis, daß am 26. Juni 1983 der Gründer und Vorsitzende des Verwaltungsrates unseres Hauses, Herr

Dr. HANS H. GRIEME

kurz vor Vollendung seines 83. Lebensjahres verstorben ist.

Wir nehmen Abschied von einer überragenden Persönlichkeit sowie einem aufrichtigen und wahrhaften Freund. Allergrößte Hochachtung und Dankbarkeit bestimmen unsere Empfindungen.

Gesellschaft für Geld- und Kapitalverkehr mbH

München, Juni 1983

Die Beisetzung hat in aller Stille stattgefunden.

✝

Der Tod ist kein Abschnitt des Daseins, sondern nur ein Zwischenereignis, ein Übergang aus einer Form des endlichen Wesens in eine andere.

W. v. Humboldt

Dr. Hans H. Grieme

In Verehrung und Dankbarkeit

Peter D. Sommer

München, Juni 1983

Dr. Hans Mehlhorn

* 16. 1. 1900 † 2. 7. 1983

✝

Mein lieber Bruder, unser Schwager und Onkel, mein guter Lebensgefährte ist heute nach einem arbeitsreichen, erfüllten Leben für immer von uns gegangen.

In Liebe und Dankbarkeit
Lotti Ulbricht geb. Mehlhorn
Edith Lennartz
und alle Angehörigen

5000 Köln 50 (Rodenkirchen), Walter-Flex-Straße 23

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 7. Juli 1983, um 14.30 Uhr in der Kapelle des Rodenkirchener Friedhofes, Sürther Straße.

Am 23. Juni 1983 verstarb kurz nach Vollendung seines 80. Lebensjahres unser im Ruhestand lebendes Vorstandsmitglied, Herr

Direktor

Fritz Dreger

Fast 46 Jahre seines langen beruflichen Lebens war der Verstorbene allein für unser Unternehmen tätig.

Im April 1924 trat Herr Dreger bei der Gründung unserer Gesellschaft in Gotha in unsere Dienste. Er hatte wesentlichen Anteil am Aufbau unseres Unternehmens in Gotha und ebenso am Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg in Göttingen. Er widmete sich besonders den Versicherungssparten Haftpflicht und Kraftfahrt.

Herr Dreger hat sich mit hohem Pflichtbewußtsein für die Gothaer Allgemeine eingesetzt und mit die Grundlagen für die Entwicklung und heutige Bedeutung unseres Unternehmens gelegt.

In Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen wurde Herr Dreger im Januar 1950 in den Vorstand berufen und zum stellvertretenden Vorstandsmitglied und im Februar 1962 zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt.

Nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst Ende 1969 blieb er unserem Unternehmen besonders eng verbunden.

Wir werden uns an ihn als einen Menschen von hohem Fachwissen und ausgleichendem Wesen stets gern und in großer Dankbarkeit erinnern.

Göttingen, im Juni 1983

GOTHAER
Allgemeine Versicherung AG
Aufsichtsrat und Vorstand

Am 3. Juli 1983 verstarb im Alter von 83 Jahren unser früherer Geschäftsführer, Herr

Dr. Hans Mehlhorn

15 Jahre lang war der Verstorbene für unseren Verband als Geschäftsführer tätig, darüber hinaus 13 Jahre Geschäftsführer des internationalen Presse-Verbandes Distripress.

Herr Dr. Mehlhorn hat stets mit großem Pflichtbewußtsein und hoher Sachkunde die Interessen des Presse-Vertriebs vertreten, dem Verband und seinen Mitgliedern wertvolle Dienste geleistet.

Der Verstorbene hat sich durch hervorragendes Fachwissen und sein allzeit sportliches Verhalten – Dr. Mehlhorn war Gewinner einer Bronze-Medaille bei der Winter-Olympiade im Jahr 1932 – die hohe Wertschätzung aller Verbandsmitglieder erworben.

Vorstand
Dr. Eberhard Nolte
1. Vorsitzender

Geschäftsführung
Dr. Hans Zieboiz

PRESSE-GROSSO
Verband Deutscher Buch-, Zeitungs- und Zeitschriften-Grossisten e. V.

Köln, den 3. Juli 1983

Wir trauern um

Hennes Weisweiler

Wir verlieren vor allem einen Freund. Sein Wirken und Wissen führte die Mannschaft zu Erfolg und Meisterehren.

Seine Hingabe als Fußball-Lehrer galt der Jugend, welche den durch ihn gesetzten Marksteinen folgen wird.

Grasshopper-Club Zürich

Die Abdankung findet am Samstag, dem 9. Juli 1983, 10.00 Uhr in der katholischen Kirche in Lechenich bei Köln statt.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Gunter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.), Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Precheit

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Aktien stark schwankend

Kaum noch Ausländerkäufe – Glattstellungen der Börsenkulisse

DW. – Nachdem die vorliegenden Kauforder zu weiter steigenden Kursen ausgeführt worden waren, und Anschlußaufträge ausblieben, versuchte sich der Berufshandel von einem Teil der am Wochenbeginn im Windschatten der Ausländerkäufe angesammelten Bestände zu lösen. Das war nur zu nachgebenden Notierungen möglich. Das Ausbleiben nennenswerter Kaufaufträge aus dem Ausland wird mit der Unsicherheit über die künftige US-Zinsentwicklung begründet. Die neue Geldmengenausweitung in den USA, so wird befürchtet, wird negative Auswirkungen auf die Tendenz der New Yorker Aktienbörse haben, die am Montag wegen eines Feiertags geschlossen blieb.

Gewinnmitnahmen waren besonders in den am Montag forcierten Papier zu beobachten. Kaufhof fielen um 10 DM gegenüber dem Vortag zurück. Degussa setzten ihren Abstieg ebenfalls um rund 10 DM auf 360 DM fort. Veba profitierten noch von der Ankündigung einer Optionsanleihe und lagen mit 171 DM (plus 1,50 DM) gut behauptet. Auch Preussag erwiesen sich mit 280 DM trotz Gewinnmitnahmen als stabil. Oldenburgische Landesbank befestigten sich um 10 DM auf 300 DM und Nordcement um 10,50 DM auf 165 DM.

Düsseldorf: Alexander verbesserten sich um 4 DM, Düwag um 5 DM und je 8 DM höher kamen AEG Kabel Rheydt, Heinrich und Küppersbusch zur Notiz. Audi NSU und Thüringer Gas verteuerten sich um je 10 DM. Fordwerke taxierte man um 20 DM höher. Zu den Verlierern gehörten Schubsa mit minus 3 DM und Dyckerhoff St. mit minus 5,50 DM.

Frankfurt: Nebenwerte waren uneinheitlich. Südzucker stiegen um 9 DM auf 360 DM. Die gestern amtlich eingeführten Vögele um 5 DM auf 150 DM. Audi-NSU bei Plusankündigung Taxe 275 DM plus 27 DM. Cassella 472 DM minus 12 DM, Braubank 418 DM minus 10 DM und Heidelberger Zement 422 DM minus 8 DM.

Hamburg: HEW begannen unverändert zu 106,50 DM und schwächten sich dann bis auf 102 (minus 4,50 DM) ab. NWK Vorzüge lagen bei 161 DM gut behauptet und die Stämme wurden mit 200 DM gehandelt. Wenig verändert tendierten Phoenix Gummi bei 145 DM.

München: Agrob St. erhöhten um 10 DM und Agrob Vz um 6 DM. Audi-NSU stockten um 15 DM auf 260 DM auf und Dywidag um 10 DM auf 324 DM. Enost gaben um 10 DM auf 290 DM und Maschinen Esterer um 20 DM auf 530 DM nach. Gehe AG stockten um 10 DM auf 220 DM auf.

Berlin: Spinne Zehlendorf zogen um 10 DM an. Dt. Hyppobank Berlin wurden um 6 DM höher taxiert. DeTeWe und Orenstein konnten sich um je 4 DM, Berthold um 3 DM und Berliner Kindl um 2 DM verbessern.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate

Fremde Währungen

Junge Aktien

DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

Wien

Kopenhagen

Brüssel

	5. 7.	4. 7.
Arbed	1240	1230
Brux Lambert	2310	2295
Cockerill Ougrée	150	148
Ebes	2400	2380
Gevaert	2770	2750
Kredietbank	6480	6490
Petrofina	5690	5750
Soc. Gén. d. Belg.	1870	1880
Sofina	4840	4820
Solvay	2850	2805
UCB	3730	3800
Index	128,49	128,69

Hongkong

Singapur

	5. 7.	4. 7.
Cycle - Car	4,75	4,70
Cold Storage	5,25	5,20
Dev. Bk. of Sing	10,10	10,00
Fraser - Neave	9,25	9,20
Kl. Kepong	2,71	2,63
Mal. Banking	9,85	9,95
Nat Iron	7,45	7,55
OCBC	11,70	11,60
Sime Darby	2,57	2,56
Singapur Land	7,40	7,40
Un. Overs. Bank	5,75	5,75

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 5. 7.: 657 Optionen, 39 550 (34 350) Aktien, davon 70 Verkaufsoptionen = 3800 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-75/5,40, 10-80/2,50, 1-70/12,50, 1-75/10, 1-80/7,30, 1-85/4, Siemens 10-328,05/35, 10-350/16, 10-360/10, 1-350/29,20, 1-360/20,10, 1-370/15, 1-390/9, 4-380/20. VEBA 10-160/15,20, 10-170/5,50, 4-170/22. BASF 10-150/6, 10-160/3, 1-140/18,20, 1-150/12, 1-160/8,50, 1-170/6, 4-150/18,15, 4-160/14,50, 4-170/8,80. Bayer 10-140/10, 1-140/15, 1-150/7,80, 1-170/4,50, 4-150/11, Hoechst 10-150/7,50, 1-140/19, 1-150/9,90, 1-160/5,90 und 6, 1-164,50/5, 4-150/14, 4-160/9. BMW 10-400/30, 1-350/57, 1-410/30,50, 1-420/24,20, VW 10-180/18,70, 10-190/11,85, 10-200/6,90, 1-170/30, 1-190/18, 1-200/13, 1-210/8, 4-200/17, 4-230/8, Conti 10-85/19, 10-95/12,50, 10-100/7,40, 10-110/3, 1-100/13, 1-110/7, 4-100/15, 4-120/5, Lufthansa 10-130/11, 10-130/8, 1-120/18,15, 1-140/6, Lufthansa Vorzüge 10-130/8, 1-120/11, 4-140/5,60, Commerzbank 10-190/10,90, 10-200/5,80, 1-190/15,90, 1-200/9,85, 4-210/10, Deutsche Bank 10-330/18,40, 10-340/12, 1-340/23, 1-350/15,10, 1-360/11, 1-370/8, Dresdner Bank 10-190/10, 10-200/6,90, 1-190/13, 1-210/8, 4-200/15, 4-180/23, Hoesch 10-50/3,40, 10-55/2, 10-60/1,60, 1-45/12, 1-55/3,90, 1-60/3,25, 1-65/2,50, Mannesmann 10-160/3,90, 1-150/11,90, 1-160/7,50, 1-170/3,60, 1-160/7,50, 1-180/11,90, 4-150/22, 4-180/3,85, Thyssen 1-80/11,40, 1-65/7,80, Bay. Vereinsbank 10-340/15,10, 10-350/14, 1-340/30, Daimler 1-600/31, 4-570/75, Degussa 10-370/9,50, 1-360/30, 1-370/25, 1-390/8, 1-400/9, 4-370/45, GHH 1-180/5, Kloeckner 1-45/3, RWE 10-170/6, 10-180/3,90, 1-170/14,20, 1-180/7, 4-180/11, RWE Vorzüge 4-180/8,40, Schering 1-370/14,40, VEW 10-140/2,10, Chrysler 10-90/3,50, 1-90/13, Sperry Rand 4-110/14, Xerox 10-120/5, 4-120/17, Philips 10-45/3,90, 1-45/7, Royal Dutch 1-120/10,60, elf aquitaine 4-50/20,80, Norsk Hydro 1-150/16,40, 1-160/10,15, 4-160/15,60. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-70/2,50, 10-75/5, 1-80/8, Siemens 10-350/7,50, 10-360/15. VEBA 1-170/8. BMW 10-390/3, 10-370/4, 10-380/5,10, 10-390/9,40, 10-400/20, 1-330/3, VW 10-130/3, 10-196/6,50, 1-180/6, 1-190/9,30, 1-200/15, Conti 10-100/6, Commerzbank 10-190/5, Deutsche Bank 10-320/12, Hoesch 1-55/5, 1-60/3,60, Mannesmann 10-150/8, Bay. Vereinsbank 10-340/9, 10-350/15, Daimler 10-570/9, 10-580/22, Deutsche Babcock 10-180/14,40, Degussa 10-370/12, Kali + Salz 10-190/8,50, KHD 10-260/4,40, M. A. N. 1-160/10, Chrysler 1-80/7,40, IBM 1-300/20. (1. Zahl Verfallmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 5. 7.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr.

	US-$	DM	sfr
1 Monat	[illegible]	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]
6 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]–5
12 Monate	[illegible]	6 –[illegible]	[illegible]–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 5. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1385,00	1692,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1178,00	1388,86
5 US-Dollar (Liberty)	518,00	687,42
1 £ Sovereign alt	258,00	316,92
1 £ Sovereign Elizabeth II	240,00	296,40
20 belgische Franken	177,00	235,98
10 Rubel Tscherwonez	255,00	319,20
2 südafrikanische Rand	240,00	296,40
Krüger Rand, neu	1075,00	1271,10
Maple Leaf	1075,00	1271,10
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	248,00	318,92
20 schweiz. Franken „Vreneli"	207,00	264,48
20 franz. Franken „Napoleon"	206,00	265,62
100 österr. Kronen (Neuprägung)	990,00	1197,00
20 österr. Kronen (Neuprägung)	199,00	249,66
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,66
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	450,00	563,16
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	143,92

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisen

Nervosität an den Devisenmärkten, ausgelöst durch amerikanische Zeitungsberichte, wonach eine Diskonterhöhung in den USA diskutiert würde, sorgte für einen festen Dollarkurs, so daß eine Notiz von 2,5670 erreicht wurde. Im Freiverkehr wurde bis 2,5690 gehandelt. Aktivitäten der Deutschen Bundesbank waren am 5. Juli nicht zu verzeichnen. Im gleichen Ausmaß verbesserte sich das Britische Pfund um 2,3 Pf auf 3,931. Sehr fest wurden mit einem Anstieg von 4,6 bzw. 3 Promille die Norwegische Krone und die Schwedische Krone notiert. Ein neuer historischer Tiefstkurs von 4,992 war für den Belgischen Franc zu vermerken. Dollar in: Amsterdam 2,8745; Brüssel 51,45; Paris 7,7100; Mailand 1521,45; Wien 17,9850; Zürich 2,1268; Pfund/Dollar 1,5314.

Ostmarkkurs am 5. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Möglichkeit einer Diskonterhöhung [...] heute im Markt neu diskutiert, führte am [...] höheren Dollar-Zinssätzen und größeren [...]gen.

	1 Monat	3 Monate
Dollar/DM	1,14/1,04	3,10/3,00
Pfund/Dollar	0,02/0,05	0,11/0,15
Pfund/DM	2,20/0,80	5,00/3,60
FF/DM	30/14	83/67

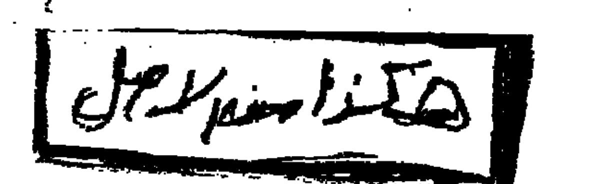
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken [...] Tagesgeld 5,05–5,15 Prozent; Monatsgeld 5,35–[...] Prozent; Dreimonatsgeld 5,5–5,65 Prozent.

Privatdiskontsätze am 5. 7.: 10 bis 29 Tage [...] 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40 B P[...]

Diskontsatz der Bundesbank am 5. 7.: 4 P[rozent]; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni [...]) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern [...] schenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdau[er]: Ausgabe 1983/9 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,00 [...] (5,77) – 8,50 (6,38) – 9,00 (6,83) – 9,50 (7,20). Ausgabe [...] 10 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,00 (5,00) – 7,50 (5,82) – [...] 9,00 (6,96) – 9,50 (7,40) – 9,50 (7,70) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,[...] 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen [...] Prozent): Zins 8,00, Kurs 101,00, Rendite 7,5[...]





GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Geben Sie Ihrem Produkt mit einem

GFK-Gehäuse

(Glasfaser-Polyester)
ein wertvolleres Aussehen.

Geringe Modell- und Werkzeugkosten.
Kleinste Stückzahlen möglich.
Oberflächenqualität wir Spritzguß.

Wagner Kunststofftechnik GmbH
Tel. 0 71 23 / 10 44, Postfach 15 62
7430 Metzingen/Württ.

Expert-Consulting – Südafrika-USA

Durch überstarke Expansion vergeben wir **newcomern** der Branche für den nord- und süddeutschen Raum sowie Österreich und Schweiz selbständige Niederlassungen. Startkapital in Höhe von DM 15 000,- erforderlich. Wir erwarten nur ernstgemeinte Zuschriften:

ITC International Trading Corporation
Rondorfer Str. 14, 5000 Köln 51 (Marienburg)
Tel. 02 21 / 38 28 00, Telex 8 881 611 sad-d

Büro-Service GmbH Düsseldorf
02 11 / 5 57 90

Exportabwicklung

Nutzen Sie 30 Jahre Erfahrung im Export.
Unsere Spezialisten übernehmen die Abwicklung Ihrer Exportaufträge gegen eine aufwandsabhängige Vergütung.
Terminverfolgung
Erstellung von Rechnungen und anderen Dokumenten
Konsularabwicklung
Verschiffung einschl. aller Korrespondenz
Versicherungen
Devisendecking
Finanzierung
Zuschr. erb. u. PH 46 691 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Egal, ob angestellt oder selbständig:

MEHR PROFIT!

Kein Infodienst ist umfassender als PROFIT DIGEST! Aktuellstes aus Wirtschaft, Politik, Recht, Steuern, Kapitalanlage, neue Produkte, Karriere und Internationale High Lights aus Sport, Gesellschaft und Freizeit. Rückgriff auf INFO-Bank! Ausführliche Informationen Ausgabe PD JUNI '83 gegen Schutzgebühr von nur DM 20,– (bar oder Scheck.) Noch heute anfordern:
Skiri & Partner GmbH, Haus Donk, 4154 TÖNISVORST 2.

Gesucht wird

ein leistungsstarkes Unternehmen für die Aufteilung und Vermarktung eines modernen, bindungsfreien Wohnungs- u. Gewerbegebäudes der Spitzenklasse mit ca. 5000 m² Nutzfl. in Berlin-Schöneberg. (Umsatzerwartung ca. 20 Mio. DM.)

Das gesuchte Unternehmen sollte nachweislich in der Lage sein, alle hierzu erforderl. Maßnahmen selbständig innerhalb einer Frist von 6 Monaten treuhänderisch durchzuführen. Angebote mit Referenzen erbeten unter P 7981 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufe bereits erprobte Neuentwicklung einer

Vakuumpumpenreihe

Das Angebot umfaßt Pläne für eine Serie von mehreren Vakuumpumpentypen von unterschiedlichem Saugvermögen, sowohl in einstufiger als auch in zweistufiger Ausführung.

Das Schwergewicht der Entwicklung liegt – entsprechend veränderter Marktbedingungen – auf trockenlaufenden Ausführungen. Die Trockenlauf-Typen sind – modifiziert – auch ölgeschmiert ausführbar. Die meisten Typen sind bereits in unterschiedlichen Produktionsbereichen eingesetzt – zum Teil bei namhaften Chemiefirmen mit Weltruf.

Fertiggestelle Pumpen und ein umfangreiches Lager sind Bestandteil des Angebots.

Interessenten wenden sich bitte unter B 7816 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen. Auch Angebote durch Vermittlung möglich.

Achtung!

Verkaufsschlager für Propagandisten und Direktverkäufer. Patentierte Weltneuheit. Leicht verkäuflich. In Deutschland bis *jetzt noch nicht im Handel.*

Zuschriften unter L 7978 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leistungsfähiges Programmierteam

übernimmt größere Programmprojekte zur schnellen Realisierung zu günstigen Konditionen. EDV-Anlage steht zur Verfügung. HH-SOFTWARETEAM.
Anfr. erb. u. B 8080 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

UdSSR-Handel

Fachmann langjährig und erfolgreich auf diesem Gebiet tätig, wünscht Vertretungsübernahme vorzugsweise aus der Investitionsgüterindustrie. Angeb. u. G 7799 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Importeur

Span. Weine/Sherry, vergibt
Handelsvertretungen
Zuschriften unter H 7800 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsstarke Leasingagentur

bei interessanten Konditionen gesucht.
Angebote unter W 7987 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Anlageberater Vertriebspartner

Durch jahrelange Erfahrung in der Konzeption von Bauherrenmodellen bieten wir jetzt
- hohe Steuervorteile
- seriose Kundenbetreuung
- solide Bauqualität
- erstkl. Objektstandorte
- WP-testierte Prospekte
- WP-Gutachten über genehmigte Steuervorteile
  - Einkommensteuer
  - Mehrwertsteuer
- externer Treuhänder

Wenn Sie an der langfristigen und erfolgreichen Zusammenarbeit mit uns interessiert sind, sollten wir uns kennenlernen. Über 2000 Bauherren entschieden sich bereits für unsere Objekte.

G&B
Telefon 02 11 / 32 72 69
Düsseld. Mo-Fr 9-17 Uhr

Kurierdienste aller Art

Auch über Landesgrenzen hinaus werden wir für **Großunternehmen, klein- und mittelständische Betriebe sowie für die individuellen Wünsche privater Kunden tätig.** Sprechen Sie uns an!

Tel.: 0 56 52 / 45 91 T. Steinfeld OHG

Lizenznehmer gesucht für bereits eingeführtes Produkt.

Zielgruppen, Blechverarbeitungen, Vertriebsgesellschaften sowie Bedachungsbetriebe.
Beste Umsatzmöglichkeit bei hoher Rendite. Zuschriften erbeten unter S 8005 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Flachdach – Werkhalle – Garage – Keller undicht?

AQUEX-Flüssigfolie ® DBP, hochelastisch, wetterbeständig, wasserdicht, einfach aufstreichen oder spritzen = dicht mit Werksgarantie!
Informationen durch:
HYDREX-CHEMIE GMBH, Friedhofstr. 26, D 7980 Ravensburg
Telefon: 07 51 - 2 22 19, Telex: 732 892
(Örtl. noch Vertreter u. Verlegefirmen gesucht).

KAUFMANN

Anfang 40, verheiratet, seit ca. 20 Jahren im Verkauf tätig, sucht Übernahme einer eingeführten Vertretung eines namhaften Unternehmens. Gebiet: NRW.
Kontaktaufnahme unter X 7988 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

50% (!) mehr UMSATZ

erzielte der weltbeste Verkäufer mit seiner Methode, Kunden zu betreuen. Jeder Betrieb könnte das auch erzielen! Wie? Fragen Sie an bei CADICS, 43 Essen 15, Niederweniger Str. 49, Tel. 02 01 / 48 00 24

Kurierdienst

weltweit, Telex 4 184 583
Tel. 0 60 44 / 10 96

Int. Kurierdienst
– weltweit –

selbst. Kaufmann, 36 J., absolut zuverlässig u. vertrauenswürdig, übernimmt Ihren Auslands-Kurierdienst (spez. Süd-Ost-Asien).
Tel. 02 01 / 71 08 46 / 93

1200 Stück HOLZBILDERRAHMEN ab DM 2,50 pro Stück an WIEDERVERKÄUFER abzugeben. Anfragen unter K 7999 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Selbstfahrende Spediteure

übernehmen Auslieferungslager. Lager im Hamburger Zentrum m. Rampe vorhanden. Wir fahren täglich HH, RZ, HL, OH, PLÖ, SE, KI.
Zuschriften erbeten unter PA 46 704 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Verpackungsdienst

Kleinteil-Montage, Controlle.
Telex 4 184 593, Tel. 0 60 44 / 10 96

NEU

Freizeit-Sportspiel, fitneßförderndes Partnerspiel, Gebietsvertretung, Lizenznehmer im In- und Ausland gesucht.
Zuschriften erbeten unter PL 46 694 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Kaufangebot!

Für ein ges. gesch. markteingef. Erzeugnis aus Alu-Blech, das dem Umweltschutz dient, bieten wir das Know-how sowie alle Rechte u. Produktionseinrichtungen zum Kauf an. Kaufpreis: 1 Mio.
Zuschr. u. PK 46 446 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamburg 36.

Textsystem m. Bildschirm

wegen Umstellung sehr günstig zu verk. Höhns-Direktwerbung, Pf. 13 24, 3013 Barsinghausen 1, Tel. 0 51 05 / 87 48

Suche Exporteur u. Vertriebspartner

für Bundesrepublik u. Europa. – 80° Celsius Tiefkühllagertruhen, Spitzenqualität, tropenfest, überkompl., F. O.B. Hamburg, DM 6900,-.
T. 0 40 / 39 53 30

Top-Existenz, Jeans-Shop im Kurbad/Schwarzwald, bestens eingeführt, gute Lage, umständeh. zu verk. Angebot erb. u. W 8075 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Gesellschaftliches Ansehen

durch Adelstitel u. ä. Rechtmäßiger Erwerb, diskrete Abwicklung.
Angeb. erb. u. X 8076 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Baubeschlagkaufm.

sucht Vertrieb oder Vertretg. Bestens eingef. i. Kunststoffensterfabr. i. d. Bundesrepublik.
Tel. 04 51 / 5 06 04

Weltbekannter Medienkonzern sucht Partnerschaft oder Kooperation einschließlich Übernahme von **Lehrinstituten und Privatschulen** (aus allen Bereichen)
Strengste Vertraulichkeit sichert zu: RA Dr. B. von Linstow.
Zuschr. erb. u. Y 8077 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Ein Haustyp wird zur Marke

Wir sind eine der bedeutendsten Bauträgergesellschaften Deutschlands. In unserem Programm finden Sie einen Haustyp, der zum Renner, zum Markenartikel wurde. Weil er *so konzipiert ist, daß er in Größe, Ausführung, Ausstattung und Preis den Vorstellungen* einer breiten Käuferschicht entspricht. Mehr als 2000 Reiheneigenheime haben wir bereits schlüsselfertig erstellt und verkauft.

Unseren Aktionsradius wollen wir entscheidend erweitern. Deshalb suchen wir zum 1. 10. 1983 einen weiteren unternehmerisch denkenden und handelnden Top-Verkäufer als

Gebiets-Verkaufsleiter

für den Großraum Essen.

Ihre Aufgabe: Sie untersuchen die Infrastruktur des Ihnen anvertrauten Gebietes hinsichtlich der Bebauungsmöglichkeit mit unseren standardisierten Haustyp, sorgen für den Ankauf der entsprechenden Grundstücke und steuern den Verkauf der Objekte. Ihre Ziele realisieren Sie mit argumentativem Geschick, Verhandlungssicherheit und Durchsetzungsfähigkeit über Immobilienmakler, die sowohl Grundstücke beschaffen als auch den Verkauf unserer Reiheneigenheime übernehmen.

Herren zwischen 30 und 40 Jahren mit Pioniergeist und entsprechender Vertriebspraxis – nicht unbedingt aus der Wohnungswirtschaft – bieten wir im Angestelltenverhältnis faire und leistungsbezogene Bedingungen, die bei überdurchschnittlichem Einsatz ein sechsstelliges Jahreseinkommen erbringen werden. Weitere Details wollen wir einem persönlichen Gespräch vorbehalten.

Zuvor erbitten wir Ihren tabellarischen Werdegang mit Zeugniskopien, Lichtbild und einigen handgeschriebenen Zeilen unter Kennziffer 30199 über den Chiffre-Dienst unserer Berater, die für telefonische Vorabinformationen gerne zur Verfügung stehen.



Konstroffer & Partner Personalmarketing KG
Postf. 180 240, 6000 Frankfurt, ☎ 0611/59 06 43

STELLENANGEBOTE

REFLEX GOHRSMÜHLE NEUMÜHL

ZANDERS
Feinpapiere AG · Bergisch Gladbach und Düren

Wir sind ein international führender Feinpapier-Hersteller mit ca. 3600 Mitarbeitern und einem umfassenden Programm von Feinpapieren für Werbung, Verpackung, Verlagswesen, Büro- und Informationstechnik, Zeichenbedarf.

CHROMOLUX – ikono – Gohrsmühle – Reflex – ZANDERS autocopy – Parole – Turm – Treff – sind nur einige unserer bekannten Markenpapiere.

Werbung und Kommunikation haben einen hohen Stellenwert in unserem Hause.

Für unsere Abteilung Absatzvorbereitung suchen wir einen

Werbefachmann

als Produkt-Gruppenleiter zur Planung und Durchführung von Werbemaßnahmen für ein bedeutendes Feinpapier-Programm unseres Hauses.

Die Präsentation unserer hochwertigen Feinpapiere erfordert ein ausgeprägtes ästhetisches Empfinden und ein sicheres Urteilsvermögen für anspruchsvolles Design.

Erfahrungen in Produkt-PR und eine Stärke für anspruchsvolle Texte würden wir im Rahmen dieser Aufgabe begrüßen. Fremdsprachenkenntnisse sind wünschenswert.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung mit aussagefähigen Unterlagen, neuerem Lichtbild und Angabe des Gehaltswunsches an

ZANDERS
Feinpapiere AG

An der Gohrsmühle, D-5060 Bergisch Gladbach 2
Personalabteilung
Telefon 0 22 02 / 1 53 61

Selbständige Existenz

Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.
CPA, Postfach 11 04 41, Flm. 11



STELLENGESUCHE

Vertriebsleiter/Niederlassungsleiter

Praktiker, 45, stark ausgeprägter Einsatzwillen, örtlich und fachlich flexibel, übernimmt Verantwortung in

Elektrotechnik – Nachrichtentechnik – Starkstromtechnik

Langjährige Erfahrung mit Schwerpunkt anwendungstechnische Beratung in leitender Position.

*Schreiben Sie unter **D 7796** an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.*

Fremdsprachenkorrespondentin

franz., engl., 25 J., m. Auslandserf., sucht 6-Std.-Tätigkt./Hannover.
Zuschr. erb. u. V 8074 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Topverkäufer

42 Jahre, Auslandserfahrung (Spanien), 3 Fremdsprachen, sucht gutdotierte, fordernde Aufgabe. Angeb. erb. u. T 7962 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Seehafenspediteur/Import

35j., Handl'bev., langj. Erfahrung im Innen- u. Außendienst (Verkauf) eines intern. Sped.-Konzerns, z. Zt. in kl. Fa. tätig, sucht neuen Wirkungskr. per 1. 10. od. später in Verkehr, Handel, Industrie. Auch andere Branchen angenehm. Rm. Norddeutschland.
Angeb. erb. u. C 8081 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. Nachrichtentechnik su. Arbeitsst. i. Ber. Forschung u. Entwicklung. Zuschr. u. PZ 46 703 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Kaufm. Leiter

u. stellv. Geschäftsführer, Pharma, 11 J. Auslandserf., z. Z. in Südamerika, ungek., 37 J., verh., sucht neue, verantw. Tätigkeit, vorzugsw. im Ausland – branchenunabhängig –. Sprachen: Spanisch perfekt, Engl. gut, Franz. Schulkenntn. Befinde mich z. Z. in Deutschland.

Zuschr. erb. u. S 8071 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Berufssoldat, 40 J., Logistiker m. naturwissensch./techn. Ausbild. sucht neues Tätigkeitsfeld. Gute engl. u. franz. Sprachkenntn. durch mehrjährige Auslandstätigkeit in ltd. Posit. Angeb. erb. u. Z 7990 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Achtung! Banken / Großunternehmen!

Junger Mann, 21, Wirtschaftsabitur, abgeschl. Banklehre, BW-Dienst geleistet, mobil, ungeb., m. Engl-Spr.-Ktn., sehr arbeitswillig, in ungek. Stellung, sucht neuen Wirkungskreis, in dem er durch Aus- u. Weiterbildg. in Führungspos. hineinwachsen kann. Auch ausl. Untern. angenehm. Angeb. erb. u. C 7983 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Staatl. gepr. Betriebswirt

Export-Kfm., 27 J., gute englische Sprachkenntnisse, sucht entspr. Tätigkeit in einem Hamburger Unternehmen. Zuschr. erb. u. PK 46 693 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Kaufmann

44 J., tätig i. e. Großkonzern, langjährige Vertr.- u. Führungserf. i. Außend., seit Jahren erfolgreich tätig i. d. Depotkosmetik u. vertraut mit allen i. Frage kommenden Handelsformen, auch auf höherer Ebene, sucht neue Aufgabe, auch auf freiberufl. Basis, ggf. auch bei Kapitalbeteiligung. Nationale Tätigkeit, auch i. e. anderen Branche, käme in Frage. Zuschr. erb. u. V 7964 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter der Buchhaltung

33 J., vh., Studium BWL, 12 J. *Erfahrg. im Finanz- u. Rechnungswesen*, spez. Kenntn. im Steuerrecht, EDV, internat. Reporting, kurzfr. Erfolgsrechng., su. verantw. neue Tätigk. z. 1. 10. Angeb. erb. u. A 7991 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

MARKETING- UND VERTRIEBS-MANAGER

Betriebswirt, 35 J., möchte sich verändern. Praxis: Produktmanagement (als PM), Außendienst sowie umfangreiche Auslandserfahrung in Europa und Übersee. Hier insbesondere Anfertigung von Marktstudien und Kooperationsverhandlungen mit Firmen, Bereich Konsumgüter, internationaler Konzern.

Zuschriften unter C 8103 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Werbesprecher

(Spanienkenner) sucht Aufgabe an der Costa del Sol. Auch Aufbau des Vertriebs.
Angeb. erb. u. W 7965 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

LTA sucht erste Anstellung als TA oder Laborassistentin; gute Artenkenntnisse, großes Latinum, Praktikum in Landwirtschaft und Gärtnerei. Führerschein Klasse 3. Zuschr. erb. u. B 7992 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (FH)

41 J., in ungekünd. Stellung, ideenreich, flexibel, langjährige Erfahr. in Entwickl. elektron. Systeme, einschl. Programmierung (Assembler, Basic, Fortran) sucht interessanten neuen Wirkungskreis. Einsatz auch im Ausland möglich.
Zuschr. u. B 8102 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Junger Mann

24 J., Führerschein Kl. III, handwerklich geschickt, sucht feste Arbeit als Chauffeur, Reisebegleiter, Hausreinigung u. Gartenarbeiten.
Zuschr. erb. u. PH 46710 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Bilanzbuchhalter

Ia Ref., aktuelles Know-how, z. Z. frei. T. 0 41 92 / 65 96.

Dipl.-Wirtschafts-Ing.

25, sucht Erstanstellung im Bereich Organisation/Planung, Produktmanagement od. Marketing, EDV-Kenntnisse, Rm. Hamburg. Angeb. unter PZ 46629 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Dipl.-Kfm.

30 J., z. Z. in verantwortungsv. Position tätig, mehrjährige Erfahrung u. Kenntnisse in den Bereichen Personal, Ausbildung, Betriebsorganisation, Verwaltung, möchte sich in norddeutschem Raum berufl. verändern.
Zuschr. unter P 8003 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Mathematikerin

26 J., mit sehr gutem Abschluß, Schwerp. Stochastik, Nf. Informatik, sucht Anfangsstellung im *Raum HH.*
Zuschr. erb. u. A 8079 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Mikro-Computer-Experte

Hard- und Software, gute Marktkenntnisse, Dipl.-Ing., 43 J., betriebswirtschaftliches Zusatzstudium, 13 Jahre EDV-Erfahrung (Kundendienst, Software-Entwicklung, Systemunterstützung, Vertrieb), in unterschiedlichen Bereichen u. Positionen sucht verantwortungsv. Führungsposition.
Angeb. erb. u. U 8073 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Staatl. gepr. Übersetzerin

Spanisch – Französisch – Englisch, langjähr. Erfahrung in Industrie, Handel u. Touristik sucht neuen Wirkungskreis z. 1. 8. o. 1. 9.
Zuschr. u. T 8072 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Kaufmann

29 J., Präd.-Examen 82, Schwerpunkte: Industrie- und Datenverarbeitung. Fundierte, praktische Erfahrungen in DV u. Organisation, Fremdsprachen. Problembewußter, dynamischer Typ, *ortsungebunden, z. Z. in ungekündigter* Stellung in größerer WP-Gesellschaft in Hamburg tätig, sucht anspruchsvolle Tätigkeit mit Aufstiegsmöglichkeiten. Gerne auch Auslandskontakte.
Angeb. erb. u. PJ 46711 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Landmaschinenverkäufer

Ing. agrar., 35 J., in ungek. Stellung, langj. Verkaufserf., sucht neuen Wirkungskreis als Werkreisender Raum 2 und 3. Zuschr. erb. u. PP 46 697 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

25jähriger Kalifornier

blond, Spitzenabsolvent der Universität Berkeley, möchte 1 oder 2 Jahre in Deutschland verbringen. Möglichst bei großer Familie als Englischlehrer und eventueller Assistent für den Herrn des Hauses in geschäftlicher Position. Gute Referenzen vorhanden. Fotos auf Anfrage erhältlich. Ehrlich, sauber, gute Erscheinung, athletisch.
Erik Hansen, 1966 Vestal Ave., Los Angeles, Calif. 90 026, USA

PARIS

Kaufmann (50) deutscher Nationalität. Seit acht Jahren in Frankreich als Generaldirektor (mehrere hundert Mitarbeiter, zahlreiche Filialen).

Bestens vertraut mit französischen Verhältnissen und Besonderheiten.

Sprachen: Deutsch, Französisch, Englisch.

✳✳✳ Übernimmt ab Herbst 1983 neue Aufgabe *in Paris.*

Zuschriften bitte direkt an den Inserenten:

A. J. Koschinsky
26 Avenue Théry, F 92 420 Vaucresson

Geschäftsbereichsleiter Dr.-Ing.

42 Jahre, dtsch. Nationalität, mobil, gute englische Sprachkenntnisse.

13jährige Industriepraxis in den Bereichen Dämmstoff- und Kunststoffverarbeitung (technische Markenartikel), davon 10 Jahre in leitender Position in den Bereichen Produkt- und Verfahrensentwicklung, Anwendungstechnik, Vertrieb, Marketing und Controlling. Entscheidungsfreudig, engagiert und gewohnt, größere Unternehmensbereiche vom Markt her voll verantwortlich zu führen, sucht neue übergreifende Aufgabe mit unternehmerischem Zuschnitt als

Geschäftsführer

eines mittleren Unternehmens oder Geschäftsbereichsleiter eines größeren Unternehmens oder Konzerns.

Kontaktaufnahme erbeten unter N 8068 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Holländischer, international orientierter Geschäftsmann, 45 J., erfahren in

technischem Einkauf und Materialwirtschaft

Kenntnisse im Import, Export, Finanz- und Rechnungswesen, EDV, verhandlungs- und vertragssicher in deutscher, englischer, holländischer und französischer Sprache, sucht verantwortliche, nicht ortsgebundene Neuaufgabe.
Kontaktaufnahme erbeten unter Tel. 0 20 51 / 5 70 27-8 oder unter L 8000 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Technische Führungskraft

41 Jahre, einsatzfreudig, flexibel und belastbar, mit positiver Einstellung zur Detailarbeit, unternehmerisches Denken.
Erfahrungsschwerpunkte: Kalkulation und Kostenrechnung, Auftrags- und Terminplanung, Planung und Steuerung und Mitarbeiterführung sucht, bedingt durch Kurzarbeit, neue, verantwortungsvolle Aufgabe.
Kontaktaufnahme erbeten unter Telefon 0 72 22 / 2 51 48 oder unter M 8067 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Führungskraft – Vertrieb – Technik

Ende 30, gute kaufm. u. techn. Ausbildung, geschäftsführender Gesellschafter (Landtechnik). Erfahrung und Praxis, die alle Funktionen der Unternehmensführung umfaßt (Einkauf, Verkauf, Vertrieb, Marketing, Werbung), sucht neuen Wirkungskreis als Geschäftsführer, Verkaufs-, Vertriebs- oder Niederlassungsleiter. Schwerpunkt: Auf- bzw. Ausbau des Vertriebsnetzes, Führung und Motivationen der Verkaufsmannschaft, Bereiche der Werbung.

Zuschr. erb. u. R 8070 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Versierte Chefsekretärin

Anfang 40, mit langjähriger Praxis als Vorstandssekretärin, sucht interessante, selbständige und eigenverantwortliche Tätigkeit in Berlin.

Ang. erb. u. P 8069 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Ihr Unternehmen sucht den

VERTRIEBSLEITER – REPRÄSENTANT – FOOD

Westdeutschland oder gesamte Bundesrepublik, ich bin erfahrener Praktiker, Mitte 40, dynamisch, belastbar, mit hoher Einsatzbereitschaft.

Zuschriften erbeten unter E 7995 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsorientierter Niederlassungsleiter

einsatzfreudig, 35 J., tätig im Investitionsgüter- und Dienstleistungsbereich, erfahren in der Mitarbeiterführung und der Steuerung des Außendienstes, sucht neue Aufgabe für Norddeutschland mit Standort Hamburg.
Angeb. erb. u. R 7520 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Geschäftsführer - Projektleiter Delegierten-Berater
für anspruchsvolle Auslandsaufgaben

Diplom-Wirtschaftsing./Ex-Kapitän (A6), 48; seit 20 Jahren in Führungspositionen mit hohem Schwierigkeitsgrad im Ausland erfolgreich tätig. (Davon 4 Jahre im arabischen Raum.) Schwerpunkte liegen in der Organisation u. Leitung von Schiffahrts- und Hafenbetrieben. (Multi/intermodal transportation – Englisch fließend; Spanisch gut; – beste Referenzen – Hervorragend ausgerüstet mit weitgefächerten technischen Kenntnissen und Erfahrungen; belastbar, dynamisch, kaufmännisch geschickt, verhandlungsgewandt u. erfolgreich in der Menschenführung bei größten Anforderungen, bin ich gewiß der richtige Mann, Ihre Auslandsposition auf- oder auszubauen, neu zu organisieren und dabei von eventuellen Mißerfolgen zum Erfolg zu bringen. Zuschr. erb. u. Z 8078 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zu Thesen des „Medien-Ökologen" N. Postman

Zurück ins Mittelalter?

Droht der Bundesrepublik – wie anderen westlichen Ländern – eine „(V)idiotie", ein durchs Fernsehen bewirktes „seelisches Analphabetentum"? Das befürchtet jedenfalls Hans Lechleitner, Wissenschafts-Redakteur beim Bayerischen Rundfunk: Eine rasante Vermehrung der bereits bestehenden Fernsehprogramme führe auf direktem Wege zurück ins Mittelalter. Denn eine ganztägige Telekratie auf fünf, sechs oder mehr Kanälen bewirke eine Nivellierung zwischen Kindheit und Erwachsenendasein, die es bereits im Mittelalter – wo man Kindern, jedenfalls vom siebten Lebensjahr an, dieselbe Schuldfähigkeit wie Erwachsenen beimaß – gegeben hat.

Lechleitner beruft sich dabei auf den amerikanischen „Medien-Ökologen" Neil Postman. Und just zu dieser Anti-TV-Kassandra in den

Bilder aus der Wissenschaft – ARD, 21.40 Uhr

Vereinigten Staaten schickte er den BR-Mitarbeiter Gero von Böhm zum TV-Interview. Postman bezieht sich auf statistische Erhebungen: Der junge Amerikaner absolviere zwischen dem 3. und dem 18. Lebensjahr durchschnittlich 16 000 TV-Stunden. Das bedeute: Sein Freizeitverhalten unterscheide sich nur unwesentlich von dem seiner Eltern und Großeltern. Diese Nivellierung der Freizeit habe auch ein Nivellement auf zahlreichen anderen Gebieten zur Folge – bis hin zur Kriminalstatistik. Delikte von Kindern und Jugendlichen – so Postman – unterscheiden sich kaum noch von Straftaten Erwachsener.

Neben der TV- gibt es die Rüstungs-Jeremiade – wiederum vorgetragen von einem amerikanischen Wissenschaftler, der sich allerdings in Bologna Hans Lechleitner zum Interview gestellt hat: Richard Garwin attackiert Ronald Reagans Programm der Weltraum-Verteidigung. Dabei will Garwin anscheinend neben dem US-Präsidenten auch einen Konkurrenten und Widersacher in der Entwicklung der amerikanischen Hochrüstung treffen: Denn Edward Teller gilt als Ghostwriter von Reagans Weltraum-Konzept.

Dieses aber ist in den Augen des Raketenforschers Garwin illusionär. Es garantiere keine absolute Sicherheit. Denn es sei nicht ausgeschlossen, daß die Sowjetunion Weltraumbomben entwickeln könne. Ein Krieg im Weltraum würde aber unweigerlich auch auf die Erde übergreifen. Die von Präsident Reagan proklamierte historische Wende von den Offensiv- zu den Defensiv-Waffen sei deswegen nichts anderes als Science-fiction.

Unseriöses Spektakel – das ist nach Meinung des bekannten Philosophen und Sozialpsychologen Arno Plack auch der hilflose Antifaschismus der Medien. Wie Adolf Hitler weiland für zahlreiche Anhänger zum mitreißenden Westernheld wurde, so sei er heute vielfach der Hauptdarsteller eines Horrorfilmes, der mit Krimis um die Gunst der Massen wetteifert. Hierbei werde eine Nostalgie des Grauens erzeugt, welche die Frage nach den eigentlichen Ursachen des Hitlerschen Erfolges völlig verdränge.

Arno Plack, der die provokatorische Frage, wie oft denn Hitler noch besiegt würde, gestellt hatte, diskutiert die Thesen seines jüngsten Buches in einem TV-Gespräch.

GISELHER SCHMIDT



Dem 20. Geburtstag des „Deutsch-Französischen Jugendwerkes" (DFJW) widmen „Radio France International" (RFI) in Paris, der dortige Auslandsdienst, und der Hessische Rundfunk in Frankfurt am 10. Juli eine **Sondersendung**. In einer Konferenzschaltung zwischen Paris, Marseille, Frankfurt und Lübeck („vom Mittelmeer bis zur Ostsee", so RFI) sollen Teilnehmer von Austauschprogrammen und Verantwortliche des Jugendwerkes zu Wort kommen, eine „Bilanz der 20jährigen Arbeit ziehen und die Perspektiven für die Zukunft aufweisen". Der Auslandsdienst in Paris sendet das Sonderprogramm am 10. Juli von 19.00–20.00 Uhr über den MW-Sender Straßburg II auf 235 m = 1278 kHz und über die beiden KW 6010 umd 6045 kHz im 49-m-Band. Zusätzlich wird das Programm schon ab 18.00 Uhr für Berlin auf UKW 93,6 MHz und für Hannover auf UKW 92,65 MHz gesendet.

Ein Film über das Thema „Erste große Liebe"

Bekannte Sehnsüchte

Ein Thema, so alt wie die Menschheit: die „erste Liebe". Sie ist auch das Thema des Fernsehspiels „Dazwischen", das Doris Dörrie und Suse Reichel geschrieben haben. Laura (16) lernt den zwei Jahre älteren Felix kennen, der mit anderen jungen Leuten eine „alternative" Elektrowerkstatt betreibt und im Nebenberuf „Roady" einer Amateurband ist. Laura

Dazwischen – ARD, 20.15 Uhr

verliebt sich in Felix, als sie mit ihm den ersten Tango (!) tanzt, aber ihre Gefühle werden nicht erwidert.

Ihre Enttäuschung ist vollkommen, als sie ihn bei einem überraschenden Besuch mit einem anderen Mädchen antrifft. Eifersüchtig verfolgt sie die „Nebenbuhlerin" durch die Stadt und beobachtet sie, wie sie nachts mit einer Spraydose seltsame Figuren an die Wände malt. Als die Polizei die Sprüherin festnehmen will, zieht Laura die Aufmerksamkeit durch eine überhastete Flucht auf sich und wird mit auf die Wache genommen. Dort hört sie eine seltsame Geschichte ...

„Beim Schreiben des Drehbuchs", erzählt die Autorin Doris Dörrie, „haben wir immer wieder versucht, uns an uns selbst zu erinnern, an unsere Sucht nach der ganz, ganz großen Liebe, unsere Entfernung von den Eltern, die nicht von uns lassen wollten, unsere Hilflosigkeit, mit unseren Sehnsüchten umzugehen. Wir haben festgestellt, daß wir, obwohl wir im Gegensatz zu unseren Hauptdarstellern sehr unterschiedlich und zu verschiedenen Zeiten aufgewachsen sind, doch dieselben Gefühle kennen."

Doris Dörrie und Suse Reichel haben ihren ersten Spielfilm im Rahmen der Förderung junger Filmtalente mit Hilfe der WDR-Fernsehspielabteilung produziert. Unter jungen Kölner Schauspielern haben sie Carmen Eckhart und Rolf Berg für die Hauptrollen ausgewählt. DW.

KRITIK

Retorten-Familie made in Germany

Soll eine Fernsehfamilie auf Biegen und Brechen typisch sein, so geraten auch gelungene Einfälle gern zur durchsichtigen Konstruktion, zum Aus für Charaktere, Stimmung und Ironie. Nur für die pure Komik bleibt dann zuweilen was übrig – aber dafür hat Klaus Wirbitzky seinem Fernsehspiel **„Einmal die Woche"** (ZDF) allzuwenig Zündstoff unterlegt. So wird dieses Stückchen „Aus dem Alltag einer Münchner Familie" zu einem *nicht eben kurzweiligen Kleindrama* aus hektisch verabreichten Wechselbädern von Familienkrach und Harmonie, von Auseinanderlaufen und Zusammenhocken.

Wirbitzkys Proporz bei der Rollenzuteilung ist perfekt. Der Papa ist ein Arbeitstier, dessen Finanzplanung sich ganz dem großen Traum vom Reihen-Eigenheim unterordnet, mit Kegel- und Skat-Bedürfnis zur abendlichen Kräfte-Kompensation und rüdem Unverständnis für die Emanzipationsstrampeleien seiner bislang hausmütterlich waltenden Ehefrau. Die nämlich hat genug von ihren vier (fortwährend von Fluglärm umtosten) häuslichen Wänden, von der ehemännlichen Obrigkeit und von dem verordneten Luxus-Verzicht – wie anders sollte es sein auf dem Bildschirm '83. Sie strebt hinaus ins eigene Leben, will ein paar Mark in der eigenen Kasse klingen hören, also geht sie arbeiten und sich selbst verwirklichen – abendliches Engagement bei Bürgerinitiativen und wiederentdeckte Jugendbekanntschaft inklusive.

Wirbitzky hat schon an alles gedacht, Donnerwetter. Tochter Anke ist alternativ, klar, für ihren grün-roten Freund allerdings noch nicht alternativ genug, ebenso klar. Für den ist alles „faschistoid", und wenn er bei Anke nicht gleich ans Ziel kommt (an dasjenige, welche), ist das ein „Beziehungsdefizit". Was bleibt da noch für Sohn Thomas übrig? Der arbeitsame Anpasser natürlich, der in Australien Karriere machen will.

Also wären alle beieinander, hübsch aufgereiht für eine Nullachtfünfzehn-Retortenfamilie *made in Germany, angemessen heruntergekurbelt* fürs Vorabendprogramm. Ironie? Achselzucken. Sollte da wirklich jemand seine eigene Familie wiedererkennen – er darf sich schön bedanken für diese Verdoppelung seines Mißgeschicks zur schönsten Fernsehabendstund.

HERMANN A. GRIESSER

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 Was bin ich?
10.50 Unser Kosmos
11.50 Mosaik
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

ARD-Ferienprogramm für Kinder
15.20 Unsere kleine Farm
16.10 Tagesschau
16.15 Professor Muliars Böhmischstunde
Dreiteilige Reihe nach Götz Fehr
1. Über die böhmische Sprache
Mit Fritz Muliar, Lore Lorentz u. a.
17.00 Die Spielbude
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Dazwischen
21.40 Bilder aus der Wissenschaft
Geplant sind folgende Beiträge: *Ende der Kindheit?* – Die Bilanz von Lebensverlust und Lebensgewinn sieht durch die auf uns unaufhaltsam zurollenden neuen Medien nicht mehr günstig aus. Der amerikanische Medienforscher Neil Postman hat die These aufgestellt, daß sie das Ende der Kindheit einläuten werden. Bald wird es nur noch kleine Erwachsene geben, meint er, aber keine Kinder mehr. „Getötete Drachen" faszinieren offenbar so sehr, daß sie immer wieder aufs neue zur Strekke gebracht werden müssen. Wie oft wird Hitler noch besiegt werden, fragt deshalb der Sozialpsychologe Arno Plack. Sein Thema ist aktuell, weil sich die Öffentlichkeit mehr damit beschäftigt hat, ob die Tagebücher Hitlers echt oder falsch gewesen sind, und weniger damit, warum sie dem Original-Hitler *auf den Leim gegangen* ist.
22.30 Tagesthemen
23.10 Verantwortung für den Frieden
Wissenschaftler gegen Aufrüstung
23.55 Tagesschau

ZDF

15.17 heute
ZDF-Ferienprogramm für Kinder
15.20 Captain Future
15.45 Ein Affe im Haus
Spaß mit Alice
16.35 Ferienkalender
17.05 Die kleinen Strolche
17.15 Enorm in Form
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Hugo Balder
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Bilder, die die Welt bewegten
Ölpest am Kanal
P. von Zahn berichtet
Die schwerste Umweltkatastrophe Frankreichs ereignete sich am 16. März 1978 vor der bretonischen Küste, als gegen 22.00 Uhr der unter liberianischer Flagge fahrende Supertanker „Amoco Cadiz" strandet und 200 000 Tonnen Rohöl ins Meer fließen. Hilflos sitzt das Schiff etwa 14 Seemeilen von der Küste entfernt fest. Zwölf Stunden vorher war die Ruderanlage des Tankers in der schweren Sturmsee vor der Einfahrt zum Englischen Kanal gebrochen. Auch die zu Hilfe kommende 16 000 PS schwere „Pacific" kann nicht mehr helfen.
19.00 heute
19.30 Konsul Möllers Erben (3)
20.15 Bilanz
Moderator: Friedheim Ost
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
Kettenreaktion
22.10 Pfarrer Kelm antwortet
22.40 Apropos Film
23.25 heute



Manfred Krug (r.) und Karl Heinz Vosgerau in einer Szene des siebenteiligen Fernsehfilms „Konsul Möllers Erben" – ZDF, 19.30 Uhr
FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN

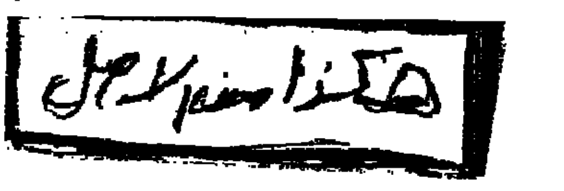
18.00 Emm wie Meikel
18.30 Eine Geige für Denise oder Me... aus dem Wald
19.00 Rockpalast
Heute: Peter Hammill und Ban...
Gemeinschaftsprogramm W... NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs im III.
Live aus Düsseldorf
21.45 Auslandsreporter (1)
Gerhard Zwerenz: Meine Bisc... Küste
„Vor sechs Jahren zogen wi... dem Beton Frankfurts in den H... *taunus*. Aber der Lärm hat ... eingeholt, der „saure" Regen ... Einrichtung der US-Army." ... hard Zwerenz sucht ein neue... mizil an der baskischen Bisc... Küste Spaniens. Ein Kamera... begleitet ihn, beobachtet, w... diesen – für ihn fremden – Leb... bereich erkundet, in dem er ... misch werden will: das Haus, ... *Dorf*, die Umgebung, die ... schen, die seine Nachbarn ... den sollen, die Höhlen von Alt... ra, deren Wandbilder vor v... tausend Jahren gemalt wurde...
22.15 Ruhelos wandernde Seele
Indischer Spielfilm, 1978
Regie: K. R. Mohanan
(Original mit Untertiteln)
00.15 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

18.00 Hallo Spencer (25)
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Hallo Germany
20.15 Museen der Welt
21.00 Weihnachten im Juli
Amerik. Spielfilm, 1940
22.05 Was tun Pina Bausch und ihre Tänzer in Wuppertal?

BAYERN

18.15 Marco
18.40 Kinder-Verkehrs-Club
18.45 Rundschau
19.00 „Ich hätte nie gedacht, daß ich das schaffe ..."
19.45 Poldark (12)
Engl. Fernsehfilm in 16 Teilen
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Teleclub
Besuch in der Provinz
Film von Martin Mühleis
anschl. (etwa 22.40)
Gespräch im Studio
anschl. (etwa 22.4)
Desperado
Film von Georg Borgel
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week



Die Stunde des Fuchses

egw. – Ist die Uhr schon semantisch höchst merkwürdig, da sie geht, obwohl sie sich nicht von der Stelle bewegt, und steht, obwohl sie allenfalls liegt, so regt sie noch viel mehr zu philosophischen Betrachtungen an, indem sie den ausschließlich Menschen zugänglichen Begriff der Zeit anschaulich macht, der so fürchterlich ist, daß man nur hoffen kann, in der Ewigkeit von ihm erlöst zu werden.

Wie sich nun also die Urmenschen in den Felsbildern dem Mythos zu nähern versucht haben, so ist Ernst Fuchs, der Vater des Wiener phantastischen Realismus, in jahrelanger Meditation zur Gestaltung einer Taschenuhr gekommen, die kostbar in Gold und Silber – Preisunterschied 28 000 DM – von einer Fabrik in Schaffhausen her- und nun in Wien vorgestellt wurde. Dies in einem würdigen Rahmen: in der als heimliche Sehenswürdigkeit Wiens geltenden Villa, die sich seinerzeit Otto Wagner im reinen Jugendstil für den Eigengebrauch gebaut hatte. Sie steht, jetzt von Professor Fuchs bewohnt, keiner Besichtigung frei. Die von diesem entworfene Doppeldeckel-Taschenuhr trägt symbolische Insignien, einen Januskopf, außen einen Skarabäus, den ja schon die Ägypter als heilig verehrt haben, da sie in ihm die Wiederkehr und in den Regenbogenfarben seines Panzers die schillernde Auflösung des Sonnenlichts sahen.

Fast ist man überrascht, daß dieses tiefdurchdachte Kunstwerk tatsächlich auch die Zeit anzeigt. Das geschieht allerdings in so diskreter Form – mit Zeigern, die an schlanke züngelnde Schlangen erinnern –, daß man sich, hat man „keine Zeit", besser an einer Normaluhr orientiert, um die Zeit zu erfahren. Fuchs will mit diesem Erzeugnis der angewandten Kunst eine Gasse bahnen, zur Verschönerung des Alltags beitragen, das Funktionelle seiner Kargheit entkleiden. Er geht damit einen Weg weiter, den der Jugendstil eingeschlagen, den Otto Wagner in seiner Villa bildhaft realisiert hatte. Die Frage ist, ob die Zeit, nun im allgemeinen Sinn, dafür reif ist.

Verständigung beginnt beim Kinderbuch: Die Internationale Jugendbibliothek München bezieht die restaurierte Blutenburg

Des Herzogs Schweinestall wurde zum Lesesaal

Zuerst war es nur ein Traum, verwegen und jahrelang geträumt von einer Handvoll Idealisten. Doch nun ist er Realität geworden: In diesen Tagen wurde in München, im Schloß Blutenburg, im westlichen Ausläufer der bayerischen Landeshauptstadt der Sitz der Internationalen Jugendbibliothek (IJB) eröffnet. Das mittelalterliche Schloß, einst unter Herzog Albrecht III. um 1438 gegründet, das Herrscher und Besitzer kommen und gehen sah, wurde nun zu einer „geistigen Festung" für Kinder und Jugendliche erkoren – ein neuer kultureller Mittelpunkt Münchens.

Niemand hätte je an diese exemplarische Lösung gedacht. Denn die Konstellation für die Wiedererrichtung dieses Schlosses schien denkbar ungünstig. Im Dreißigjährigen Krieg arg ramponiert, verwahrloste es, bis es 1976 wieder in adeligen Besitz überging. Noch einmal erwachte es zu Glanzzeiten, als es im 18. Jahrhundert zur „kurfürstlichen Hofmark" erhoben wurde. Doch dann schien der Verfall des Wasser- und Jagdschlößchens endgültig besiegelt. Durch die Fenster pfiff der Wind, durchs Dach drangen Regen und Schnee. Doch bevor die Zerstörung ihr Werk endgültig vollenden konnte, schlossen sich Münchener Bürger 1974 zu einem rettenden Verein zusammen. Allen voran der CSU-Stadtrat Wolfgang Vogelsgesang, der sich beispielhaft für die Erhaltung dieses Schlosses engagierte.

Zur gleichen Zeit suchte auch die Internationale Jugendbibliothek, bisher in einem Gartenhaus mitten in Schwabing beheimatet, neue Räumlichkeiten. Der Gebäudezustand war katastrophal, der Abbruch längst beschlossene Sache, die Arbeitsbedingungen für die dort beschäftigten Wissenschaftler unerträglich. Das Münchener Institut war 1948 durch die Journalistin Jella Lepmann ins Leben gerufen worden. Sie hatte sich, in den dreißiger Jahren aus Deutschland emigriert, in Großbritannien niedergelassen und war gleich nach dem Krieg in das zerstörte Deutschland, nach München, zurückgekehrt.

Carl Zuckmayer hat einmal beschrieben, wie er Jella Lepmann begegnet ist: „Sie hat, singlehanded, würde man auf englisch sagen, im Alleingang wie ein Alpenbezwinger, gegen den ‚Dienstweg', gegen Kaltherzigkeit, Gleichgültigkeit, Phantasielosigkeit gekämpft, sie hat es geschafft, ihren schönen und noblen Gedanken zu verwirklichen, und was sie geschaffen hat, die ‚Erste Internationale Jugendbibliothek' und das ‚Internationale Kuratorium für das Jugendbuch', mögen mehr für die Verständigung der Völker und die Ausrottung des Hasses bedeuten als viele Sitzungen und Beschlüsse höchster politischer Instanzen und Körperschaften. Ein Werk echter Menschlichkeit – das Werk eines großen Herzens."



Ein Schloß für Kinder- und Jugendbücher aller Nationen: die Blutenburg im Westen von München
FOTO: VOGELSGESANG (Freigabe Reg. v. Obb. Nr. GS 300/9234/83)

Anfänglich als reiner Treffpunkt für Kinder gedacht, entwickelte sich das Münchener Institut bald zur größten Spezialbibliothek der Welt für Kinder- und Jugendliteratur. So sind die Ostblockstaaten seit Jahren, fernab jeder Politik, in dieser Bibliothek stark vertreten. Da gibt es Beispiele aus der grusinisch-sowjetischen Volksrepublik, aus dem baltischen Sprachbereich und aus Rumänien. Die Internationale Jugendbibliothek verfügt heute über einen Bestand von 400 000 Büchern, von denen 60 000 aus der Zeit vor 1950 stammen.

Der jährliche Zuwachs liegt bei 15 000 Büchern, es werden derzeit 120 Sprachen bearbeitet. Allerdings hätte die Bibliothek ohne die massive Unterstützung amerikanischer Stiftungen ihre Anfangsjahre nicht überstanden. Heute wird sie – außer durch die Stiftungen der Verleger – durch die Bundesregierung, den Freistaat Bayern und die Landeshauptstadt München finanziell getragen (laufende Kosten pro Jahr: 1,9 Millionen Mark).

Während man nun einerseits um den Bestand der Blutenburg kämpfte, andererseits nach neuen Räumlichkeiten für die IJB Ausschau hielt, kam es darauf an, beide Initiativen zusammenzuführen. Wieder war es Stadtrat Vogelsgesang, der heutige Präsident der IJB, der hier aktiv wurde. 1977 gab man grünes Licht: Mit einem Aufwand von rund 20 Millionen Mark für Sanierung und bibliotheksgerechten Ausbau sollte Schloß Blutenburg endgültig vor dem Verfall gerettet werden.

Die Frage, ob eine moderne Bibliothek in einem mehr als 500 Jahre alten Gebäude denkbar ist, beantwortet sich heute bei der Besichtigung von selbst. Die historischen Gemäuer ließ man unangetastet; dennoch wurde bei der Restaurierung nach neuesten architektonischen Erkenntnissen verfahren. So besitzt die Blutenburg ein unterirdisches Büchermagazin, in dem 360 000 Bände lagern, und aus dem ehemaligen Schweinestall wurde ein lichter, funktionsgerechter Lesesaal. Denn darüber sind sich die Verantwortlichen einig, daß die Blutenburg kein Elfenbeinturm sein darf. Ziel war von vornherein die Offenhaltung des Schlosses. Neben der wissenschaftlichen Arbeit sollen hier Buch-Ausstellungen gezeigt und Lesungen gehalten werden.

Herr über das Reich der Bücher ist Dr. Andreas Bode, der Nachfolger von Walter Scherf, der die Bibliothek 25 Jahre lang geleitet und zu dem gemacht hat, was sie heute ist. Dieses weltoffene Haus für Kinder- und Jugendbücher zeigt die ganze Vielfalt von Kulturen über Länder- und Weltanschauungsgrenzen hinweg. Es herrscht das Prinzip der Toleranz. Hier wirft keines der Bücher, mögen sie auch noch so konträr in ihren Auffassungen sein, ein anderes aus dem Regal.

Bode sieht gemeinsam mit seinen 25 Mitarbeitern zweierlei Aufgaben für die Bibliothek. Einerseits würden – natürlich – Kinderbücher aus aller Welt gesammelt, dazu aber auch in breitestem Umfang wissenschaftlicher Literatur.

Auf der anderen Seite gebe es die praktische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, denn die Bibliothek müsse immer auch eine Ausleihbibliothek sein. „Die Internationale Jugendbibliothek begreift sich als ein weltweites Orientierungsfeld für Kinder", erklärt Bode. „Und wenn die IJB Entwicklungen dokumentiert, Trends darstellt, Tendenzen nachzeichnet, dann nicht etwa, um diese in jedem Fall zu unterstützen, sondern um im Leser Zustimmung oder Ablehnung, Sympathie oder Antipathie hervorzurufen, ja, mehr noch – jenes kritische Vermögen auszubilden, das zwischen dem vollen Ja und dem entschiedenen Nein zu differenzierter Beurteilung findet." – „Jedes Kind hat ein Recht darauf, ein Recht auf seine eigene Literatur, auf seine eigenen Bücher."

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

JOURNAL

Wo empfing Moses die Zehn Gebote?

AP, Brescia

Eine Gruppe italienischer Archäologen will die Überlieferung anfechten, daß Moses die Zehn Gebote auf dem Berg Sinai empfing. Sie stellt die These auf, daß dies vielmehr auf dem Berg Har Karkom in der israelischen Negev-Wüste geschah. Professor Emmanuel Anati, Direktor des Camuno-Instituts für prähistorische Forschungen in der norditalienischen Stadt Brescia, führt dazu aus, daß der Har Karkom schon lange vor Moses eine heilige Stätte gewesen sei. Seine geographische Lage liege auch genau auf der Strecke, welche das Volk Israel nach dem Auszug aus Ägypen auf dem Weg ins Gelobte Land zurücklegte. Der 847 Meter hohe, von einem Plateau gekrönte Gipfel liegt rund 30 Kilometer östlich der heutigen ägyptischen Grenze und ist militärisches Sperrgebiet Israels. Zur Untermauerung seiner These berichtete der Forscher unter anderem, auf dem Weg zum Gipfel des Har Karkom befänden sich einige Steinsäulen und die Überreste eines Bauwerks. Dies entspreche der Stelle im 2. Buch Mose, wo es in Kapitel 24, Vers vier heißt: „Da schrieb Mose alle Worte des Herrn auf und machte sich des Morgens früh auf und baute einen Altar unten am Berge mit zwölf Säulen nach den zwölf Stämmen Israels."

Neuer Stockhausen: „Samstag aus Licht"

M. v. Z. Mailand

Außer der Eröffnungsvorstellung, Puccinis „Mädchen aus dem goldenen Westen" unter Lorin Maazel und mit Rosalind Plowright und Pacido Domingo in den Hauptrollen, wurden bisher nur Gerüchte über die kommende Scala-Spielzeit bekannt. Danach soll es geben: Strauss' „Ariadne auf Naxos" in einer Koproduktion mit der Bayerischen Staatsoper, Marilyn Horne als Rossinis „Italienerin in Algier", „Tannhäuser" unter Georges Prêtre, Mozarts „Idomeneo" unter Gianandrea Gavazzeni und mit Luciano Pavarotti, Julia Varady und Margaret Marshall sowie Verdis „Lombarden" mit José Carreras. Weiter soll der Stockhausen-Zyklus mit der Uraufführung des „Samstag aus Licht" fortgesetzt werden und Patrice Chéreau Mozarts „Lucio Silla" inszenieren.

Turin zeigt größte Calder-Retrospektive

AFP, Turin

Über 500 Werke Alexander Calders aus fünf Kontinenten umfaßt die bislang größte Retrospektive des Erfinders des „Mobile", die jetzt in Turin eröffnet wurde. Als Ehrengast war die Witwe des 1976 verstorbenen amerikanischen Bildhauers, Luisa Calder, zugegen. Gezeigt werden bei dem „Calder-Fest", als das sich die Ausstellung versteht, Drahtplastiken aus den Anfängen, abstrakte Metallplastiken, sogenannte „Stabiles", und ein Aufriß durch die „Mobiles", mit denen Calder großen Einfluß auf die Entwicklung der zeitgenössischen Plastik ausübte.

Konzentration bei Wissenschaftsverlagen

dpa, Berlin

Im Zuge der Erweiterung seiner Verlagsproduktion hat der Verlag Chemie (Weinheim/Baden Württemberg) zwei traditionsreiche Berliner Unternehmen aufgekauft: den Verlag für Architektur und technische Wissenschaften Wilhelm Ernst und Sohn und die Gropius'sche Buch- und Kunsthandlung. Der wissenschaftliche Springer-Verlag hat den in Würzburg und Wien ansässigen Physica-Verlag Rudolf Liebing GmbH und Co. erworben. Der Physica-Verlag wird als selbständiges Unternehmen unter seinem Namen in Würzburg und Wien weitergeführt.

„Alexanderfries" wieder zu sehen

dpa, Frankfurt

Genau vierzig Jahre nach seiner Zerstörung bei einem Bombenangriff ist ein Teil des „Alexanderfrieses", den der dänische Bildhauer Bertel Thorvaldsen 1812 modellierte, wieder in Frankfurt zu sehen. Das zehn Meter lange Werk – seine ursprüngliche Länge betrug etwa 46 Meter und schmückte ehedem das „Ariadneum" der Bankiersfamilie Bethmann – wurde mit einem Kostenaufwand von rund 25 000 Mark von Restauratoren wiederhergestellt. Der Fries zeigt den Einzug Alexanders des Großen in Babylon. Thorvaldsen hatte das Original für den Quirinalspalast in Rom geschaffen. Der Frankfurter Fries wird jetzt seinen festen Platz im Skulpturenmuseum erhalten.

Sommerkonzerte im Palais Princier

DW. Monaco

Die Sommerkonzerte im Hof des Fürstenschlosses von Monaco beginnen dieses Jahr am 17. Juli. Unter seinem Chef Lawrence Foster spielt das Orchestre Philharmonique de Monte Carlo mit Aldo Ciccolini Rachmaninoffs zweites Klavierkonzert, Borodins „Polowetzer Tänze" und Tschaikowskys 4. Sinfonie. Solisten der weiteren Sinfoniekonzerte sind Mstislaw Rostropowitsch (20. 7.), Yehudi Menuhin (24. 7.), Josef Suk (27. 7.), Mark Zeltser (7. 8.) und Sylvia Marcovici (10. 8.).

Ausstellung in Mailand: „Als Frau existieren"

Knebel für Klatschbasen

Der Titel gibt sich dramatisch: „Esistere comme Donna" (Als Frau existieren). Es ist der Titel einer Ausstellung, die erst nach erheblichen Mühen und vielen Rückschlägen zustandekam. Nun ist sie in Mailands Palazzo Reale zu sehen, eine Geschichtslektion, die betroffen macht. Denn es geht um die Emanzipation der Frau quer durch die Historie.

„Was die Frauen in drei Jahrhunderten der Kämpfe erreicht haben, kann man mit wenigen Worten zusammenfassen: Das Recht zu wählen, anstatt zu erdulden." Das schrieb Françoise Giroud, die wie viele andere bekannte Frauen, darunter Indira Gandhi und Simone de Beauvoir, um einen Beitrag gebeten wurde, an Rachele Farina, die Initiatorin des Unternehmens. Seit 1978 versucht die Lehrerin und Schriftstellerin diese Idee zu verwirklichen. Doch ihre Planungen mußten immer wieder verschoben werden, weil sich kein Sponsor finden ließ. Nun ist die Stadt Mailand eingesprungen.

Der Rundgang beginnt mit Objekten aus der Folterkammer des „Esistere comme Donna", mit eisernen Keuschheitsgürteln, die noch in der Renaissance üblich gewesen sein sollen, oder mit Schandmasken für schwatzhafte Weiber aus dem England des 18. Jahrhunderts. Auch ein Hexenstuhl ist hier zu sehen, auf dem das Opfer festgebunden und unter Wasser getaucht wurde. Ertrank die Frau bei der Tortur, war sie unschuldig, überlebte sie, dann hieß es, der Teufel habe ihr geholfen, worauf sie als Hexe verbrannt wurde.

Was nach diesem Gruselkabinett aus gar nicht allzu fernen Zeiten folgt, ist weniger spektakulär, aber kaum weniger dramatisch. Es sind hauptsächlich Dokumente in Form von Biographien, Gesetzen, Dekreten, Proklamationen. Es gibt Drucke, Bilder und vielerlei Objekte von Spielen bis zu Arbeitswerkzeugen.

Der lange Weg der Emanzipation ist hier in zwei Abteilungen aufgefächert. Die erste beginnt mit den „Précieuses" des 17. Jahrhunderts, die Molière nicht ganz zu Unrecht „ridicules" nannte. Es folgen die Damen des 18. Jahrhunderts, die nicht nur gesellschaftlich glänzen wollten, sondern auch in der Kunst und in der Literatur „ihren Mann standen". Zunächst war es also eine kulturelle Elite, die sich gegen die Vorherrschaft und die Vorrechte der Männer durchsetzte – jedoch immer nur als Einzelperson.

In der zweiten Abteilung werden die klingenden Namen von einem zornigen, anonymen Chor ersetzt. Das sind die Frauen, die im 19. Jahrhundert auf den Reisfeldern Italiens, in den englischen Kohlenminen, in den heißen staubigen Fabrikhallen der beginnenden Textilindustrie Europas arbeiteten. Der Hauptakzent liegt hier auf italienischen Erfahrungen, aber die gleiche Situation wird von Amerika bis Rußland belegt.

Schritt für Schritt wird dokumentiert, wie Rechte errungen wurden, die uns heute selbstverständlich scheinen und die es aber noch nicht überall sind: das Recht auf gleiche Ausbildung, auf gleiche Bezahlung, auf Mutterschutz etc. Man liest von Frauen, deren Namen und Rolle in keinem Geschichtsbuch festgehalten wurde, von geduldigem Ertragen und von dem ersten lauten Aufbegehren am Vorabend der französischen Revolution.

Der Tenor der Dokumente ist – wie könnte es anders sein? – dramatisch und zornig. Nur zuweilen gewinnt die Ausstellung eine heitere Note: bei den von Männern entworfenen Karikaturen und Schriften über die Frauen. Sonst aber herrscht hier eifriger, gelegentlich eifernder Ernst vor. Man erfährt, und das ist das Neue dieser wichtigen Übersicht, zum ersten Mal nicht nur etwas über isolierte Episoden, sondern erlebt die Kontinuität und die Logik des jahrhundertelangen Kampfes der Frauen um gleiche Rechte.

Wie eine Ergänzung dazu wirken die beiden Ausstellungen in der Galleria des Sagrato auf dem Domplatz. Sie sind zwei deutschen Künstlerinnen gewidmet. Zum erstenmal sieht Italien hier 82 eindrucksstarke Werke von Käthe Kollwitz. Daneben müssen die Zeichnungen und Skulpturen von Genny Wiegmann Mucchi, die in den dreißiger Jahren aus Berlin über Paris nach Mailand auswanderte, verblassen (bis 21. Aug.; Katalog, Marotta Editore: 18 000 Lire).

MONIKA von ZITZEWITZ

Hersfeld: „Carlos" und „Sommernachtstraum"

Viel Qualm im Elfenreich

Im November 1982 starb Reinhold K. Olszewski, der nur für ein Jahr Intendant der Festspiele in der Stiftsruine von Bad Hersfeld war. Er muß wohl gewußt haben, wie es um ihn stand, und so hat er weit vorausgeplant. Das meiste der Hersfelder Festspiele 1983 stammt von ihm, und der kommissarische Intendant Hans Gerd Kübel, der mit Olszewski lange Jahre in Südamerika zusammenarbeitete, führt in vielem die Planung seines Freundes zu Ende.

Kübel konnte freilich nicht ahnen, daß diese Festspiele die unruhigsten ihrer 33jährigen Geschichte werden sollten. Der unmittelbare Anlaß, das Treffen ehemaliger Soldaten der Waffen-SS, erscheint dabei zunehmend als Vorwand. Aller Hickhack muß wohl eher im Zusammenhang mit der für September anstehenden Hessen-Wahl gesehen werden. Und die sich zum parteipolitischen Vehikel machen lassen, übersehen geflissentlich, daß Veranstaltungen wie die jetzt beanstandete in Hersfeld schon mehrfach stattfanden, auch unter anderen politischen Konstellationen.

Unzufriedenheit des Ensembles mit dem unversehens verordneten Intendanten und ein „branchenübliches" Mißtrauen taten das Ihre, um den Chef der Festspiele und diese selber für Dinge verantwortlich zu machen, mit denen sie nicht das geringste zu tun haben. So haben denn die Ereignisse im Vorfeld, das weisen die beiden ersten von drei Premieren aus, eher auf die Produktion der Festspiele zurückgewirkt.

Schillers „Don Carlos" gab es am ersten Tag, an dessen Nachmittag Bundestagspräsident Rainer Barzel nachdrücklich auf die politische Brisanz dieser Dichtung hingewiesen hatte (s.WELT v. 5. 7.). Die Aufführung indes bleibt diesen Aspekt weitgehend schuldig. Kübel als Regisseur kann sich nicht entscheiden, ob er die höfische Intrige, die Familientragödie oder das Menschheitsdrama geben soll. Am ehesten vermittelt seine Inszenierung noch, den mächtigen Raum der Spielstätte nur ungenügend nutzend, die Wandlung des Prinzen, den Willi Kowalj nicht als Helden, sondern eher als sensiblen Egozentriker zeichnet, den erst Posa auf größere Bahnen weist.

An den Darstellern liegt das nicht. Hans Dieter Zeidler hat man für den Philipp, und er zeigt beide Seiten dieser Gestalt: die Härte und den verletzlichen Menschen. Verena Wengler als Königin fällt auf, weil sie deren Aufbäumen gegen die Hofetikette einen selten zu sehenden Zug von Aggressivität verleiht. Eine gar nicht intrigante, wohl aber immer neu gedemütigte Eboli gibt es zu sehen. Dorothea Kaiser spielt sie bewunderungswürdig – und schafft es als einzige, die Seelenlage dieser Figur und die Motive ihres Handelns aufzudekken.

Das ganze Unglück der Produktion ist Sigmar Solbach als Posa, weil er nicht eine der vielen Seiten dieser Rolle sichtbar machen kann. Er verläßt sich auf Schillers schier von selbst tragende Sprache – in einer Inszenierung, die in der Tat auf die Sprache setzt, ohne sie doch hinlänglich zu differenzieren. Dennoch ist sie ansehnlich im Vergleich mit Shakespeares „Sommernachtstraum", wie Klaus Schlette ihn zurichtete. Der gern gerühmte Landshuter Intendant kommt mit dem Raum der Stiftsruine, der sich doch gerade für dieses Stück mit seiner mehrschichtigen Handlung und seinen vielen Spielorten anbietet, überhaupt nicht zurecht. Ausnahmslos alles ordnet er im Vordergrund an, und Vordergründigkeit ist geradezu die Signatur dieser Inszenierung – und der viele Qualm, den Schlette immer wieder auf der Szene entfachen läßt, als seien die Elfen Feuergeister.

Allein die Handwerkerszene – Zeidler gibt darin einen erstaunlich farbigen Peter Squenz, Günther Jerschke ist ein umwerfend komischer Zettel, Klaus Dieter Söder eine furiose Thisbe – läßt sich auf diese Weise nicht umbringen. Dorothea Kaiser als Titania indes vermag in dieser Aufführung so wenig wie Ulrich Popp als Oberon. Und weil der Puck von Wolfgang Ziffer keinen Drive hat, weil die beiden Liebespaare eher mit Chargenspielern besetzt sind, weil der Regisseur schließlich nirgends den Zauber des Theaters für den Zauber dieser Dichtung mobilisiert, ermüdet der Abend, auch wenn er mit zwei Stunden um eine kürzer ist als Kübels „Carlos".

Alle Hoffnung richtet sich deshalb auf Peter Shaffers Mozart-Stück „Amadeus", das als dritte Festspielproduktion am heutigen Mittwoch Premiere hat.

KATHRIN BERGMANN

Eboli und Elisabeth: Dorothea Kaiser (li.) und Verena Wengler im Hersfelder „Don Carlos"
FOTO: BERGMANN

Schallplatte: Heeresmusikkorps spielt Märsche

Wagners Chevaulégers

Die britischen Grenadier Guards mit ihren Bärenmützen spielen ihn, wenn die Königin an ihrem Geburtstag die Parade abnimmt: G. F. Händels Marsch aus der Oper „Scipio". Aus Händels Oratorium „Judas Maccabäus" stammt der Choral „Tochter Zion, freue Dich", der das Trio eines im vergangenen Jahrhundert von F. W. Voigt geschriebenen Armeemarsches ist.

Militärmusik, so will es die Volksmeinung, ist Umptata und Tschingderasabum, wenig Melodie und viel Lärm und so richtig zum Marschieren geeignet. Und wie so oft, so irrt sich auch hier Vox populi, wie die jetzt vom Heeresmusikkorps 13 unter Hauptmann Wolfgang Willems aufgenommene Schallplatte „Grenadier- und Reitermärsche deutscher Klassiker" hörbar demonstriert.

Was hier mit 18 verschiedenen Musikstücken geboten wird, sind musikalische Delikatessen, ob sie nun aus der Feder von Gluck oder Händel, der Brüderpaare Philipp Emanuel und Johann Christian Bach, Joseph und Michael Haydn, von Mozart, Beethoven, Weber, Richard Strauss oder Wagner stammen. Ihr einziger „Nachteil": Bei allem Rhythmus und aller Melodie sind sie ungeeignet, von einer Blaskapelle beim Veteranentreffen im Bierzelt geschmettert zu werden.

Wer zum erstenmal Militärmusik des 18. Jahrhunderts hört, dem fällt ebenso der schlanke Ton wie das Tempo auf. Die damaligen Militärkapellen waren bedeutend kleiner als die heutigen, hatten hauptsächlich Holzbläser, und der „Ordinairschritt" war 75 Schritte in der Minute (1889 wurde das heutige Tempo von 114 Schritten je Minute eingeführt).

Ob Mozarts Marsch aus seiner Oper „La clemenza di Tito", den das 1. Lothringische Pionierbataillon als Präsentiermarsch bis 1918 spielte, ob Beethovens ursprünglich für die böhmische Landwehr geschriebener und heute noch bei feierlichen Anlässen sowohl von der Bundeswehr als auch von der Nationalen Volksarmee gespielter „Yorkscher Marsch", oder ob es kaum bekannte Dinge sind wie zwei Märsche, die Richard Strauss 1905 nach alten Motiven schrieb oder drei Fanfarenmelodien, die Richard Wagner den in Bayreuth liegenden 6. Chevaulégers widmete.

So verschiedenartig die einzelnen Musikstücke auch sind, so ist ihnen eines gemeinsam: eine eingängige Melodie, verbunden mit dem jeweils geforderten Rhythmus, ohne daß dies in eine Überakzentuierung des Taktes ausartet. Das unterscheidet die Musik dieser Komponisten, die „auch" für Militärkapellen komponierten, von jenen Militärmusikern, die nur Märsche schrieben (worunter durchaus schöne Melodien sind).

Diese hier vorliegende Platte ist ungewöhnlich. Sie ist es nicht nur durch die Qualität des Gebotenen und dadurch, daß der Einführungstext von Joachim Toeche-Mittler, dem derzeit besten Kenner deutscher Militärmusik, stammt. Ungewöhnlich ist auch der Preis von zehn Mark, wovon – dank der Förderung durch den Westfälisch-Lippischen Sparkassenverband – auch noch zwei Mark an das Rote Kreuz gehen.

HENK OHNESORGE

Bestellungen (Versand durch Nachnahme: 10 Mark plus 3 Mark Versandgebühr) nehmen das Heeresmusikkorps 13, 4400 Münster, Von-Einem-Kaserne, und der DRK-Landesverband, Postfach 2509, 4400 Münster, entgegen.

Badenweiler zeigt das Werk Piero Dorazios

Schwebende Lichträume

Der Maler Piero Dorazio (Jahrgang 1927), hochgeschätzt in Künstlerkreisen, befreundet mit Dichtern wie Ungaretti, Huchel und Ionesco, ausgezeichnet mit einem Pariser Biennalepreis, ist dem deutschen Publikum noch immer ziemlich unbekannt. Um so verdienstvoller handelt die Galerie Krohn in Badenweiler, wenn sie sich erneut für den italienischen Meister einsetzt und seine neuesten Arbeiten vorstellt.

Dorazio, der 1953 zuerst in den USA war und ab 1960 ein ganzes Jahrzehnt an der School of Fine Arts der Universität von Pennsylvania lehrend gewirkt hat, stand dort in Beziehung zu Malern wie Newman, Reinhardt, David Smith und Clifford Still, setzte sich schon früh mit Künstlern wie Kline und Rothko auseinander und stand dem modischen Tachismus ebenso kritisch gegenüber wie dem Surrealismus.

Seine Malerei hat seit ihren Anfängen im Italien der frühen fünfziger Jahre mehrere Stadien durchlaufen. Man hat diese an seinen verschiedenen Phasen ablesbaren Veränderungen mit vielerlei theoretischen Erörterungen verknüpft – genug, um über seine Bildschöpfungen ein allzu intellektuelles Netz zu werfen, in dem der Betrachter sich leicht verfängt. Doch man sollte seine Bilder, die durch alle Veränderungen hin in fast erstaunlicher Weise ein „Farblicht" – vom zärtlich-weichen bis zum kraftvoll-dominierenden – ausströmen, ganz ohne solche Überlegungen anschauen – ihre Spiritualität wird einem nie entgehen.

Fern von jeder Gegenständlichkeit, die abstrakten Erfahrungen großer Vorläufer wie Kandinsky oder Magnelli verarbeitend, ist Dorazio schließlich zu Werken gekommen, in denen die farbigen Strichlinien und scheinbar lose ausgestreuten Farbpartikel als ein schimmerndes und doch strenggeordnetes Ganzes, als eine Art „Lichtraum" erscheinen. Die neuesten Arbeiten haben dieses Farbgewebe oft in breite Farbbänder verfestigt, scheuen auch gelegentlich dekorative Wirkungen nicht. Eine feine Balance herrscht zwischen Ruhe und Bewegung, was manchen Bildern etwas Schwebendes gibt.

H. W. PETZET

KULTURNOTIZEN

Die Erzählungen „Das Wahr-Lügen" von Louis Aragon sind von der Darmstädter Jury zum Buch des Monats Juli gewählt worden.

Raffaels 500. Geburtstags gedenken die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen mit einer Studio-Ausstellung in der Alten Pinakothek München.

Die erste Anthologie ukrainischer, in der Tschechoslowakei lebender Schriftsteller wurde unter dem Titel „Das Herz wie die Sonne" in Preßburg veröffentlicht.

Das Sinfonieorchester des Saarländischen Rundfunks wird im Oktober unter der Leitung Hans Zenders drei Konzerte in der „DDR" geben.

Die Gema-Stiftung hat in Zusammenarbeit mit dem Deutschlandfunk für 1983 wieder den Ernst-Fischer-Preis für Nachwuchskomponisten ausgeschrieben; Unterlagen bei DLF, Justitiariat, Raderberggürtel 40, 5000 Köln 51.

Hans-Jochen von Uslar-Gleisen wird neuer Kulturdezernent der Stadt Bonn.

Monica Botsker erhielt die Upjohn-Fellowship für Wissenschaftsjournalisten.

Der Autor Jiri Brabanec ist 72jährig in Prag gestorben.

Alberto Ginastera, der argentinische Komponist, ist 67jährig in Genf gestorben.

Schlechte Noten für die Ruhe-Pille

Bremer Studie warnt vor Suchtgefahr und Nebenwirkungen

PETER JENTSCH, Bremen

Rund 2,4 Millionen Deutsche können – glaubt man der Statistik – ohne Beruhigungsmittel nicht leben. Drei Prozent aller Männer und 5,9 Prozent aller Frauen vom 12. Lebensjahr an greifen täglich zu einem Tranquilizer (Beruhigungsmittel) oder zum Schlafmittel. Darauf machte jetzt das Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin (BIPS) unter Leitung von Professor Eberhard Greiser aufmerksam.

Greiser legte zugleich eine Studie über die in der Bundesrepublik Deutschland angebotenen insgesamt 447 Schlaf-, Beruhigungsmittel und Psychopharmaka vor, die die Wirksamkeit dieser Medikamente für 640 Anwendungsgebiete untersuchte. Er kommt dabei zu dem Schluß, daß der weitaus größte Teil dieser Präparate für die Patienten wegen der großen Suchtgefahr eher schädlich sei.

Bei 214 untersuchten Monopräparaten (nur eine Wirksubstanz) ergaben sich für 326 von den Herstellern genannte Anwendungsgebiete nur in 45,7 Prozent „uneingeschränkt positive Gesamtbewertungen". Noch negativer die Bilanz der Kombinationspräparate (Medikamente mit mehreren Wirkstoffen): Die Studie beurteilt keines der 233 Kombinationspräparate für die 314 Behandlungsmöglichkeiten als „vertretbar und empfehlenswert".

Die negativen Beurteilungen ergeben sich vor allem durch unerwünschte Nebenwirkungen. Denn immerhin beurteilte die Studie die Wirksamkeit der Monopräparate (wobei Nebenwirkungen nicht berücksichtigt wurden) zu 81,9 Prozent als „zweifelsfrei nachgewiesen", bei 4,9 Prozent als „wahrscheinlich" und bei 10,7 Prozent als „möglich".

So machte Greiser denn auch deutlich, daß Medikamente dieser Therapierichtung trotz unerwünschter Nebenwirkungen durchaus wichtig sein können. „Bei Depressionen eines Patienten müssen Nebenwirkungen von Antidepressiva toleriert werden. Das gleiche Medikament kann aber als Tranquilizer nicht mehr tolerierbar sein."

Heftige Vorwürfe erhoben Greiser und seine Kollegen gegen die Ärzte. Die Gefahr der Arzneimittelabhängigkeit, die sich durch Wirksubstanzen wie Benzodiazepin-Derivate, Barbiturate, Bromcarbamide, Meprobamat und Methaqualon ergeben und die auch in vielen gängigen Präparaten enthalten sind, werde von vielen Ärzten nicht erkannt. Greiser: „Der Arzt besitzt zu wenig Information über den Stoff, ihm wird suggeriert, es seien problemlose Medikamente."

Das gelte etwa für die „Rote Liste" der Pharmahersteller, die die Ärzte über Medikamente und Anwendungsgebiete informiert. Greiser: „Die Zurückhaltung, die verordnenden Ärzte auf ein unbestreitbares Therapierisiko hinzuweisen, ist sicher eine der Ursachen, warum die unerwünschte Wirkung 'Abhängigkeit' kaum ins Bewußtsein der Ärzte gedrungen sein dürfte."

Diese neue Studie ist bereits die zweite von Professor Greiser erstellte im Rahmen seines „Arzneimittelindex", mit dem er eine „bewertende Arzneimittelklassifikation" erreichen will. Die erste Studie hatte vor knapp zwei Jahren Arzneimittel bei Herzinsuffizienz, Koronarinsuffizienz und Herzrhythmusstörungen untersucht und 90 Prozent dieser Präparate negativ bewertet.

Umstritten sind Greisers Studien, die von Bremens Gesundheitssenator Herbert Brückner (SPD) mit initiiert wurden, vor allem deshalb, weil sein Institut die Wirksamkeit der Medikamente nicht selbst untersucht, sondern die Bewertung der Anwendungsmöglichkeiten auf die vorhandene wissenschaftliche Literatur stützt. Zudem wird ihm der Vorwurf gemacht, diese Studien vornehmlich mit Pharmakologen und Klinikern, aber ohne Praxisbezug zu erstellen.



Streit um das holprige Pflaster von „La Butte"



Bei allem Nepp verlor der Place du Tertre nicht das Sympathische. Ein Vier-Punkte-Plan der Stadtverwaltung könnte, so fürchten wahre und falsche Künstler, das Gesicht des Hügels verändern. FOTO: GAMMA/STUDIO X

ULRICH BIEGER, Paris

Über Paris lastet sommerliche Hitze, doch durch das 18. fegt ein rauher Wind: Alain Juppé, der neue Mann des Arrondissements, zu dem auch Montmartre gehört, hatte vor den Gemeinderatswahlen im März viel versprochen. Nach seiner Wahl begann er auch prompt mit einer Menge Wirbel: Mit einem Vier-Punkte-Plan will er rigoros für die von ihm vermißte Ordnung auf dem Touristen-Tummelplatz im Schatten von Sacré Coeur sorgen.

An einer Ecke des Place du Tertre sitzt Juan – seit 25 Jahren. In dieser Zeit hat nur sein Haupthaar dem Ansturm von Touristen nicht standgehalten. Der Spanier mit dem wilden grauen Bart, der seine Bilder lieber malt als verkauft, nuschelt meist nur grantig über seine Staffelei. Von Juppé und seinem Plan läßt er sich zu ein paar ganzen Sätzen hinreißen: „Was die wollen, schnürt uns den Hals ab, die lassen uns nichts mehr zum Leben. Und das haben wir alles diesen verdammten Limonadenverkäufern zu verdanken."

Jene nämlich, die Besitzer der Bistros und Restaurants, die die sympathische Touristenfalle säumen, so argwöhnen die Künstler, stecken hinter dem Plan. Denn: Der erste Punkt sieht vor, die etwa vierhundert Maler und Porträtisten, die das Viertel bevölkern, auf ungefähr die Hälfte zu reduzieren. Die Gewerbescheine, die in der Vergangenheit großzügig ausgegeben wurden, sollen durch neue Zulassungen ersetzt werden. Der Bewerber muß sich einer Prüfungskommission von Fachleuten stellen. Damit will man vor allem all jene Geschäftemacher vom Berg jagen, die dort gar nicht arbeiten, sondern nur fertige Drucke feilbieten. Die Maler sind jedoch davon überzeugt, daß sich die „Limonadiers" nur die freien Plätze für neue Tische sichern wollen.

Mit dem zweiten Punkt will Juppé „La Butte" wieder sicher machen. Überfälle und zunehmende Kleinkriminalität haben, so der Stadtrat, inzwischen dazu geführt, daß sich sogar viele Taxifahrer weigerten, Fahrgäste oben abzusetzen oder abzuholen. Die Polizei soll durch verstärkte Streifen Abhilfe schaffen. Außerdem will man – so Punkt drei – mit Sonderschichten der Straßenreinigung und größeren Abfalleimern die Berge von Müll beseitigen. Viertens ist schließlich geplant, die 1600 Quadratmeter, von denen man heute noch nicht genau weiß, ob sie den Besuchern oder eher den Bohemiens gehören, durch öffentliche Toiletten, Postamt, Telefonzellen und Informationsbüro zu einer anständigen Touristenattraktion erster Klasse werden zu lassen.

Die Künstler auf dem Place du Tertre bringt allerdings nur der erste Punkt des Juppé-Planes auf die Palme. Während er, so sagen sie, die eine Hälfte um den Lebensunterhalt bringe, versuche er die andere bis hin zur Preisgestaltung zu reglementieren.

„Die wollen uns hier zu regelrechten Malbeamten machen", schäumt Evangelos Tzagarakis nach einer Versammlung von CAM (Kollektiv der Montmartre-Künstler), dem größten Zusammenschluß auf „La Butte". Mit ihnen, so Tzagarakis, habe auch niemand geredet, wie immer behauptet werde.

Schon ist auf Montmartre, in dessen Kneipen sich auch heute noch manchmal Georges Moustaki oder ein Kollege aus der Hohen Schule des Chansons vom Olymp der Bühne des „Olympia" verirren, vom Aufstand die Rede. Die Künstler der Straße wollen, wenn nötig, den gleichen steinigen Weg gehen wie in den letzten Wochen auch Studenten, Professoren und Landwirte – zur Demo auf den großen Boulevards in der Unterstadt.

Jean, der sich noch vor der Versammlung nur um seinen eigenen Kram scheren wollte, will es danach wissen: „Wenn es nötig ist, können wir die sogar mit einem Streik in die Knie zwingen. Wir sind zwar für die Kneipiers nur der letzte Dreck, aber ohne uns würden die doch kein Glas Wasser verkaufen, ohne uns würde niemand Montmartre kennen."

Noch, so scheint es, stehen die Maler auf dem holprigen Pflaster des Hügels, auf dem im Ausklang des 19. Jahrhunderts auch an der Geschichte der Malerei mitgepinselt wurde, allein. „Wir wollen auch nicht", versichert CAM-Sprecher Evangelos Tzagarakis, „daß der Streit ein politischer wird, weil das nur noch mehr Ärger und Unruhe geben würde."

Daran kommen sie wahrscheinlich kaum vorbei, denn schon hat sich Bertrand Delanoë unaufgefordert hinter die Sache der Künstler gestellt: Delanoë ist Parlamentsabgeordneter des 18. Arrondissements und Sprecher der Sozialistischen Partei.

Anwendung der Anti-Baby-Spritz[e] eingeschränkt

AP, Ber[lin]

Das Bundesgesundheits[amt] (BGA) in Berlin hat die Anwend[ung] der sogenannten Dreimonatssp[rit]ze zur Schwangerschaftsverhüt[ung] erheblich eingeschränkt. Von [die]ser Maßnahme sind die Arznei[mit]tel „Noristerat" der Firma Scher[ing] sowie „Depo-Cliver" der Hepp[en]heimer Firma Upjohn betroffen. [Die] Mittel bergen nach den Erkennt[nis]sen des BGA größere Risiken in [sich] als andere Verhütungspräpar[ate]. Nach der Entscheidung der Be[hör]de dürfen die beiden Mittel nur n[och] bei Frauen eingesetzt werden, [die] einen normalen Zyklusverlauf [ha]ben und andere Verhütungsmi[ttel] nicht vertragen. Außer[dem] müsse vor der Verabreichung [eine] Schwangerschaft strikt [ausge]schlossen werden, um Mißbild[un]gen bei Neugeborenen mit Si[cher]heit zu vermeiden. Die beiden [Arz]neien dürften ferner nicht in [der] Stillzeit oder bei bestimm[ten] Krankheiten angewendet we[rden,] da in einem solchen Fall unver[tret]bare Gesundheitsrisiken droht[en].

Außerdem ordnete das BGA [für] acetylsalicylsäurehaltige (A[SS]) Arzneimittel – besser bekannt u[nter] dem Wirkstoffnamen Aspirin – [er]weiterte Gebrauchsinformatio[nen] mit Warnhinweisen an. Wie das [BGA] gestern mitteilte, sind von dem [Be]scheid 75 Arzneimittel von in[sge]samt 48 pharmazeutischen Un[ter]nehmen betroffen, deren Präp[arate] ASS als einzigen Wirkstoff en[thal]ten. In der letzten Zeit seien bei [der] Anwendung verstärkt Neben[wir]kungen wie das sogenannte R[eye]-Syndrom sowie Blutungsgefah[ren bei] Schwangeren und Neugebore[nen] aufgetreten.

Anklage im Fall Rampi

AP, [Rom]

Ein römischer Staatsanwalt [hat] Anklage wegen des tragischen [To]des des sechsjährigen Alfredo R[am]pi erhoben, der im Juni 1981 in [einen] Brunnen gefallen und trotz [an]strengter Rettungsbemühungen [er]stickt war. Angeklagt wurde[n der] Grundstücksbesitzer, auf de[ssen] Anwesen in Frascati bei Rom [der] Brunnen liegt, und ein Bauu[nter]nehmer, die den Brunnen nich[t ge]nügend gesichert haben sollen.

LEUTE HEUTE

Star zahlt

Der im Vorjahr von Rassenunruhen heimgesuchte Londoner Stadtteil Brixton erhält ein David-Bowie-Nachbarschaftszentrum. Finanziert wird es von dem Star selbst, der vor 36 Jahren in Brixton zur Welt kam. In der vergangenen Woche gab **David Bowie** ein Wohltätigkeitskonzert, das 300 000 Mark einbrachte. Davon soll nun das ehemalige Kaufhaus umgebaut werden.

Fünfter Anlauf

Zum fünften Mal geheiratet hat in New York der 57jährige Film- und Theaterschauspieler **Richard Burton**. Frau Burton wurde die 35jährige **Sally Hays**, früher Produktionsassistentin bei der BBC. Zu seinen zwei Ehen mit **Liz Taylor** kamen bisher je eine mit der englischen Schauspielerin **Sybil Williams** und eine mit der früheren Frau des Rennfahrers **James Hunt, Susan**.

WETTER: Hochsommer

Wetterlage: Ein Hoch über dem Ostseeraum bleibt für den Norden und Osten Deutschlands noch wetterbestimmend, während die übrigen Gebiete des Bundesgebietes zunehmend in den Einflußbereich der Gewitterstörungen über Frankreich geraten.



Vorhersage für Mittwoch:

Nördliches, mittleres und östliches Deutschland:

Sonnig und trocken mit Tageshöchsttemperaturen nahe 30 Grad, nur an der Ostsee und in den Hochlagen der Mittelgebirge um 24 Grad.

Westliches und südliches Deutschland:

Anfangs noch heiter, im Tagesverlauf zunehmende Quellbewölkung und Ausbildung einzelner gewittriger Schauer. Temperaturen nachmittags bis 30 Grad, nachts um 16 Grad.

Weitere Aussichten:

Aufkommende Gewitter und etwas zurückgehende Temperaturen.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	23°	Kairo	29°
Bonn	25°	Kopenh.	21°
Dresden	23°	Las Palmas	22°
Essen	24°	London	25°
Frankfurt	24°	Madrid	25°
Hamburg	22°	Mailand	27°
List/Sylt	19°	Mallorca	28°
München	24°	Moskau	21°
Stuttgart	25°	Nizza	25°
Algier	23°	Oslo	19°
Amsterdam	24°	Paris	26°
Athen	26°	Prag	24°
Barcelona	26°	Rom	25°
Brüssel	23°	Stockholm	20°
Budapest	28°	Tel Aviv	28°
Bukarest	19°	Tunis	30°
Helsinki	17°	Wien	25°
Istanbul	25°	Zürich	24°

Sonnenaufgang* am **Donnerstag**: 5.14 Uhr, Untergang: 21.39 Uhr, **Mondaufgang**: 2.36 Uhr, Untergang 18.25 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Edler Grundsatz mit kleinen Schönheitsfehlern

KURT POLLAK, Wien

Wer anderen eine Radarfalle stellen will, sollte nicht selbst hineintappen. Dies passiert zur Zeit dem österreichischen Gesetzgeber. In einer seit 1. Juli geltenden Novelle der österreichischen Straßenverkehrsordnung wurde verfügt, daß die bisher üblichen „Radarfallen" durch „Vorankündigung" entschärft werden müssen. Für das Verfahren stand, so ein Sprecher, der Grundsatz „nicht hinterlistig Strafgelder zu schinden, sondern verkehrserzieherisch zu wirken", Pate.

Der Dank des Autofahrervolkes schien den Gesetzformulierern sicher, wenn sich nicht ein kleiner Schönheitsfehler eingeschlichen hätte. Das Team von Verkehrs- und Rechtsexperten hat schlichtweg vergessen, den Verkehrsüberwachern auch mitzuteilen, wie die „Vorwarnschilder" auszusehen haben und wo sie postiert werden sollen. Ein Sprecher der Wiener Polizeidirektion gegenüber der WELT: „Ein traumhaftes Chaos bahnt sich an ..."

Tatsächlich ist die Rechtsunsicherheit bei der Exekutive in allen neun österreichischen Bundesländern schon jetzt perfekt. So hat etwa der Landesgendarmerie-Kommandant von Kärnten spontan seine Beamten angewiesen, selbstgebastelte Warntafeln mit deutlich sichtbarer Farbe zu beschriften und 400 Meter vor dem Radarwarngerät aufzustellen. In Tirol dagegen plant man, die Warntafeln gleich an den Grenzübergängen aufzustellen, ohne zu bedenken, daß man damit ganz Tirol zu einer einzigen Radarfalle machen würde. In Salzburg wollte man aus Kostengründen zunächst sogar nichts unternehmen und weitere Weisungen von „oben" abwarten.

Um dem „traumhaften Chaos" ein Ende zu bereiten, wird nun heute ein „Radar-Krisengipfel" zusammentreten, um reinen Tisch zu machen.

Mitterrand sagt Pariser Weltausstellung ab

Überraschende Entscheidung nach Streit um die Kosten

A. GRAF KAGENECK, Paris

Für große Aufregung hat in Paris die Nachricht gesorgt, daß die Weltausstellung 1989, geplant zugleich als 200-Jahr-Feier der Französischen Revolution und Apotheose der Mitterrand-Ära, schlicht und einfach abgesagt worden ist. Der Pressesprecher des Elysée-Palais, Michel Vauzelle, kündigte dies gestern morgen in einem knappen Kommuniqué an. Frankreich hat gleichzeitig das internationale Büro für die Organisation von Weltausstellungen wissen lassen, daß es von seiner Kandidatur für die Ausstellung 89 zurücktritt.

Die Absage aus dem Elysée-Palais wird damit begründet, daß die Regierung nicht versuchen könne, gegen den Willen der Volksvertreter eine Entscheidung von solchem finanziellen und baulichen Umfang durchzusetzen. Diese aber, vor allem die Stadträte der Stadt Paris und die Regionalräte der umliegenden Region „Ile de France" hatten am Wochenende in einem gemeinsamen Kommuniqué wissen lassen, daß sie weder die Baukosten noch die Beeinträchtigungen zu tolerieren bereit seien, welche die vierjährigen Bauarbeiten für die Ausstellung am Ost- und am Westrand der Stadt für die Bevölkerung mit sich bringen würden.

Außerdem sei nicht sicher, daß die Einkünfte aus der zu erwartenden Besucherzahl auch nur annähernd die Baukosten wieder einspielen würden. Schließlich gehe aus dem Bauplan des Sonderkommissars Gilbert Trigano (er ist gleichzeitig Präsident des Club Méditerranée) nicht hervor, ob die Infrastrukturarbeiten für die Ausstellung, Straßen, Bahnen, Kais usw. der Stadt weiterhin nützlich sein könnten.

Der Bürgermeister von Paris, Jacques Chirac und sein Parteifreund Giraud, Präsident des Regionalrates hatten, nachdem ihre Entscheidung gegen den Bau eines Ausstellungsterrains am Sitz des künftigen Sportpalastes im Osten der Stadt im Mai bereits gefallen war, ein Gelände von 370 Hektar nahe der Satellitenstadt Marne-la-Vallée im Marnetal ostwärts von Paris vorgeschlagen. Damit aber war wohl aus Prestigegründen der Staatspräsident selbst nicht einverstanden, der seine Ausstellung in den Mauern der Hauptstadt, Mutter der großen Revolution, haben wollte.

Sein Informationsminister Max Gallo hatte dies jedenfalls noch am Vortage klar ausgedrückt, indem er sagte: „Wenn Frankreich und Paris eine Zukunft haben wollen, so ist diese Ausstellung ein Element dieser Zukunft. Dieses Projekt übertrifft bei weitem den politischen Horizont der augenblicklichen Präsidentschaftsperiode. Es geht darum, Paris, die Hauptstadt der Menschenrechte, zum strahlenden Sitz des weltweiten Ereignisses zu machen."

Bürgermeister Chirac wehrt sich entschieden gegen den Vorwurf, die Entscheidung aus politischen Gründen gefällt zu haben. Er führt an, daß die zu erwartenden Kosten von annähernd 40 Milliarden Franc eine ungeheure steuerliche Belastung für die Pariser Bevölkerung bedeuten würde, da der Staat sich nach wie vor hartnäckig weigert, auch nur einen Teil dieser Kosten zu übernehmen.

Gleichzeitig kündigt der Bürgermeister an, daß die 200-Jahr-Feier für die große Revolution jetzt von der Stadt Paris alleine, aber in sehr viel bescheidenerem Rahmen ausgerichtet werden soll.

„Untergrund-Nasa" arbeitet weiter an Marslandung

WOLFGANG WILL, New York

Es wäre in diesen Tagen gewesen, daß die Welt dem Rückflug der ersten amerikanischen Astronauten vom Mars gefolgt wäre. Anfang August sollte die Besatzung des Mars-Raumschiffes im Indischen Ozean wassern. Doch dann mußte die Nasa die Pläne Wernher von Brauns aus finanziellen Gründen zusammenstreichen.

Die Mars-Landung aber liegt bei der Nasa-Bürokratie nicht nur einfach „auf Eis". Vielmehr gibt es eine Reihe Nasa-Techniker, -Ingenieure und -Wissenschaftler, die in ihrer Freizeit und unterstützt von Kollegen bei Rockwell International, Boeing, TRW, Grumman und Lockheed an einer hypothetischen Marslandung arbeiten, basteln und tüfteln. Leonard Davis, der Direktor des Washingtoner National Space Institute, spricht von einer „Untergrund-Nasa" und faßte den Stand ihrer Mars-Projekte auf der Tagung der „American Association for the Advancement of Science" in Detroit zusammen:

„Obwohl das Apollo-Projekt, das als Grundlage dienen sollte, völlig ad acta gelegt wurde, könnten wir eine ‚mix-and-match'-Technologie präsentieren, die es Amerika gestatten würde, noch vor Ablauf dieses Jahrhunderts Menschen zum Mars zu entsenden. Wir brauchen nur dies: Wir müssen des Menschen Entschlossenheit, der Forschung und dem Fortschritt dienen, mit vorhandenen Technologien koppeln und integrieren."

Laut Davis geht aus zwei voneinander unabhängigen Studien hervor, daß die USA eine permanente Mond-Basis, für militärische oder Bergbauzwecke, auf dem Mond in den neunziger Jahren in Betrieb haben könnten. Die Kosten werden auf 50 Milliarden Dollar veranschlagt – das Nasa-Jahresbudget aber liegt derzeit bei etwa sieben Milliarden Dollar und wird fast völlig vom Raumflugzeug-Projekt in Anspruch genommen. (SAD)

Einfuhrstopp für Blut

dpa, Straß[burg]

Die Ausbreitung der 1981 [erst]mals in den USA aufgetre[tenen] Krankheit AIDS (Schwäche [des] körpereigenen Abwehrsys[tems]) soll nach einer Empfehlung [von] Gesundheitsexperten des Eu[ropa]rates in Straßburg durch einen [Ein]fuhrstopp für Blutprodukte [und] Blutkonserven bekämpft wer[den]. Den Gesundheitsbehörden [wird] empfohlen, die nationale Selbs[tver]sorgung mit Blutprodukten [zu] erreichen.

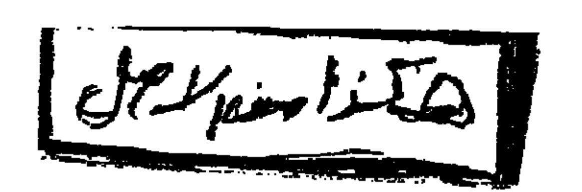
Probebetrieb mit 400 km[/h]

AP, Mep[pen]

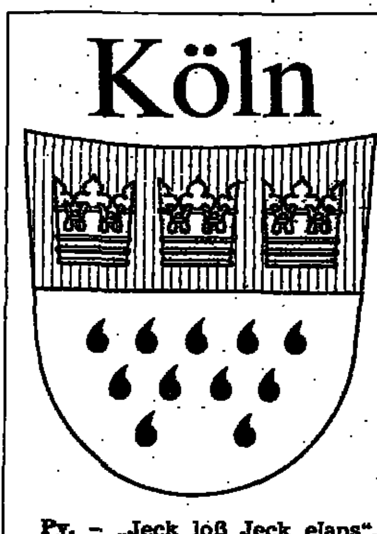
Eine Bahnreise in die Zuk[unft] beginnt morgen im Emsland[ische]n Meppen mit dem neu entwicke[lten] Testzug „Transrapid 06". Der Z[ug,] der auf einem Magnetfeld schw[ebt,] entwickelt eine Geschwindig[keit] bis zu 400 Stundenkilometer. [Das] Projekt war vom Bundes[for]schungsministerium in Auftrag [ge]geben und von einem Firmenk[on]sortium entwickelt worden.

ZU GUTER LETZ[T]

„Nach dem Abbruch ihrer di[plo]matischen Beziehungen haben [der] Irak und Ägypten am Montag [be]schlossen, ihre Zusammen[arbeit] zu verstärken." Meldung der D[eut]schen Presse-Agentur.



Köln



Py. – „Jeck loß Jeck elans", sagt der Kölner. Aus seiner Muttersprache übersetzt heißt das soviel wie „Jeder nach seiner Fasson". Individuelle Freiheit geht dem Kölner über alles, womit er sich und seine Mitmenschen respektiert. An die Stelle der Hierarchie tritt die Gemeinschaft der Gleichwertigen. Man läßt eben sich und andere leben.

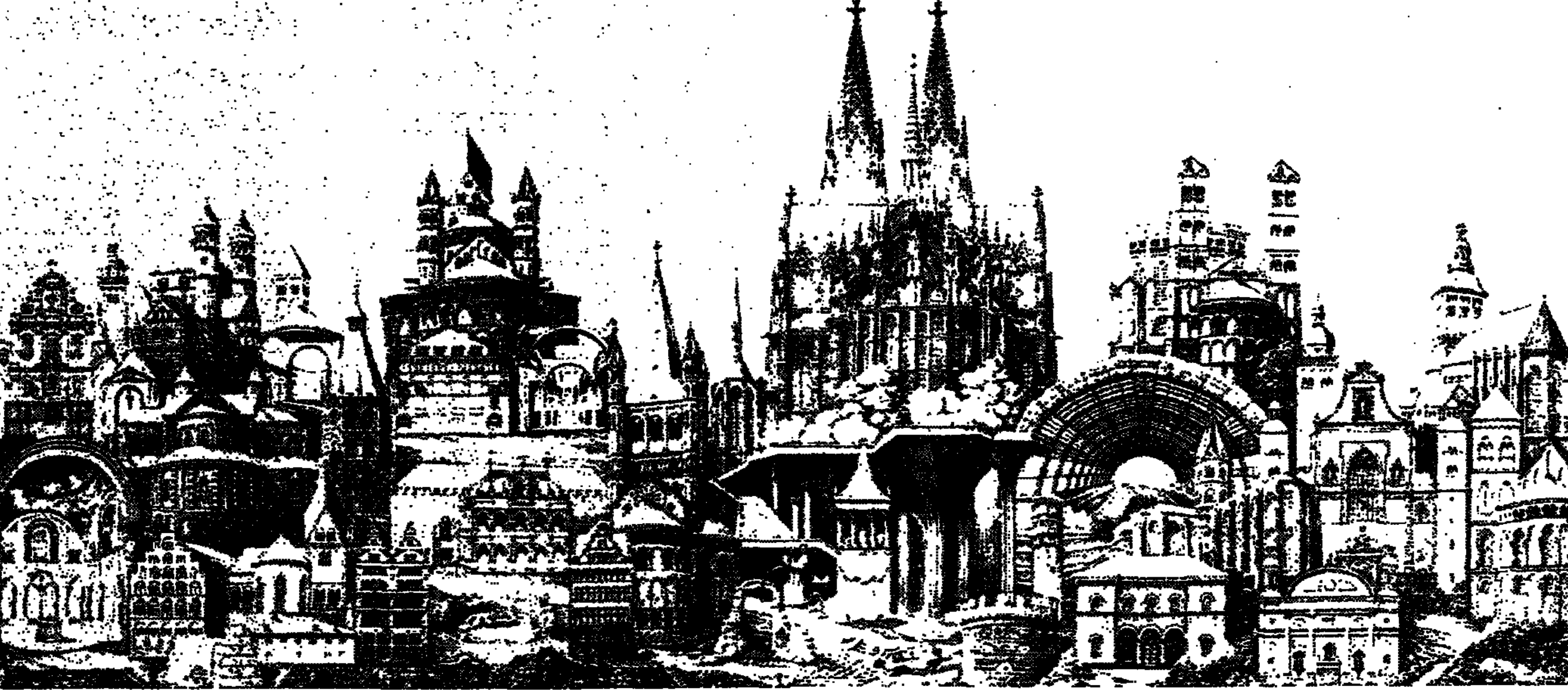
Köln, *das ist erprobte Lebensart*. Die Menschen „leben" gleichsam ihre Stadt und ihre Traditionen. Und Köln-Tradition ist allgegenwärtig: als Industriestadt mit großen Ingenieurleistungen, als Stadt der Dienstleistungen, vor allem im Versicherungsbereich, als Einkaufszentrum, als umschwärmte Kulturstadt, als Stadt der Wissenschaften und, und, und . . .

Dieses Köln ist eine Stadt selbstbewußten Bürgersinns. Ob *im Mittelalter, unter der Herrschaft* der preußischen Könige, ob unter der Nazi-Diktatur, Kölner haben stets Wege gefunden, sich dem starren Druck der Obrigkeit zu entziehen. Sie fühlen sich ihrer Stadt verpflichtet, was man auch *im Kontakt mit* Stadtoberen deutlich empfindet. Sie haben nicht nur „Jobs", sie sind tief engagiert, ob es nun gebürtige Kölner oder „Immis" (Zugewanderte) sind. Wohl in keiner anderen Stadt können Rat und Oberbürgermeister so viele – und seien es die kleinsten – Bürgerschenkungen und Vermächtnisse entgegennehmen.

In Köln wurde bedeutende Industriegeschichte geschrieben. Und doch haben die Menschen, die dies erarbeiteten, nie vergessen, „Mensch zu bleiben".

An keinem Platz in Deutschland gibt es gemessen an der Bevölkerungszahl so viele Gaststätten wie in Köln. In den traditionellen „Weetschaften" serviert der „Köbes" (Kellner) im blauen Strickwams, mit blauer Schürze und oft kessen Sprüchen ein „Stängelschen" helles, obergäriges Bier, das Kölsch. Dazu gibt es „Halven Hahn" (Käse mit Roggenbrötchen) oder den „Kölschen Kaviar" (Blutwurst mit Zwiebelringen). Hier bleibt auch der Fremde selten allein.

Köln ist übrigens auch eine sehr grüne Stadt. Es war der Oberbürgermeister Konrad Adenauer (ein erster „Grüner"?), der schon in den 30er Jahren weiträumige Grünzonen mit Beharrlichkeit gegen mancherlei Widerspruch – auch der Industrie – durchsetzte und die Stadt vor unbedachter Zersiedlung bewahrte.



„Ein Traum von Köln" zeichnete 1977 der in der Domstadt lebende Künstler Günter Merkenich. Das Original hängt im Kölnischen Stadtmuseum.

Die Strukturkrise erzwingt Anpassungen

Vom römischen Stützpunkt zu einem bedeutenden wirtschaftlichen Ballungsgebiet Westeuropas / Vielfalt und Ausgewogenheit

Köln verdankt seine traditionelle Stellung als bedeutendes westeuropäisches Wirtschaftszentrum seiner vorzüglichen verkehrsgeographischen Lage. Wegen dieses Standortvorteils gründeten bereits die Römer um etwa 30 v. Chr. hier einen militärischen Stützpunkt. Er war ausschlaggebend für die Verleihung des Stadtrechtes als „Colonia Claudia Ara Agrippenensium (CCAA)".

In den ersten nachchristlichen Jahrhunderten wurden wertvolle Glaserzeugnisse hergestellt, die im gesamten Römischen Reich Abnehmer fanden. Auch glänzten keramische Erzeugnisse aus „Colonia" bis nach England. Bis zum Mittelalter entwickelte sich die Stadt zu einem führenden Handelsplatz. Sie gedieh im Verbund mit den Hansestädten zu einem mächtigen Wirtschaftszentrum, das jedoch im 30jährigen Krieg (1618–1648) zerstört wurde.

Mit Beginn des 18. Jahrhunderts kam die Stadt zu neuer wirtschaftlicher Blüte. Die industrielle Revolution gab auch hier, spätestens von 1850 an, entscheidende wirtschaftliche Anstöße. Köln gedieh zu einem hochrangigen Banken- und Versicherungsplatz. Mit fortschreitender industrieller Entwicklung siedelten sich immer mehr Gewerbebetriebe am Stadtrand an. Es entstand ein bedeutendes Industriezentrum.

Bis in die 30er Jahre prägten vor allem Unternehmen des Eisen- und Stahlbaues, des Maschinen- und Fahrzeugbaues sowie der Elektroindustrie das industrielle Bild dieses Wirtschaftsraumes. Im Zweiten Weltkrieg versank die Stadt in Schutt und Asche.

Nach Kriegsende gelang der Wiederaufstieg unerwartet schnell. Im Zuge des Ausbaues der verkehrsmäßigen Infrastruktur – Schienen-, Straßen-, Luftverkehr – entwickelte sich Köln zu einem gefragten internationalen Verkehrsknotenpunkt, was mit weiteren Industrieansiedlungen begleitet war.

Die Kölner Industrie setzt traditionell einen weit überdurchschnittlichen Anteil ihres Umsatzes im Ausland ab. Dabei gelang es ihr, von der raschen Ausweitung des Welthandels in den 50er, 60er und 70er Jahren zu profitieren, bis der explosionsartige Anstieg des Ölpreises auch hier das Kostengefüge belastete.

Kölns Wirtschaft ist heute gewiß einiges mehr als der traditionsreiche Duftwasserbetrieb „4711" an der Glockengasse oder die bekannte Schokoladenfabrik Stollwerck. Während der vergangenen Jahrzehnte hat sich der Kölner Wirtschaftsraum – er entspricht heute dem Bezirk der Kölner IHK und umfaßt neben Köln Leverkusen, den Erft-Kreis, den Oberbergischen und den Bergischen Kreis – zu einem der bedeutendsten Ballungsgebiete Westeuropas entwikkelt. Er bildet den südlichen Schwerpunkt an der Rheinschiene neben dem Ruhrgebiet im Osten und Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam im Nordwesten.

Charakteristisch sind Vielfalt und Ausgewogenheit dieses Wirtschaftsraumes. Hier leben mehr als zwei Millionen Menschen. Die Gesamtsumme der Beschäftigten verteilt sich etwa mit 50 Prozent auf das produzierende Gewerbe und jeweils 25 Prozent auf die Bereiche Handel, Verkehr, Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie auf die übrigen Dienstleistungen und die Landwirtschaft.

Industriebetriebe[1])	427
Beschäftigte	112 651
Umsatz	29,06 Mrd. DM
Export	8,92 Mrd. DM
Arbeitslosenquote	11,5 Prozent
Branchen	Umsatz Mitarb. (Anteil in Prozent)
Chemie	22,9 13,4
Fahrzeugbau	17,6 25,8
Maschinenbau	14,8 22,6
Elektrotechnik	9,2 12,2
Nahrungs-/Genußm.	4,9 5,0
Druck	1,5 3,9
Einzelhandelsbetriebe[2])	7 136
Beschäftigte	44 379
Geschäftsfläche	1 990 000 m^2
Umsatz	7,639 Mrd. DM

[1]) Industrie- und Handwerksbetriebe (ohne Bauindustrie) mit mehr als 20 Beschäftigen in der Stadt Köln; Stand: Ende 1982.
[2]) Handels- und Gaststättenzählung 1979.

Die ansässige Industrie bietet ein vielfältiges Bild, in dem nahezu alle Branchen vertreten sind. Besonderes Gewicht hat die chemische Industrie. Starke Zuwachsraten in den 60er und 70er Jahren führten zur Verdrängung des traditionsreichen metallverarbeitenden Bereichs vom ersten Platz. Andererseits sah sich die mineralölverarbeitende Industrie in den letzten Jahren in ihrer Entwicklung durch die immensen Rohölpreissteigerungen gebremst.

Heute nehmen Fahrzeug- und Maschinenbau jeweils die zweite und dritte Position ein, gefolgt von der Elektroindustrie und der Nahrungs- und Genußmittelproduktion sowie den Unternehmen der Stahl- und Eisenverarbeitung. In Anlehnung an die traditionsreiche Duftwasserproduktion entwickelte sich eine stark exportintensive kosmetische und pharmazeutische Industrie.

Die Braunkohle gewann mit ihrem im westlichen Vorfeld der *Stadt gelegenen Energie- und Roh*stoffpotential zunehmende energiewirtschaftliche Bedeutung. Im rheinischen Braunkohlenrevier werden jährlich etwa 120 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert – mehr als 90 Prozent der Gesamtförderung im Bundesgebiet.

Etwa ein Viertel aller Arbeitnehmer im Kölner Wirtschaftsraum sind in der Industrie bei Chemiefirmen tätig, während der Fahrzeug- und Maschinenbau jeweils 15 bzw. 14 Prozent der Arbeitnehmer einen Arbeitsplatz bietet. Diese stark exportintensiven Produktionsbereiche leiden heute darunter, daß das seit den 50er Jahren beobachtete rasche Wachstumstempo des Welthandels mittlerweile beendet wurde.

Hinzu kommt, daß die Strukturkrise der Weltwirtschaft, die vor den Toren Kölns nicht haltgemacht hat, neue Formen der internationalen Arbeitsteilung und entsprechende Anpassungen erzwingt. So sieht sich der Maschinenbau einer scharfen Konkurrenz aus Schwellenländern wie etwa Brasilien ausgesetzt: die chemi*sche Industrie steht unter* erheblichem Wettbewerbsdruck aus den Vereinigten Staaten.

Als ein die Beschäftigungsstruktur stabilisierendes Element wird der relativ hohe Anteil der mittelständischen Betriebe angesehen: 60 Prozent aller Firmen aus dem produzierenden Bereich beschäftigen zwischen zehn und 500, die Hälfte dieser Betriebe zwischen zehn und 100 Mitarbeiter. Jeweils 1,6 Prozent der Unternehmen beschäftigen 500 bis 1000 bzw. mehr als 1000 Mitarbeiter. Eine offensichtlich gut gestreute Betriebsgrößenstruktur, die jedoch nicht verhinderte, daß die Arbeitslosenquote im Kölner Wirtschaftsraum nunmehr 10,2 Prozent beträgt und damit deutlich über der Vergleichszahl des Bundes liegt.

Hier ansetzende Aktivitäten der Wirtschaft benötigen allerdings einen entsprechenden Rahmen. Denn es bedarf keiner besonderen Weitsicht, um zu erkennen, welche beschäftigungspolitischen Folgen sich ergeben, wenn es den mit akuten Anpassungsproblemen konfrontierten Industriebereichen nicht gelingt, sich den veränderten Wettbewerbsbedingungen am Weltmarkt anzupassen.

KARL-HEINZ STEFAN

Immer eine Wellenlänge voraus

In fast jeden Haushalt der Bundesrepublik und darüber hinaus um die ganze Welt spannen sich die unsichtbaren Fäden aus Köln, die rund um die Uhr Unterhaltung und Information über Radio und Fernsehen ausstrahlen. Nicht selten ist die Meinung zu hören, daß die Existenz von vier Funkhäusern auch diese Art von Geschäft durchaus belebt.

Mitten im Herzen der Stadt ist der Westdeutsche Rundfunk (WDR) angesiedelt, für dessen Rundfunk-Abteilung 750 festangestellte Redakteure arbeiten. Weitere 450 Mitarbeiter unterstehen der Fernsehdirektion. Der WDR ist heute mit 25 Prozent am Gemeinschaftsprogramm der ARD beteiligt.

Der Deutschlandfunk, dessen Sendungen in Deutsch und in zwölf Fremdsprachen über den Äther ausgestrahlt werden, ist ein „Unternehmen" mit 700 Mitarbeitern. Sie bedienen Deutschland und Europa rund um die Uhr – von der Morgenandacht bis zum Nachtkonzert.

Als „Stimme der Heimat" steckt heute mancher Bundesbürger den dritten in Köln ansässigen Sender ins Urlaubsgepäck: Die Deutsche Welle ist der Auslandsfunk der Bundesrepublik Deutschland mit der Aufgabe, den Hörern im Ausland ein Bild des Lebens in Deutschland und auch die deutsche Auffassung zu aktuellen Fragen und Ereignissen zu vermitteln.

Vor drei Jahrzehnten gegründet, sendet die Deutsche Welle inzwischen 93 Programme in 34 Sprachen. 1400 festangestellte Redakteure und Hunderte von freien Mitarbeitern sind daran beteiligt. In den jeweiligen Sendegebieten sind die Programme differenziert und die Interessen der Hörer im jeweiligen Empfangsgebiet berücksichtigt.

Der „British Forces Broadcasting Service" (BFBS) ist die vierte Kölner Rundfunkanstalt. 1945 zunächst in Hamburg als „British Forces Network" (BFN) gegründet, residiert sie seit 1954 im Kölner Stadtteil Marienburg und erreicht rund fünf Millionen Hörer (zum Vergleich: Der WDR in Nordrhein-Westfalen mit drei Kanälen 8,5 Millionen Hörer). In erster Linie sind aber die 160 000 Angehörigen der Britischen Rheinarmee angesprochen. Die Soldaten und ihre Familien, die in der Bundesrepublik leben, werden nicht nur unterhalten und informiert, sondern in gewissem Sinne auch weitergebildet. Und natürlich soll der Kontakt zur Heimat aufrechterhalten werden.

Bis 1982 war der BFBS dem Verteidigungsministerium in London unterstellt, dann fusionierte er mit der Service Kinema *Corporation*, einer Stiftung, die die britischen Kinos in der Bundesrepublik mit Filmen und die Armee mit Unterrichtsmaterial versorgt. 50 Mitarbeiter senden wöchentlich 168 Stunden Programm. (ups)

AUS DEM INHALT

Die Zukunft auf dem Abstellgleis?

Wirtschaftsförderung: Trotz einiger Rückschläge ist Panik nicht angebracht

Wie sich die Zeiten ändern. Vor etwa zehn Jahren noch wurden „Wachstumsbranchen", wo immer sie sich anboten, nach Köln und in das Umland der Rheinmetropole gezogen. Heute stehen Kölns Wirtschaftsförderer Branchen, die mit Worten wie „Wachstums-" oder „Zukunfts-" beginnen, sehr kritisch gegenüber. Den Wandel in den Anschauungen brachte das Schicksal der Petrochemie in und um Köln. Einige dieser im Raum jungen Unternehmen arbeiten seit langem mit Verlust, die Esso hat bereits stillgelegt, wenn auch ohne personelle Härten, aber die Arbeitsplätze sind weg.

„Daß Zukunftsorientiertes strukturbedingt aufs Abstellgleis geriet, ist schon eine bittere Erkenntnis für mich", gesteht Herbert Kallewege, der für die Wirtschaftsförderung zuständige Beigeordnete. In der Petrochemie sind im Raum Köln rund 10 000 Menschen beschäftigt.

Ganz sorgenfrei ist die Situation nicht, ohne daß man in Panik verfallen müßte. So steht für den Beamten das Bewahren des Vorhandenen, die Hilfe bei Umsiedlungen innerhalb der Stadt im Vordergrund, während das Werben um Zuzüge von außen in den Hintergrund getreten ist. Denn was „Wachstumsbranchen" traf, kann auch dem expansiven Dienstleistungsbereich zustoßen, wenn die Elektronik stärker Einzug in die Büros hält.

Nicht selten tut sich die Verwaltung schwer, den politischen Gremien, die eine Arbeitslosenquote von 12,4 Prozent vor Augen haben, diesen Vorrang begreiflich zu machen. „Wir ziehen nicht übers Land, um unsere Industrieflächen um jeden Preis anzupreisen. Wir sind wählerisch mit unserem knappen Boden", meint Kallewege. Vor allem linksrheinisch sind 150 000 m^2 erschlossen und sofort für Interessenten verfügbar. „Wir suchen keine Ringeltauben; in der gegenwärtigen Konjunkturlage tut sich sowieso nichts. Schwerpunkt unserer Arbeit ist, gewerbliche Gewerbebetriebe zu stützen und zu fördern, die sich im Zusammenhang mit dem Bundesbaugesetz und den sich daraus ergebenden Auflagen des Umwelt- und Denkmalschutzes nicht entwickeln können, andererseits aber Sanierungsbestrebungen der Stadt im Wege *stehen", erläutert Kallewege*.

Für die Kölner Wirtschaftsförderung heißt daher das Wunderwort „Gewerbehöfe". Im September letzten Jahres wurde ein Plan aufgelegt, 60 in innerstädtischen Winkeln „verquetschten" Handwerks- und Kleinbetrieben *kurzfristig ihre* Existenz sichern zu helfen und wettbewerbsfähiger zu machen. Damit sollten mindestens 500 Arbeitsplätze dieser Betriebe sicherer gemacht werden. Dieses Vorhaben, das von der mittelständischen Wirtschaft für gewerbliche Neubauten auf Grundstücken von 200 oder 330 Quadratmetern Investitionen von 15 Millionen Mark vorsah, ist inzwischen ausgebucht. In Ossendorf ist Richtfest, in Rodenkirchen, einem anderen Stadtteil, bald Grundsteinlegung. Für Projekte mit einheitlicher Konzeption: Eigentum schaffen, wo man bisher gemietet hatte, die vorhandenen Baukostenvorteile innerhalb eines *Gemeinschaftsbauvorhabens* nutzen, die staatliche Investitionszulage von 10 Prozent und die vorhandenen öffentlichen Kreditmittel in Anspruch nehmen.

AUF EINEN BLICK

Stadtgebiet	40 512 ha
Städt. Grundbesitz	10 851 ha
Einwohner	961 777
davon Ausländer	150 134
Kommunalwahl 1979 (in Prozent)	
SPD	44,5 – 43 Sitze
CDU	44,3 – 42 Sitze
FDP	6,6 – 6 Sitze

Oberbürgermeister: Norbert Burger (SPD), Bürgermeister Dr. Heribert Blens (CDU), Jan Brügelman (FDP), Oberstadtdirektor: Kurt Rossa, Stadtdirektor Heinz Ludger Uhlenküken.
Verwaltungshaushalt 1983: Einnahmen und Ausgaben je 2,89 Mrd. DM.
Vermögenshaushalt 1983: Einnahmen und Ausgaben je 688 Mill. DM.
Gewerbesteuerhebesatz: 398 Prozent
Grundsteuer A: 165/B: 330 Prozent
Partnerstädte: Lille, Tunis, Kyoto, Berlin-Neukölln, Rotterdam, Tel-Aviv, Turku, Liverpool, Lüttich, Esch-sur-Alcette, Cluy-Napora.

Nicht zu verachten sind in diesem Zusammenhang die je nach Art des Unternehmens zu erwartenden Folgeinvestitionen von 185 bis 2600 Mark je Quadratmeter. Der Erfolg dieses Angebots hat bereits zu einer Neuauflage geführt: in Rodenkirchen werden 15 000, in Butzweilerhof (Ossendorf) weitere *20 000 Quadratmeter für insgesamt* etwa 50 Betriebe ausgewiesen. Die Preise für die Flächen liegen („erschlossen bis zum Zaun") zwischen 100 und 150 Quadratmeter.

Unternehmen mit Standortschwierigkeiten wurde aber schon in der Vergangenheit geholfen. In den Jahren 1979 bis 1982 wurden von der städtischen Wirtschaftsförderung Gewerbegrundstücke von 1,12 Millionen Quadratmeter an 341 Betriebe vermittelt. Die meisten schufen zu den vorhandenen sogar etliche neue Arbeitsplätze, was an den alten Standorten nicht möglich gewesen wäre. „Kaum auszudenken", meint Kallewege, wenn aus der Mehrzahl der Verlagerungsfälle Abwanderungsfälle geworden wären."

Auch für den *Dienstleistungs*bereich ist die Situation in Köln günstig. Verschiedene Großbauten von Konzernen machen Büroflächen im Stadtzentrum oder in Zentrumsnähe frei.

Das vorliegende Bürostandort-Konzept weist eine Vorratsfläche von 300 000 Quadratmeter Grundfläche mit 750 000 Quadratmeter Bruttogeschoßfläche aus. Zur Zeit sind 100 000 Quadratmeter sofort verfügbar, darunter auch Großobjekte. In manchen Objekten werden freilich Umbauten nötig sein. Die Büromieten werden je nach notwendigen zusätzlichen Investitionen zwischen 12 und 25 Mark je Quadratmeter liegen. ld.

27 Fachmessen – ein Milliarden-Markt für Aussteller aus 130 Ländern

Ohne Subventionen kann Köln sich gegen harte europäische Konkurrenz behaupten

Die Messen von heute dienen in erster Linie dem Geschäft von morgen und der unternehmerischen Planung von übermorgen. Selbstverständlich sind Abschluß und Vorbereitung von Geschäften die wichtigsten Zielsetzungen einer Messebeteiligung. Daneben aber kommt der Information als Entscheidungshilfe für die unternehmerische Planung eine immer größere Bedeutung zu. Erfüllt wird diese Aufgabe durch die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Messegesellschaften bei der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen, aber auch in den messefreien Zeiten.

Bei den Kölner Messen erfolgt dies unter anderem im Rahmen der Fachbeiräte, in denen rund 200 deutsche Wirtschaftsverbände vertreten sind. Dazu gehört auch die Bereitschaft der Messegesellschaften, ihr Leistungsangebot entsprechend den Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auszuweiten.

Das bedeutet eine Identifizierung des Marketings der Messegesellschaften mit dem der an ihren Veranstaltungen beteiligten Wirtschaftsbereiche, die Ausweitung der Transparenz des Messegeschehens, die marktgerechte Beratung von Branchen und Einzelausstellern – vor allem bei Erstbeteiligungen – und damit die ständige Verbesserung der Kosten-Nutzen-Relation einer Messebeteiligung.

Der hohe Stellenwert, den die Wirtschaft dem Messewesen beimißt, betrifft in erster Linie sogenannte Pilotmessen, das heißt Veranstaltungen, die aufgrund ihrer internationalen Vollständigkeit von Angebot und Nachfrage für die jeweilige Branche weltweit als führend gelten. Das ist zum Beispiel bei den 27 verschiedenen Fachmessen und Fachausstellungen der Fall, die von der Kölner Messegesellschaft regelmäßig in unterschiedlichem Turnus durchgeführt werden. Über 90 Prozent der exportfähigen Weltproduktion sind auf diesen Messen vertreten. Im Durchschnitt kommt jeder zweite Aussteller und jeder dritte Besucher aus dem Ausland.

Messegesellschaften werden von der Wirtschaft nach ihrem Leistungsangebot und ihrer Kompetenz beurteilt, die Konzepte ihrer Veranstaltungen ständig der Situation und den Entwicklungen im Wirtschaftsgeschehen anzupassen. Das hat zu einer wesentlichen Verschärfung des Wettbewerbs zwischen den europäischen Messeplätzen geführt.

Dieser Wettbewerb wird häufig nicht entsprechend den marktwirtschaftlichen Usancen ausgetragen, sondern durch laufende Zuschüsse bei Investitionen und Betriebsaufwendungen von Messegesellschaften verzerrt. Diese massiven Investitionen der öffentlichen Hand fördern einen Zuwachs an Hallenkapazitäten, deren Auslastung letzten Endes wohl nur über Dumping-Konditionen möglich sein dürfte.

Messen sind heute weit mehr als ein Spiegelbild des Marktes. Sie zeigen auch die Reaktion der Wirtschaft auf konjunkturelle und strukturelle Veränderungen. Diese Entwicklung dürfte sich auch in Zukunft fortsetzen und von einer soliden Evolution und nicht von einer spektakulären Revolution bestimmt sein. Zunehmende Internationalität des Austausches von Waren und Informationen, Veränderungen in Märkten und Konsumverhalten, technologischer Fortschritt und überstaatliche Kooperation werden den Stellenwert des Messewesens weiter erhöhen.

DIETER EBERT

Der Autor dieses Beitrags ist Hauptgeschäftsführer der Messe- und Ausstellungs-Gesellschaft Köln

Heimliche Hauptstadt des deutschen Sports

Köln, so hieß es Mitte Juni, sei Deutschlands Pokalhauptstadt. Und wer mit dem Fußballer-Blick von außen auf diese Stadt schaute, vermutete, nun müßte rund um den Dom zu einer total falschen Jahreszeit der Karneval ausbrechen. Nur weil da der 1. FC Köln aus der Bundesliga gegen Fortuna Köln aus der zweiten Liga zum Pokalfinale anzutreten hatte. Bemerkenswert war das immerhin, so etwas gab es niemals zuvor seit der Erfindung des deutschen Fußballpokals im Jahre 1935. Die lokalen Zeitungen erschienen mit Sonderbeilagen, feierten die „deutsche Fußball-Hauptstadt" und mußten nachher doch über einen lokalen Skandal berichten.

Der 1. FC Köln gewann das Finale 1:0 und wurde ausgepfiffen. Seitdem hängen Plakate an Kölns Litfaßsäulen, auf denen Nationaltorwart Harald Schumacher um Sympathien für seinen Verein wirbt. Die Zuschauer des Finales hatten den vermeintlich Schwächeren unterstützt, waren vom FC enttäuscht und mußten sich dann anhören, wie ihnen einer der Spieler zurief: „Nun jubelt doch, ihr Schweine."

Nichts zeigt besser das gestörte Verhältnis der Kölner zu ihrem sportlichen Aushängeschild. Sie lieben den Verein nicht wie die Schalker den ihren, sie setzen voraus, mit einem Spitzenklub in einer Stadt zusammenzuleben, aber Niederlagen werden schadenfroh kommentiert.

Köln als Fußballhauptstadt – keineswegs. Köln als heimliche Hauptstadt des deutschen Sports? Dafür gibt es viele gute Argumente. Hier ist die Deutsche Sporthochschule zu Hause, an der man jetzt sogar Dr. Sportwiss. werden kann. Der Leichtathletikverein ASV, Präsident ist der ehemalige Weltklassesprinter Manfred Germar, stellt gleich drei Favoriten für die ersten Weltmeisterschaften in Helsinki: die Hochspringer Dietmar Mögenburg und Carlo Thränhardt und den Mittelstreckenläufer Thomas Wessinghage. Der Kölner EC war Deutscher Eishockeymeister, Saturn Köln ist die beste Adresse im deutschen Basketball. Und vor wenigen Jahren noch stellte sich im Hockey nur die Frage, welche Farben der Meisterklub aus Köln trägt – Rot-Weiß oder Schwarz-Weiß. Bei den Damen war das eindeutiger, da hieß der Titelträger Blau-Weiß Köln.

Daß Rhenania Köln mit zehn Titeln der erfolgreichste deutsche Schwimmverein ist, wurde nur durch einen Michael Groß etwas verdrängt. Schließlich ist in Köln, einer traditionellen Hochburg der Radrennfahrer, Weltmeister Ferdy Schmidtke zu Hause, Weltmeister der Bahnfahrer. Und Köln ist die Zentrale des Galoppsports. Nicht nach Hamburg, so sagen viele, gehöre das Derby, sondern nach Köln-Weidenpesch, wo die besten Trainer und Jockeys arbeiten und die Traditionsgestüte wie Röttgen und Schlenderhan in der Nähe liegen.

Köln – Fußballhauptstadt wegen eines Pokalfinales? Das nicht, aber heimliche Sporthauptstadt des Landes auf alle Fälle.

FRANK QUEDNAU

Kölsch: Darauf wollen Kölner nicht verzichten

Es gibt kaum eine Branche, in der Tradition inhaltlich einen so bedeutenden Stellenwert besitzt wie in der Brauindustrie. Tradition heißt bei Brauern wie bei Weintrinkern lokale Verbundenheit, Gemütlichkeit, man kann fast sagen Nostalgie. Die Zeiten haben sich zwar gewaltig geändert, der Wettbewerb, der Kampf ums Überleben ist härter geworden, doch geblieben ist fast allen Brauereien das substanzerhaltende Traditionselement.

Im Land der rheinischen Fröhlichkeit, im Kölner Raum, ist nicht nur der ausgelassene Humor und Karneval zu Hause, hier hat auch das Bierbrauen Tradition. Wie sonst nirgendwo in Deutschland haben sich die Kölner Brauereien ihre eigene Biersorte gebraut: das obergärige Kölsch.

Die Tradition der Kölschbiere schien nach dem Ersten Weltkrieg ein jähes Ende zu haben. Die Nachfrage nach obergärigen Bieren blieb plötzlich aus. Viele obergärige Hausbrauereien im Kölner Raum mußten ihre Produktion einstellen oder stellten sich auf untergärige Biere um.

Eine Biermarktrevolution fand statt – vergleichbar mit dem Pilswachstum in Nordrhein-Westfalen Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre. Die Dortmunder Biere übernahmen im Kölner Raum die Marktführerschaft vor den süddeutschen Brauereien und Bieren nach Pilsener Art. Die Kleinunternehmen – Hausbrauereien liebevoll genannt – waren wegen ihrer ausschließlichen lokalen Marktbedeutung dem Konkurrenzkampf mit den regionalen Großbrauereien kaum gewachsen. Immerhin erreichte in den 30er Jahren zum Beispiel das Brauhaus Winter 120 000 Hektoliter und die heute zur Stern-Gruppe gehörende Dom-Brauerei bereits 75 000 Hektoliter.

Nach dem Zweiten Weltkrieg lebte die Kölsch-Bier-Tradition wieder auf. Einige Experten meinen, weil die Geschmackserwartungen sich wieder einmal geändert hatten, andere weil obergärige Biere im Trend lagen. Die „Auferstehung" war nur möglich, weil die Tradition dieser lokalen Biersorte auch über zwei Weltkriege hinweg in der Substanz erhalten geblieben war: die Kölner wollten wieder ihr Kölsch.

Aufgrund dieser positiv einsetzenden Entwicklung waren zunächst vor allem die Stadtbrauereien in Köln, wie Gaffel, Dom, Früh und Reissdorf, begünstigt. Die Marktführer von gestern aus Dortmund erlebten in Köln ihren totalen Aschermittwoch, an den sie sicher noch heute mit Bilanzschmerzen denken.

Das Ausmaß des Kölsch-Bier-Siegeszuges nach dem Zweiten Weltkrieg läßt sich mit einigen Vergleichszahlen verdeutlichen:

	19[illegible] bis 1979	1980 bis 1982
Kölsch-Ausstoß	+ 404%	+ 4,5%
übrige Obergärige in Nordrhein-Westfalen	+ 231%	+ 0,4%
Untergärige in Nordrhein-Westfalen	+ 45%	+ 3,5%

Mit einem Marktanteil von 65 Prozent scheint der Konsum im angestammten Absatzgebiet ein[illegible] Sättigungsgrenze zuzusteuer[illegible]. Aber der Trend über die heimat[illegible]chen Grenzen hinaus hat läng[illegible] stattgefunden. Rheinauf und rhei[illegible]ab fließen bereits acht Prozent d[illegible]ses Bieres (von 3,8 Millionen hl) [illegible] die durstigen Kehlen meist jüng[illegible]rer Biertrinker in Ballungsgebiet[illegible], vornehmlich im gastronomisch[illegible] Umfeld mit „Kölsch-Like-Atm[illegible]sphäre".

Durch die Öffnung des Flasch[illegible]biermarktes ist Küppers eindeu[illegible]ger Marktführer mit 32 Proze[illegible]. Für eine Prognose des Kölsc[illegible]marktes ist jedoch eine differe[illegible]zierte Betrachtungsweise notwe[illegible]dig. Nachdem Küppers sich a[illegible] der Basis eines Marktanteils von [illegible] bis 70 Prozent auf dem Flasche[illegible]biermarkt gegenüber einigen an[illegible]ren Konkurrenten preislich ab[illegible]ben konnte, setzt seit einiger Z[illegible] ein neuer Trend ein. Einige bed[illegible]tende klassische Kölsch-Faßbi[illegible]marken – in der Bedeutung [illegible] Küppers vergleichbar – wie zu[illegible] Beispiel Gaffel, Früh, Reissdo[illegible], um einige zu nennen, forcieren [illegible] Erfolg ihr Flaschenbiergesch[illegible] auf hochpreisigem Niveau als q[illegible]litative Alternative zum Marktfü[illegible]rer.

G.

Von der Legionärskasse zum Versicherungszentru[illegible]

Ein geschichtlicher Rückblick / Stürmische Entwicklung im 19. Jahrhundert / Wirken über die Grenzen hina[illegible]

Das Versicherungswesen in der Domstadt reicht bis in die frühe Römerzeit. Die Unterstützungskassen der Legionäre zahlten Kapitalabfindungen bei Dienstende, die „collegia funeraticia" garantierten gegen Zahlung fester Monatsprämien ein ordentliches Begräbnis.

Im Mittelalter entwickelten die Zünfte ein System gegenseitiger Hilfe in Notfällen, so Sterbekassen, die den Hinterbliebenen im Todesfall bestimmte Geldsummen auszahlten. Seit 1768 gab es für die Barbiere eine Gesellenlade mit der Funktion einer Kranken- und Arbeitsunfähigkeitsversicherung. 1778 entstand die Feuerversicherungsgesellschaft für das Erzbistum Köln, 1789 gründete die Gilde der Treidel-Fuhrleute und Spediteure eine Pferde- und Transportversicherung auf Gegenseitigkeit.

Mit dem 19. Jahrhundert, als sich die Kölner Handelshäuser und Banken zunehmend für das Versicherungsgeschäft interessierten, begann die Entwicklung zu einem modernen deutschen Versicherungswesen: 1817 wurde die erste Binnentransport-Versicherung in Köln gegründet. Daraufhin wurden in kurzen Abständen von den Kölner Versicherungen die Feuerversicherung, die Sturmversicherung sowie die Unfall- und Haftpflichtversicherung aufgenommen. Die Idee der Rückversicherung wurde in Köln geboren: die Kölnische Rück des Abraham Oppenheim gilt mit dem Gründungsjahr 1846 als die älteste Rückversicherungsgesellschaft der Welt.

Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts hatte sich Köln – damals schon Kreuzpunkt der großen Handelswege des Westens – zu einem bedeutenden Versicherungsplatz entwickelt. 1838 wurde die „Kölnische Feuerversicherungsgesellschaft" gegründet. Zum Jahresende 1840 arbeiteten 42 Hauptagenturen für das Unternehmen, das dann seit 1841 offiziell mit dem Beinamen „Colonia" firmierte. Ende 1879 wurde die Colonia-Tochter „Rückversicherungs-Aktiengesellschaft zu Köln" gegründet.

In Köln haben sich seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts noch eine ganze Reihe weiterer Versicherungs-Gesellschaften etabliert, so der 1873 von der Agrippina gegründete „Rückversicherungs-Verein". Köln wurde ein Domizil der Rückversicherer: 1924 verlegte auch die heutige Gothaer Rückversicherungs AG ihren Sitz von Gotha an den Rhein.

Der größte Arbeitgeber der Kölner Versicherungswirtschaft ist heute mit 3460 Arbeitsplätzen am Ort der Gerling-Konzern. Das mit seinem Schwerpunkt als Versicherer der Industrie und Wirtschaft weltweit arbeitende Unternehmen hat seine Wurzeln im Köln des Jahres 1904, als der damals 26jährige Robert Gerling mit einem „Bureau für Versicherungswesen GmbH" seine Tätigkeit aufnahm. Er führte den Gerling-Konzern (1982: 4,4 Mrd. DM Prämienvolumen) durch Jahrzehnte des Aufstiegs in die Spitzengruppe der deutschen und europäischen Assekuranz.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verlegten 14 Versicherer ihren Hauptsitz vom politisch immer wieder gefährdet erscheinenden Berlin, dem vormals größten deutschen Versicherungsplatz, nach Köln.

Heute gilt Köln als einer der größten deutschen Versicherungsplätze. Tatsächlich wirkt das Versicherungswesen der Domstadt weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus. Fast 60 Gesellschaften haben hier ihren Hauptsitz, nur in Hamburg domizilieren mehr. München, Berlin, Bremen, Frankfurt am Main, Hannover und Düsseldorf liegen deutlich dahinter.

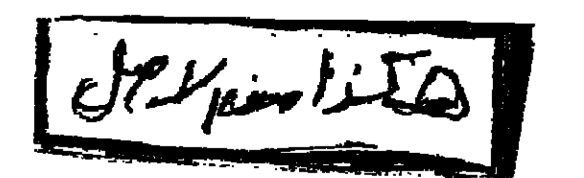
Die Versicherungswirtschaft der Stadt zählt derzeit etwa 20 000 Beschäftigte. Das sind mehr als in jeder anderen deutschen Großstadt. Damit zählt die Branch[illegible] gleich zu den stärksten [illegible]schaftszweigen der Region.

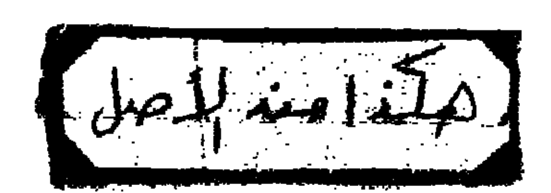
[illegible] versicherungswissenschaftlic[illegible] Einrichtungen fanden mittlerw[illegible] weit über die Stadtgrenzen hi[illegible] Anerkennung. Das Institut für [illegible]sicherungswissenschaft an [illegible] Kölner Universität hat sich be[illegible]ders um die Pflege des wechse[illegible]tigen Kontakts zwischen Th[illegible] und Praxis verdient gemacht.

KARL-HEINZ STE[illegible]

Die größten Kölner Versicher[illegible]

Gesellschaft	Prämienvol[illegible] 1982 (Mi[illegible])
1. Gerling-Konzern Globale Rück	[illegible]
2. Deutsche Krankenversicherung	[illegible]
3. Colonia Versicherung	[illegible]
4. Gerling-Konzern Allgemeine	[illegible]
5. Kölnische Rück	[illegible]
6. Gothaer Versicherungsbank	[illegible]
7. Nordstern Allgemeine	[illegible]
8. Colonia Leben	[illegible]
9. Gerling Leben	[illegible]
10. Gothaer Rück	[illegible]





Öffentlicher und Individualverkehr

Ein teurer Widerspruch? / Beide Arten sind noch zu rationalisieren / Kosten-Nutzen-Rechnung erforderlich

Prokurist Werner Meyer, seit fünf Jahren zusammen mit seiner Familie stolzer Besitzer eines Eigenheims im Oberbergischen Kreis, benutzt für seine täglichen Fahrten zu und von seinem Büro in Köln den Pkw. Die Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte legt er auf einer gut ausgebauten Autobahn trotz lebhaften Verkehrs schnell, bequem und auch sicher zurück. Weniger zügig geht die Fahrt durch die Stadt vonstatten, und noch länger dauert die Suche nach einem Parkplatz. Nicht immer findet er nämlich auf dem Firmengelände die Möglichkeit, sein Fahrzeug abzustellen.

Seine Tochter Gerda besucht ein Kölner Gymnasium. Sie besteigt zunächst den Omnibus, um zu der Haltestelle der S-Bahn zu gelangen, fährt dann bis zum Kölner Hauptbahnhof und legt den Rest ihrer Wegstrecke zu Fuß zurück. Mittags tritt sie den Heimweg an. Am frühen Nachmittag ist sie zu Hause. Sie stellt keine hohen Anforderungen an den Fahrkomfort.

Ihr Bruder Karl ist seit einem Jahr Student der Kölner Universität. Er hat sich trotz hoher Miete ein Zimmer in der Innenstadt genommen und benutzt die Stadtbahn, um zwischen Wohnung und Universität – manchmal mehrmals täglich – hin und her zu fahren. Die Fahrtzeit ist kurz, aber der Komfort ist mittelmäßig.

Die Ehefrau und Mutter erledigt ihre täglichen Einkäufe und Besorgungen mit dem Zweitwagen der Familie. Nur auf diese Weise ist es ihr möglich, den mannigfachen Aufgaben der Haushaltsführung in der ihr zur Verfügung stehenden Zeit nachzukommen. Auch würde ihr die Beförderung der Einkäufe ohne das Fahrzeug wegen des Gewichtes der eingekauften Waren nicht möglich sein.

Diese Beispiele sind typisch für einen Großteil der Beförderungsbedürfnisse der Bewohner unseres Raumes. Sie veranlassen mich, die Frage „Personennahverkehr und Individualverkehr: ein Widerspruch“ mit einem klaren Nein zu beantworten. Beide Verkehrsarten sind erforderlich, um die zur Berufsausübung, zur Aus- und Fortbildung, zur Versorgung und zur Erholung notwendige Mobilität der Bevölkerung sicherzustellen. Grundsätzlich sind sie parallel durch Bund, Land und Gemeinde zu fördern. Dieser Grundsatz ist nicht Ausdruck eines übersteigerten Verkehrsluxus unserer Tage, sondern zwingendes Erfordernis.

Es wäre falsch, sich im Sinne heute üblicher allgemeinpolitischer Aussagen dazu zu bekennen, die eine Verkehrsart durch die andere grundsätzlich ersetzen zu wollen, etwa den Autoverkehr mit Rücksicht auf die Verkehrssituation aus den Innenstädten zugunsten des öffentlichen Personennahverkehrs verbannen zu wollen. Vielmehr kommen jeder der beiden Verkehrsarten spezifische Aufgaben zu, die die eine Verkehrsart vorteilhafter und weniger nachteilig als die andere ausfüllen kann. Die spezifischen Aufgabenbereiche der Verkehrsarten ergeben sich unterschiedlich nach Region und Zielgruppe.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten nahm die Bedeutung des öffentlichen Nahverkehrs erheblich ab. Beförderte diese Verkehrsart im Jahre 1960 noch 33 Prozent des Verkehrsaufkommens im Bereich bis zu 50 Kilometer, so waren es fünfzehn Jahre später nur noch 23 Prozent. Für das Jahr 1990 wird ein Anteil von lediglich 17 Prozent erwartet. Maßgeblich war sein Bedeutungsverlust besonders im Bereich des Berufs- und Ausbildungsverkehrs, einer Domäne des öffentlichen Nahverkehrs.

Die Gründe für diese Entwicklung lassen sich unter zwei Gesichtspunkten zusammenfassen: dem Wunsch weiter Bevölkerungskreise nach einem Eigenheim, der fast ausschließlich im ländlichen Umland der Städte zu erfüllen ist, und dem Wunsch nach einem eigenen Pkw. Der verkehrspolitisch und übrigens aucht stadtentwicklungspolitisch negative Prozeß der Abwanderung und die dadurch entstehende Zersiedlung des Umlands sind verkehrlich durch eine ungünstige Bevölkerungs- und Arbeitsplatzdichte im Bereich des Einzugsgebiets der Haltestellen gekennzeichnet.

In der verkehrspolitischen Diskussion sollte anerkannt werden, daß die Vorteile des öffentlichen Personennahverkehrs, eine große Anzahl von Fahrgästen schnell befördern zu können, sich vornehmlich in den Innenstädten und an Siedlungsachsen auswirken. Nicht aber kann der öffentliche Nahverkehr im ländlichen Stadtumland, in kleineren Städten und auf dem flachen Land seine Vorteile ausspielen. Dementsprechend sollte der öffentliche Verkehr in den Innenstädten und auf dem Land in unterschiedlicher Weise betrieben und gefördert werden. In den Innenstädten muß der Stadtbahnbau und S-Bahn-Bau weitergeführt werden. Es müssen in sich geschlossene, soweit verkehrlich und städtebaulich notwendig, auch unterirdisch geführte Netze entstehen, weil diese unabdingbare Voraussetzung für einen vorteilhaften Betrieb des öffentlichen Nahverkehrs in den Innenstädten sind. Deswegen ist beispielsweise die nunmehr in Angriff genommene Weiterführung des U-Bahn-Baus auf den Kölner Ringen eine begrüßenswerte und richtige Entscheidung. Das Schienennetz der Stadt- und S-Bahn muß durch ein Netz von Buslinien mit Zubringer- und Abholerfunktion ergänzt werden.

Im ländlichen Raum sollte, soweit nicht durch Schienenverkehr zu erschließende Siedlungsachsen zu bedienen sind, mehr auf Bussysteme zurückgegriffen werden. Diese tragen der „Streunachfrage“ dieses Raumes eher Rechnung als Schienenverkehrsmittel. Dennoch ist nicht damit zu rechnen, daß der öffentliche Nahverkehr im ländlichen Raum eine dem Individualverkehr gleiche Beförderungsqualität bieten kann.

Der Rückgang der Nachfrage im öffentlichen Personennahverkehr kam dem Individualverkehr zugute. Das Beförderungsaufkommen dieser Verkehrsart erhöhte sich von 67 Prozent im Jahre 1960 auf 77 Prozent im Jahre 1975 und wird im Jahre 1990 voraussichtlich 83 Prozent ausmachen. Gleichzeitig erhöhte sich der Pkw-Bestand und überrollte alle Prognosen. Von 4,4 Millionen Fahrzeugen im Jahre 1960 stieg er auf fast 18 Millionen Pkw im Jahre 1975 an. Er wird im Jahre 1990 aller Wahrscheinlichkeit nach 27,7 Millionen Pkw ausmachen.

Die größten Vorteile des Personenwagens liegen im Nahverkehr zwischen ländlichem Umland und der Stadt. Tatsächlich läßt sich auch anhand der Kraftfahrzeugdichte im Kölner Kammerbezirk feststellen, daß die Anzahl der Kraftfahrzeuge je 1000 Einwohner in allen die Stadt umgebenden Kreisen nicht unbeträchtlich höher ist als in der Stadt Köln selbst. Um dem aus dem Umland ankommenden Kraftfahrer die Möglichkeit zu geben, im innerstädtischen Bereich öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, empfiehlt sich ein Angebot an Park-and-Ride-Plätzen an den Haltestellen der Stadt- und S-Bahn.

EBERHARD GARNATZ

Der Autor ist Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Köln

Köln liegt immer am Wege

Seit den frühen Römertagen liegt Köln eigentlich immer am Wege. Damals führten nur die alten Handelsstraßen und der Rhein – schon zu dieser Zeit eine bedeutende Wasserstraße – Kaufleute aus aller Herren Länder nach Köln. Im Mittelalter brachte das Privileg des Stapelrechts Geld in die Stadt. Heute bedeutet, das „Verkehrskreuz des Westens“ zu sein

● die Anbindung über zehn Bundesautobahnen und zwölf Bundesstraßen,

● über die Schiene mit täglich 1000 Zügen Nr. 1 unter den deutschen Personenbahnhöfen zu sein,

● an ein leistungsfähiges Hafensystem angeschlossen zu sein und

● über den Flughafen Köln/Bonn auch mit der Welt Verbindung zu halten.

All dies ist für Menschen und Güter gleichermaßen wichtig und als Wirtschafts- und Standortfaktor von Bedeutung. Der Flughafen steht, was das Passagieraufkommen (1982: 1,8 Millionen) angeht, zwar im Schatten des „großen Bruders“ Düsseldorf, doch als Umschlagzentrum für die schnelle Luftfracht (1982: über 50 000 Tonnen Güter- und 8500 Tonnen Post) ist er einer der beiden wichtigsten deutschen Verkehrsflughäfen.

Als Start- und Landepunkt für Regierungschefs, Staatspräsidenten und gekrönte Häupter ist der „Regierungsflughafen Köln/Bonn“ eine der nicht ganz unbedeutenden Visitenkarten der Nation. Das gilt nicht nur für die Technik und die strengen Sicherheitskriterien, die Landungen auch bei ungünstigen Wetterlagen zulassen, auch die Verkehrsanbindung aus der Umgebung und der City (15 Minuten) und das Drive-in-Konzept, daß das Auto fast bis an die Maschine führt.

Im Kölner Hafen werden jährlich 13 Millionen Tonnen Güter aller Art umgeschlagen. Am Rheinufer sind selbst kleine Seeschiffe zu sehen. Die Kölner Häfen, der an der domnahen Rheinfront und die erst nach dem Krieg entstandenen Häfen Niehl I und der Ölhafen Niehl II – beide im Norden der Stadt – werden Jahr für Jahr von mehr als 15 000 Schiffen angelaufen. (PY.)



Gestern und heute

Seit zwei Jahrtausenden urbane Tradition

Als stadtähnliche Ansiedlung der Ubier (Oppidum Ubiorum) um 38 v. Chr. von den Römern gegründet, wurde Köln formell um 50 n. Chr. zur Stadt (Colonia Claudia Ara Agrippinensium, Später Colonio: Köln) erhoben. Seine überragende Bedeutung liegt jedoch nicht so sehr in diesem ehrwürdigen Alter – Trier (Augusta Treverorum) erlangte die Anerkennung als Stadt gut sechs Jahrzehnte früher –, sondern in der Kontinuität seiner urbanen Tradition.

Während andere Römergründungen zumindest zeitweilig in die Bedeutungslosigkeit einer Landstadt absanken, ist Köln von Beginn an bis heute Metropole im Westen Deutschlands geblieben. Nur die Funktion, durch die es ins Zeitgeschehen eingebunden war, hat gewechselt: Hauptstadt der römischen Provinz Niedergermaniens; Königsresidenz des fränkischen Teilstammes der Ripuarier; bedeutender Erzbischofssitz des Frankenreiches und des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation; jahrhundertelang freie Reichsstadt; nach der industriellen Revolution schließlich einer der wichtigsten Verkehrsknotenpunkte Europas.

Allerdings haben nicht alle diese Funktionen dem freien Bürgersinn der Kölner gelegen, am wenigsten wohl die Aufgabe, als Residenzstadt einem mächtigen Souverän oder seinen Beauftragten zu dienen. Das bekamen vom 11. Jahrhundert an die Erzbischöfe zu spüren, als sie aufkommende Bestrebungen der Bürgerschaft, eine städtische Selbstverwaltung zu erreichen, falsch einschätzten. Es kam zum Krieg.

In der berühmten Schlacht bei Worringen – heute ein nördlicher Vorort Kölns – siegten die Bürger und beendeten damit die Herrschaft der Erzbischöfe über Köln. Sie betrachteten ihre Stadt fortan als freie Reichsstadt (was sie offiziell erst 1475 wurde). Die Erzbischöfe hingegen durften Köln von 1288 an nur bei besonderen Anlässen betreten: sie residierten auf Burgen der Umgebung, seit Ende des 16. Jahrhunderts in Bonn.

Auch die preußischen Könige und ihre Regierungen taten sich schwer in Köln, das 1815 auf Grund der Beschlüsse des Wiener Kongresses mit dem gesamten Rheinland an Preußen fiel. Dabei spielten allerdings Gegensätze eine bedeutende Rolle, die in den jeweils vorherrschenden Konfessionen lagen.

In der richtigen Erkenntnis, daß das selbstbewußte Köln, das so lange freie Reichsstadt gewesen war, sich nicht ohne Schwierigkeiten integrieren lassen würde, hat Preußen, als es 1822 die Rheinprovinz bildete, nicht Köln, sondern Koblenz zu deren Hauptstadt gemacht.

Und zur Universität des Rheinlandes bestimmte es nicht die traditionsreiche, von den Franzosen geschlossene zu Köln (sie wurde erst 1919 neu gegründet), sondern die noch keine vier Jahrzehnte alte Bonner Hochschule, deren freiheitlicher Geist allerdings dann doch mit der konservativen Politik der Landesregierung im Laufe des 19. Jahrhunderts wiederholt in Konflikt geriet.

Es wirkt wie eine Ironie der Geschichte, daß ausgerechnet die Kölner Erzbischöfe die wohl fundierteste und folgenreichste Widerstandsbewegung gegen Preußens innere Herrschaftsansprüche anführten. Dies war, vor den Auseinandersetzungen mit Bismarck im „Kulturkampf“ und über diesen hinausweisend, entscheidend für die Entstehung des politischen Katholizismus, der seine organisatorische Form nach 1871 in der Zentrumspartei fand und nach 1945, maßgeblich unter dem Einfluß des langjährigen Kölner Oberbürgermeisters (1917 bis 1933) Konrad Adenauer, in der Christlich-Demokratischen Union aufging.

Köln hat nicht nur die Preußen-Zeit überstanden, ohne seine Eigenart einzubüßen, sondern es hat auch nach dem Zweiten Weltkrieg, der es fast vollkommen zerstörte, die zu einheitlichen, einförmigen Stadtstrukturen drängenden Tendenzen des Zeitgeistes wenigstens soweit aufzufangen vermocht, daß die Kölner sich auch weiterhin mit ihrer Stadt identifizieren konnten.

In kaum einer anderen Großstadt der Welt ist dieses Bedürfnis so stark wie hier, wo die Stadt, ihre Straßen und Plätze, Kirchen und Wohnviertel mit der Gesamtheit ihrer Bürger eine unlösbare Einheit zu bilden scheinen.

Diese Gefühl der Zusammengehörigkeit ist oft beschworen worden. Am eingängigsten vielleicht von Willi Ostermann, der nach dem Zweiten Weltkrieg in seinem letzten Lied Zehntausenden von evakuierten Kölnern aus der Seele sang: „Wenn ich so an ming Heimat denke, ung seh der Dom so vür mo stonn, möch ich sofort auf Heim anschwenke, ich möch zo Foß ne Kölle jonn.“

PETER W. TÜGEL

Vor 100 Jahren kam hier die Motorisierung auf Touren

1876 legte Nicolaus August Otto den „Grundstein"

Eine wahrhaft „weltbewegende technische Idee" nahm vor über 100 Jahren in Köln ihren Anfang. Nach 15jähriger Forschungs- und Entwicklungsarbeit hatte der Konstrukteur und vormalige Handlungsreisende Nicolaus August Otto 1876 den ersten entwicklungsfähigen Viertaktmotor gebaut, eine Arbeit, die die Welt veränderte und bis auf den heutigen Tag Basis für eine Schlüsselindustrie in der gesamten industrialisierten Welt ist.

Ohne den Techniker mit den notwendigen Finanzen, den Zuckerfabrikanten Eugen Langen, wäre Otto freilich langsam die finanzielle Luft ausgegangen. Weitblick und gesunder Geschäftssinn ließ beide – im Frühjahr 1984 werden es 100 Jahre her sein – die erste Motorenfabrik der Welt, die N. A. Otto & Cie., gründen.

Der Otto-Viertakt-Motor wurde serienreif. Im rechtsrheinischen Vorort Deutz wurde das Unternehmen 1872 in die Gasmotoren-Fabrik Deutz AG umgewandelt. Mit der drohenden Konkurrenz durch eine Heißluftmaschine beschleunigte Otto die Weiterentwicklung einer ursprünglichen Idee, des Viertaktmotors.

Der 9. Mai 1876 gilt als Geburtstag des Ottomotors mit seiner charakteristischen Vorverdichtung des Brennstoff-Luftgemischs, ein Prinzip, auf dem gegen Ende des 19. Jahrhunderts auch Rudolf Diesel aufgebaut hat.

Bis in die 20er Jahre dieses Jahrhunderts blieb das Unternehmen im wesentlichen ein Motorenwerk. Von Peter Klöckner wurde es in die vorderste Reihe der deutschen Großindustrie geführt. Nach mehreren Fusionen mit Maschinenherstellern erhielt das Unternehmen den Namen Klöckner-Humboldt-Deutz AG. (KHD).

Mit 28 000 Mitarbeitern gehört KHD einschließlich der in- und ausländischen Mehrheitsbeteiligungen zu den maßgeblichen Industrieanlagenbauern, einer der bedeutendsten Traktoren- und Landmaschinenhersteller in Europa und der größte Produzent luftgekühlter Dieselmotoren (4 bis 525 PS) in der Welt.

Der Umsatz der KHD-Gruppe liegt weltweit bei 5 Milliarden Mark, rund 3,9 Milliarden Mark entfallen davon auf das Deutzer Stammhaus mit einem Exportanteil von 61 Prozent.

Längst nicht so alt, heute jedoch, was Produktion und Umsatz angeht, um so bedeutender ist die Ford-Werke AG, die nach ihrer Gründung 1925 in Berlin 1930 in Köln ihr deutsches Hauptquartier nahm.

Das erste am 4. Mai 1931 vom Band laufende Ford-Modell A war eine Mischung von Montage und Eigenfertigung. In den folgenden Jahren wurden hier Fahrzeuge mit Namen wie „Rheinland", „Köln" und „Eifel" gebaut, mit Kriegsausbruch sogar Lastwagen. Am Tage der Kapitulation, am 8. Mai 1945, wurde bereits die Fertigung von Lkw, Motoren und Ersatzteilen begonnen.

1961 lief der 1 000 000. Ford vom Band, 1965 waren es bereits drei Millionen und 1981, als das Werk im Stadtteil Niehl sein 50jähriges Bestehen feierte, hatte Ford 13,3 Millionen Autos gebaut. Im letzten Jahr waren es fast eine Viertelmillion, davon wurden 65 Prozent exportiert. Das Kölner Ford-Werk, Nr. 3 der deutschen Autobauer, allein beschäftigt 28 000 der insgesamt 49 000 Ford-Mitarbeiter in Deutschland und Belgien.

Drei Jahre vor Ford, also 1927 hatte sich André Citroën, der Mann, der als erster den Europäern das in großen Stückzahlen produzierte kaum 8000 Francs teure Auto brachte, kam zehn Jahre nach der Unternehmensgründung an den Rhein begeben. Er erwarb in Köln Poll eine Montagehalle für 1000 Mitarbeiter.

Die Citroën Automobil AG begann mit dem Bau des B 14, des ersten Autos mit Servobremsen, später wurden bis 1935 auch die Typen C1 und C 5 gebaut. Seither werden die Citroëns, 1982 waren es *39 000 Stück*, nur noch importiert und über ein Kundendienstnetz von 750 Partnern verkauft und gewartet.

Jüngsten Datums ist die Gründung des größten japanischen Autoherstellers Toyota mit Hauptverwaltung, zentralem Ersatzteillager sowie Service- und Schulungszentrum im Kölner Nordwesten: 1970 wurde die Toyo Automobil Vertrieb GmbH, die spätere Deutsche Toyota Vertriebs-GmbH und seit 1970 als Toyota Deutschland hundertprozentige Tochtergesellschaft, gegründet. Über fast 1000 Händler sind 1982 rund 40 000 Wagen (Pkw und Lieferwagen) verkauft worden. Damit ist Toyota Nr. 5 unter den ausländischen Importeuren und Nr. 2 unter den sieben Japanern am Markt.

HARALD POSNY

Leuchtturm für den freien Welthandel

Ein Porträt des Industriellen Otto Wolff von Amerongen und seines Unternehmens

Der Otto Wolff kennt doch nur Kommunisten." Also sprach Bundeskanzler Adenauer und charakterisierte mit gewohnt lapidarer Kürze einen seiner damals noch ziemlich jungen und doch höchst eigenwilligen Bewunderer. Der junge Mann, Haupterbe eines Familienimperiums, quittierte es mit lächelnder Gelassenheit und ließ sich auf seinem Weg der Förderung weltoffenen Handels für die deutsche Wirtschaft nicht beirren.

Die Rede ist von Otto Wolff von Amerongen, dem nun auch bald 65 Jahre alten Hauptaktionär und Vorstandsvorsitzenden der Otto Wolff AG. Und im ehrenamtlichen Nebenberuf schon seit 27 Jahren Vorsitzender des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, dazu seit 14 Jahren Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, der Dachorganisation der deutschen Handelskammern.

In Steinwurfweite nur vom steinalten Zeughaus entfernt regiert er mit 200 Mitarbeitern im eleganten Sieben-Etagen-Glashaus in der Kölner Innenstadt einen Familienkonzern, dem mittlerweile rund fünf Milliarden Mark Jahresumsatz zuzurechnen sind. Einen Konzern, den schon der Vater, der legendäre Eisenhändler Otto Wolff, seit dem Gründungsjahr 1904 zu hoher Blüte emportrieb. Und eine Hauptverwaltung in der Zeughausstraße, die man seit langem und nicht nur wegen der betriebsfernen Funktionen ihres Vorsitzenden getrost als eine wichtige Zentrale weltoffenen Handels werten darf.

Fortschrittliches nahm dort schon oft seinen Anfang. Auch in der Gestalt des Familienerbes. Schon 18 Jahre ist es beispielsweise her, und damals war es im Kreis deutscher Familienunternehmen solcher Größenordnung noch ein Novum, als bei Otto Wolff mit der Umwandlung von der Kommandit- in die Aktiengesellschaft der Bannkreis der familiären Souveränität und Anonymität verlassen wurde. Nicht um an der Börse um private Mitaktionäre zu werben (was auch in absehbarer Zukunft nicht der Fall sein dürfte). Aber um die Führungskontinuität gerade auch mit familienfremden Managern (und Aufsichtsräten) über alle Wechselfälle irdischen Menschenlebens hinweg bestmöglich zu sichern.

Wirtschaftliche Wechselfälle freilich hagelten auch der Kölner Wolff-Zentrale wiederholt ins Haus. Sie waren, wie wäre es bei einem aus dem Eisenhandel emporgestiegenen Familienkonzern anders denkbar, vor allem mit der nun bald neunjährigen Stahlkrise verbunden. Nahezu 150 Millionen Mark kostete den Konzern vor Jahren schon der Rückzug aus seinen saarländischen Stahlaktivitäten.

Halb so hoch, und für eine Familienfirma immer noch atemberaubend groß, ist für 1982 der auch aus eigenen Fehlern entstandene Verlust im Stahlhandel auf dem USA-Markt zu schätzen. Erstmals seit ihrer Umgründung wird die AG für 1982 bei noch leicht positivem Abschluß keine Dividende zahlen.

Den Hauptaktionär kann auch das nicht verdrießen. Als Leuchtturm für den allein richtigen Weg zum freien Welthandel will er auch in aller Zukunft seine Firma am liebsten sehen.

j. g.

Viel Alkohol und ein kleines Geheimnis

Wie ein Hochzeitsgeschenk in der Glockengasse die Kassen klingeln läßt

Echt Kölnisch Wasser ist seit zwei Jahrhunderten ein Begriff in der Welt. Geheimnisumwittert blieb lange Zeit die wohlriechende Zusammensetzung dieser Marke. Heute weiß man, daß Echt Kölnisch Wasser zu 80 Prozent aus reinem Alkohol besteht, dazu aus vielen Sorten ätherischer Öle, vor allem Orangen- und Lavendelöle. Das genaue Mischungsverhältnis aber hüten die Hersteller immer noch hinter dicken Tresortüren.

Das Ur-Rezept wurde angeblich von G. R. Feminis aus Italien nach Köln gebracht und ging nach dessen Tod an G. Farina über. Interessanterweise fanden nicht die Hersteller, sondern die Kunden den Namen für das in Karaffen und kleine Flakons abgefüllte „Eau de Cologne", das in seinen Anfängen keineswegs nur als Erfrischungs- und Duftwasser von vornehmen Damen auf Schläfen und Puls getupft, sondern als Wunderwasser betrachtet wurde – günstig wirkend gegen Schlagfluß, Gicht, Husten und die Pest.

Besonders in der Kölner Glockengasse erinnert man gern an die Gründung der ersten Manufaktur für das „Aqua mirabilis". Das Rezept, auf altem Pergament festgehalten, schenkte ein Mönch dem damals 30jährigen Kaufmann Wilhelm Mülhens zu dessen Hochzeit im Jahre 1792. Als die ordnungssinnigen Franzosen wenig später sämtliche Häuser der Stadt fortlaufend numerierten, erhielt das Mülhens-Gebäude in der Glockengasse die Hausnummer 4711: niemand ahnte damals, daß damit ein Markenzeichen geboren war.

Die Pferdepost, die dem Hause 4711 gegenüberlag, holte einen ständig regen Reisebetrieb in die kleine Straße. Besucher, Handelsleute und Offiziere kauften das plötzlich so beliebte Wunderwasser als Mitbringsel, und im Nu wurde es über Deutschland hinaus bekannt.

In Bürgerkreisen und an den Höfen Europas sprach sich die Kunde von den Fläschchen mit dem „wunderbaren Wasser aus Köln" rasch herum. So auch bei dem Staatsminister und Dichter Johann Wolfgang von Goethe, der mit einem Brief aus Weimar im Mai 1802 bat, „ein Kästchen mit sechs Gläsern Eau de Cologne mit dem Pferdewagen herüberzuschicken".

Weniger glücklich waren die Duftmischer, als Napoleon 1810 durch kaiserliches Dekret die Erzeugung von Heilmitteln zur Preisgabe der Rezeptur zwang. Das wollten die Hersteller um keinen Preis. Lieber entschlossen sie sich, ihr Produkt von der Liste der Arzneimittel zu streichen und ihm die bescheidenere Rolle eines Mittels zur Körperpflege zu geben. Heute ist jedes Toilettwasser ein Eau de Cologne. Echt Kölnisch Wasser aber soll eine Herkunftbezeichnung bleiben für das Kölner Produkt.

Die weltberühmte Hausnummer 4711 in der Glockengasse zeigt heute das wiederaufgebaute Firmenhaus Mülhens mit der neugotischen Fassade des alten Geschäftshauses. Eigenartiges findet man auch im Firmentitel des anderen großen Kölnisch-Wasser-Herstellers: Der Firmenbestandteil „Gegenüber" hat sich für das Haus Johann Maria Farina eingebürgert. Er ist ebenfalls Teil einer Anschrift, die „Gegenüber dem Jülichplatz" lautete.

(ups)

Westlich vom Bahnhof „sitzt" das große Geld

Ein paar Schritte westlich vom Hauptbahnhof stößt man im Stadtzentrum, in Untersachsenhausen, auf das Kölner Bankenviertel. In keiner anderen deutschen Stadt ist räumliche Konzentration von Geld- und Kreditinstituten wie hier gediehen.

Hier hatte sich in zwei Jahrhunderten bis zum Zweiten Weltkrieg ein bedeutendes Finanzzentrum entwickelt. In den 30er Jahren wurden indessen die Kölner Wertpapierbörse und die Rheinisch-Westfälische Börse mit Sitz in Düsseldorf zusammengelegt. Daraufhin nahm Köln nach Kriegsende das Börsengeschäft mit Aktien und Rentenwerten nicht mehr auf. Während die Deutsche Reichsbank ihre Dependance für die Rheinprovinz noch in Köln unterhielt, wählte die Landeszentralbank Düsseldorf zu ihrem Domizil. Damit war der einstige Glanz des Banken- und Börsenplatzes verblaßt.

Dessen ungeachtet verfügt die Domstadt heute über ein leistungsfähiges Kreditgewerbe. Die drei Großbanken sind durch Niederlassungen vertreten. Zu den traditionsreichen Privatbankiers gehören unter anderen Sal. Oppenheim & Cie (gegr. 1789) mit einer Bilanzsumme von 3,1 Milliarden Mark, und im Konzern 10,3 das größte private Institut überhaupt, Delbrück & Co. und J. H. Stein.

Daneben sind vier private Hypothekenbanken vertreten unter anderen die Deutsche Bank-Tochter Deutsche Centralbodenkredit-AG mit 22,3 Milliarden Mark Bilanzsumme und die zu Oppenheim gehörende Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank mit 7,2 Milliarden Mark.

Mit 14 Genossenschaftsbanken ist Köln ein wahres El Dorado dieser Bankengruppe. Die Kölner Bank von 1876 eG. ist die größte von ihnen. Die Stadtsparkasse Köln und die Kreissparkasse Köln gehören mit 10,3 beziehungsweise 8,7 Milliarden Mark Bilanzsumme zur Spitzengruppe der deutschen Sparkassen.

Hinzu kommen Teilzahlungsinstitute wie die zur Werhahn-Gruppe gehörende ABC Privat- und Wirtschaftsbank, Regionalinstitute wie die in niederländischem Besitz befindliche Handels- und Privatbank AG mit 1[illegible] Milliarden Mark Bilanzsumm[illegible] aber auch Spezialinstitute wie d[illegible] Deutsche Kreditbank für Bau[illegible]nanzierung (4,3 Milliarden Ma[illegible] Bilanzsumme), eine Bausparka[illegible]se (Heimbau) sowie eine Reih[illegible] von Kapitalanlagegesellschaften.

Die meisten Institute sind a[illegible] Universalbanken tätig. Ihre me[illegible] oder weniger einander angeg[illegible]chenen Serviceangebote sin[illegible] mittlerweile umfangreicher g[illegible] worden. Neben dem klassisch[illegible] Bankgeschäft gewinnen Anlag[illegible]beratung, Vermögensverwaltun[illegible] das Emissions- und Auslandsg[illegible]schäft, Leasing und Factoring s[illegible] wie die Vermittlung von Betei[illegible]gungskapital zunehmend Bedeutung.

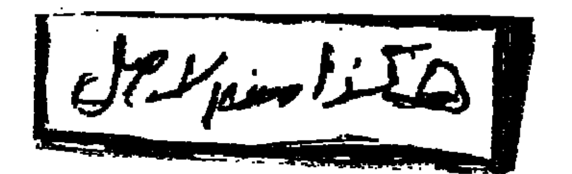
Darüber hinaus widmet si[illegible] das Kölner Kreditgewerbe d[illegible] Wirtschaftsförderung. Bank[illegible] und Sparkassen haben neben d[illegible] staatlichen Förderungsprogram[illegible]men, in die sie eingeschaltet we[illegible]den, eigene Kreditprogramm[illegible] entwickelt, die vor allem der F[illegible]nanzierung von Existenzgrü[illegible]dungen und der Einrichtung ne[illegible]er Niederlassungen zugute kom[illegible]men.

Auch in der Domstadt ve[illegible]suchen die Kreditinstitute m[illegible] teilweise beachtlichen Erfolg[illegible] das steigende Geschäftsvolum[illegible] durch Einsatz und Komplett[illegible]rung modernster elektronisch[illegible] Datenverarbeitungssysteme a[illegible]zufangen. Das Netz bundes- u[illegible] weltweiter Geschäftskontak[illegible] wird kontinuierlich ausgebaut.

*

Mitten in der Kontinentalspe[illegible] (1808), als Schwarzmarkt u[illegible] Schmuggel blühten, entstand [illegible] französisch besetzten Köln [illegible] „Arme-Leute-Assekuranz" [illegible] Versicherung für schmuggeln[illegible] Grenzgänger, die bei ihrem „G[illegible]werbe" gegen Sachschäden u[illegible] gegen Unfall oder Tod versich[illegible] waren. Sogar Renten an Hint[illegible]bliebene wurden gezahlt. D[illegible] ganze Unternehmen hat off[illegible]sichtlich bis zu seiner Auflösu[illegible] 1813 recht erfolgreich gearbei[illegible] Der französischen Besatzungs[illegible]hörde war es nicht gelungen, d[illegible]se originelle Kölner „Versic[illegible]rungsgesellschaft" auszusch[illegible]ten.

(K.-H.[illegible]



Internationaler Spitzenstar der Vakuumtechnik

Die aus dem Zusammenschluß der E. Leybold's Nachfolger und der Heraeus-Hochvakuum GmbH 1967 entstandene Leybold-Heraeus GmbH gilt heute weit über Köln hinaus als Spitzenstar der Branche. Anteilseigner (je zu einem Drittel) sind die Firmen Degussa AG, Frankfurt am Main, W. C. Heraeus GmbH, *Hanau, und* Metallgesellschaft AG, Frankfurt am Main. Gut 18 Prozent der 3831 Mitarbeiter sind Physiker, Chemiker und Betriebswirte.

Der hohe Stand der Verfahrenstechnik und das breite Programm an Vakuum-Seriengeräten beider Partner machten Leybold-Heraeus zum international führenden Unternehmen auf diesem Gebiet. Bei einem 1982 weltweit erzielten Umsatz von 571 (Vorjahr 510) Millionen Mark entfallen (in Klammern Vorjahreswerte) auf die Bundesrepublik Deutschland 27 (31) Prozent, während die übrigen europäischen Staaten mit 33 (31) Prozent, die USA mit 26 (23) und der Ferne Osten mit 5 (5) Prozent partizipieren. Die Firmenleitung bezeichnet den Geschäftsverlauf 1982 als „insgesamt zufriedenstellend".

Bei der Vakuumtechnik und der Vakuum-Verfahrenstechnik konnte das rückläufige Inlandsgeschäft – dank der guten Akzeptanz einer neuen Produktlinie – durch Ausweitung des Exportanteils mehr als ausgeglichen werden. Bei den Lehrmitteln – einer dritten Säule des Produktionsprogramms – mußten für Europa, vor allem für die Bundesrepublik Deutschland, aufgrund von Etatkürzungen der öffentlichen Hand, Einbußen hingenommen werden; jedoch glich der höhere Auftragseingang aus dem nichteuropäischen Ausland den Rückgang mehr als aus.

Auch für die weitere Geschäftsentwicklung 1983 erwartet Leybold-Heraeus mit ihren 14 Niederlassungen und technischen Büros sowie einer Tochtergesellschaft in der Bundesrepublik und 20 Tochtergesellschaften im Ausland einen positiven Verlauf.

Angesichts der zunehmenden Bedeutung des japanischen Marktes wurden Anfang Juli zwei Tochtergesellschaften in Tokio gegründet. Eine weitere Tochtergesellschaft ist in Annfield/Connecticut/USA, ein technisches Büro für die Volksrepublik China mit Sitz in Hanau etabliert worden. (K.-H. S.)

Redaktion: Harald Posny, Düsseldorf
Anzeigen: Hans-H. Lange, Hamburg

600 Jahre Tradition in Forschung und Lehre

Vom Numerus clausus einmal abgesehen: In Köln kann sich jeder Student seinen Neigungen entsprechend ausbilden lassen. Das fachliche Angebot reicht tatsächlich von A bis Z – von Archäologie bis Zoologie. Als eines der attraktiven Hochschulzentren Europas verfügt die Rheinmetropole über acht Hochschulen und fast 42 000 Studenten. Neben Fachhochschulen und Universität gibt es die Deutsche Sporthochschule, die Fachhochschule für Bibliothekswesen, die Musikhochschule, zwei private Fachhochschulen und das Studienzentrum der Fernuniversität.

Als Bildungsstätte von hoher Qualität mit einer großen Anzahl von Gebäuden in den Stadtteilen Lindenthal und Sülz hat die Kölner Universität – wenn auch durch ein Jahrhundert unterbrochen – Tradition.

Berühmte Gelehrte, Theologen und Philosophen wie Albertus Magnus, Thomas von Aquin, Meister Ekkehart, Duns Scotus und Agrippa von Nettesheim haben hier geforscht und gelehrt. Die Anfänge reichen bis ins Mittelalter zurück: 1388 erteilte Papst Urban VI. dem Rat der Stadt Köln das Recht zur Gründung einer Hochschule, die sich nach dem großen Vorbild der Pariser Universität richten sollte. 21 Gelehrte zeichneten sich als Magister ein, elf kamen aus Paris, drei aus Montpellier und drei aus Prag.

Die bedeutendste Rolle spielte die Artistenfakultät, bestimmt für den Unterricht in Philosophie, Mathematik, Naturkunde, Geschichte und in den orientalischen und okzidentalen Sprachen. So wurde etwa für die medizinische Schule in der Artistenschule ein Teil des größeren Raumes durch eine Zwischenwand abgetrennt, später gar eine Miete von den Medizinern verlangt. Die Vorlesungen fanden zum Teil im Hause des Domkapitels statt, zu Versammlungen trafen sich die Studenten in Klöstern, Kirchen und Kreuzgängen.

Ein jähes Ende fand die Hochschule, als die Professoren sich weigerten, der Französischen Republik 1797 den Treueid zu leisten. Napoleon ließ die Universität kurzerhand schließen. Es sollte ein Jahrhundert dauern, bis ein neuer Anfang glückte: 1901 wurde eine selbständige „Handelshochschule" zur akademischen Ausbildung der Kaufleute gegründet.

Drei Jahre später folgte die „Akademie für praktische Medizin", 1906 die Vereinigung für rechts- und sozialwissenschaftliche Fortbildung, 1912 die Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung, und 1919 schließlich wurde die Kölner Universität feierlich eröffnet, vertraglich neu gegründet zwischen der preußischen Regierung und der Stadt Köln. Einer ihrer wichtigsten Befürworter war Konrad Adenauer, damals Oberbürgermeister von Köln.

Eine enorme Ausdehnung erfuhr die Hochschule nach dem zweiten Weltkrieg. Die Studentenzahlen schnellten in die Höhe, die Bildungseinrichtung war von der Stadt Köln allein nicht mehr zu finanzieren. Durch einen Staatsvertrag wurde die Trägerschaft auf das Land Nordrhein-Westfalen übertragen.

Die enge Verbindung zur Stadt aber blieb erhalten: dem Kuratorium gehören neben Rektor und Dekanen der Oberbürgermeister als Vorsitzender, der Regierungspräsident, der Oberstadtdirektor und Ratsmitglieder an.

Auch die Praxis hat im Kölner Bildungswesen ihren besonderen Rang. Mit 13 000 Studierenden und 17 Fachbereichen ist die Fachhochschule Köln heute die größte Institution dieses Typs in der Bundesrepublik. Ihre Aufgabe ist es, durch praxisbezogene Lehre eine auf wissenschaftlicher und künstlerischer Grundlage beruhende Bildung zu vermitteln. Angeboten werden die Bereiche Ingenieurwissenschaft, Kunst und Design, Sozial-, Sprach- und Wirtschaftswissenschaften und Versicherungswesen.

Was das Schulwesen betrifft, so sind die Kölner in der glücklichen Lage, die ganze Palette neuzeitlicher Bildungschancen vorzufinden. Unentbehrlicher Wegweiser ist inzwischen die „Zentralstelle für Bildungsberatung", die Auskünfte über Bildungswege und auch individuelle Entscheidungshilfen gibt.

Die Statistik führt allein 318 allgemeinbildende Schulen auf, darunter 39 Gymnasien und 44 Sonderschulen, ein Montessori-Zentrum und sieben städtische Gesamtschulen. Bildungsberatend wird die Stadt heute auch besonders für türkische, italienische und griechische Jugendliche und Erwachsene. (ups)

12 romanische Juwelen warten auf die Touristen

„Es stärkt das Selbstbewußtsein der Bewohner, aus einer Stadt zu stammen, die gern besucht wird und etwas zu bieten hat", sagt der Direktor des Verkehrsamtes, Eberhard Schlieter, und wartet mit stattlichen Zahlen auf: 1,8 Millionen Übernachtungen pro Jahr, die meisten davon in Hotelbetten. Da die Kölner ein gastfreundlicher Menschenschlag sind, kommen mit Sicherheit viele Übernachtungen hinzu, für die kein Geld gezahlt wird. Nach einer Emnid-Umfrage sollen das weitere drei Millionen jährlich sein. Der promovierte Fremdenverkehrs-Experte Schlieter vermutet sicher nicht zu Unrecht in dieser Gruppe eine große Neigung, Geld in Köln zu lassen. „Nicht selten laden diese Gäste ihre Gastgeber zum Essen ein, bringen Blumen und Geschenke mit, leisten sich etwas von dem Geld, das sie durch die kostenfreie Unterkunft gespart haben. Köln-Besucher sind ein unbestrittener Wirtschaftsfaktor.

Die Domstadt bietet dafür viele Seiten: die historische und die moderne, die geschäftliche und kulturelle, eine gastronomische und eine geistige. Eine ihrer besten Seiten wird zur Zeit mit großem Aufwand und Liebe zum Detail aufpoliert *und soll spätestens in zwei Jahren* Schlagzeilen machen: Nicht weniger als zwölf Altstadtkirchen aus romanischer Zeit werden zur Zeit restauriert und von letzten Kriegsschäden befreit. Sie sollen alle gleichzeitig im Jahre 1985 geöffnet und mit ihren Kunstschätzen wieder zugänglich gemacht werden.

Um der Fülle großartiger Bauschöpfungen aus der Zeit zwischen 980 und 1247 die rechte Bedeutung zu geben, aber auch um ihren Wiederaufbau und ihre Erhaltung zu sichern, gründeten Kölner Bürger unlängst einen „Förderverein romanische Kirchen". Ein gemeinsames Signet vereint die zwölf Juwelen im Kranz romanischer Kostbarkeiten jetzt auch grafisch: St. Aposteln, St. Pantaleon, *Groß* St. Martin, St. Maria im Kapitol, St. Cäcilien, St. Andreas, St. Gereon, St. Maria in Lyskirchen, St. Severin, St. Georg, St. Ursula und St. Kunibert.

Wer in Köln auf der Suche nach besonderen Bauwerken abseits des Touristenstroms ist, dem bleibt mit Sicherheit die neuzeitliche Architektur nicht verborgen! Vom Hauptbahnhof bis zum Gürzenich, vom Gropius-Bürohaus bis zur Stahlkirche von Otto Bartning, von der Bastei von Riphahn am Rheinufer bis zum auffallenden Rot auf dem Beton der staatlichen Hochschule für Musik an der Dagobertstraße bietet Köln nicht nur Fachleuten Sehenswertes. Viele Bauten haben Architekturpreise erhalten.

Fernab von Köln-Attraktionen wie Hohe Straße und Römisch-Germanisches Museum wird Köln *familiär: etwa beim Maternus-Kapellchen* im alten Fischerdorf Rodenkirchen oder am Turmhof, der malerischen Kulisse der Halbinsel Groov, wo man romantisch Kahn fahren und Schwäne füttern kann.

Um nicht ganz zu vergessen: Natürlich ist der Dom seit eh und je Dreh- und Angelpunkt.

URSULA BELDE

Düsseldorf den Künstlern, Köln den Kunsthändlern

Arbeitsteilung der beiden rivalisierenden Städte am Rhein / Permanenter Kunstmarkt in der Innenstadt

Die sprichwörtliche Rivalität der Nachbarstädte Düsseldorf und Köln ist auch außerhalb des Rheinlands kein Geheimnis. Auf der Kunstszene schien sie eine Zeitlang überwunden, seit sich die Galeristen beider Städte zunächst (1970) zu einer gemeinsamen Westdeutschen Kunstmesse und später (1975) sogar zu einem gemeinsamen Internationalen Kunstmarkt zusammengerauft hatten, dergestalt, daß sie ihre jährlichen Veranstaltungen alternierend in Köln und in Düsseldorf abhalten wollten.

Skeptiker mißtrauten von Anfang an dieser fast sensationellen Einigkeit am Rhein. Sie sollten, wenigstens teilweise, recht behalten. Die Westdeutsche Kunstmesse, die Kunst von der Antike bis zum 20. Jahrhundert und Antiquitäten anbietet, funktioniert noch; aber auf dem Markt für zeitgenössische Kunst wurde jetzt der jährliche Wechsel mit Düsseldorf aufgekündigt; Köln behauptet damit eine Monopolstellung, die vordem eigentlich kaum strittig war.

Lange Zeit nämlich galt die Übereinkunft, Düsseldorf als Stadt der Künstler, Köln als Stadt des Kunsthandels traditionsgemäß zu unterscheiden. Dieser Status scheint nun weithin wiederhergestellt; in Düsseldorf bleibt die Produktion, in Köln etabliert und rührt sich zunehmend der Handel. Für diese Arbeitsteilung spricht in der Tat – mit Einschränkungen natürlich – die Tradition: dort die Düsseldorfer Akademie und die berühmte Düsseldorfer Malerschule des 19. Jahrhunderts, hier ein über Jahrhunderte zurück verfolgbarer Kunst- und Antiquitätenhandel, verbunden mit den Namen bedeutender Sammler.

Zur Frühjahrsmesse 1546 hatte der Rat der Stadt Köln erstmals einen „Gemäldeverkäufer" zugelassen und damit einen freien Kunsthandel auch für die Folgezeit. Bereits um 1600 waren in der wohlhabenden Domstadt eine Anzahl Kunsthändler ansässig, zumeist wohl Maler und Kupferstecher, die, wie das durchaus üblich war, derlei Geschäfte nebenher betrieben oder durch ihre Familien betreiben ließen.

Ein Sammler und Kunsthändler von internationalem Format war im 17. Jahrhundert Everhard Jabach, der auf Kunstauktionen erfolgreich mit den europäischen Königshäusern wetteiferte und am Ende dennoch seine Sammlungen an Ludwig IV. veräußern mußte; sie bildeten den Grundstock des *Pariser Louvre. An einen anderen* Ludwig, nämlich den Bayernkönig Ludwig I., wurde die von Goethe bewunderte Sammlung der Kölner Brüder Boisserée verkauft; die bedeutendsten Gemälde hängen heute in der Münchner Pinakothek, andere in mehreren bayerischen Museen.

Die Familie Boisserée ist dem Kunsthandel treu geblieben; sie unterhält noch heute eine Galerie in Domnähe. Sie ist eine von mehreren Dutzend Kölner Kunstgalerien, die namentlich hier gar nicht aufzuzählen sind. Allein dreiunddreißig von ihnen haben sich in diesem Sommer unter dem (nicht unbedingt wörtlich zu nehmenden) Titel „Premieren" zu einer weithin beachteten Gemeinschaftsaktion zusammengetan, die einem permanenten Kunstmarkt in der Innenstadt gleichkam. Ausdrückliche Erwähnung fordert dennoch die Galerie Gmurzynska aufgrund ihrer museumswürdigen Ausstellungen und Kataloge.

Nicht zuletzt dem bereits 1845 gegründeten Kunsthaus Lempertz ist es zu danken, daß Köln auch als Auktionsplatz nicht nur für Deutschland, sondern für Westeuropa und sogar Übersee von Bedeutung wurde. Daneben hat sich als Auktionshaus auch das „Kunsthaus am Museum" (Carola van Ham) einen festen Platz gesichert.

EMIL VALERIUS

Cologne aus neuer Perspektive

Fast alle Texte und Fotos der so zahlreich auf dem Markt angebotenen Bildbände über die Rhein-Metropole Köln haben inhaltlich einen historischen und geschichtlichen Schwerpunkt – das ist naheliegend; denn noch immer entdekken Archäologen wie Amateure die fast jahrtausendalte Vergangenheit. Die beiden Autoren des Bildbandes „Köln - Cologne" schufen bewußt keinen historischen Atlas – die Gegenwart und das in den letzten Jahrhunderten Geschaffene war die Motivation.

Dem Köln-Kenner sollten einige ungewöhnliche Zusammenhänge aufgezeigt werden, und demjenigen, der die Stadt noch nie besuchte, wollte man den entscheidenden Anstoß geben, nun auch mal nach Köln zu reisen. Und das ist den Verfassern gelungen. Sie kennen sowohl die Einwohner wie auch die „Gäste", die für Stunden oder Tage nach Köln kommen: Erhard Schlieter ist seit neun Jahren Direktor des Verkehrsamtes der Stadt Köln, Rudolf Barten seit 1971 Werbeleiter im Verkehrsamt.

Die Geschichte wurde von ihnen geschickt in die Gegenwart eingearbeitet. Panorama- und Luftaufnahmen vermittelten das „wenig bekannte" Köln, wobei Kunst, Architektur, Häfen, Brücken und die Randgebiete der Metropole nicht zu kurz kommen.

(132 Seiten mit 60 vierfarbigen und 122 Schwarzweiß-Fotos, 59,80 DM, Greven Verlag, Köln).



Ein neuer Blickfang in der Skyline von Köln: In optischer Konkurrenz zum Dom entsteht das Museum für die weltbekannte Sammlung Ludwig. Der Bau wird 250 Millionen Mark verschlingen. FOTO: d-e-w

250-Mill.-Rahmen für Ludwigs Kunstsammlung

Die Kölner Museen bieten ein breites Spektrum der Weltkunst von der Lokalgeschichte bis zur Exotik

Köln nennt sich gern eine Stadt der Museen – die Vielfalt der öffentlichen Sammlungen von durchweg hober Qualität erlaubt es; und seine spektakuläre Museumspolitik sorgt dafür, daß diese Tatsache nicht aus den Schlagzeilen gerät. Diese Politik wird seit Jahren allerdings bedenklich von außen gesteuert. Der Außenbordmotor heißt Peter Ludwig, seines Zeichens Fabrikant in Aachen, Mäzen und Kunstsammler en gros.

Noch nie seit Fugger oder Citizen Kane hat eine Privatperson dermaßen in die Kultur-, Finanz-, Bau- und Personalpolitik einer Stadt eingreifen können wie Ludwig in Köln mittels seiner millionenschweren Kunstsammlung, für die er sich zu seinem 60. Geburtstag ein Museum bauen läßt. Es wird die Stadt Köln wahrscheinlich 250 Millionen Mark kosten, eine Summe, die den Schätzwert der Sammlung beträchtlich übersteigt.

Ludwigs Wunsch nach einem Neubau für seine Stiftung traf sich seinerzeit günstig mit städtischen Museumsambitionen, die das Museum – sogar wörtlich – neben den bislang konkurrenzlosen Dom stellen. Was das Römisch-Germanische Museum bereits mit leidigem Erfolg anstrebte, das soll nun dem permanent umstrittenen Neubau am Rhein vollends gelingen, nämlich dem Dom die Schau(seite) zu stehlen.

Aber bis dahin fließt noch viel Wasser den Rhein hinab; halten wir uns heute an die bestehenden Museen, sie bieten ein breites Spektrum der Weltkunst von ihren Anfängen bis in die Gegenwart, von der Lokalgeschichte bis zur Exotik.

Der Stolz der Kölner auf ihre Museen ist begreiflich; denn sie sind, bis auf die kirchlichen, allesamt bürgerlicher Herkunft, nicht Erbschaft fürstlicher Kunstkammern (obwohl dies kein Makel wäre), sondern von kunstliebenden Bürgern zusammengetragen und der Stadt gestiftet in den letzten hundertfünfzig Jahren.

Das begann mit Ferdinand Franz Wallraf, dem letzten Rektor der Kölner Universität vor ihrer Auflösung durch die Franzosen. Er rettete kostbare Kölner Kunstschätze vor der Verschleuderung und Zerstörung und legte den Grundstock für mehrere Kölner Museen, auch für die Bibliothek und das Archiv der Stadt. Für seine Kunstsammlung stiftete der Kölner Kaufmann Johann Heinrich Richartz einen repräsentativen Museumsbau.

Heute zählt das Wallraf-Richartz-Museum zu den führenden deutschen Kunstinstituten und vermittelt einen fast lückenlosen Überblick über sieben Jahrhunderte europäischer Kunstgeschichte, nicht zuletzt dank den Stiftungen des Kölner Rechtsanwalts Josef Haubrich und Peter Ludwigs, die die historischen Sammlungen bis in die Gegenwart ergänzen.

Privaten Stiftern sind ebenso – der Name sagt es – das Schnütgen-Museum und das Rautenstrauch-Joest-Museum zu danken. Das Schnütgen-Museum in der Cäcilienkirche ist Baudenkmal und Schatzkammer zugleich. In der romanischen Pfeilerbasilika aus dem zwölften Jahrhundert präsentiert sich eine der bedeutendsten Sammlungen rheinischer Bild- und Schatzkunst mit Gemälden, Skulpturen, Elfenbeinschnitzereien, Bronze- und Goldschmiedearbeiten, Glasmalereien und illuminierten Handschriften vom frühen Mittelalter bis zum Barock.

Auf Ostasien, vor allem auf die chinesische, japanische und koreanische Kultur von der Steinzeit bis zur Gegenwart, ist das Museum für Ostasiatische Kunst am Aachener Weiher spezialisiert. Gewissermaßen eine Ergänzung dazu bietet das Herbig-Haarhaus-Lackmuseum, das einen Schwerpunkt seiner umfangreichen Kollektion auf ostasiatische Lackarbeiten legt.

Das Kunstgewerbemuseum, ebenfalls eine Stiftung Kölner Mäzene, ist seit dem Krieg völlig unzulänglich im Overstolzenhaus untergebracht, hofft allerdings auf eine bessere Unterkunft im jetzigen Wallraf-Richartz-Museum, wenn dieses in den Neubau am Rhein umzieht. In seinem derzeitigen Notquartier bleiben die meisten seiner rund 30 000 Schätze der Öffentlichkeit verborgen, als da sind Keramiken, Gläser, Textilien, Möbel, Kleinplastik, Gold-, Silber-, Zinn- und Elfenbeinarbeiten vom Mittelalter bis in die Gegenwart.

Auch das Kölner Stadtmuseum wie das Römisch-Germanische Museum gehen letztlich auf Sammlungen Wallrafs zurück. Das Römisch-Germanische zählt zu den populärsten Instituten unter seinesgleichen dank der effektvollen „Inszenierung" seiner Bestände von der Urgeschichte bis zur Zeit der Völkerwanderung. Das Stadtmuseum demonstriert kölnische Stadtgeschichte mit anschaulichen Dokumenten der Bürgerkultur, der Volkskunst und einer umfangreichen topographischen Sammlung.

Die kunsthistorischen Sammlungen der Stadt haben ein Äquivalent in den kostbaren Kollektionen der Domschatzkammer und des Erzbischöflichen Diözesanmuseums; sie bergen Kunstwerke vom 4. bis zum 19. Jahrhundert.

EO PLUNIEN

Schon immer ein peinliches Talent für das Laufenlassen richtiger Leute

Das bestbesuchte Theater liegt da, wo Köln *am kölschesten* ist: Im Vringsvedel, zu deutsch: Severinsviertel, der Gegend rings um die romanische Basilika St. Severin, die wiederum über römischen Gräbern errichtet ist. Im Vringsvedel kommen hin und wieder aus gut kölschen Familien recht arabisch aussehende Kinder zur Welt, Nachfahren der römischen Syrerlegion, die hier einst stand. Das ist noch keine hundert Generationen her; Mendel läßt grüßen. Vielleicht hat auch Trude Herr, Prinzipalin des Theaters im Vringsvedel, ihren molligen Haremsdamencharme daher, und ihre Vorliebe für alles Orientalische, wer weiß.

Die Statistik jedenfalls weiß, daß ihr Theater die höchste Platzausnutzung nicht nur in der Domstadt, sondern in ganz Nordrhein-Westfalen hat. Das verdient, sie auch hier an erster Stelle zu nennen, zumal sie ihre Stücke selbst schreibt, inszeniert, spielt, singt, tanzt. Sie ist längst zum Synonym für kölsches Theater geworden, ein Platz, den der andere lokale Charakterkomiker, Willy Millowitsch, allzu willfährig preisgegeben hat. Selbst seine Auftritte in der Heimatstadt läßt er inzwischen von einer Gastspieldirektion managen. Aus dem kölschen Milieu ist er herausgewachsen. Eigentlich schade.

Spaß mit Hänneschen

Wer auf Kölner Bühnenbrettern keinen Erfolg hatte, spottet gern, Trude Herr und Millowitsch seien eben das Theater, das die Kölner verdienten. Recht haben sie. Die Kölner, lebenslustige Menschen mit einem leichten Hang zum Ordinären, verdienen wirklich diese lebendige Volkstheaterszene, eine der ganz wenigen, die es in Deutschland noch gibt.

Mit ihrer kleinsten Abteilung, den Puppenspielen im Herzen der Altstadt, haben sich auch die Städtischen Bühnen dem bodenständigen Theater verschrieben: Dort *regiert das Hänneschen*, wohl der engste deutsche Verwandte des italienischen Arlecchino, auch wenn er keine andere Sprache spricht und versteht als kölsch, das Sprachforscher als ziemlich unverfälschtes Fränkisch-Ripuarisch identifiziert haben.

Den lokalen Ton mögen die Kölner nicht entbehren. Auch das städtische Schauspiel floriert, nach Jahren der Auszehrung, erst wieder, seit Jürgen Flimm dort Chef ist, wenn schon kein gebürtiger, so doch ein seit Kindesbeinen naturalisierter Kölner mit einer Vorliebe für erlebnisreiches, saftiges Theater, für Komödiantentum im besten Sinne. Das zieht hier mehr als die asketischen Intellektübungen seines Vorgängers Heyme. Aber Flimm geht bald nach Hamburg zum Thalia. Im Laufenlassen der richtigen Leute haben die Kölner Stadtväter schon immer ein peinliches Talent besessen.

Ein besonders lautes Lied kann davon die Oper singen. Hier wirkten einmal Walter Felsenstein und Bruno Walter, Otto Klemperer und Paul Dessau, William Steinberg und Hermann Abendroth. Keiner blieb. Das mag daran gelegen haben, daß Kölns durch und durch *bürgerliches* Theater *niemals* den Nimbus der ehemaligen Hoftheater in den Residenzstädten erreichen konnte. Dabei lassen sich die Kölner ihre städtischen Bühnen durchaus einiges kosten: in diesem Jahr 54,2 Millionen Mark. Keine andere deutsche Stadt bringt aus eigenen städtischen Mitteln mehr für seine Bühne auf.

Der Kölner Oper gelingen denn auch immer wieder weltweit beachtete Höhenflüge, vor allem seit Opernintendant Michael Hampe und sein Chefdirigent John Pritchard regelmäßig die großen Sängerstars von Kiri te Kanawa bis Placido Domingo an den Rhein locken, ein Ehrgeiz, der erst neuerdings von den allfälligen Sparmaßnahmen gebremst wird. Genau aber erwarten die Kölner von ihrer Oper, für große Sänger haben sie seit eh und je ein Faible. Man erinnert sich, daß Köln einmal den Spitznamen „Neapel des Nordens" trug, seines Straßenhandels, seiner Diebe und seiner Sangesfreude wegen.

Ein akustisches Monstrum

Daß die Oper kein Sängerzirkus werden kann, dafür sorgt allerdings auch das städtische Gürzenich-Orchester, das seinen Namen vom spätgotischen Ball- und Festhaus der Stadt genommen hat. Das Orchester hat vielleicht am meisten unter der verfehlten städtischen Baupolitik der Nachkriegsjahre gelitten, als man nicht restaurierte, sondern an die Kriegsruinen in Glas, Stahl und Beton anbaute. Seitdem ist der Gürzenich ein häßliches, akustisch unzulängliches Monstrum, das ein inspiriertes Konzertleben sehr erschwert. Die Stadt hat ein Einsehen und baut im neuen Wallraf-Richartz-Museum einen größeren, hoffentlich auch schöneren und klingenderen Konzertsaal, den sich das Gürzenich-Orchester mit dem anderen großen Sinfonieorchester, dem des Westdeutschen Rundfunks, teilen wird.

Viele halten Köln für die kulturell lebendigste Stadt in Deutschland. Das Spektrum reicht von der Elitärkultur der Oper bis zum Kölschrock von BAP, von Heinrich Böll bis zur alternativen Literaturszene der Südstadt, vom Dionysos-Mosaik bis zu Avantgarde-Galerien. Drei Rundfunkanstalten mobilisieren Dichter, Denker und Dudler. Köln lebt damit, ohne sich sonderlich als Kunstmetropole zu propagieren. Das macht es Besuchern nicht leicht. Aber die hier leben, wissen, was sie an Köln haben. Und sind froh, nicht wie München und Hamburg den Rummel einer „Szene" über sich ergehen lassen zu müssen.

REINHARD B[illegible]

